Sommer 2000, technisch aus WordPerfect f. DOS adaptiert 08.08.2020

Synoptischer Kommentar des Grundsatzprogrammes ’94 der CDU mit Neuformulierungsvorschlägen

in enger Anlehnung an die Änderungsanträge der CDU Main Taunus zum CDU Bundesparteitag 1994 in Hamburg

Autor: Tilman Kluge
seinerzeit Grundsatzbeauftragter CDU Main Taunus

Zwischenüberschriften nicht vom Parteitag beschlossen, redaktionelle Vollmacht durch Unsinn mißbraucht (z.B. Doppelgänger „Wehrhafte Demokratie“), dadurch Beweis der Zerflicktheit des Programmes

Grundsätze (auf die gelegentlich auch in {} im Begründungsteil hingewiesen wird und Gleichnisse:

1 **Ein Grundsatzprogramm ist programmatisch zu formulieren,**

d. h.

- selbständige vor allem im Praeteritum, Perfekt oder Plusquamperfekt formulierte Aussagen über die Vergangenheit („Herr und Frau XX haben 1956 die deutschen Elefanten angestrichen”) sind unzulässig.

- zulässig bleiben eng causale Komplexe („*Weil* Herr und Frau XX 1956 die deutschen Elefanten angestrichen haben, setzt sich die CDU dafür ein, diese Tradition unter Anwendung schwarzer Farbe weiterzuführen”),

- zeitlich begrenzte Relationen müssen die regelmäßig projezierte Geltungsdauer eines GP überschreiten, weil sonst die Gefahr bestünde, daß ein GP schon binnen kurzer Zeit seiner causalen Grundlagen verlustig geht.

- insoweit sind auch Komparative riskant, wenn - wie oft im Leitantrag zu finden - die Relation fehlt (z.B. ohne Relation: „Beamte müssen besser bezahlt werden”; korrekt mit Relation: „Beamte müssen besser bezahlt werden als im Jahre 1900” oder: „Beamte müssen besser bezahlt werden als Angestellte”)

1b **Ein Programm soll dazu dienen, Geschichte zu machen, nicht aber, Geschichten zu erzählen.**

Sollte beabsichtigt gewesen sein, ein bewährtes System „Gleichnis -> programmatischer Rückschluß” zu etablieren, ist dies nicht mit der erforderlich strikten Causalität geschehen.

In vielen Fällen wird auf Fakten zugegriffen, die tagespolitischer Natur sind. In einem Grundsatzprogramm jedoch müssen programmatische Aussagen, auch wenn sie immer unter der Vergänglichkeit ihrer Grundlagen leiden werden, in ihrer Langfristigkeit optimiert werden, um denjenigen, die sich nicht vorwiegend aus tagespolitischen, sondern aus programmatischen Gründen der CDU zuwenden, eine stabile (nicht etwa statische!) programmatische Perspektive zu bieten.

1c **Ein Grundsatzprogramm ist ein Fundament für Politik**

Soweit ein Fundament Geschichte(n) enthält, ist dies in der Regel im Grundstein verankert. Grundsteine gibt es nur einen, nicht - wie Kiesel verteilt - einen ganzen Haufen! Auf dem Fundament kann man Dinge aufbauen, die es verkraftet, jeder Riß im Fundament (oder jede sprachliche Unsauberkeit im GP) schafft Instabilität.
Dinge auf einem Fundament von vornherein aufzubauen (also z.B. zeitgeistorientierte oder wahlprogrammatisch orientierte Aussagen), nimmt Platz für zukünftige Handlungsräume weg, engt politische Handlungsvielfalt ein!

Es wäre hingegen möglich, die historischen Exkurse in einen nicht-programmatischen GP-Vorspann aufzunehmen.

2 **Ein Grundsatzprogramm formuliert Determinanten von Handlungs- und Entscheidungszonen sowie Standpunkte,**

also z.B. („Die politischen Aktivitäten der CDU bewegen sich zwischen Europa und Schwarzafrika"; „Fisch ist grundätzlich roh zu essen"), vermeidet aber abwägende Formulierungen („Die CDU ist in Europa aktiv, sie könnte es aber auch bei genauer Betrachtung in Schwarzafrika sein"; „Fisch ist grundsätzlich roh zu essen, man könnte ihn aber auch kochen").

3 **Ein Grundsatzprogramm muß Aussagen mit minimierter Emotionalität beinhalten,**

vorausgesetzt, daß auch Emotionen konstruktive Elemente christlich demokratischer Politik wären, so wäre es untunlich, in einem Grundsatzprogramm Emotionen zu verankern, die eigentlich - wenn schon - Resultat der Anwendung des Programms und der daraus entwickelten Politik sein müßten.

„Wehleidigkeiten" (z.B. „mit Sorge beobachten wir..." Art.318 GP Fj1993, [53]) und verbale Verweichlichungen solcher klarer Aussagen schaden der Prägnanz eines tauglichen Grundsatzprogrammes.

4 **Das Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1994 war und ist nicht das Wahlprogramm 1994 oder 2002!**

Stellenweise kommt bei der Bearbeitung des GP der Eindruck auf, als hätten sich die Verfasser der Versuchung doch nicht erwehren können, dem Zeitgeist des 1994 nahenden Wahlkampfes Tribut zu zollen.

Signifikant hierfür sind zahlreiche Selbsbezichtigungen durch die „verbale Hintertür", indem nämlich vieles als „neu" dargestellt wird (z.B. ein *neues* Verständnis von Wohlstand und Wachstum) oder indem populistische Modetrends (z.B. einer „Versöhnung" von Mensch und Natur), was, zöge man eine logische Konsequenz daraus, ein vernichtendes Zeugnis für die Politik der CDU in den letzten 20 Jahren darstellen würde. Was gut klingt ist werbewirksam und wahlkampfwirksam, aber wie auch immer, es gehört nicht in ein Grundsatzprogramm.

5 **Auf einem Grundsatzprogramm muß praktische Politik aufgebaut werden und aufbaubar sein, alles weitere schadet dem Grundsatzprogramm in seiner Prägnanz.**

Der Gefahr, daß z.B. Strategiepapier und Grundsatzprogramm nicht exakt auseinandergehalten werden, sind die Verfasser ebenfalls nicht ausreichend entgangen.

So kommt es nicht immer darauf an, ob eine Aussage besonderes sprachliches Pathos oder Schlagwortcharakter (zwar falsch, aber wirkt, denn der Zweck heiligt die Mittel) aufweist, entscheidend ist, daß die jeweilige Passage bei Umsetzung des Programms *funktioniert*. Ein Handwerker will auch nicht mit der Schönheit seines Werkzeugkasteninhalts einen Preis gewinnen, den gewinnt er vielmehr dann, wenn er mit funktionierenden Werkzeugen und einer sachgemäßen Anwendung ein prämiierungswürdiges Produkt erzeugt hat.

Sachlich falsche Begriffshybriden (z.B. Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Exempel partiellen sprachlichen Inzests) als Lösungsansatz für Probleme verwenden zu wollen, ist genauso, als versuchte besagter Handwerker mit einem 16 mm Schraubenschlüssel eine 15 mm Schraube festziehen. Nach dem Versuch sind sowohl Schlüssel als auch Schraube lädiert, beide haben Konturen verloren. Christlich Demokratische Politik und das ihr zugrunde liegende Grundsatzprogramm müssen aber genau das Gegenteil bewirken, nämlich, Konturen aufzuzeigen und Menschen diese Konturen als Halt in einer bewegten Welt anzubieten.

5a **Ein Grundsatzprogramm muß das Gemeinte eindeutig sagen und Ungewißheiten entgegentreten.**

Die Leser müssen sich gewiß sein können, daß das Gesagte tatsächlich das Gemeinte ist. Durch ein Grundsatzprogramm vermittelte Ungewißheiten in die Wahrhaftigkeit von politische Aussagen fördern Politikverdrossenheit und kommen jenen zugute, deren Politik es ist, gerade bei Jugendlichen Zukunftsängste zu wecken und zu schüren.

Eine Forderung nach Verständlichkeit ist eine Forderung nach Präzision in der Aussage, nicht nach pseudoverständlichem Populismus.

5b **Ein Grundsatzprogramm nutzt die Vielfalt und Präzisierungsmöglichkeiten von Sprache aus, die verbale Annäherung an das Gemeinte ist zu maxmieren.**

Begriffe, die einen komplexen Inhalt haben, müssen auch in dieser ihrer ganzen inhaltlichen Fülle ausgenutzt werden. Hierzu zählt beispielsweise der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, die ja keinen gesellschaftlichen Zustand beinhaltet, sondern ein dynamisches Prinzip.

5c **Ein Grundsatzprogramm bewahrt Bewährtes, eliminiert Überkommenes.**

Tradierte Begriffe, die gewiß eingängig sind und denen daher ein gewisser werbestrategischer Wert zugemessen werden kann, sind dennoch auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Hierzu zählen u.a. „westliche (Industrie)Staaten", „Daseinsvorsorge", „ausländische Mitbürger" und „Umweltschutz", wobei letzterer so etabliert ist, daß man sich an ihm die „grundsatzprogrammatischen Zähne" ausbeißen kann, will man ihn durch das richtige, weil dynamische Prinzip „Umweltsicherung" (denn von wem will man Umwelt schützen, wenn der Mensch auch Umwelt ist) ersetzen.

6 Schließlich:

Ein Grundsatzprogramm muß widerspiegeln, daß auch die grundsatzpolitische Ausgangslage für das politische Handeln einer Partei besser ist, als vergleichbares Material bei ihren politischen Konkurrenten.

A **Auffälligkeiten:**

1 inhaltlich strukturell

a Allgemein formulierte Grundsätze folgen oft vereinzelten speziellen Grundsätzen

b Einzelne Aussagen widersprechen sich

c Historische Abhandlungen als mögliche Hintergrunddefinitionen werden nicht von programmatischen Aussagen getrennt

d Viele Aussagen oder sogar ganze Passagen wiederholen sich (z.B. lfd. Nr. 136 u. 161), kommen aber an keiner Stelle als herausgehobene These zur Geltung

Das Programm ist nicht derart schlüssig gegliedert, daß man die Wiederholungen damit rechtfertigen könnten, es handele sich im ersten Teil um eine strukturelle Vorgabe und bei den folgenden Teilen um Ausführungen des Eingangsteiles.

e Einzelne Aussagen sind schlichtweg falsch oder geben nicht das Gemeinte wieder (z.B. Unterscheidung zwischen „Beamten und Arbeitnehmern“, lfd. Nr.105)

f Einzelne Begriffe werden „belegt“, z.B. „Fortschritt“

g Aussagen über Dritte werden, obwohl nicht unmittelbare Leitimpulse („C“-Quellen), oft nicht als CDU-Ableitung aus diesen Impulsen („Die CDU meint,.....“ etc.), sondern als „absoluter Grundsatz“ („Jeder Mensch ist.....“) formuliert. Dies kann durch ein Vorwort geheilt werden, da es zugegebenermaßen nicht einfach ist, viele Sätze immer nur mit „die CDU steht für....“, „die CDU befürwortet....“ etc. zu verquicken.

B **methodisch**

h Zum Parteitag (nicht nur) Fj. 1994: Die Antragskommission verfügt dadurch, daß sie nicht *vor ihrem Arbeitsbeginn* von den Delegierten gewählt wird, sondern ihre Zusammensetzung im wesentlichen vom Leitantragsteller beeinflußt wird, nicht über die notwendige Unabhängigkeit.

Vgl. hierzu als Gegenteil das vom RCDS betriebene Verfahren. Es wird eine im Auftrag der Mitglieder handelnde Antragskommision gewählt, deren Angehörige die Aufgabe haben, unabhängig, gewissermaßen als Dienstleistung gegenüber den Delegierten (und oft genug zum Schrecken der Antragsteller, Bundesvorstand inbegriffen!), vor allem

- Anträge daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie das vom jeweiligen Antragsteller Gemeinte auch aussagen,

- Anträge daraufhin zu analysieren, inwieweit (ggf. – wie in einem Artikelgesetz - aufzulösende) Diskrepanzen zur gegenwärtigen übrigen Beschlußlage des Verbandes bestehen und eventuell auf politische Folgen oder Zusammenhänge hinzuweisen, die im Falle einer Beschlußfassung Bedeutung erlangten und von denen anzunehmen ist, daß die Delegierten über diese Folgen und Zusammenhänge in den wenigsten Fällen Kenntnis haben.

Insoweit stellen sich in einem effektiven Entscheidungsfindungssystem besonders hohe Anforderungen an die einzelnen Mitglieder einer Antragskommission. Dies schließt die Berücksichtigung von Landesverbandzugehörigkeiten o.ä. in aller Regel im Gegensatz zur Praxis des CDU-Bundesverbandes als Eingangskriterium aus.

i

C Bearbeitungsgrundsätze

j Verbale Systematik

- Die Urheberin des Grundsatzprogrammes wird konsequent als „Die CDU“ bezeichnet, repräsentiert durch den Bundesparteitag 1994, das Wort „wir“ wird insoweit eliminiert.

- Possesive Elemente wie „unsere“ (.....) werden entfernt, soweit dies Dinge betrifft, die eigentums- oder besitzmäßig nicht alleine der CDU gehören (z.B. „unseren Planeten Erde“ – 159)

- Füllwörter werden eliminiert (z.B. „unseren Planeten Erde“ – 159) da es grundsatzprogrammatisch unerhebliche Wörter sind und damit möglicherweise beabsichtigte „verbale Erbauung“ der Leser diese eher von den wesentlichen Aussagen ablenkt.

- Aufzählungen werden dann eliminiert, wenn sie entweder unvollständig oder - wegen Existenz eines tauglichen Sammelbegriffes - überflüssig sind.

- Es wird bestritten, daß die gegebenen Füllelemente einer „lyrischen Aufwertung“ des Textes dienlich sein könnten.

k Konstatierende Elemente

- Historische Abhandlungen (im Jahr XY ermordete Brutus den Cäsar) werden entweder eliminiert oder in einen causalen Kontext (...die CDU will, ...weil) gesetzt.

l Programmatik, Struktur

- Inhaltliche Wiederholungen werden reduziert, also wenn nicht im jeweiligen Kontext unbedingt erforderlich, eliminiert.

m Programmatik, Inhalt

- In einem Rechtsstaat selbstverständliche Elemente werden in der Regel nicht als Programm, sondern als Element aufgenommen, mit dem es nach Maßgabe des Programmes umzugehen gilt.

- Auf Aussagen, die künftiges Handeln über einen grundsatprogrammatischen Rahmen (nicht zu verwechseln mit einem wahlprogrammatischen Rahmen) einengen, z.B. darüber, in welches Gesetz rechtliche Regelungen, die die CDU aufgrund des Programmes anstrebt, aufzunehmen sind, wird verzichtet.

- Forderungen, die ohne explizit logischen Grund gegen unstrittige Grundsätze verstoßen (z.B. staatliche Regelungen ./. Subsidiaritätsprinzip) werden aus dem Programm genommen.
- Der Begriff der „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ wird als populistische Tautologie de-installiert.

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	KAPITEL I **WIR CHRISTLICHE DEMOKRATEN** **1. WER WIR SIND** **Volkspartei**			
1 **(1)**	[1] Die Christlich Demokratische Partei Deutschlands ist eine Volkspartei. [2] Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. [3] Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.	[1] Die Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU - ist eine Volkspartei. [2] Die CDU war und ist für jeden offen, der ihre Politik mitzutragen und mitzuverantworten bereit ist. [3] Diese Politik gilt dem Wohl und der Ansprache aller Menschen insbesondere in Deutschland. [4] Sie beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, von seiner Würde, von seiner Freiheit und von seiner Verantwortung vor Gott.	Zu Satz 1NEU: Der Einschub „CDU“ vermeidet eine wiederholte Ausschreibung des ganzen Parteinamens. Im alten Text kommt - ein handwerklicher Fehler - im übrigen der Begriff „CDU“ vor, ohne daß er zuvor in einen textlich schlüssigen Zusammenhang mit der textlich ungekürzten „Komplettausführung“ von „CDU“ gebracht worden wäre. Zu Satz 2NEU: Sinngem. aus lfd. Nr.2 Satz 4 Zu Satz 3NEU: Wir machen CDU-Politik insbesondere - aber eben nicht nur (EU, UN,....!) - für die Menschen in unserem Land. Wir machen diese Politik mit den Bürgern, nicht über sie hinweg oder an ihnen vorbei. Nicht umsonst ergab eine Umfrage (Veen 1995), daß von CDU-Mitgliedern zu weit über 2/3 befürwortet wird, offene Foren für kontroverse Diskussionen einzurichten. Hinweis: Was aber hilft das, wenn das wichtigste Forum, der Bundesparteitag, hier in diesem Sinne kaum funktioniert hat, weil nicht alles im .organisatorisch vertretbaren Maße unternommen wird, um Meinungstransparenz zu fördern bzw. durch Abbau von Verfilzungen bei Zuständigkeiten (z-B. durch *Wahl* der Antragskommission durch den Parteitag und nicht nur - und das erst nach getaner Arbeit der Kommission - *Bestätigung* eines solchem vom Leitantragsteller benannten Gremiums durch den Parteitag) sicherzustellen. „Wir hören, daß etliche unter euch wandeln unordentlich und arbeiten nichts, sondern treiben unnütze Dinge. Solchen aber gebieten wir und ermahnen Sie in dem Herrn Jesus Christus, daß sie mit stillem Wesen arbeiten und ihr eigen Brot essen“ (Tess. 311-12) Als Positivbeispiel sei hingegen die CDU Main Taunus zu nennen, die auf ihrem letzten Kommunalwahlprogramm-Parteitag keine Antragskommission als „5te Kolonne des Vorstandes“ vorschob und dennoch einen gerade vielleicht deshalb inhaltlich arbeitenden Parteitag zustandebrachte (und bei	34 61 +27

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			der Wahl einen Stimmen- und %-Zuwachs). Zu Satz 2ALT: Und was ist mit Menschen, die sich keiner „Gruppe“ oder „Schicht“ zugehörig fühlen wollen? Sind wir dann als CDU etwa so anmaßend, diese Leute unsererseits zugunsten - eigentlich bisher nicht CDU-typischer - kollektivierungspolitischer Ansätze in eine „Schicht“ oder „Gruppe“ zu Lasten individueller Ansprüche des Einzelnen einzuordnen? In einem politischen Programm ist kaum vermittelbar, es handele sich bei „Schicht“ oder „Gruppe“ um lediglich statistisch analytische Termini des einschlägigen Instrumentariums. Zu Satz 3ALT: Stilistische Bruchstelle zwischen „Sie“ (Satz2ALT) und „Unsere“. Zu „Freiheit“ (Satz 4NEU): Es ist semantisch möglich, aus der Formulierung ein christliches Verständnis von einer eine Freiheit vor Gott herzuleiten. Das ist theologisch durchaus gewollt, denn der Slogan „Nichts ist unmöglich“ ist im Grunde der Ausgangspunkt christlichen Selbstverständnisses gewesen. Das muß auch so sein, um das Denkbare denken zu können und dann das verantwortete Machbare machen (anfangen) zu können, anstatt es nur „aktiv hinzunehmen“). Die letztere Haltung wurde vermutlich auch dadurch befördert, daß z.B. Luther in Sachen Frieden aus der Bibel übersetzt hat „Selig sind die Friedfertigen“ (also eine nicht zwingend als aktiv charakterisierte Funktion), während es tatsächlich im griechischen Originaltext um Frieden <u>machenden</u>, also um Frieden „produzierende“ Menschen ging (vgl. εἰρηνοποιός* (gr.) aus rabbin. שלום עשה = „Friede machen“). *) kommt im NT nur an einer Stelle vor (Matth. 5[9] ; Bergpredigt/Seligpreisungen)	
1 (1) F				

Nr.	Text ’94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
1 (1) F				
1 **(2)**	[1] Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. [2] Wie wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. [3] Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.	[1] Gott hat den Menschen in dessen Unvollkommenheit geschaffen, ihm aber gleichzeitig die hervorragende Aufgabe übertragen, den Garten Eden zu bewahren und weiter aufzubauen. [2] Christlich demokratische Politik geht deshalb davon aus, daß der Mensch mit all seiner Fehlbarkeit zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist. [3] Er muß sich und seine Nächsten in die Lage versetzen, Handlungsweisen zu ermitteln und sie in die eigene Lebenspraxis zu überführen, durch die wirklich das Gute - aus Liebe - in echter Freiheit geschieht.	Zu Satz 2ALT : Es macht Sinn, Schöpfung (samt deren Bewahrung durch Gott) und deren Bewahrung und Weiterentwicklung (durch den Menschen) programm-systematisch voneinander zu trennen, was einer überspitzt ausgedrückt wertemäßigen Trennung in „perfekt, von Gott gemacht“ und „fehlerhaft, vom Menschen gemacht“ entspricht. Zweifellos wissen wir nicht um die Grenzen politischen Handelns, denn wüßten wir darum, würden wir diese Grenzen berücksichtigen (können), und sei es nur in Form nachhaltigerer Planungen als seither. Das aber würde zumindest in dem Bereich, in dem Politik aufgrund erkennbarer Parameter machbar ist, zu fehlerfreier Politik führen, eine Utopie gewiß; Utopie schon deshalb, weil jeder im Grunde das Recht hat, die ihm individuelle zugänglichen Wert- und Erkenntnisparameter einzusetzen, um etwas als „fehlerfrei“ zu definieren. Zu „Grenzen“: Unabhängig davon, inwieweit Menschen in der Lage wären, um die Grenzen politischen Han-	44 79 +33

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			delns zu wissen, wäre die Gerichtetheit individuellen politischen Handelns verschieden und - soweit dieses Handeln vom Handelnden überhaupt als „politisch“ verstanden wird - entsprechend wären die Grenzen an verschieden spezifischen materiellen und virtuellen Horizonten angeordnet. „Die Grenzen politischen Handelns“ können kaum Allgemeinverantwortlichkeit, sondern höchstens Situationsverantwortlichkeiten prägen. Selbst die Bibel setzt hier nur Rahmen (z.B. Doppelthese aus 1. Kor. 6.12) und viel vermeintlich Situationsbezogenes zeigt sich bei näherer Betrachtung als Gleichnishaftes. Zu Satz 3NEU: Vgl. JACOBI 2000	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
1 (2) F				
	Politik aus christlicher Verantwortung			
2	[1] Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes Programm ableiten läßt. [2] Aber das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. [3] Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns nicht der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar. [4] Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. [5] Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.	[1] Die CDU gründet ihre Politik auf die vom christlichen Menschenverständnis gesetzte Richtungsimpulse. [2] Sie sieht auf dieser Grundlage gefestigte Politik für jeden einzelnen Menschen als verantwortlich gestaltbar an. [3] Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit des Menschen unter Beachtung der daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen christlich demokratischer Politik mitzutragen bereit ist.	Zu Satz 1ALT: Dem Leitantragsteller wäre es gut bekommen, sich intensiver mit dem programmatischen Charakter der Bergpredigt auseinanderzusetzen. Aus christlichem Glauben läßt sich gewiß doch ein bestimmtes Programm ableiten, indem man dabei aus christlichem Verständnis von Politik dessen Impulse aufnimmt und in allgemeine Grundsätze umsetzt und diese wiederum in situationsspezifische programmatische Entscheidungen. Zu Satz 2ALT: Im Kontext mit den übrigen Passagen durch lfd. Nr. 1 (2) Satz 2NEU erledigt. Zu Satz 5ALT: Ergibt sich schon aus dem Wort „jeden" in Satz 4ALT bzw. Satz 3NEU.	84 55 -29
	Sozial, liberal, konservativ			
3	[1] Die CDU wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus, und angesichts des	[1] Die CDU bewahrt und befördert eine von ihr eingeleitete christlich demokratische und überkonfessionelle Tradition in Deutschland.	Zu Satz 1ALT und 3ALT: Der Satz war zu streichen, weil die Formulierungen aus lfd. Nr.2 ausreichen, diese Offenheit zu beschreiben. Die Überkonfessionalität wurde noch einmal ausdrücklich in Satz 1NEU übernommen. Zu Satz 3ALT: Wg. „Schichten" siehe Komm. zu lfd. Nr.1	148 88 -60

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. [2] Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Herrmann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Karl Arnold, Elisabeth Schwarzhaupt und Heinrich von Brentano haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich demokratische Tradition in Deutschland begründet. [3] So entstand eine neue Volkspartei, in der sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfanden. [4] Die CDU hat damit einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. [5] Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.	[2] Sie baut auf jene gemeinsamen Wertüberzeugungen, die ihr vor allem von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Herrmann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Karl Arnold, Elisabeth Schwarzhaupt und Heinrich von Brentano zugrundegelegt wurden. [3] Zum anderen sieht die CDU Ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen nationalistischen Terror, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.	(1) Satz 2ALT Zu Satz 4ALT: Der Satz war zu streichen, weil er nicht als programmatische Grundlage formuliert ist. Der Programmansatz ist stattdessen in Satz 2NEU vorgenommen worden. Satz 2ALT/NEU rechtfertigt sich nicht nur als (grundsatzsystematisch nicht essentielle) Reverenz gegenüber den Genannten sondern grundsatzprogrammatisch auch im christlichen Bild des Weiterlebens nach dem Tode.	
	Politische Grundentscheidungen			
4	[1] Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben sich die Mitglieder der CDU ihrer Verantwortung gestellt und die politischen Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands durchgesetzt - für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale Marktwirtschaft und die Einbindung der Bundesrepublik	[1] Die Mitglieder der CDU gestalten deutsche Geschichte gemeinsam, aber auch ein jeder für sich. [2] Sie arbeiten Altes auf und gestalten Neues. [3] Sie beleben und sichern auf der Grundlage der Einheit der Nation eine freiheitliche	TextALT nach lfd. Nr.32 verlegt, weil konkrete Politik in Deutschland, Europa und der Welt betreffend; kein Impulsgrundsatz. Zu Satz 1NEU: Insoweit haben CDU Mitglieder nicht nur Verantwortung wahrgenommen, sondern sie tun es immer noch.... Geschichte hat nicht nur Auswirkungen auf das Kollektiv. Die Formulierung „sich der Verantwortung stellen" ist zu	55

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.	und rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland, die Soziale Marktwirtschaft, die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in eine Werte- und Verteidigungsgemeinschaft zur Bewahrung einer demokratisch freiheitlichen Gemeinschaft und die Einigung Europas. [4] Sie legen dabei für andere die Grundlagen, sich gleichermaßen zu engagieren.	schwülstig, zumal die Verantwortung ja nicht einfach des Weges daherkommt, so daß man sich ihr „stellen" müßte. Man könnte sich eventuell der dem Neschen übertragenen Aufgabe stellen, die Verantwortung wahrzunehmen.....aber das steht ja schon an anderer Stelle. Zu Satz 2NEU: Als Definition eines Spannungsfeldes vertretbar. Zu Satz 3NEU: Das „westliche" birgt das Risiko in sich, daß das Grundsatzprogramm - sollte sich die CDU an ihre Prinzipien halten, Demokratie und Freiheit möglichst weltweit anzustreben - bald wieder umgeschrieben werden müßte. Oder die CDU leistet sich, zu bestimmen, daß Westen immer der Gegenpol zu einem imaginären undemokratischen Osten ist und das in einer Zeit, wo Geographie regionenweise kein Schulpflichtfach mehr ist. Un-Demokratie findet auch westlich der Bundesrepublik Deutschland statt (oder ist Cuba eine Demokratie.....?). Das Ziel „westliche Wertegemeinschaft" stünde durch die Fixierung WEST einer demokratischen Grundsätzen verpflichteten *und* geographisch vielseitigen Gemeinschaft entgegen. Wie ist das alles mit einem an anderer Stelle erwähnten „Ende des Ost-West-Konfliktes", den der Leitantragsteller 1994 damit sogar programmatisch konstatieren wollte, kompatibel? Eine der wichtigsten Aufgaben eines GP ist, „Schwarz-Weiß-Klischees" wie OST-WEST, NORD-SÜD abzubauen, auch wenn das manchmal etwas Denk-Aufwand erfordert. Definierende Sprachvergewaltigungen nach der Devise „Der Hund ist nach Maßstäben des Einzelgesetzes eine Katze" sind in einem Grundsatzprogramm unzulässig. Zu Satz 4NEU: Es geht zwar um die CDU zuerst, vor deren Tür es zu kehren gilt. Wir machen aber auch Politik für andere, um anderer politische Arbeit zu fördern. Das verlangt im übrigen auch politische Fairness insoweit, als ein anderer z.B. dem „politischen Gegner" angehören könnte.	
	Die ganze Geschichte Deutschlands annehmen			
5	[1] Es gehört zur Tragik der deutschen Nach-	[1] Die CDU gründet ihre Politik auf der	Zu fabulös!	161

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	kriegsgeschichte, daß Deutschland geteilt wurde und die Menschen im Osten Deutschlands erneut den Diktaturen eines totalitären Systems unterworfen wurden. [2] Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, geriet die CDU in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zunehmend in das Mahlwerk des totalitären Regimes. [3] An die Stelle demokratischer Prinzipien traten die Mechanismen des sozialistischen Zentralismus. [4] Vielen Menschen, die den christlich-demokratischen Werten naherstanden, war so der Weg zur Mitarbeit versperrt. [5] Andere blieben trotz innerer Zweifel in der Partei. [6] Trotz Benachteiligungen und persönlicher Risiken haben viele Mitglieder ihre innere Unabhängigkeit bewahrt. [7] Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß Bequemlichkeit, Opportunismus und Kollaboration bis hin zur persönlichen Skrupellosigkeit einzelner das Bild der Partei prägten. [8] Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands und damit auch die der eigenen Partei an und stellt sich dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung. [9] Wir wollen dabei auch das Erbe der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR aufnehmen und fortführen.	ganzen Geschichte Deutschlands, gerade, weil das Lernen aus negativ geprägten Epochen Element christlich verantworteter Politik sein muß. [2] Als einen in diesem Sinne prägenden Zeitraum sieht sie jenen an, in dem an die Stelle demokratischer Prinzipien traten die Mechanismen des sozialistischen Zentralismus traten. [3] Die CDU lernt dabei besonders von solchen Mitgliedern, die zu dieser Zeit trotz Benachteiligungen und persönlicher Risiken ihre innere Unabhängigkeit bewahrt haben. [4] Sie widmet sich darüber hinaus dem Erbe der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR.	Grundsatz: „Aus deutscher Geschichte lernen!“ Mehr gehört (hier) nicht in das GP. Zu Satz 4ALT: Mitarbeit wo? Zu Satz 5ALT: „Die Partei“ , das war die SED.	88 -73
	Bewahren und Erneuern	**Bewahren, Erneuern, Entwickeln**		
6	[1] Das christliche Verständnis vom Menschen	[1] Das christliche Verständnis vom Men-	Zu Satz 5ALT: Seit wann trägt man Unterschiede aus? Das mag für Konflikte gelten, aber nicht jeder Unter-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ist unser geistiges Fundament und der historische Ausgangspunkt unserer Partei. [2] Zu ihr gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen. [3] Diese Parteitradition wollen wir fortschreiben und dabei Bewährtes erhalten und Neues entwickeln. [4] Die CDU will unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden. [5] Unterschiede der Meinungen und Interessen sollen offen, in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden.	schen ist geistiges Fundament und historischer Ausgangspunkt der CDU. [2] Die CDU ist Heimat für wertkonservative Gedanken ebenso wie für christlich-soziale und liberale Überzeugungen. [3] Die CDU will daraus resultierende unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden. [4] Unterschiede der Meinungen und Interessen sollen in offener Diskussion, in gegenseitiger Achtung und Toleranz zu gemeinsamen politischen Erfolgen geführt werden. [5] Diese Parteitradition ist fortzuschreiben, dabei ist Bewährtes zu erhalten und Neues weiterzuentwickeln.	schied (auch nicht von Meinungen) ist gleich ein Konflikt.	
	Unser Verständnis vom Menschen **Würde des Menschen**			
7	[1] Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. [2] Würde und Leben des Menschen - auch des ungeborenen - sind unantastbar. [3] Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. [4] Die Würde aller ist gleich - unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Alter, Behinderung, von religiöser und politischer Überzeugung, von Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Mißerfolg und vom Urteil anderer.	[1] Würde und Leben des Menschen sind aus Sicht der CDU unantastbar. [2] Sie achtet jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person. [3] Die Würde aller ist gleich unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Alter oder Behinderung, unabhängig von religiöser und politischer Überzeugung, von Gesundheit, Leistung oder Leistungskraft, unabhängig von Erfolg oder Mißerfolg. [4] Die Würde des Menschen entzieht sich dem Urteil anderer.	Zu Satz 2ALT: Ist unter lfd.Nr.147ALT/NEU ausgeführt	
	Verantwortung vor Gott			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
8	[1] Aus der Würde des Menschen erwächst das Recht eines jeden auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. [2] Die Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. [3] Jeder Mensch trägt dafür die Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott.	[1] Die CDU sieht in der Würde des Menschen die Grundlage für das Recht eines jeden auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. [2] Diese Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. [3] Jeder Mensch trägt dafür die Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott.		
	Der einzelne und die Gemeinschaft			
9	[1] Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt und angewiesen. [2] Die Freiheit des einzelnen verwirklicht und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. [3] Das bedeutet, daß der einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen muß.	[1] Die CDU sieht die Freiheit des einzelnen ist durch die Freiheiten anderer begrenzt. [2] Sie äußert und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens.	Zu Satz 1NEU: Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Komplexfunktion vieler Freiheiten angesprochen wird, die dann nicht monadenhaft nebeneinander hervegetieren, sondern, und hier ist Satz 2 der Vorlage treffend, sich im Zusammenleben überschneiden, wobei politisches Ziel sein muß, soziale Dynamik durch eine Maximierung der Schnittmengen zu erzielen. Je offener ein Meinungsaustausch und gegenseitige Hilfe stattfinden, umso größer können die persönlichen Freiheiten der einzelnen werden, ohne daß es zu Kollisionen oder Überfrachtungen kommt. So entsteht analog eines Wirtschaftswachstums auch ein „Freiheitswachstum" aus der Summe der persönlichen Freiheiten. Zu Satz 2NEU: Hier ist eine direkte Zuwendung zu einem anderen Menschen angesprochen, somit ist hier kein Widerspruch zu der Plural-Formulierung in lfd. Nr. 13 gegeben.	
	Irrtum und Schuld			
10	[1] Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. [2] Die Unvollkommenheit und Endlichkeit des Menschen, die Begrenztheit seiner Planungs- und Gestaltungsfähigkeit, setzen auch der Politik Grenzen.	[1] Kein Mensch ist nach Ermessen der CDU frei von persönlichem oder erfahrenem Irrtum, von persönlicher oder erfahrener Schuld und - nach christlichem Verständnis - von Sünde.	Zu Satz 2ALT: Erledigt durch lfd. Nr. 1(2)NEU Zu Satz 4ALT: Überflüssig! Denn wo stünde geschrieben, daß wir das Schaffen einer vollkommenen Welt auch nur in Erwägung zögen? Zu Satz 1NEU: ....stellt erforderliche Relationen her (aktive ./. passive Relation).	55 22 -33

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Die Einsicht in diese Begrenztheit bewahrt und vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis und schafft Bereitschaft zur Versöhnung. [4] Bei allem Engagement können wir die vollkommene Welt nicht schaffen.			
	Bewahrung der Schöpfung			
11	[1] Wir Christliche Demokraten verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. [2] Die Natur ist nicht nur Voraussetzung und Instrument unseres Lebens, sondern Schöpfung Gottes, der eine Eigenbedeutung zukommt. [3] Es steht uns nicht zu, nach Belieben über die Schöpfung zu verfügen. [4] Sie ist dem Menschen zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.	[1] In der Schöpfung durch Gott ist neben dem unendlichen Reichtum ihrer Elemente eine Eigenbedeutung ihrer selbst zu sehen. [2] Es steht Menschen nicht zu, nach Belieben über Schöpfung zu verfügen. [3] Sie ist dem Menschen zur Bewahrung, Nutzung und Gestaltung und anvertraut.	Zu Satz 1ALT: Erledigt durch lfd. Nr. 1 (2)	
	Die Grundwerte unserer Politik - Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit **Selbstverpflichtung der CDU**			
12 (1)	[1] Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert sind. [2] Es ist die besondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken. [3] Dies unterscheidet uns Christliche Demokraten wesentlich von sozialistischem, nationalistischem und liberalistischem Denken.	[1] Die CDU sieht die geistigen Grundlagen eines Gemeinwesens als nicht unbedingt in sich selbstverständlich und für alle Zeit gesichert an. [2] Es ist eine besondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen einer freiheitlichen Demokratie in Deutschland zu bewahren, zu stärken und weiterzuentwickeln.	Zu Satz 3ALT: Das hätte eher ans Ende von lfd. Nr.6 gepaßt. Der Satz ist aber ohnehin komplett mißglückt, weil Menschen (Christdemokraten) nicht mit Denken, sondern höchstens mit anderen Menschen (Sozialisten,...) zu vergleichen wären. Ohne Erläuterungen sind der Gegensatzkomplex „sozialistisch“, „nationalistisch“ und „liberalistisch“, programmatisch unbrauchbar, zumal in der politischen Praxis in der F.D.P. oft genug „liberal“ und liberalistisch“ gewaltig durcheinandergeworfen werden	
	Grundwerte im Spannungsverhältnis			
12	[1] Grundlage und Orientierung unseres	[1] Die christlich demokratischen Grundwerte	Zu Satz 1ALT: Das hatten wir schon in lfd. Nr.6 Satz	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(2)	politischen Handelns sind das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. [2] Die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. [3] Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. [4] Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten ist Kern der politischen Auseinandersetzung.	Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit erfordern und begrenzen sich gegenseitig. [2] Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. [3] Aufgabe der CDU ist es, ihre Gewichtung als Kern politisch fairer Auseinandersetzung untereinander richtig zu gestalten.	1ALT/NEU	
12 (3)	[1] Die Grundwerte sind als unteilbare Menschenrechte nicht auf nationale Grenzen beschränkt und sind verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik.	[1] Die Grundwerte sind als unteilbare Menschenrechte nicht auf nationale Grenzen zu beschränken, sondern verpflichtende Grundlage für die Außenpolitik der CDU.		
	Freiheit **Freie Entfaltung in der Gemeinschaft**			
13	[1] Wir Christliche Demokraten treten für das Recht des einzelnen auf freie Entfaltung der Person ein. [2] Als sittliches Wesen kann der Mensch vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. [3] Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern. [4] Freiheit umfaßt Rechte und Pflichten. [5] Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. [6] Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen und in der Verantwortung für die zukünftigen Generationen und für die Bewahrung der Schöpfung.	[1] Die CDU tritt entschieden für das Recht eines jeden Einzelnen auf freie Entfaltung der Person ein. [2] Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern. [3] Freiheit umfaßt Rechte und Pflichten. [4] Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seiner Mitmenschen anerkennen. [5] Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen.	Zu Satz 1ALT/NEU: Parallele zu lfd. Nr.8 Satz 1ALT, aber programmatisch auf CDU bezogen. Zu Satz 2ALT: Erledigt durch lfd. Nr.8 Satz 2ALT Zu Satz 4ALT: Es gibt nicht nur einen Mitmenschen. Hier wird ein politischer Begriff „Mitmensch" mit „dem „biblischer Singular" „der Nächste" als verwechselt. Zu Satz 6ALT: Erledigt u.a. durch lfd. Nr. 9 Satz 3ALT.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Freiheit in Verantwortung			
14	[1] Der Mensch entfaltet sich in der Gemeinschaft. [2] Freiheit verwirklicht sich durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung. [3] Jeder Bürger soll im geeinten Deutschland Freiheit in Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und verwirklichen können. [4] Die Verwirklichung der Freiheit des einzelnen ist ohne die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft ethisch nicht möglich. [5] Wir wenden uns gegen einen falsch verstandenen Individualismus auf Kosten anderer. [6] Wir wollen den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten und Bürgertugenden stärken.	[1] Menschen müssen motiviert werden, die ihnen verfügbaren Freiräume in der Gemeinschaft, in der Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat zu erfahren und verantwortlich mitzugestalten. [2] Diese Verantwortung ist Voraussetzung für eine ethisch sonst nicht mögliche Wahrnehmung eigener und fremder persönlicher Freiheitsrechte. [3] Die CDU will den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten und Tugenden stärken.	Zu Satz 1NEU: Der Freiraum reicht alleine nicht aus! Zu Satz 6ALT: Es bleibt dahingestellt, ob der Sinn für Tugenden nicht eine Sache der ureigenen gesellschaftlichen Entwicklungen im Inland und Ausland ist und ob es nicht deshalb weniger speziell bei Tugenden statt Bürgertugenden bleiben muß. Denn es sind von diesem Ziel nicht nur Bürger, sondern auch Einwohner betroffen. Hinweis: Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Komplexfunktion vieler Freiheiten angesprochen wird, die dann nicht monadenhaft nebeneinander hervegetieren, sondern sich im Zusammenleben überschneiden, wobei politisches Ziel sein muß, soziale Dynamik durch eine Maximierung der Schnittmengen zu erzielen. Je offener ein Meinungsaustausch und gegenseitige Hilfe stattfinden, umso größer können die persönlichen Freiheiten der einzelnen werden, ohne daß es zu Kollisionen oder Überfrachtungen kommt. So entsteht analog eines Wirtschaftswachstums auch ein „Freiheitswachstum" aus der Summe der persönlichen Freiheiten.	
	Recht sichert Freiheit			
15 (1)	[1] Recht, das die personale Würde des Menschen schützt, sichert Freiheit. [2] Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen in Freiheit.	[1] Recht, das die personale Würde des Menschen schützt, sichert Freiheit. [2] Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen in Freiheit.		
15 (2)	[1] Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. [2] Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. [3] Aufgabe der Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen und die materiellen Bedingungen der	[1] Praktizierte Freiheit bedarf sozialer Gerechtigkeit. [2] Aufgabe von Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen und die materiellen Bedingungen von Freiheit zu sichern. [3] Persönliches Eigentum soll den Freiheits-	Zu Satz 2ALT: Der Satz verwirrt mehr, als daß er nutzt. Zu Satz 3NEU: Sozialpflichtigkeit des Eigentums	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Freiheit zu sichern. [4] Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für seine persönliche Lebensgestaltung.	raum des einzelnen für seine persönliche Lebensgestaltung, zum eigenen Wohl und zum Wohl seiner Mitmenschen erweitern.		
	Subsidiarität	**Subsidiarität**		
16 **(1)**	[1] Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. [2] Aus ihr ergibt sich für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens das Prinzip der Subsidiarität, nach dem Staat und Gemeinden auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften erfüllt werden können.	[1] Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. [2] Aus ihr ergibt sich das Prinzip der Subsidiarität für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens. [3] Danach haben Staat und Gemeinden regelmäßig auf die Übernahme von Aufgaben zu verzichten, die einzelne Bürger oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. [4] Insbesondere haben auch staatliche Institutionen unbeschadet ihrer gesetzlichen Verpflichtungen auf die Durchführung von Leistungen zu verzichten, die von wirtschaftlichen Unternehmen erfüllt werden können.	Zu Satz 4NEU: So ist es untragbar, wenn große Kommunen für ihre Bebauungspläne nicht nur die planerischen Vorgaben festsetzen, sondern die Pläne auch - anstatt freier Planungsbüros - selbst erarbeiten.	
16 **(2)**	[1] Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben. [2] Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. [3] Zur Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft gehört es, die subsidiäre Aufgabenwahrnehmung zu erleichtern und zu fördern.	[1] Was ein Bürger alleine, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut oder besser leisten kann, als staatliche Institutionen, soll ihm vorbehalten bleiben. [2] Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. [3] Zur Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft gehört es, die subsidiäre Aufgabenwahrnehmung zu erleichtern und zu fördern.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
16 (3)	[1] Das Prinzip der Subsidiarität verlangt aber auch, daß die größeren Gemeinschaften, zuletzt auch die staatliche Ebene, tätig zu werden haben, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften überfordern.	[1] Das Prinzip der Subsidiarität verlangt aber auch, daß die größeren Gemeinschaften, zuletzt auch die staatliche Ebene, tätig zu werden haben, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften überfordern.		
	Gleichberechtigung			
17	[1] Aus der Freiheit des einzelnen folgt das gleiche Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit für Frauen und Männer in allen Bereichen. [2] Ein partnerschaftliches Miteinander ist der beste Weg zur Verwirklichung der Gleichberechtigung.	X	Komplett in lfd. Nr.40 abgearbeitet.	
	Plurale Gesellschaft			
18	1 Der freien Entfaltung der Person entspricht unsere plurale Gesellschaft. 2 Sie ist Ausdruck der Vielfalt der Meinungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürger und damit Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. 3 Nur eine freiheitliche, solidarische und gerechte Gesellschaft und ein nach diesen Grundwerten handelnder Staat werden der Würde des Menschen gerecht.	X	Erledigt durch lfd. Nr.109(1)	
	Leistung			
19	[1] Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person. [2] Unsere Gesellschaft ist auf die Leistungsbe-	[1] Die DDU sieht in der eigenen Leistung des Menschen ein wesentliches Element der freien Entfaltung der Person.	Zu Satz 5ALT: Zur Würde siehe lfd. Nr. lfd. Nr.7 Satz 4ALT/3NEU, hier überflüssig Welches Recht?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	reitschaft ihrer Mitglieder angewiesen. [3] Sie ist eine der wesentlichen Grundlagen für Wohlstand und sozialen Frieden. [4] Wir wollen den persönlichen Leistungswillen und die Initiative einzelner anerkennen und fördern. [5] Seine Würde und sein Recht hat der Mensch unabhängig von jeder Leistung.	[2] Eine stabile Gesellschaft in Wohlstand und Frieden ist auf die Leistungsbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen. [3] Die CDU anerkennt und fördert den persönlichen Leistungswillen und die Initiative einzelner.		
	Wehrhafte Demokratie	**Wehrhafte Demokratie**		
20 (1)	[1] Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen. [2] Wir bekennen uns zum Prinzip der wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. [3] Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. [4] Wir wollen Freiheit für alle, nicht nur für wenige. [5] Sie darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche Gruppen beschränkt sein. [6] Wir wollen dazu beitragen, unzumutbare Abhängigkeiten und Not zu beseitigen sowie weltweit für Recht, soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintreten.	[1] Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen. [2] Die CDU bekennt sich zum Prinzip der wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. [3] Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. [5] Freiheit darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche Gruppen beschränkt sein. [6] Die CDU tritt weltweit für Recht, soziale Gerechtigkeit und Demokratie ein.		
20 (2)	@	[1] Die Wahrung des inneren Friedens ist als Grundlage menschlichen Zusammenlebens und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger indisponibel. [2] Die CDU sieht im staatliche Gewaltmonopol eine Voraussetzung für die Rechts-	Zu Satz 1NEU: „in jeder Gemeinschaft" entfällt, weil der Satz keinerlei Einschränkungen unterliegt, der diese Betonung erforderlch machen könnte.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		sicherheit des Bürgers, nicht aber staatliche Allmacht ihrer selbst willen.		
	Solidarität **Soziale Natur des Menschen**			
21	[1] Solidarität heißt füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. [2] Solidarität ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen und folgt aus dem Gebot der Nächstenliebe. [3] Ihren ethischen Maßstab gewinnt sie aus der Würde des Menschen. [4] Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. [5] Solidarität muß deshalb vor allem den Menschen gelten, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können.	[1] Für die CDU ist Solidarität Ausdruck der sozialen Natur des Menschen, der seinen ethischen Maßstab aus der Würde des Menschen gewinnt und aus dem Gebot der Nächstenliebe folgt. [2] Solidarität heißt demnach füreinander da sein, weil und wenn der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. [3] Die CDU sieht als Anlaß und Verpflichtung zu solidarischem Handeln das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen. [4] Solidarität muß deshalb vor allem den Menschen gelten, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können, [3a] Als elementare praktizierte Formen der Solidarität sieht die CDU die Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander - in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften.		
	Wechselseitige Verantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft			
22	1 Der einzelne und die Gemeinschaft sind auf die solidarische Mitwirkung aller angewiesen. 2 Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, daß die Gemeinschaft aller für die einzelnen eintreten kann.	X	Zu Satz 4ALT+5ALT: Erledigt durch lfd. Nr. 16(3) Zu Satz 6ALT+1ALT....3ALT: erledigt in lfd. Nr.21NEU Satz 3aALT: neu in lfd. Nr.21NEU	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	3 Wir bekennen uns zu dieser wechselseitigen Verantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft. 3a Elementare Formen der Solidarität sind Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander - in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften. 4 Dort aber, wo die Kräfte des einzelnen, von freien Verbänden oder Gruppen überfordert sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen. 5 Er muß die verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. 6 Die CDU bekennt sich zu dieser wechselseitigen Verantwortlichkeit, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus wie vom Kollektivismus.			
	Solidarität und Subsidiarität	**Solidarität und Subsidiarität**		
23 (1)	[1] Die soziale Sicherung beruht auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. [2] Durch die soziale Sicherung werden gemeinschaftlich die Risiken abgesichert, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. [3] Die soziale Sicherung hat befriedende und befreiende Wirkung. [4] Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems der sozialen Sicherung. [5] Durch die soziale Sicherung werden keine widerruflichen Almosen, sondern es wird für den einzelnen ein Recht auf Sicherheit begründet.	[1] Soziale Sicherung soll auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität beruhen und so die Risiken absichern, die der Einzelne allein nicht bewältigen kann. [2] Soziale Sicherung soll befriedend und befreiend wirken. [3] Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems sozialer Sicherung. [4] Soziale Sicherung setzt für den Einzelnen ein Recht auf Sicherheit um, vermittelt also keine willkürlichen Almosen.	Zu Satz 2NEU: Programmatisch formulieren! Zu Satz 4NEU: Recht ./. Willkür; Realisierung, nicht Begründung des Rechtes; Begründung liegt im „C“.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Solidarität und Mitverantwortung	**Solidarität und Mitverantwortung**		
23	[1] Solidarität ist ohne Opfer nicht denkbar.	[1] Solidarität ist ohne Geben nicht denkbar.	Zu Satz 1NEU: Nicht jeder sieht eigenes solidarisches Geben als Opfer an!	
(2)	[2] Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muß selbst bereit sein, anderen zu helfen.	[2] Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muß selbst bereit sein, anderen zu helfen.	Zu Satz 5ALT: Erledigt in lfd. Nr.21	
	[3] Wer sich davon ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, entzieht der Gemeinschaft die Grundlage für den sozialen Frieden.	[3] Wer sich davon ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, entzieht der Gemeinschaft die Grundlage für den sozialen Frieden.	Zu Satz 4ALT: Zu abstrakt, was heißt „die widerstreitenden Interessen"?	
	[4] Solidarität verbindet nicht nur Interessengruppen in der Wahrnehmung ihrer berechtigten Anliegen, sondern greift über die widerstreitenden Interessen hinaus.			
	[5] Solidarität verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und alle im Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen.			
	Solidarische Gemeinschaft im wiedervereinigten Deutschland			
24	[1] Gelebte Solidarität ist das Kennzeichen der Menschen eines Volkes im Umgang miteinander.	[1] Die CDU sieht in gelebter Solidarität eine Grundlage für die Einheit eines Volkes.	Zu Satz 1ALT: ....ist nichtssagend, weil es sich bei gelebter Solidarität kaum um das Kennzeichen der Menschen eines Volkes im Umgang miteinander handeln kann, wenn nicht gesagt wird, *was für ein* Kennzeichen.	
	[2] In Deutschland ist die Solidarität nach der Wiedervereinigung besonders gefordert.	[2] Es muß eine starke innere Einheit entwickelt und bewahrt werden.	Der Satz ist genausoviel wert, als wenn man sagen würde „Rücksichtnahme ist das Kennzeichen der Kraftfahrer in einer Großstadt im Umgang miteinander im Straßenverkehr".	
	[3] Wir werden die innere Einheit nur finden, wenn sich die Deutschen in Ost und West als solidarische Gemeinschaft verstehen.	[3] Diese Einheit muß ein lediglich von staatlicher Seite beeinflußbares Zusammenhaltsgefühl in einer Gesellschaft an materiellem und geistigem Reichtum bei weitem übertreffen.	Zu Satz 2ALT: ... gehört in einen politischen Appell oder in ein Wahlprogramm, gleichermaßen Satz 3ALT.	
			Zu Satz 3NEU: Mittelbar wird so auch das Subsidiaritätsprinzip angesprochen.	
	Solidarität mit den künftigen Generationen			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
25	[1] Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber den künftigen Generationen. [2] Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder leben. [3] Der Eigenwert der Schöpfung und unsere Verantwortung für die kommenden Generationen verpflichten uns, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu erhalten und die Schöpfung zu bewahren. [4] Wir setzen uns für eine weltweite Solidarität in der Völkergemeinschaft ein. [5] Ohne sie ist die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Welt und die Bewahrung der Schöpfung nicht möglich.	[1] Niemand darf zu Lasten nachfolgender Generationen leben. [2] Vielmehr ist ein Verantwortungsbewußtsein bei jedermann zu wecken, daß er dazu beizutragen hat, Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen zu erhalten und zu schaffen. [3] In Ehrfurcht vor der Schöpfung und der fortwährenden Gewißheit über die Unvollkommenheit des bisher Erkannten und Vorhersehbaren sieht es die CDU als unverantwortbar vor der Menschheit an, zu deren Lasten mangelhaft gesicherte politische Entscheidungen zu treffen oder in gleichem Maße persönliche Risiken einzugehen. [4] Die CDU setzt sich, insbesondere zur Sicherung und Gestaltung ökonomischer und ökologischer Lebensgrundlagen, für eine weltweite Solidarität in der Völkergemeinschaft ein.	Zu Satz 1NEU: Der neue Aufbau des Änderungsantrages erspart die Floskel „Kinder und Kindeskinder" Zu Satz 2NEU: Programmatisch formulieren, was wir als CDU bei dem einzelnen Bürger bewirken wollen. Lebensgrundlagen muß man auch neu schaffen! Man kann nicht sagen „da ist eine zu bewahrende Schöpfung und die erhaltet ,mal schön". Zu Satz 3NEU: Nicht nur Ehrfurcht vor der Schöpfung ist geboten, sondern auch die Einsicht in die Unvollkommenheit der Erkenntnis des Vergangenen und damit auch Zukünftigen, die manchmal als Hauptrisikopotential unverantwortlich vernachlässigt wird. Es gibt zwar keine 100% gesicherten Risiken (dann wäre es ja kein Risiko mehr), aber man kann Risikoabsicherung auch bei bewußt eingegangen und notwendigerweise eingegangenen Risiken zumindest optimieren. Zu Satz 4NEU: Wir haben es hier mit einem politischen Programm zu tun! Schwarz-Weiß-Emotionalitäten wie „Arm und Reich" vermeiden! Auch ökologische Lebensgrundlagen kann man gestalten Im vorliegenden Kontext ist der antropozentrische Ansatz gerechtfertigt, durch das „insbesondere" sind andererseits die ebenfalls zu sichernden Lebensgrundlagen des Lebenden als Komplex nicht ausgekoppelt. .....wobei immer offen bleiben muß, ob die Chance und die damit verbundene Möglichkeit auch erfolgreich wahrgenommen und umgesetzt werden wird.	
25A		[1] Jeder Einzelne und jede Gemeinschaft soll Dinge oder Situationen als Teil oder gar Fortschritt seiner oder ihrer eigenen Entwicklung, seines oder ihres Wohlstands oder wirtschaftlichen Wachstums ansehen	aus lfd. Nr.160ALT	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		können. [2] Die CDU misst jedoch derartigen Bewertungen immer erst dann allgemeine Gültigkeit zu, wenn jeweils gleichzeitig die sozialen und ökologischen Belange der Allgemeinheit in die Bewertung miteinbezogen werden. [3] Sie fordert jeden Einzelnen auf, im gleichen Sinne zu handeln.		
	Gerechtigkeit **Gleichheit**			
26	[1] Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. [2] Gleichheit bedeutet gleiches Recht für alle. [3] Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. [4] Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren und schützt ihn.	[1] Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen vor Gott. [2] Gleichheit bedeutet grundsätzlich gleiche Rechte für alle. [3] Diese Rechte sind durch Recht und Gesetz vor Willkür und Machtmißbrauch zu schützen. [4] Christlich demokratische Politik muß den einzelnen befähigen, ein fundiertes Rechts- und Rechtebewußtsein zu entwickeln.	Die Menschen sind gleich vor Gott, egal, in welcher - vor allem nicht selbstverantworteten - Eigenschaft. Hierzu kämen neben der Freiheit und der Würde auch Pflichten,..... Es geht nicht um gleiches Recht für alle, sondern um gleiche Rechte für alle. Recht (jus) muß diese Rechte, Menschenrechte, sichern. Da Rechte vor verschiedenen traditionellen, geographischen und anderweitig verschiedenen Hintergründen zu sichern sind, muß Recht diese Hintergründe miteinbeziehen. Je nach den Recht-Verursachenden gibt es aber auch solches Recht, das nicht vor Willkür und Machtmißbrauch schützt. Man kann also in einem Grundsatzprogramm nicht einfach schreiben, Recht schütze vor Willkür..... Auch kann Recht aus dem Staatswesen A, als „gleich" in das Staatswesen B übernommen, dort im Kontext mit den dann gegebenen Hintergründen zum Unrecht werden. Satz 4ALT ist eine Spezifikation, die die Nennung auch anderer Spezifikationen zugunsten von Minderheiten erforderlich machen würde. Im übrigen muß man nicht immer, nur weil in der Bibel (zumindest auf Deutsch) von „dem Nächsten" die Rede ist, diese Personalisierung wählen. Statt „den Schwächeren" wäre „Schwächere" Umfassender und damit richtiger.	39 50 +11

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Chancengerechtigkeit			
27	[1] Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich. [2] Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. [3] Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. [4] Sie soll jedem die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht. [5] Wir setzen uns dafür ein, daß jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. [6] Deshalb treten wir für eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit ein. [7] Chancengerechtigkeit wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen; dazu gehört ein offener Zugang zu den Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen ebenso wie die Möglichkeit der Mitsprache und der Mitverantwortung, die Nutzung lebenswichtiger Güter und der Erwerb persönlichen Eigentums.	[1] Gerechtigkeit folgt aus einem Umgang von Menschen miteinander, in dem die Gleichheit der Einzelnen vor Gott und deren individuellem Recht auf Verschiedenheit geachtet und beachtet werden. [2] Chancengerechtigkeit soll jedem die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit und Eigenverantwortung so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht. [3] Deshalb tritt die CDU für eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit ein. [4] Chancengerechtigkeit gedeiht auf der Basis möglichst gerecht verteilter Lebenschancen. [5] Vor allem die Angebote der Allgemeinheit an den Einzelnen, Grundlagen für ihre weitere persönliche Entwicklung zu legen, vor allem Bildungseinrichtungen, erfordern einen offenen Zugang für alle. [6] Für den gleichen Zugang setzt sich die CDU hinsichtlich alltäglicher Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten Einzelner, wie in deren Berufsleben oder politischem Engagement, ein. [7] Auf der Grundlage von Chancengleichheit ist auch die Nutzung lebenswichtiger Güter und der Erwerb persönlichen Eigentums für jeden zu fördern. [8] Voraussetzung für die gerechte Behandlung Einzelner ist die Kenntnis deren individueller Leistungsfähigkeit sowie die Anerkennung von Leistung und Leistungswillen.	Zu Satz 2ALT: Zweifellos wäre es als Grundsatz ungerecht, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Hierbei stellt sich zunächst die Frage, was damit gemeint sein könnte, Gleiches gleich zu behandeln. Man kann nicht ein Ding oder eine Person (...) gleich „behandeln“, sondern nur mehrere Dinge oder mehrere Personen (...) gleich behandeln. Deren Eigenschaften muß man zuvor als gleich behandelbar analysiert haben. Die „Behandlung“ ungleicher Dinge oder Menschen verlangt, daß man grundsätzlich zunächst in gleichem Maße zunächst die Personen in ihrer Verschiedenheit kennenlernt, um je Person dann erst einen unterschiedlichen, nämlich individuell orientierten Behandlungsschritt vorzunehmen. (Was hier jeweils „behandeln“ hieße, bleibt unberührt.) Wendet man einen aus christlich ethischer Sicht primären Maßstab (z.B. Nächstenliebe) auf zwei ungleiche Menschen an, so ist der Ansatz, beide mit inniger Nächstenliebe „zu versehen“, dennoch gleich. Dieser Ansatz ist ein Bindeglied zwischen der Gleichheit vor Gott und gerechtem Handeln vor Gott. Daß dann die Devise „erst denken, dann handeln“ greifen sollte, ist vernünftig. So wird dann auch ein einheitlicher Tertiärwert (ein Strafgesetz als Ergebnis eines politischen Willens, der wiederum als Ergebnis eines grundsätzlichen Impulses) konkrete Ansätze zur Verschiedenbehandlung beinhalten Zu Satz 3ALT: Gleichheit vor dem Recht bedarf keiner Ergänzung durch Chancengerechtigkeit. Vielmehr wäre das Recht zu ändern (das ja nun beileibe in Gegensatz zu christlich ethischen Impulsen nicht vorgegebene ist), sollten auf seiner Grundlage keine Entscheidungen machbar sein, die auch Chancengerechtigkeit befördern. Zu Satz 5ALT: Durch geringe Änderung des Satz 4ALT in diesen integriert und als Satz 2NEU übernommen. Zu Satz 7 ALT: Wäre ein Zugang nicht mit einem „Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen“ verbunden, wäre	126 166 +41

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			er nicht offen!.	
27 F				
	Streben nach Gerechtigkeit	**Streben nach Gerechtigkeit**		
28	[1] Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar. [2] Auch politisches Handeln stößt wegen der Unzulänglichkeit des Menschen an Grenzen. [3] Aber wir setzen uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und eine gerechtere Welt ein.	[1] Vor dem Hintergrund, daß absolute Gerechtigkeit nicht erreichbar ist, setzt sich die CDU nachdrücklich für Gerechtigkeit in Deutschland und eine gerechte Welt ein.		35 23 - 12

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Soziale Gerechtigkeit	**Soziale Gerechtigkeit**		
29	[1] Gerechtigkeit schließt die Übernahme von Pflichten entsprechend der Leistungsfähigkeit des einzelnen zum Wohle des Ganzen ein. [2] Soziale Gerechtigkeit verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können. [3] Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. [4] Für uns gilt, niemanden fallen zu lassen und jedem in unserer Gesellschaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern.	[1] Gerechtigkeit schließt die Übernahme von Pflichten entsprechend der Leistungsfähigkeit des einzelnen zum Wohle des Ganzen ein. [2] Soziale Gerechtigkeit verlangt von jedem, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können.	Grenzt eng an „Solidarität“ Zu Satz 2ALT: ...verlangt von wem? Zu Satz 3ALT/4ALT: Zu platt	74 47 +27
	Gleiches Recht für alle	**Gleiches Recht für alle**		
30	[1] Jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland soll Recht finden, soll Chancen wahrnehmen und durch Leistung verbessern können, soll Eigentum und Bildung erwerben und mit der eigenen Kraft zur ausgleichenden Gerechtigkeit beitragen. [2] Im geeinten Deutschland ist es unsere besondere Aufgabe, uns um Gerechtigkeit für die Bürger zu bemühen, denen sie über Jahrzehnte vorenthalten wurde. [3] Auch wo Gerechtigkeit nicht mehr erreichbar ist, muß Hilfe für die Opfer und Förderung der einst Benachteiligten im Zentrum stehen. [4] Unter Unrechtsbedingungen erworbene Besitzansprüche bedürfen einer Überprüfung. [5] Der feste Wille zur Gerechtigkeit muß die innere Einheit unseres Landes bestimmen und ihre Gestaltung leiten.	[1] Jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland sollen Recht finden, sollen Chancen wahrnehmen und ihre persönliche Situation durch Leistung aufwerten können. [2] Sie sollen Eigentum und Bildung erwerben und mit der eigenen Kraft zur ausgleichenden Gerechtigkeit beitragen. [3] Unter Unrechtsbedingungen erworbene Besitzansprüche bedürfen einer gerechten Überprüfung und Bereinigung. [4] Der feste Wille zur Gerechtigkeit muß die innere Einheit Deutschlands bestimmen und ihre Gestaltung leiten.	Zu Satz 1ALT: Was verbessern? Satz 2NEU: Als Aufgabe formulieren! Eigentum und Bildng sind wesentliche Grundlagen dafür, daß Bürger sich engagieren können. Vgl. auch lfd. Nr.106 Satz 4NEU: Nicht nur prüfen, sondern auch entscheiden!	99 68 +31

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
30a	@	**Grenzen des Strafrechts** [1] Als eine wesentliche Herausforderung für den deutschen Rechtsstaat sieht es die CDU, die Straftaten der Handlanger eines kommunistischen Unrechtsstaates in Deutschland zu verfolgen [2] Die Grenzen des Strafrechts sind dabei mit besonderer Sorgfalt öffentlich aufzuzeigen. [3] Die Auseinandersetzung des CDU mit dem Unrechtsstaat ist umfassender sein und schließt vor allem seine politische Ächtung ein und die Aufgabe, seine Opfer zu rehabilitieren.	Zu Satz 2NEU: Das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit gründet sich darin, daß nur eine umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit dazu beiträgt, Kondensationspunkte für Märthyrerlegenden der Unrechtsstaatler zu minimieren.	0 62 +62
31	**Einsatz für weltweite Gerechtigkeit** [1] Wo das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben mißachtet wird, wo die Freiheit einzelner, bestimmter Gruppen oder ganzer Völker unterdrückt wird, herrschen Gewalt und Unfrieden. [2] Wir treten ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not. [3] Damit leisten wir unseren Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern und für eine gerechtere Welt. **2. DIE CHANCEN DES UMBRUCHS NUTZEN - DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS IN FREIHEIT UND VERANT-**	[1] Die CDU tritt für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not ein. [2] Sie will damit zum Frieden zwischen den Völkern und für eine gerechtere Welt beitragen.	Satz 1ALT ist kein Grundsatz	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	WORTUNG GESTALTEN **Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert**			
32	[1] Mit dem Scheitern des Sozialismus, dem Ende des alten Ost-West-Konfliktes und der Wiedervereinigung Deutschlands sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. [2] Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht vor grundlegend veränderten Bedingungen. [3] Wir Christliche Demokraten stellen uns den Herausforderungen dieser Umbruchszeit. [4] Mit der Fortschreibung unseres Grundsatzprogrammes für das vereinte Deutschland nehmen wir auf der Grundlage bewährter Prinzipien eine Neubestimmung unserer Politik für Deutschland, Europa und die Welt vor.	[1] Die Politik der CDU für Deutschland, für Europa und die Welt beruht auf der Grundlage historischer Grundentscheidungen im seit Anbeginn freien Teil der Bundesrepublik Deutschland. [2] Dies sind jene Entscheidungen, die, durchgesetzt von Menschen in der CDU, zu einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in eine internationale freiheitliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft und zur Einheit der Nation führten.	Zu Satz 1ALT: Nicht nur hier wird im GP angeführt, daß es mit dem alten Ost-West-Konflikt vorbei sei, was zweifellos im wesentlichen nicht falsch, aber - zumal inhaltlich nicht im Programm durchgängig weitergeführt (vgl. lfd. Nr.158 Satz 1ALT) - keine programmatische Aussage ist. Im übrigen ist im konkreten Kontext sehr oft von „global" die Rede. Das fabulös unprogrammatische Pathos in lfd. Nr.32ALT schließt deren Verwendung in einem Grundsatzprogramm aus. Der Sozialismus ist noch nicht ganz gescheitert. Satz 3ALT ist eine Selbstverständlichkeit. Was wir mit unserem Grundsatzprogramm machen wollen, gehört sinnvollerweise in ein Vorwort, nicht ins Programm selbst. Eine sonderlich neuorientierte Politik ist nicht zu erkennen und so schlecht war die „alte" Politik nicht, daß diese Neuorientierung nötig wäre. Im übrigen sind CDU-Mitglieder „Christdemokraten", nicht „Christliche Demokraten". Christlich sind im wesentlichen immer noch nur Christen. Da die CDU überkonfessionell ist, schließt dies das Wort „Christliche" aus. Es muß dabei bleiben, daß es um die Wortkombination „Christlich Demokratisch" geht. Zu lfd. Nr.4 ALT Der Satz ist zu lang! Das „westlich" ist ohne Sinn. Sinn macht es, herauszustellen, daß Deutschland in einer internationalen <u>freiheitlichen</u> Wertegemeinschaft Anerkennung fand. Eine Einigung Europas paßt nicht in das Spektrum der Grundlagen sondern ist immer noch ein Ziel.	77 71 -6
	Partei der deutschen Einheit	**Partei der deutschen Einheit**		
33	1 Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. 2 Wir haben an der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit stets festgehalten	1 Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. 2 Sie setzt sich für die Einheit Deutschlands in Freiheit ein.	Zu Satz 1: Die Geschichte rechtfertigt das „lyrische Pathos" Zu Satz 2ALT – Satz4ALT: Keine Grundsätze, sorry! Zu Satz 2NEU und Satz 4NEU: Es geht ja nicht nur um	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	und in einer historisch einmaligen Situation dieses Ziel mit Einverständnis unserer Nachbarn und Partner verwirklicht. 3 Der Wille der Menschen in Ostdeutschland zur Freiheit und Einheit ist in der friedlichen Revolution zum Durchbruch gekommen. 4 Mit der Einheit ist eine Vision Wirklichkeit geworden: die Freiheit für alle Bürger in Deutschland.	3 Dabei ist die mit der staatlichen Einheit Wirklichkeit gewordene Freiheit für alle Menschen in Deutschland dauerhaft zu stärken, zu beleben und zu sichern.	die staatliche Einheit.	
	Europäische Einigung			
34 (1)	[1] Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist Teil der neuen Freiheit und des Zusammenwachsens unseres ganzen Kontinents. [2] Die europäische Einigung fortzuentwickeln, die Freiheit in ganz Europa dauerhaft zu sichern und die jungen Demokratien zu stärken ist Aufgabe und Chance für unsere gemeinsame europäische Zukunft. 3 Deutschland in der Mitte Europas ist dabei besonders gefordert.	X	Grundsätze der CDU sind hier nicht zu finden	
	Weltweite Aufgaben	**Weltweite Aufgaben**		
34 (2)	[1] Die Globalität der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen verbindet die Menschen in einer neuen Dimension über Grenzen und Kontinente hinweg. [2] Deutschland muß sich seiner gewachsenen Verantwortung in der internationalen Politik stellen und seinen Teil zur friedlichen Bewältigung von internationalen Konflikten und zur Bewahrung der Schöpfung beitragen.	X	Ausreichend in lfd. Nr.120 ff. ausgeführt.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Angesichts der weltweiten Verflechtungen und veränderten Bedingungen ist auch unsere wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit vor neue Herausforderungen gestellt.			
	Verwirklichung der inneren Einheit			
35	[1] Die innere Einheit weiter zu verwirklichen ist die wichtigste Aufgabe in unserem vereinten Land. [2] Die Schaffung der inneren Einheit Deutschlands verlangt von allen Deutschen großen Einsatz im persönlichen und geistigen, im finanziellen und materiellen Bereich. [3] Der wirtschaftliche, soziale und ökologische Neuaufbau der neuen Bundesländer hat Vorrang. [4] Die Herausforderungen und Anstrengungen, die mit der Vollendung der Einheit verbunden sind, zwingen nicht nur zur Überprüfung eingefahrener Wege und gewohnter Denkweisen, sondern fordern Kreativität und mobilisieren neue Kräfte für die Gestaltung unseres Landes. [5] Der Aufbau in den neuen Ländern bietet deshalb die Chance zur Modernisierung in ganz Deutschland. [6] Fehlentwicklungen in den alten Ländern treten angesichts neuer Bedingungen und zusätzlicher Anforderungen deutlicher hervor, und die notwendigen Erneuerungen sind dringender geworden. [7] Die Einheit wird ganz Deutschland moderner	[1] Die innere Einheit Deutschlands ist zu konsolidieren. [2] Diese Aufgabe stellt sich aus Sicht der CDU an alle Deutschen in allen ihren Lebensbereichen.	Wird beibehalten, obwohl in lfd. Nr. 73 ausführlich erörtert. Zu Satz 2ALT: Wenn die Schaffung der inneren Einheit Deutschlands gerfordert wird, man einen Satz danach (dto. Satz 3 ALT) jedoch - wie an anderen Stellen im Programm auch - den Begriff der „neuen Bundesländer“ pflegt, ist das pervers, zumal dieses „Neue“ verbal in die zu erwartenden 15 Jahre „Lebensdauer“ des Programmes mitgenommen werden. Wäre die Bundesrepublik ein sportlich tätiger Verein, wobei - und damit „hinkt“ der Vergleich keinesfalls - „sportlich“ auch mit „fair“, einhergehend mit „mannschaftlich kämpferisch“ interpretiert werden darf, würden jene, die ein neues Mitglied auch nach Jahren noch „der/die Neue“ titulieren würden, sicher zu Recht wegen „vereinsinternen Mobbings“ belangt werden müssen. So müßte diese (und wenn nur statistische) Klassifikation „ALT“ &. „NEU“ anstatt einer programmatischen Manifestierung zu erfahren besser so schnell wie möglich zugunsten solcher –Unterschiede eliminiert werden, die beispielsweise im Bereich „Kultur“ durch gegenseitige Anregung eine „kulturelle Heterosis“ begründen könnten. Zu Satz 4ALT, 6ALT insbesondere: Nicht wesentlich grundsatzprogrammatisch.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	machen, indem wir veraltete Strukturen aufbrechen, Besitzstandsdenken überwinden, Solidarität und Gemeinsinn neu zur Geltung bringen.			
	Demokratisches Nationalbewußtsein			
36	[1] Unsere Nation ist geprägt durch die gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur und das Bekenntnis zu unserer Verfassungsordnung. [2] Als Nation tragen wir gemeinsam Verantwortung für unsere Vergangenheit und für die Gestaltung unserer Zukunft. [3] Die Gemeinsamkeit unseres kulturellen und geschichtlichen Erbes und unser gemeinsamer Wille zur Freiheit und Einheit sind Ausdruck nationaler Identität und Grundlage für das Zusammenwachsen der Menschen in unserem wiedervereinigten Volk und Staat. [4] Die Einheit ist eine gemeinsame Herausforderung für alle Deutschen und eine neue Chance der Geschichte für unser Land. [5] Als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind wir gemeinsam aufgerufen, unseren freiheitlichen und sozialen Staat zu festigen, unsere Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln und uns zu einem weltoffenen Patriotismus zu bekennen. [6] Demokratisches Nationalbewußtsein fördert die Bereitschaft, Pflichten und Verantwortung für das Gemeinwesen wahrzunehmen.	[1] Die CDU fördert eine Nation, die durch die gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur und das Bekenntnis zu ihrer Verfassungsordnung geprägt sein soll. [2] Die Glieder dieser Nation sollen sollen deren Geschichte und die Gestaltung ihrer Zukunft verantwortlich bewältigen können. [3] Gemeinsames kulturelles und geschichtliches Erbe und ein gemeinsamer Wille zur Freiheit und Einheit müssen als Grundlage für menschliche Begegnung und Ausdruck nationaler Identität in Deutschland wahrgenommen werden. [4] Die CDU bekennt sich zu weltoffenem Patriotismus und zu demokratischem Natonalbewußtsein.	Es kann nicht angehen, daß die CDU grundsatzprogrammatisch festlegt, was die Nation ist. Es kann nur darum gehen, was sie sein soll. Und mit „wir" kann auch die CDU nicht für die Nation sprechen. Zu Satz 4ALT: Was ist „eine neue Chance der Geschichte"? Geschichte vergibt keine Chancen. „Hausgemachte" Chancen vergeben Menschen.	
	Unterschiedliche Lebenserfahrungen und Lebensprägungen nutzen			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
37 (1)	[1] Für viele Menschen in den neuen Ländern bedeutet das Ende der sozialistischen Diktatur und die Wiedervereinigung Deutschlands einen tiefgreifenden Einschnitt in ihre persönliche Lebensgestaltung. [2] Sie müssen grundlegende Veränderungen im persönlichen Miteinander, in Gemeinde, Staat und Arbeitsleben vollziehen und sich in einer freiheitlichen Gesellschaft neu orientieren. [3] Dafür brauchen sie eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume.	X	Zu Satz 1ALT: Schon wieder der Unsinn mit den „neuen Ländern“ Zu Satz 3ALT: Wenn die „Wessis“ nicht so wenig bereit wären (und waren), sich deutsche Kultur im deutschen Osten näherzubringen und dort Menschen kennenzulernen, kurzum, auch ganz einfach neugierig zu sein, wäre dieser Satz von vornherein überflüssig. Und eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume braucht jeder! Das ist ja wohl das mindeste in einem demokratischen Rechtsstaat.	
37 (2)	[1] Im Westen Deutschlands erfordert die Gestaltung der inneren Einheit vor allem die Besinnung auf Tugenden und Werte, die im Zuge der Wohlstandsmehrung und eines einseitigen Freiheitsverständnisses zurückgedrängt worden sind. [2] Es gilt, die Entwicklung eines falsch verstandenen Individualismus auf Kosten anderer und des Rückzugs aus der Verantwortung für das Gemeinwohl umzukehren.	X	Die Praxis im „deutschen Osten“ war da gar nicht so anders.	
37 (3)	[1] Wir können die innere Einheit nur verwirklichen, wenn die Menschen im Osten und Westen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensprägungen aufeinander zugehen. [2] Jeder muß bereit sein, die Erfahrungen und Lebensleistungen des jeweils anderen zu respektieren und als Grundlage für die gemeinsame Zukunft zu nutzen.	[1] Deutsche Einheit bedeutet für die CDU, daß Deutsche sich begegnen, aufeinander zugehen und von ihren persönlichen Lebenserfahrungen gegenseitig lernen [2] Jeder muß bereit sein, die Erfahrungen und Lebensleistungen des jeweils anderen zu respektieren und als Grundlage für die gemeinsame Zukunft zu nutzen.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Die Bundeshauptstadt Berlin bietet in diesem Prozeß exemplarische Erfahrungen.	[3] Die CDU sieht es in diesem Zusammenhang als besondere Aufgabe an, vor allem aufgrund der Erfahrungen von Deutschen die Denkansätze des Kommunismus und Sozialismus als menschenverachtend offenzulegen. [4] Zugleich wirbt sie nachdrücklich für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft.		
37 (4)	**Auseinandersetzung mit Kommunismus und Sozialismus** [1] Auch nach dem Ende der sozialistischen Gewaltherrschaft darf die geistige Auseinandersetzung mit der ihr zugrunde liegenden Ideologie nicht beendet sein.	X		
38 (1)	**Unser Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft** [1] Die Aufgaben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind weder von heute auf morgen noch mit einfachen Lösungen zu bewältigen. [2] Die Chancen dieser Umbruchszeit zu nutzen fordert die Bereitschaft aller zum Wandel im Denken und Handeln. [3] Wir Christliche Demokraten sind davon überzeugt, daß wir den Wandel nur auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung erfolgreich bewältigen können. [4] Das Prinzip verantworteter Freiheit gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik.	**Unser Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft** [1] Das Leitbild der CDU ist eine freie und verantwortliche Gesellschaft. [2] Sie dient der Verwirklichung von Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. [3] Die CDU ist davon überzeugt, daß gesellschaftlicher Wandel nur auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung erfolgreich bewältigt werden kann. [4] Das Prinzip verantworteter Freiheit gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik. [5] Dafür setzt sich die CDU ein:	Die Sache mit dem 21. Jahrhundert mag ja eine neckische Spielerei sein, hat aber in einem Grundsatzprogramm nicht zu suchen.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[5] Unser Leitbild ist eine freie und verantwortliche Gesellschaft. [6] Sie dient der Verwirklichung unserer Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. [7] Dafür setzen wir uns ein:			
	Gemeinsinn	**Gemeinsinn**		
38 • (1)	[1] Für eine Gesellschaft des Gemeinsinns.	[1] Für eine solidarische wertebewußte Gesellschaft :	Zu Satz 5ALT: Familie ist gesondert aufgearbeitet.	
(-1) •	[2] Wir treten für eine solidarische Gesellschaft ein und wenden uns gegen Egoismus, Entsolidarisierung und Anspruchsdenken, gegen soziale Kälte und Ellenbogenmentalität.	[2] Hierauf gründend strebt die CDU sie eine wertorientierte Gestaltung von Erziehung und Bildung als unverzichtbare Grundlage für praktizierte Freiheit und Verantwortung an.		
•	[3] Wir wehren uns gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft.	[3] Sie fordert den Einzelnen auf, eigene Freiheit und Verantwortung in Engagement für die Gemeinschaft umzusetzen.		
•	[4] Wir fordern die Verantwortung und das Engagement des Bürgers für die Gemeinschaft.	[4] Sie wendet sich gegen Egoismus, Entsolidarisierung und Anspruchsdenken, gegen soziale Kälte und Ellenbogenmentalität und Gewalt.		
•	[5] Wir wollen die Familie als Fundament der Gesellschaft stärken und uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft nachdrücklich einsetzen.			
•	[6] Wir brauchen eine wertorientierte Erneuerung von Erziehung und Bildung und treten ein für gemeinsame Wertorientierungen als unverzichtbare Grundlage einer freien und verantwortlichen Gesellschaft.			
	Freiheit	**Freiheit**		
38 • (1) •	[1] Für eine Gesellschaft der Freiheit. [2] Jeder einzelne, ob Frau oder Mann, ob	[1] Für möglichst viele Chancen der persönlichen Entfaltung des Einzelnen.	Zu Satz 5ALT:Erledigt durch lfd. Nr.105(3)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(-2)	jung oder alt, soll in unserer Gesellschaft möglichst viele Chancen der Entfaltung nutzen können.	[2] Freiheitsrechte und die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für sich und die Gemeinschaft sind zu stärken.		
•	[3] Wir wollen die Freiheitsrechte und die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für sich und die Gemeinschaft stärken.	[3] Leistungsfähigkeit, Initiative und Risikobereitschaft sind zu fördern und als Grundlagen für den sozialen Ausgleich zu sichern.		
•	[4] Wir wollen gemeinsam die Freiheit sichern, die nach Deutschland und Europa zurückgekehrt ist.			
•	[5] Wir wollen, daß der Staat sich auf seine wesentlichen Aufgaben besinnt, um die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, und wenden uns gegen ein Übermaß an Bürokratisierung und Reglementierung.			
•	[6] Wir wollen Leistungsfähigkeit stärken, Initiative und Risikobereitschaft fördern und die Grundlagen für den sozialen Ausgleich sichern.			
	Verantwortung	**Verantwortung**		
38 • (1)	[1] Für eine Gesellschaft der Verantwortung.	[1] Für eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung auch für nachfolgende Generationen wahrnimmt.		
(-3) •	[2] Wir wenden uns gegen eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung auf nachfolgende Generationen abwälzt.	[2] Die CDU tritt Raubbau an der Natur und der Verschwendung natürlicher Ressourcen entgegen.		
•	[3] Wir treten dem Raubbau an der Natur und der Verschwendung natürlicher Ressourcen entgegen.	[3] Sie will hierfür insbesondere national wie international wissenschaftliche und technische Möglichkeiten in ethischer Verantwortung nutzen.		
•	[4] Wir wollen die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten in ethischer Verantwortung nutzen, um unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung national wie international zu leisten.			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Offenheit	**Offenheit**		
38 •	[1] Für eine Gesellschaft der Offenheit. •	[1] Für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität und Abstammung.		
(1) • (-4)	[2] Wir wenden uns gegen Diskriminierung und Rassenhaß.	[2] Die CDU wendet sich kompromißlos Diskriminierung, Rassenhaß und gegen einen Rückfall in Nationalismus und Fundamentalismus jeglicher Art.		
•	[3] Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität ein und wenden uns gegen einen Rückfall in Nationalismus und Fundamentalismus jeglicher Art. •	[3] Sie will die Vollendung der Europäischen Union vorantreiben.		
•	[4] Wir wollen die Vollendung der Europäischen Union vorantreiben. •	[4] Sie setzt sich für für Menschen- und Bürgerrechte und für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa und der Welt ein.		
•	[5] Wir wenden uns gegen Armut und Hunger in der Welt und setzen uns für Menschen- und Bürgerrechte und für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa und der Welt ein. •	[5] Sie engagiert sich gegen Armut und Hunger in der Welt.		
		Besinnung auf die Verantwortung des einzelnen		
38 (1) (-5)	@	[1] Für eine Rückbesinnung auf die Verantwortung des einzelnen Menschen in einer demokratischen Gesellschaft. [2] Alle politischen Aufgaben müssen in ihrer Bedeutung dieser Zielsetzung unter- und nachgeordnet werden. [3] Die CDU sieht in eigenverantwortlich handelnden Menschen eine Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
38 (2)	**Neubesinnung auf die Verantwortung des einzelnen** [1] Deutschland wird für die Bewältigung des europäischen Umbruchs eine zentrale Rolle spielen müssen. [2] Alle politischen Aufgaben müssen in ihrer Bedeutung dieser Zielsetzung unter- und nachgeordnet werden. [3] Um der neuen Verantwortung gerade für die Völker Mittel- und Osteuropas gerecht werden zu können, bedarf es einer Rückbesinnung auf die Verantwortung des einzelnen Menschen im inneren unserer Gesellschaft. [4] Wenn wir diese nicht so umbauen, daß die Verantwortung des einzelnen gestärkt wird, kann unser Gesellschaftsbild weder Glaubwürdigkeit behalten, noch können wir die materiellen Mittel freisetzen, die wir brauchen, um unseren Nachbarn im Osten tatkräftig zu helfen. [5] Nur wenn es uns nicht gelingt, die Verantwortung des Bürgers zu stärken, wird an den Staat nicht mehr wie an eine Vollkaskoversicherung appelliert werden. [6] Anderenfalls wird eben jenes Menschen-	X	„Wenn und Aber“ gehören nicht in ein Grundsatzprgramm, Rest als lfd. Nr.38(1)(-5)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	bild zerstört, auf das eine freiheitliche Gesellschaft so sehr angewiesen ist, daß seiner Zerstörung ihr eigener Untergang folgen muß.			
	Eigenverantwortung des Bürgers und Handlungsfähigkeit des Staates	**Eigenverantwortung des Bürgers und Handlungsfähigkeit des Staates**		
38 (3)	[1] Staatliches Handeln muß zukünftig einem neuen Selbstverständnis folgen: nämlich nicht mehr in erster Linie zuständig zu sein für die Sicherung aller denkbaren individuellen Lebensrisiken. [2] Statt dessen muß der Staat eine größere Eigenverantwortung des Bürgers voraussetzen können, nicht zuletzt deshalb, um so den finanziellen Spielraum zurückzugewinnen, der es erlaubt, den neuen politischen Prioritäten die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen: also vorrangig an der Lösung der Probleme mitzuwirken, um die sich das geteilte Deutschland in der Nachkriegsepoche nicht zu kümmern brauchte, weil es im Windschatten der Weltpolitik verharrte. [3] Dieser neu zu erkämpfende Handlungsspielraum des Staates ist aber die Voraussetzung dafür, daß Deutschland auch in seiner Außenpolitik dem Leitbild von Freiheit und Verantwortung folgen kann, also mit ganzer Kraft seine Möglichkeiten auf das Ziel der inneren Einheit Europas konzentriert.	[1] Die Wahrnehmung von Eigenverantwortung durch Bürger soll nicht zuletzt zu möglichst großen finanzielle Spielräumen des Staates führen. [2] Diese Spielräume sind zu nutzen, um neuen politischen Prioritäten mit der nötigen Flexibilität gerecht werden zu können. [3] Diese Flexibilität hält die CDU insbesondere im außenpolitischen und europapolitischen Bereich für unbedingt erforderlich.	Unerträgliche Kettensätze (vor allem Satz 2ALT) stehen essentiell dem Ziel entgegen, daß das Programm nicht nur (wie auch immer) beschlossen, sondern auch gelesen wird..... Zu Satz 1ALT: Risiken sicher man nicht, man sichert die ab! Zu Satz 1NEU: Es geht nicht darum, daß der Staat finanzielle Spielräume gewinnt, sondern daß ihm der Einzelne in Eigenverantwortung diese Spielräume zur Verfügung stellt. Was ist „ein Winschatten der Weltpolitik?“ Nonsens, Füllwerk! Zu Satz 3ALT: Welch eine grundsatzprogrammwidrige Denkweise! Wie bereits angeführt, kämpft der Staat nicht gegen die Bürger um Ressourcen. Wenn doch, hat das CDU Grundsatzprogramm seit 1982 noch nicht in seinen übrigen Teilen gewirkt! Außenpolitische Ziele stehen an anderem Orte, hier ist eher entscheidend, daß Außenpolitik deshalb Flexibilität erfordert, weil die Partner nun einmal schlecht berechenbar sind.	
	Verantwortete Freiheit in Europa	**Verantwortete Freiheit in Europa**		
38	[1] Auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und Europas gibt dieses Leit-	[1] Wer den freiheitlichen und nicht den betreuenden Staat will, muß Strukturen be-	Betr. Satzlänge dto. Zu Satz 1ALT: Verbale Hin-und-Her-Verspieltheit,	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(4)	bild der verantworteten Freiheit gleichermaßen Orientierung für die Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn wie für die soziale Ordnung des Zusammenlebens von Menschen in einer Gesellschaft. [2] Wer den freiheitlichen und nicht den betreuenden Staat will, muß Strukturen begründen, die Freiheit und Verantwortung in allen Bereichen des Gemeinwesens zur Entfaltung kommen lassen.	gründen, die Freiheit und Verantwortung in allen Bereichen des Gemeinwesens zur Entfaltung kommen lassen. [2] Diese Aufgabe stellt sich aus der Sicht der CDU allen europäischen Völkern in vergleichbarer Weise.	offensichtlich Mißverständnis der in lfd. Nr.38(3) angesprochenen Spielräume....!	
38 (5)	[1] Diese Aufgabe stellt sich allen europäischen Völkern in vergleichbarer Weise, sie stellt sich ebenso im Blick auf die Neuordnung der Beziehung zwischen den Staaten in Europa.	X	Neu in lfd.Nr. 38(4)	
	KAPITEL II **FÜR DIE FREIE ENTFALTUNG DER PERSON IN UNSERER GESELLSCHAFT**	KAPITEL II **FÜR DIE FREIE ENTFALTUNG DER PERSON IN UNSERER GESELLSCHAFT**		
39	[1] Wir bekennen uns zum Recht jedes Menschen, sein Leben selbst zu gestalten. [2] Auf der Suche nach Sinn und Lebensglück muß jeder die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Begabungen, Wünschen und Neigungen entspricht. [3] Der Freiheit der Person entspricht die Verantwortung, die jeder einzelne für sich selbst, für seine Angehörigen und die Gemeinschaft insgesamt zu übernehmen hat.	[1] Die CDU bekennt sich zum Recht jedes Menschen, sein Leben selbst zu gestalten. [2] Auf der Suche nach Lebenssinn und Lebensglück muß jeder die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Begabungen, Wünschen und Neigungen entspricht. [3] Der Freiheit der Person entspricht die Verantwortung, die jeder einzelne für sich selbst, für seine Angehörigen und die Gemeinschaft insgesamt zu übernehmen hat.		
	1. GLEICHBERECHTIGUNG UND PARTNERSCHAFT VON FRAU UND MANN **Gleichberechtigung in einer partner-**	**1. GLEICHBERECHTIGUNG UND PARTNERSCHAFT VON FRAU UND MANN** **Gleichberechtigung in einer partner-**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schaftlichen Gesellschaft	**schaftlichen Gesellschaft**		
40	[1] Gleichberechtigung bedeutet für uns, daß das Recht auf freie Entfaltung der Person unabhängig vom Geschlecht gilt. [2] Ziel unserer Politik ist es, die Gleichberechtigung von Frau und Mann in einer partnerschaftlichen Gesellschaft zu verwirklichen. [3] Wir wollen bestehende Benachteiligungen von Frauen in Familie, Arbeitswelt, Politik und in allen übrigen gesellschaftlichen Bereichen beseitigen. [4] Wir wollen, daß Frauen und Männer sich so in Freiheit und Verantwortung entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht. [5] Partnerschaft bedeutet, daß Frau und Mann sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren.	[1] Entsprechend dem beizubehaltenden grundgesetzlichen Auftrag ist die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von jedermann zu fördern. [2] Gleichberechtigung bedeutet für die CDU, daß das Recht auf freie Entfaltung der Person unabhängig vom Geschlecht gilt. [3] Sie müssen sich in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sein und ihre Aufgaben in allen Lebenslagen gleichberechtigt vereinbaren. [4] Denn menschliche Grundeigenschaften wie Rationalität und Tugenden sind nicht nach Geschlechtern zu trennen.	Zu Satz 5ALT: Enthalten in lfd. Nr. 42 (2) Zu Satz 4ALT: Erledigt durch lfd. Nr.39, Satz 1 u. Satz 2	
41 **(1)**	[1] In unserem Jahrhundert hat sich ein neues Rollenverständnis von Frau und Mann entwickelt. [2] Rationalität und soziale Tugenden sind ebenso wie Sachkönnen, Kreativität und Zuwendungsbereitschaft in allen Bereichen des Lebens gefordert und nicht nach Geschlechtern zu trennen. [3] Wir treten dafür ein, daß Staat und Gesellschaft entsprechend dem grundgesetzlichen Auftrag die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördern.	X	Zu Satz 1ALT: Was heißt hier „In unserem Jahrhundert"? Mit Sicherheit gehört(e) es (welches) auch noch anderen Leuten als nur der CDU! Zu Satz 4ALT: Enthalten in lfd. Nr. 42 (2) Rest im übrigen in lfd. Nr.40NEU	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Über das Erreichte hinaus bedarf es gleicher Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, der Aufwertung der Familienarbeit und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben.			
	Frauen in der Politik			
41 (2)	[1] Wir brauchen mehr gesellschaftliche Mitwirkung von Frauen in Parteien und anderen Organisationen, damit Frauen ihre spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen einbringen. [2] Darum fördern wir Christliche Demokraten auf allen Ebenen unserer Partei nachhaltig die Mitwirkung von Frauen. [3] Partnerschaft in der Politik verlangt, daß Frauen und Männer sich gegenseitig in ihren fachlichen Kenntnissen, ihrer Lebenserfahrung und ihrem Urteilsvermögen anerkennen und dies als unverzichtbar für die politische Entscheidungsfindung begreifen.	[1] Parteien und anderen Organisationen sind aus Sicht der CDU auf Frauen und spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen angewiesen. [2] Darum fördert die CDU in allen ihren Gliederung beharrlich die nachhaltige Mitwirkung von Frauen.	Mitwirkung ist oft eine gute Alternative zu dem Wort „Teilhabe“, das sehr schnell im Sinn von „Stiller Teilhaber“ bzw. „Stille Teilhaberin“ zum formalen Alibi verkommen kann Zu Satz 3ALT: Erledigt durch lfd. Nr. 40 Satz 4NEU, eine besondere Projektion auf Politik ist nicht erforderlich.	
	Ziele unserer Gleichberechtigungspolitik			
42 (1)	[1] Wir setzen uns ein: • [1a] für die erweiterte Anerkennung der Familienarbeit und ihre Anbindung an das soziale Sicherungssystem, • [1b] für die Chancen- und Lohngleichheit sowie den Abbau von Benachteiligungen im Berufs- und Erwerbsleben, • [1c] für bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,	[1] Die Gleichberechtigungspolitik der CDU richtet sich an Frauen wie an Männer. [2] Auch für Männer müssen in der Berufs- und Arbeitswelt mehr Möglichkeiten entwickelt werden, sich in der Familie zu engagieren. [3] Kindererziehung muß als eine partnerschaftliche, von Kindern als solche erkennbare und erfahrbare Aufgabe von	TAUSCH VON lfd. Nr.42 (2) und 42 (1), weil die Abschlußforderungen am Ende stehen müssen.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
•	[1d] für die umfassendere Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben, politischen Mandaten und Ämtern sowie in allen gesellschaftlichen Bereichen.	Männern und Frauen betrachtet werden.		
42 (2)	[1] Wir fördern das gleichberechtigte Miteinander von Frau und Mann in unserer Gesellschaft. • [2] Unsere Gleichberechtigungspolitik richtet sich daher an Frauen wie Männer. [3] Auch für Männer müssen in der Berufs- und Arbeitswelt mehr Möglichkeiten bestehen, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, die Kindererziehung als eine gemeinsame Aufgabe zu betrachten und den Kindern ein partnerschaftliches Miteinander vorzuleben. • •	[1] Die CDU engagiert sich für: [1a] die erweiterte Anerkennung des Engagements in der Familie dessen Anbindung an soziale Sicherungssysteme, [1b] Chancengerechtigkeit und Lohngleichheit sowie den Abbau von Benachteiligungen im Berufs- und Erwerbsleben, [1c] eine immer bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, [1d] eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen bei der Übernahme von Führungsfunktionen, von politischen Mandaten und Ämtern sowie im übrigen von anderen Aufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen.	TAUSCH VON lfd. Nr.42 (1) und 42 (2), weil die Abschlußforderungen am Ende stehen müssen. Zu Satz 1ALT: Das hatten wir schon in lfd. Nr.40 Zu Satz 3ALT (Ende): Das Vorleben partnerschaftlichen Miteinender liest sich so etwas wie „Erziehungstheater“ (dem „Umweltkasper“ folgt nun der „Partnerschaftskasper“ samt Grete)	
	2. DIE FAMILIE - FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT **Ehe und Familie unterstützen** **Familie als Gemeinschaft der Generationen**			
43	[1] Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. [2] In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. [3] Hier erleben sie die Solidarität zwischen den Generationen. [4] In Familien können am besten die Eigen-	[1] Die Familie ist als beständigste Form gemeinschaftlichen Lebens und damit Voraussetzung für die Solidarität in der Gesellschaft in Deutschland zu fördern und finanziell zu unterstützen. [2] Die CDU setzt sich für Familien als immer neuen Ursprung von Liebe und Ge-	Der Text ist zu langatmig. Satz 1ALT und Satz 7ALT überschneiden sich z.B., deshalb Satz 1NEU Achtung! In lfd. Nr. 88(4) war eine lfd. Nr.43 ff. zuwiderlaufende Einseitigkeit („mithelfende Bäuerin“) aufzuheben! Das spricht nicht für die Antragskommission, deren Sprecher sich an anderer Stelle (vgl. Details zu lfd. Nr.88 (1)) der ländlichen Herkunft rühmt.	97 67 -30

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schaften und Fähigkeiten entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbstständigkeit und Mündigkeit. [5] Für uns ist die Familie das Fundament der Gesellschaft. [6] Deshalb setzen wir uns für ihre finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. [7] Der Zusammenhalt in unseren Familien ist Voraussetzung für die Solidarität in unserer Gesellschaft.	borgenheit, gegenseitigem Vertrauen, Solidarität zwischen den Generationen, von Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft, Mitverantwortung und Eigenständigkeit ein. [3] Die CDU fördert die gesellschaftliche Anerkennung der Familie als Fundament einer freien Gesellschaft.		
	Ehe und Familie unterstützen	**Ehe und Familie unterstützen**		
44	[1] Die Ehe ist das Leitbild der Gemeinschaft von Frau und Mann. [2] Sie ist die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder. [3] Nach wie vor wünschen die meisten Frauen und Männer die Verläßlichkeit, Liebe und Partnerschaft in einer Ehe. [4] Ehe und Familie brauchen unsere besondere Unterstützung, gerade weil Bindungen in unserer offenen Gesellschaft mehr denn je vom Scheitern bedroht sind. [5] Wir halten daran fest, daß die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung geschützt bleibt. [6] Wir respektieren nichteheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung,	[1] Die Ehe ist das Leitbild der CDU für die Gemeinschaft von Frau und Mann. [2] Sie ist die beste Grundlage für die Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder, für Verläßlichkeit, Liebe und Partnerschaft. [3] Ehe und Familie erhalten die besondere Unterstützung der CDU. [4] Die Ehe muß als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung durch das Grundgesetz auf Dauer geschützt sein. [5] Nichteheliche Partnerschaften sind zu respektieren wie auch die bewußte Entscheidung, ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. [6] Die CDU lehnt die rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der Ehe ab.	Zu Satz 3ALT: Keine programmatische Aussage! Zu Satz 5ALT: Was interessiert in einem Grundsatzprogramm die oftmals schwankende Verfassung der CDU („unsere Verfassung“)?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. [7] Wir sind gegen die rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der Ehe.			
	Eltern und Kinder			
45 (1)	[1] Jedes Kind braucht persönliche Zuwendung, Begleitung, Liebe, Vorbild und Autorität der Eltern. [2] Die Entwicklung der personalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit, des Werte- und Verantwortungsbewußtseins hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. [3] Erziehung ist Elternrecht; wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt Rechte und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf.	[1] Jedes Kind braucht persönliche Zuwendung, Obhut, Liebe, Vorbild und Autorität der Eltern. [2] Erziehung soll, weil dann personale Eigenständigkeit, Werte- und Verantwortungsbewußtsein und Gemeinschaftsfähigkeit besonders gefördert werden, in der Familie stattfinden. [3] Erziehung ist Elternrecht; wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt indisponible Rechte und Pflichten. [4] Die Erziehungsleistung derer, die Kinder umsorgen, erziehen und anderweitig betreuen,, muß gesellschaftliche Anerkennung und - auch finanzielle - Unterstützung erfahren.	„Begleitung" ist durch Zuwendung, Obhut,..... ausreichend abgearbeitet. In Satz 1ALT fehlte eine „schützende" Komponente Satz 4NEU siehe lfd. Nr.45 (2)	51 64 +13
45 (2)	[1] Die Zahl der Alleinerziehenden, der Geschiedenen und der Wiederverheirateten mit Kindern hat zugenommen. [2] Wo Kinder umsorgt, erzogen und betreut werden, müssen wir diese Erziehungsleistung anerkennen und unterstützen. [3] Auch das nichteheliche Kind hat ein Recht auf eine persönliche Beziehung sowohl zur leiblichen Mutter als auch zum leiblichen Vater. [4] Wir wollen die Rechte nichtehelicher Kinder denen ehelicher Kinder gleichstellen.	[1] Die Rechte nichtehelicher Kinder sind denen ehelicher Kinder gleichzustellen. [2] Auch nichteheliche Kinder haben ein Recht auf eine persönliche Beziehung zu ihren leiblichen Eltern.	Satz 1ALT gehört nicht in ein Grundsatzprogramm, sondern in eine Situationsbeschreibung. Satz 2ALT siehe lfd. Nr.4 (1) Satz 4NEU Die Reihenfolge der letzten beiden Sätze ist verkehrt; das Spezielle kommt ohne erkennbaren Sinn vor dem Allgemeinen.	57 23 -34

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Kinderfreundliche Gesellschaft	**Kinderfreundliche Gesellschaft**		
46 (1)	[1] Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand unserer Gemeinschaft. [2] Die dramatische Veränderung der Bevölkerungsstruktur gefährdet die Sicherung des Generationenvertrages. [3] Dem entgegenzuwirken ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch der Gesellschaft mit einer veränderten Einstellung zum Kind und zur Familienarbeit. [4] Wir wollen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beitragen, die Kinder als Bereicherung versteht und in der Kinder unbeschwert aufwachsen. [5] Familien brauchen zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts vielfältiger Anforderungen verschiedene Formen der Entlastung und Begleitung, der Unterstützung und Ermutigung:	[1] Der gesellschaftliche Beitrag von Eltern durch die Erziehung ihrer Kinder verdient eine hohe ideelle und materielle Anerkennung durch die Gemeinschaft. [2] Diese Leistung für das Gemeinwohl und den Fortbestand der Gemeinschaft sieht die CDU gerade dann als unersetzlich an, wenn Ungleichgewichte der Generationen die Sicherung der Vorsorge von Jung für Alt (Generationenvertrag) gefährden. [3] Die CDU wirbt auch deshalb für eine positive Einstellung zum Kind und zur Arbeit in der Familie, die Kinder als Bereicherung einer Gesellschaft versteht, in der Kinder unbeschwert aufwachsen. [4] Familien brauchen zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts vielfältiger Anforderungen verschiedene Formen der Entlastung und Begleitung, der Unterstützung und Ermutigung:	Generationenvertrag als Symbol definieren! Zu Satz 3ALT: „Veränderung" reicht nicht, Veränderung wohin?	
	Familienleistungsausgleich	**Familienleistungsausgleich**		
46 • (1) (-1)	[1] Wir streben an, den bisherigen Familienlastenausgleich weiter zu verbessern und durch einen Familienleistungsausgleich neu zu gestalten: mit einem vollständig einkommensabhängigen, bedarfsgerechten und dynamisch anzupassenden Kindergeld sowie mit der Einführung einer differenzierten und sozial ausgewogenen Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienan- •	[1] Der Familienlastenausgleich ist durch einen Familienleistungsausgleich neu zu gestalten und abzusichern, hierzu zählen [1a]- ein vollständig einkommensabhängiges, bedarfsgerechtes und dynamisch anzupassendes Kindergeld [1b]- eine differenzierte und sozial ausgewogene Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	gehörigen.	[2] Wer Kinder hat, soll weniger Steuern und Sozialbeiträge zahlen müssen, damit vor allem gegenüber Familien mit Kindern größtmögliche Steuergerechtigkeit wirksam wird.		
	[2] Wer Kinder hat, soll entsprechend weniger Steuern zahlen.			
	[3] Ein solches Familiensplitting wird Familien mit Kindern stärker als bisher entlasten und dient der Steuergerechtigkeit.			
	[4] Derartige Umschichtungen zugunsten von Familien mit Kindern müssen auch im Sozialversicherungsrecht stärker Eingang finden.			
	Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz verwirklichen	**Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz verwirklichen**		
46 (1) (-2)	[1] Wir setzen uns dafür ein, daß unsere Gesellschaft die Erziehung und Entwicklung von Kindern fördert und erleichtert.	[1] Die Gesellschaft muß die Erziehung und Entwicklung von Kindern fördern und erleichtern.	Zu Satz 2ALT: *Den* Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt es nicht.	
	[2] Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklichen, damit Kinder Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden.	[2] Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist zu schaffen und zu verwirklichen, damit Kinder Kinder gleichermaßen Freiraum und Schutz, Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden.		
	[3] Dabei fördern wir insbesondere private Initiativen und Kindergärten in freigemeinnütziger Trägerschaft.	[3] Dabei sind insbesondere private Initiativen und Kindergärten in freigemeinnütziger Trägerschaft zu fördern.		
	[4] Kinder brauchen gleichermaßen Freiraum und Schutz.	[4] Wohnungen sind hinsichtlich kinderfreundlicher Ausführung und kindgerechter Wohnumgebungen zu optimieren.		
	[5] Genügende kinderfreundliche Wohnungen und kindgerechte Wohnumgebungen sind dringend nötig.	[5] Kinder müssen umfassend und unabhängig von ihren Leistungen und Erfolgen angenommen werden.		
	[6] Für Kinder ist es wichtig, unabhängig von Leistung und Erfolg angenommen zu sein.	[6] Die spezifische Sicht von Kindern ist ein gesellschaftlicher Gewinn an Vielfalt und Einfühlung, Toleranz und Verständnis.		
	[7] Ihre andere Sicht auf unsere Welt ist für die Erwachsenen wichtig, denn auch			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	dadurch können sie die Notwendigkeit von Toleranz und Verständnis erfahren.			
	Schutz des ungeborenen Kindes	**Schutz des ungeborenen Kindes**		
46 (1) (-3)	[1] Wir treten nachdrücklich für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder ein. [2] Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, daß jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. [3] Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen neben finanziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot auch für Kleinstkinder die volle Unterstützung vom Vater des Kindes, von ihrer Familie und der Nachbarschaft, von Arbeitgebern und Vermietern. [4] Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muß in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben. [5] Das Recht muß dazu beitragen, daß im Interesse des Lebensschutzes Recht und Unrecht unterschieden sowie ein Rechtsbewußtsein und entsprechende Verhaltensorientierungen erhalten und gebildet werden.	[1] Die CDU tritt nachdrücklich für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder ein. [2] Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muß in der Rechtsordnung Deutschlands verankert sein. [3] Die CDU will die Grundlagen dafür sichern, daß jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. [3] Sie erwartet, daß Schwangere in Not- und Konfliktlagen die volle Unterstützung vom Vater des Kindes, von ihrer Familie und anderen Verantwortlichen erfahren. [4] Sie sieht zu diesem Dienst weder in bereitzustellenden finanziellen Hilfen noch einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot auch für Kleinstkinder keine húmane Alternative.	Siehe auch lfd. Nr.115, 147 Zu Satz 4ALT: Warum steht dieser grundsätzlich, weil nicht sachspezifische Satz mitten im Text? Zu Satz 2ALT/3NEU: Siehe auch lfd. Nr.1(2) Zu Satz 5ALT: Ist nicht spezifisch für das Thema, sondern allgemeingültig. Siehe hierzu lfd. Nr. 111 (1)ALT	
	Schutz von Kindern und Frauen			
47	[1] Es ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinschaft, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken; dies zeigen die zahlreichen erschreckenden Fälle von Gewalt in der Familie, von Kindesmißhandlung und Kin-	[1] Für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder sind vorbeugende wie auch nachbetreuende Hilfen ebenso erforderlich wie Hilfen in akuten Notsituationen. [2] Deshalb will die CDU Netze der Anlauf-	Zu Satz 1ALT: Die Erziehungsfähigkeit der Familie hat damit erst in zweiter Linie zu tun, nämlich wenn aus einer „Opfer- und Erfahrungsgeneration“ eine „Folge- und Tätergeneration“ (s.u.) wird. Zu Satz 2ALT: ....Kirchen, und wer sonst noch alles..... Die „Tätergeneration“ (s.o.) müssen alle vermei-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	desmißbrauch. [2] Eltern, Verwandte und Nachbarn, Erzieher und Lehrer, Justiz und Polizei tragen große Verantwortung. [3] Wir halten vorbeugende und nachbetreuende Hilfen ebenso für erforderlich wie Hilfen in akuten Notsituationen. [4] Deshalb wollen wir das Netz der Anlauf- und Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche ausbauen. [5] Wir treten für bedarfsgerechte Angebote an Frauenhäusern und flächendeckende Notrufsysteme ein.	und Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche ausbauen. [3] Nach aktuellen Bedürfnissen zu bemessende Angebote an Frauenhäusern und flächendeckende Notrufsysteme dürfen nicht von der Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, vor allem im persönlichen Umfeld die Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Kinder zu vermeiden und zu bekämpfen, ablenken.	den! Zu Satz 2NEU: „Das Netz" gibt es (noch lange) nicht.	
	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern		verbessern?	
	Haus- und Familienarbeit			
48 **(1)**	[1] Wir treten dafür ein, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können. [2] Frauen haben den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu vereinbaren. [3] Viele Frauen und zunehmend auch Männer widmen sich vorübergehend oder ganz der Arbeit in der Familie und der Kindererziehung. [4] Dies bedeutet Sicherheit und Geborgenheit für Kinder. [5] Die vielfältigen Anforderungen in diesem Bereich bringen persönliche Bereicherung, aber auch eine große Arbeitsbelastung und noch immer finanzielle Nachteile mit sich.	[1] Frauen wie Männer müssen Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. [3] Sicherheit und Geborgenheit für Kinder. muß dadurch gefördert werden, daß Frauen und Männer sich vorübergehend oder ganz der Arbeit in der Familie und der Kindererziehung widmen können.	Zu Satz 1NEU: Das schließt ein, Familie als Beruf(ung) zu verstehen. Zu Satz 3ALT: Wiederholung von Satz 1ALT, wozu?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
48 (2)	1 Jährlich werden mehr Stunden Haus- und Familienarbeit als Erwerbsarbeit geleistet. 2 Wir christliche Demokraten setzen uns dafür ein, daß ihre Leistung stärker anerkannt wird. 3 Die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen müssen als Qualifikation bewertet werden. 4 Auch Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, müssen stärker als bisher die Unterstützung der Gesellschaft erfahren. 5 Das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung sind Schritte zur Verwirklichung unseres Ziels der sozialen Anerkennung und Absicherung von Familienarbeit und müssen weiter ausgebaut werden. 6 Es ist eine Aufgabe sowohl der Tarifpartner in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung als auch der Politik, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern. 7 Betriebe und Gemeinden müssen mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder der verschiedenen Altersgruppen bereitstellen. 8 Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt auch im Interesse der Kindergeneration.	1 Die CDU setzt sich im Interesse der Allgemeinheit und der Familienmitglieder zum einen selbst, aber auch bei Tarifpartnern und politisch Verantwortlichen für eine stete Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Arbeit in der Familie und Erwerbstätigkeit ein. 2 Klassische sozialpolitische Instrumente wie Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung sind - z.B. als „Familiengeld“ - zu effektivieren und zu entbürokratisieren. 3 Gleichwertige Vergünstigungen der Allgemeinheit müssen alleinerziehende Mütter und Väter erfahren. 4 Betriebe und Gemeinden müssen mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder bereitstellen. 5 In Hausarbeit und Arbeit in der Familie erworbenen Kompetenzen müssen als berufliche Qualifikation bewertet werden..	Zu Satz 1ALT, Satz 2ALT: Alleine diese beiden Sätze zeigen, mit welcher Unruhe anstatt politischer Souveränität das GP „gestrickt“ worden war. Zu einen sagt der zweite Satz gar nicht aus, *wessen* Leistung stärker anerkannt werden soll (die Leistung der Stunden, der Hausarbeit, der Familienarbeit?), da die Sätze keine handelnden Personen aufführen. Weil keine der grammatisch möglichen Variationen „paßt“, ist Satz 2ALT in Relation zum Satz 1ALT eben auch ein grammatisches Problem. Zum zweiten stellt der erste Satz einen Tatbestand dar, ohne ihn in die Perspektive des Programmes hinein eben auch als Programm zu projezieren. Wie will de CDU begründen, daß der Satz 1ALT auch noch in 10 Jahren gilt? Zu Satz 2ALT: Betr. „Christliche Demokraten“ vgl. Details zu lfd. Nr.32 Satz3ALT: Zu Satz 6ALT: Wer ist „die Politik“? Zu Satz 7ALT: Es ist überflüssig, auf die „verschiedenen Altersgruppen“ hinzuweisen. Zum einen ist das für ein Grundsatzprogramm zu spezifisch. Zum anderen käme genausowenig jemand auf die Idee, daß es sich bei Kindern nur um <u>eine</u> Altersgruppe handeln könnte wie jemand auf die Idee kommen könnte, den Bau eines Zoos für „die verschiedenen Tierarten“ zu postulieren (um damit möglicherweise eigene Befürchtungen zu zerstreuen, sonst würde der Zoo nur für das Krokodil gebaut).	157 101 -56
	Familiengerechtere Arbeitswelt	**Familiengerechte Arbeitswelt**		
49	1 Wir treten für eine Ausweitung des Elternurlaubs und unbezahlte Freistellungszeiten, auch für die Pflege von Angehörigen, ein.	1 Die CDU setzt sich für eine familiengerechte Arbeitswelt ein. 2 Die CDU tritt für Elternurlaub und un-	Zu Satz 3ALT: Aus welchen unerfindlichen Gründen steht dieser programmatische Satz nicht am Anfang der lfd. Nr.49ALT? Zu Satz 4ALT: Warum Wiedereinstieg und nicht auch Einstieg in einen neuen Beruf. Für bestimmte	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Es müssen mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere betriebliche und tarifvertragliche Arbeitszeitregelungen für Frauen und Männer geschaffen werden. [3] Wir wollen dazu beitragen, daß die Arbeitswelt familiengerechter wird. [4] Erziehungsarbeit bedeutet nicht den endgültigen Verzicht auf Erwerbsarbeit. [5] Wir wollen Wahlfreiheit auch dadurch ermöglichen, daß wir den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. [6] Wir setzen uns für ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten ein, damit auch während der Familienphase der Kontakt zum Berufsleben erhalten bleibt.	bezahlte Freistellungszeiten ein, die den Ansprüchen an eine gedeihliche Arbeit in der Familie, auch bei der Pflege von Angehörigen, genügt. [3] Eine dementsprechende Zahl qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze und flexible betriebliche und tarifvertragliche Arbeitszeitregelungen sind für Frauen wie für Männer anzubieten. [4] Erziehungsarbeit bedeutet für die CDU nicht den endgültigen Verzicht auf Erwerbsarbeit, der erneute Einstieg in einen Beruf ist zu erleichtern.	Berufe ist die vorhergegangene Arbeit in der Familie die ideale (Teil-) Ausbildung Zu Satz 6ALT: Siehe lfd. Nr. 62	
	Menschen mit Behinderung - gleiches Recht auf Entfaltung			
	Integration statt Isolation	**Integration statt Isolation**		
50	[1] Wir verstehen es als unsere besondere Pflicht, für behinderte Menschen einzutreten. [2] Behinderte sind Teil unserer Gesellschaft; sie und ihre Familien brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. [3] Der Erfahrungsaustausch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. [4] Integration statt Isolation ist der richtige Weg. [5] Wir setzen uns nachdrücklich für das Lebensrecht behinderter Kinder und ihre frühzeitige Förderung ein. [6] Wir wollen das schulische Angebot im	[1] Die CDU versteht es als ihre besondere Pflicht, Behinderte und ihre Familien gesellschaftliche Solidarität und Unterstützung als Normalfall erfahren zu lassen. [3] Sie sieht im Erfahrungsaustausch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten eine gesellschaftliche Bereicherung für eine Gesellschaft. [5] Sie setzt sich nachdrücklich für das Lebensrecht behinderter Kinder und ihre frühzeitige Förderung ein. [6] Sie will das schulische Angebot im Sonder- und Förderschul- und im integrativen Bereich, die Ausweitung familienentlastender Dienste, den Zugang zur Arbeitswelt und		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Sonder- und Förderschul- und im integrativen Bereich, die Ausweitung familienentlastender Dienste, den Zugang zur Arbeitswelt und eine behindertengerechte Gestaltung des privaten und öffentlichen Umfeldes verbessern.	eine behindertengerechte Gestaltung des privaten und öffentlichen Umfeldes stärken.		
	Jugend - Zukunft unserer Gesellschaft	**Jugend - Perspektive für die Gesellschaft**	Der Ball ist rund	
51 (1)	[1] Jugendpolitik ist Politik für die Zukunft. [2] In der Jugend werden Entscheidungen getroffen, welche Wertvorstellungen, Ideen und Vorbilder Orientierung für das weitere Leben geben. [3] Für die Demokratie und die dem Grundgesetz zugrundeliegenden Wertentscheidungen muß jede Generation neu gewonnen werden. [4] Dazu will unsere Politik beitragen und jungen Menschen den Weg zu einem selbstverantwortlichen Leben ermöglichen.	[1] Menschen müssen dabei unterstützt werden, in der Jugend Entscheidungen darüber zu treffen, welche Wertvorstellungen, Ideen und Vorbilder Orientierung für das weitere Leben geben sollen. [2] Hierbei muß jede Generation für die Demokratie und die dem Grundgesetz zugrundeliegenden Wertentscheidungen neu gewonnen werden. [3] Dazu will die CDU beitragen und jungen Menschen den Weg zu einem selbstverantwortlichen Leben ebnen.	Zu Satz 1ALT: Der Ball ist rund II; macht man etwa auch Politik für die Vergangenheit	
	Plurale Jugendarbeit	**Plurale Jugendarbeit**		
51 (2)	[1] Unsere Demokratie lebt auch von den Anfragen und Ideen, der Beharrlichkeit und Ungeduld, der Begeisterung und dem persönlichen Einsatz sowie der Kritik der Jüngeren. [2] Den unterschiedlichen Initiativen und Verbänden von Kindern und Jugendlichen kommt als eigenständiger Erfahrungsbereich eine besondere Bedeutung zu. [3] In der Jugendarbeit können Jugendliche freiwillig und nach ihren Vorstellungen Er-	[1] Den vielfältigen Initiativen und Verbänden von Kindern und Jugendlichen kommt als eigenständiger Erfahrungsbereich eine besondere Bedeutung zu. [2] In der Jugendarbeit sollen Jugendliche freiwillig und nach ihren Vorstellungen Erfahrungen gewinnen können und lernen, mit Verantwortung umzugehen. [3] Die CDU will das Engagement und die ehrenamtlichen Aktivitäten von Jugendlichen in Kirchen und Verbänden, in Parteien und Vereinen sowie in anderen demokratischen		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	fahrungen gewinnen und lernen, mit Verantwortung umzugehen. [4] Wir wollen das Engagement und die ehrenamtlichen Aktivitäten von Jugendlichen in Kirchen und Verbänden, in Parteien und Vereinen sowie in anderen demokratischen Organisationen fördern. [5] Jugendpolitik ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunen. [6] Sie müssen dazu beitragen, daß sich junge Menschen in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen entwickeln sowie Aufgaben und Verantwortung übernehmen können. [7] In der Jugendpolitik hat die Förderung des Engagements der Jugendlichen selbst Vorrang vor kommunalen und staatlichen Angeboten. [8] Wichtige Bestandteile der Jugendarbeit sind neben der verbandlichen auch die offene und mobile Jugendarbeit. [9] Internationaler Jugendaustausch leistet einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung.	Organisationen fördern. [4] Die Kommunen müssen dazu beitragen, daß sich junge Menschen in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen entwickeln sowie Aufgaben und Verantwortung übernehmen können. [5] In der Jugendpolitik hat die Förderung des Engagements der Jugendlichen selbst Vorrang vor kommunalen und staatlichen Angeboten. [6] Offene und mobile Jugendarbeit ist zu fördern, gleichrmaßen internationaler Jugendaustausch als wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung.		
	Jugendhilfe	**Jugendhilfe**		
51 **(3)**	[1] Wir übersehen nicht diejenigen Jugendlichen, die sich durch gewachsene Anforderungen und schnelle Veränderungen überfordert fühlen. [2] Unsere Politik will sie durch Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen fördern. [3] Die Gewaltbereitschaft kleiner radikaler Gruppen fordert uns alle heraus.	[1] Die CDU will diejenigen Jugendlichen, die sich durch gewachsene Anforderungen und schnelle Veränderungen überfordert fühlen, durch Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen fördern. [2] Entwicklungen zur Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen muß insbesondere durch Ursachenerforschung und -bekämpfung begegnet, die Wertgrundlagen demokratischen Gemeinwesens verdeutlicht und die	„Wir übersehen nicht...“; positiv ausdrücken!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Dieser Entwicklung müssen wir begegnen, indem wir die Ursachen erforschen und bekämpfen, die Wertgrundlagen unserer Gemeinschaft verdeutlichen und die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung stärken.	Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung gestärkt werden.		
	Wehrdienst, Zivildienst	**Wehrdienst, Zivildienst**		
51 (4)	[1] Wir alle sind auf den unersetzlichen Dienst angewiesen, den junge Männer als Bundeswehrsoldaten für den Frieden leisten. [2] Wir achten das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und anerkennen die Leistung der Zivildienstleistenden für das Gemeinwohl. [3] Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement junger Männer und Frauen im Rahmen des freiwilligen sozialen und ökologischen Jahres.	[1] Die CDU hält den Dienst, den junge Männer als Bundeswehrsoldaten für den Frieden leisten, als unersetzlich an. [2] Die CDU achtet das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und anerkennen die Leistung der Zivildienstleistenden für das Gemeinwohl. [3] Sie begrüßt ausdrücklich das Engagement junger Männer und Frauen im Rahmen des freiwilligen sozialen und ökologischen Jahres.		
	Senioren - Lebenserfahrung anerkennen	**Senioren - Lebenserfahrung anerkennen**		
52 (1)	[1] In der Lebensperspektive des einzelnen und im Bewußtsein der Gesellschaft gewinnt die dritte Lebensphase zunehmende Bedeutung. [2] Wir setzen uns dafür ein, daß die Rahmenbedingungen für ein eigenverantwortliches Leben und Handeln der älteren Menschen verbessert werden; [2a] wir verstehen die moderne Seniorenpolitik als eine Querschnittsaufgabe, die frühzeitig in andere gesellschafts-, wirtschafts-, sozial-, familien-, kultur- und bil-	[1] Die CDU setzt sich für qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen eines eigenverantwortliche gestalteten Lebens älterer Menschen ein; [2a] sie versteht unter moderner Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe, die frühzeitig in andere gesellschafts-, wirtschafts-, sozial-, familien-, kultur- und bildungspolitische Felder eingreift.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	dungspolitische Felder eingreift.			
	Partnerschaft der Generationen	**Partnerschaft der Generationen**		
52 (2)	[1] Wir treten ein für eine Politik der Partnerschaft der Generationen nicht nur untereinander, sondern auch miteinander. [2] Junge und ältere Menschen können gleichermaßen voneinander lernen, indem sie ihre jeweiligen Erfahrungen austauschen und im Miteinander der Generationen Werte wie Toleranz und Kompromißfähigkeit, Verantwortung und Solidarität erfahren und vertiefen. [3] Altersbezogene Diskriminierungen und Beschränkungen sind zu verhindern und abzubauen.	[1] Die CDU tritt für eine Politik der Partnerschaft der Generationen nicht nur untereinander, sondern auch miteinander ein. [2] Junge und ältere Menschen können und müssen gleichermaßen voneinander lernen, indem sie ihre jeweiligen Erfahrungen austauschen und im Miteinander der Generationen Werte wie Toleranz und Kompromißfähigkeit, Verantwortung und Solidarität erfahren und vertiefen. [3] Altersbezogene Diskriminierungen und Beschränkungen sind zu verhindern und abzubauen.		
	Aktives Älterwerden	**Aktives Älterwerden**		
52 (3)	[1] Damit ältere Menschen selbstverantwortlich leben und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wollen wir die Rahmenbedingungen hierfür verbessern und dadurch zur Lebensqualität im Alter beitragen. [2] Wir wollen allen älteren Menschen ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglichen. [3] Wir wollen die Kompetenz älterer Menschen für unsere Gemeinschaft nutzen und erhalten sowie ihre Lebensleistung, die sie für die Gesellschaft erbracht haben, besser anerkennen. [4] Wir unterstützen ihr ehrenamtliches Engagement.	[1] Die CDU will allen älteren Menschen ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglichen. [2] Sie will die Kompetenz älterer Menschen für die Gemeinschaft nutzen und erhalten sowie ihre Lebensleistung, die sie für die Gesellschaft erbracht haben, erkennbar würdigen. [3] Diejenigen, die über das gesetzliche Rentenalter hinaus beruflich oder ehrenamtlich tätig sein möchten, sollen durch Bereitstellung entsprechender Aufgabenfelder darin gefördert werden. [4] Zu fördern ist ebenfalls die Übernahme wichtige Aufgaben in der Familie durch ältere Menschen, die damit einen wichtigen Beitrag zur Generationensolidarität leisten.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[5] Denjenigen, die über das gesetzliche Rentenalter hinaus beruflich tätig sein möchten, soll dazu die Möglichkeit gegeben werden. [6] Viele ältere Menschen übernehmen wichtige Aufgaben in der Familie und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Generationensolidarität. [7] Sie unterstützen oftmals ihre Kinder in vielfältiger Weise und helfen sowohl bei der Betreuung ihrer Enkelkinder als auch bei der Pflege des Partners und anderer Familienangehöriger. [8] Umgekehrt sind viele ältere Menschen auf Hilfe durch ihre Familie, durch Nachbarn oder Freunde angewiesen. [9] Sie müssen von uns die Solidarität erhalten, wie sie diese für unsere Gemeinschaft leisten und geleistet haben.	[5] Umgekehrt ist aktive Nachbaschaftshilfe zugunsten älterer Menschen zu unterstützen, die damit die Solidarität erfahren, die sie zuvor der Gemeinschaft entgegengebracht haben.		
	Wohnen im Alter	**Wohnen im Alter**	„Im Alter“ wohnt man nicht, eher in einem Haus.....	
52 **(4)**	[1] Die meisten älteren Menschen bevorzugen ein Leben im eigenen Haushalt und stehen dabei in vielfältigen Kontakten zu ihren Kindern und Angehörigen. [2] Ziel unserer Politik ist es, daß ältere Menschen so lange wie möglich in der von ihnen gewünschten Wohnform leben können. [3] Wir setzen uns für Wohnstrukturen ein, die es alten Menschen ermöglichen, vielfältige Sozialkontakte zu pflegen.	[1] Ziel der CDU ist es, daß ältere Menschen so lange wie möglich in der von ihnen gewünschten Wohnform leben können, auch, damit sie unabhängig vielfältige Kontakten zu ihren Kindern und Angehörigen aufrechterhalten können. [2] Diie CDU setzt sich daher für Wohnstrukturen ein, die es alten Menschen ermöglichen, vielfältige Sozialkontakte zu pflegen.		
	Gesundheit und Pflege	**Gesundheit und Pflege**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
52 (5)	[1] Unsere Politik hat dazu geführt, daß ältere Menschen materiell weitgehend abgesichert sind und ihnen im Krankheitsfall ein modernes Gesundheitssystem zur Verfügung steht. [2] Das von uns initiierte Netz von Sozialstationen leistet wichtige Dienste und ist ebenso unverzichtbar wie stationäre und teilstationäre Einrichtungen. [3] Verbesserungen - vor allem im Bereich der Rehabilitation - sind weiterhin notwendig. [4] Pflegeberufe müssen gesellschaftlich stärker anerkannt werden. [5] Wir sind für eine Politik, die die Pflegeleistung der Angehörigen unterstützt und für die Absicherung des Pflegefalles Vorsorge trifft. [6] Sterbende müssen in jeder möglichen Weise betreut werden, damit sie eines friedlichen und würdigen Todes sterben können; [7] Euthanasie scheidet aus ethischen Gründen als Lösung aus.	[1] Ein effektives Netz von Sozialstationen muß grundlegende Dienste leisten und ist als ebenso unverzichtbar anzusehen wie stationäre und teilstationäre Einrichtungen. [2] Pflegeberufe müssen gesellschaftlich stärker anerkannt werden. [3] Pflegeleistungen der Angehörigen sind durch die öffentliche Hand zu unterstützen, sie hat für die Absicherung des Pflegefalles Vorsorge zu treffen. [4] Sterbende müssen in jeder möglichen Weise dahingehend betreut werden, daß sie eines friedlichen und würdigen Todes sterben können; [5] Euthanasie scheidet aus ethischen Gründen als Lösung aus.		
	3. UNSERE KULTUR - AUSDRUCK NATIONALER IDENTITÄT UND WELTOFFENHEIT **Kulturverständnis**			
53 (1)	[1] Unsere Kultur prägt die Identität unseres Landes und seiner Menschen. [2] Kultur ist sowohl historisch gewachsene Tradition als auch Lebensäußerung von Menschen der Gegenwart.	[1] Die CDU mißt Kultur insbesondere folgende prägnante Wirkungen zu: 2 Kultur prägt die Identität eines Landes und seiner Menschen. [3] Kultur ist sowohl historisch gewachse-	Zu Satz 1ALT: „Unsere“ Kultur? Hat die CDU eine eigene? Zu Satz 4ALT: Das Wort „bestimmen“ ist zu rigide, weil es auch eine hierfür hinreichende Bestimmtheit von Kultur verlangen würde. Zu Satz 5NEU: Satz 3 ALT/NEU beschreibt die Genese und das IST. Kultur entwickelt sich jedoch kom-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Sie entfaltet sich in den verschiedensten Formen und Institutionen und bestimmt die Art und Weise unseres Zusammenlebens.	ne Tradition als auch Lebensäußerung von Menschen der Gegenwart. [4] Kultur entfaltet sich in den verschiedensten Formen und Institutionen und wirkt sich wesentlich auf die Art und Weise des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft aus. [5] Kultur ist weiterentwicklungsfähig.	plexer weiter, als es die Summe der einzelnen Lebensäußerungen der Menschen in der Gegenwart darstellen könnte.	
	Deutsche und europäische Kunst	**Deutsche und europäische Kunst**		
53 **(2)**	1 Wir Deutschen haben auf der Grundlage der europäischen Zivilisation im Laufe der Geschichte unsere nationale Identität und Kultur entwickelt, die sich in unserer Sprache und den Künsten, in unseren Sitten und Gebräuchen, in unserem Verständnis von Recht und Demokratie, von Freiheit und Bürgerpflicht niederschlägt. 2 Die Kultur des deutschen Ostens und der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen ist ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation, das wir pflegen und erhalten wollen. 3 Deutschland gehört zur Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes. 4 Wir sind Teil der europäischen Kulturgemeinschaft. 5 Die Völker Europas haben in der Offenheit füreinander und in wechselseitigem Austausch untereinander ihre jeweiligen kulturellen Eigenarten entwickelt. 6 In unserer Kultur werden vielfältige Einflüsse anderer Kulturen sichtbar. 7 Wir wollen das friedliche Miteinander der	1 Die CDU steht für eine nationale Identität und Kultur, die sich in Sprachen und den Künsten, in Sitten und Gebräuchen, in einem Verständnis von Recht und Demokratie, von Freiheit und Bürgerpflicht niederschlägt. 2 Die Kulturen des deutschen Ostens und der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen sind als Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation zu pflegen und erhalten. 3 Die CDU will das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Kulturen Europas und der Welt erhalten und fördern.	Zu Satz 2ALT: Die Kultur des deutschen Osten gibt es nicht, dazu ist die Sache zu vielfältig. Zu Satz 3ALT bis 6ALT: Nicht programmatisch, es sei denn, mit Satz 4ALT ist gemeint, daß die CDU („wir") Teil der europäischen Kulturgemeinschaft ist.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	unterschiedlichen Kulturen Europas und der Welt erhalten und fördern.			
53 (3)	[1] Wir achten, schützen und fördern die kulturelle Identität der seit langem in Deutschland in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden Volksgruppen und nationalen Minderheiten deutscher Staatszugehörigkeit.	[1] Die CDU achtet, schützt und fördert die kulturelle Identität der seit langem in Deutschland lebenden Volksgruppen. [2] Die Kulturen der nationalen Minderheiten deutscher Staatszugehörigkeit müssen zusätzlich und vielfältig gestaltetes und gestaltbares Leben in Deutschland auf eine breite und dennoch überschaubare Grundlage.	Zu Satz 1ALT: Die Formulierung „in geschlossenen Siedlungsgebieten“ läßt Interpretationen bis zum Ghetto zu. Zu Satz 2NEU: Das ist der Beleg dafür, daß es nicht „unsere Kultur“ gibt, sondern „unsere Kulturen“, die eine mehr oder die andere weniger verbreitet. Das beginnt bei der Sprachkultur (wenn man in Bayern zu jemand „Du bledi Sau!“ sagt, muß das dort nicht unbedingt ein Straftatbestand sein, in Hamburg jedoch sehr wohl. Genauso kann man in Hessen zu einem 20.000 DM teuren Turnierpferd „Gaul“ sagen, was in Niedersachsen als Beleidigung für Roß und Reiter aufgefaßt würde. Das geht u.a. hin bis zu mehr oder weniger religiös angepaßten Traditionen und Kulturbereiche (vgl. Kruzifix-Urteil in Bayern). Die Vielfalt der Kulturen, gelebt in einem gemeinsamen demokratischen Konsens, fördert gegenseitige Sensibiltäten und Menschenverständnis als solches.	29 44 +15
	Erziehung und Bildung erneuern **Persönlichkeitsbildung und Wertordnung**			
54	[1] Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. [2] Sie müssen zur Persönlichkeitsbildung beitragen, soziale Fähigkeiten und fachliche Kenntnisse vermitteln und den Anforderungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden. [3] Die freiheitliche Demokratie ist auf selb-	[1] Die CDU sieht in der Fähigkeit von Bürgern und Bürgerinnen, selbstständig zu urteilen und Verantwortung zu übernehmen, eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Demokratie. [2] Erziehung und Bildung sind als Grundlagen für die freie Entfaltung der Person und für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten zu gewährleisten.	Zu Satz 2ALT: Was ist „unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung“?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ständig urteilende Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die zur Übernahme von Verantwortung bereit sind. [4] Erziehung und Bildung zielen auf die Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates und die im Grundgesetz verankerte Wertordnung. [5] Weltanschauliche Parteilichkeit oder wertneutrale Beliebigkeit sind mit dem Bildungswesen des demokratischen Staates unvereinbar.	[3] Sie müssen vor allem [3a] - Persönlichkeitsbildung und soziale Fähigkeiten fördern. [3b] - ohne Voreingenommenheiten fachliche Kenntnisse vermitteln. [3c] - vorausschauend aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen genügen und [3d] - zu weiterführenden Beiträgen zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen befähigen. [5] Ein von weltanschaulicher Parteilichkeit oder wertneutraler Beliebigkeit beeinflußtes Bildungswesen darf nicht das Bildungswesen eines demokratischen Staates sein.		
	Leistung und Chancengerechtigkeit	**Leistung und Chancengerechtigkeit**		
55	[1] Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Förderung müssen wesentliche Elemente unseres Bildungs- und Ausbildungssystems sein. [2] Grundlagen unserer Bildungspolitik sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das humane Leistungsprinzip: [2aa] Chancengerechtigkeit erfordert, die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen zu berücksichtigen. [2ab] Sie kann nicht durch Nivellierung oder durch die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden, sondern nur durch die Förderung der Anlagen jedes einzelnen.	[1] Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und persönliche Förderung sind wesentliche Elemente eines Bildungs- und Ausbildungssystems auf christlich demokratischer Grundlage. [2] Dessen Basis sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das humane Leistungsprinzip: [2aa] Chancengerechtigkeit erfordert, die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen zu berücksichtigen. [2ab] Sie kann nicht durch Nivellierung oder durch die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden, sondern nur durch die Förderung der Anlagen je-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2ba] Das Leistungsprinzip verlangt, daß die Leistungsmöglichkeiten des einzelnen gefordert und gefördert werden und daß alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten. [2bb] Leistung ist das sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium in einer demokratischen Gesellschaft. [3] Die gemeinsame Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen bildet die Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander; sie darf jedoch nicht die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen außer acht lassen.	des einzelnen. [2ba] Das Leistungsprinzip verlangt, daß die Leistungsmöglichkeiten des einzelnen gefordert und gefördert werden und daß alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten. [2bb] Leistung ist das sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium in einer demokratischen Gesellschaft. [3] Die gemeinsame und doch auf die Bedürfnisse Einzelner ausgerichtete Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen bildet die Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander.		
	Ausbildung straffen, kürzen und differenzieren	**Ausbildung straffen, kürzen und differenzieren**		
56	[1] Wir treten dafür ein, Lehrinhalte und Ausbildungsgänge zu straffen, Ausbildungszeiten zu kürzen und das Angebot zu differenzieren. [2] Nur so können wir den gewachsenen und neuen Anforderungen, auch im internationalen Vergleich, gerecht werden. [3] Die Verbindung von Bildungs- und Beschäftigungssystem muß ständige Aufgabe von Politik und Wirtschaft sein. [4] Die Länder stehen in der besonderen Verantwortung, ein vergleichbares Niveau in den Bildungsabschlüssen sicherzustellen und auf diese Weise Qualität und Mobilität zu fördern. [5] Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungswesens.	[1] Lehrinhalte und Ausbildungsgänge müssen gestrafft werden, Ausbildungszeiten sind zu kürzen, gleichzeig ist das Ausbildungsangebot zu differenzieren. [3] Die Verbindung von Bildungs- und Beschäftigungssystem muß ständige Aufgabe von Politik und Wirtschaft sein. [4] Die Bundesländer müssen ein vergleichbares Niveau in den Bildungsabschlüssen sicherstellen und auf diese Weise Qualität und Mobilität fördern. [5] Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind als unverzichtbarer Bestandteil eines leistungsfähigen und liberalen Bildungswesens abzusichern. [6] Insbesondere müssen sie von den Bundesländern und Kommunen im Vergleich zu öffentlichen Bildungseinrichtungen		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[6] Sie müssen von Ländern und Kommunen gleichberechtigt mit öffentlichen Bildungseinrichtungen gefördert werden.	gleichberechtigt gefördert werden.		
57	[1] Im zusammenwachsenden Europa sind Kenntnisse der anderen Kulturen, Sprachen und Lebensbedingungen unverzichtbar. [2] In Schulen, praktischer und akademischer Ausbildung tragen sie zur Urteilsfähigkeit, zu Toleranz und Völkerverständigung bei. [3] Wir wollen den europäischen Austausch auf allen Ebenen fördern.	[1] Vor allem in Europa müssen Kenntnisse der verschiedenen Kulturen, Sprachen und Lebensbedingungen intensiv vermittelt werden. [2] Die CDU sieht in diesen Kenntnissen einen unverzichtbaren Beitrag zur Urteilsfähigkeit, zu Toleranz und Völkerverständigung in Schulen sowie , praktischer und akademischer Ausbildung. [3] Europäischer Austausch ist auf allen Ebenen zu fördern.	Programmatisch formulieren!	
58 (1)	**Leistungsstarke und Leistungsschwache fördern** [1] Unser Gemeinwesen braucht in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten, die ihr Wissen und Können im Bewußtsein der Verantwortung für andere und im Dienst an der Sache einsetzen. [2] Wir setzen uns für die Förderung besonders Begabter ein. [3] Gleichzeitig gilt für uns, daß wir diejenigen besonders fördern wollen und müssen, die sich überfordert und den gesellschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen fühlen. [4] Wir müssen ihnen helfen, daß sie ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können. [5] Wir treten für eine Neuordnung der Ausbildungsförderung ein, die für praktische und	**Leistungsstarke und Leistungsschwache fördern** [1] Die CDU setzt sich für die Förderung besonders begabter Menschen ein. [2] Sie erwartet von den Geförderten, daß sie ihr Wissen und Können im Bewußtsein der Verantwortung für andere und im Dienst an der Sache einsetzen, weil ein Gemeinwesen in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten braucht. [3] Gleichzeitig müssen diejenigen besonders gefördert werden, die überfordert und den gesellschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen sind, damit sie ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können. [4] Die CDU tritt für eine solche Ordnung der Ausbildungsförderung ein, die vergleichbare Chancen für praktische und akademische		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	akademische Bildungsgänge einschließlich der Aufstiegsfortbildung vergleichbare Chancen eröffnet.	Bildungsgänge einschließlich der Aufstiegsfortbildung eröffnet.		
	Gegliedertes Schulsystem	**Gegliedertes Schulsystem**		
59 (1)	1 Wir treten für ein gegliedertes Schulsystem ein, das die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen berücksichtigt und den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsgängen ermöglicht. 2 Deshalb halten wir an der Hauptschule neben der Realschule und dem Gymnasium als selbständigen Bildungsgängen mit unterschiedlichem Profil und jeweils eigenen Abschlüssen fest. 3 Um den Schülern eine ihren Begabungen und Leistungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen und die Vielfalt und Qualität der Schulformen zu sichern, muß beim Übergang zu einer weiterführenden Schule neben dem Wunsch der Eltern die Empfehlung der Schule ein stärkeres Gewicht erhalten.	1 Die CDU tritt für ein gegliedertes Schulsystem ein, das die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen berücksichtigt und den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsgängen ermöglicht. 2 Hierfür hält sie ein Angebot aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium mit selbständigen Bildungsgängen unterschiedlichen Profils und mit jeweils eigenen Abschlüssen für besonders geeignet. 3 Um eine begabungs- und leistungsgerechte Ausbildung in gesicherten vielfältigen und qualifizierten Schulformen anzubieten, muß beim Übergang zu einer weiterführenden Schule neben dem Wunsch der Eltern die Empfehlung der Schule ein stärkeres Gewicht erhalten.		
	Auftrag der Schule	**Auftrag der Schule**		
59 (2)	[1] Auftrag der Schule ist die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, von Kulturtechniken, der deutschen Sprache und von Werten. [2] Wir setzen uns für den gesetzlich geschützten evangelischen und katholischen Religionsunterricht an unseren Schulen ein. [3] Daneben muß auch die religiöse Erziehung für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften möglich sein.	[1] Schule muß Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, Kulturtechniken, deutsche und europäische Sprachen vermitteln. [2] Darüber hinaus müssen Fähigkeiten gefördert werden, Werte zu begreifen und eigene Wertvorstellungen zu entwickeln. [3] Die CDU setzt sich für den gesetzlich geschützten evangelischen und katholischen Religionsunterricht an Schulen ein. [4] Daneben muß auch die religiöse Erzie-	Zu Satz 1ALT: Die Wertvermittlung im engeren Sinne sollten wir der Politik, also uns selbst, überlassen. Zu Satz 2ALT: Seit wann hat die CDU eigene („unsere“) Schulen?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		hung für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften möglich sein.		
59 **(3)**	[1] Die Schule hat auch den Auftrag, auf die Zeit nach der Schule vorzubereiten. [2] Die Schulen sollen über den Unterricht hinaus Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens. [3] Schüler und Eltern müssen entsprechende Mitwirkungsrechte besitzen. [4] Wir treten dafür ein, daß Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in allen Schulformen eingerichtet werden. [5] Die Schule hilft bei der Eingliederung von Kindern und jungen Menschen in unsere Gesellschaft und Kultur; besonders Kinder anderer Nationalität und Sprache sind darauf angewiesen. [6] Lehrern kommt in Partnerschaft mit der Familie ein eigener erzieherischer Auftrag zu.	[1] Schulen sollen über den Unterricht hinaus Raum für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens öffnen. [2] Schüler und Eltern müssen entsprechende Mitwirkungsrechte besitzen. [3] Die CDU tritt dafür ein, daß Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in allen Schulformen eingerichtet werden. [4] Die Schule muß jungen Menschen, insbesondere Kindern anderer Nationalität und Sprache, bei der gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung helfen. [5] Lehrern kommt in Partnerschaft mit der Familie ein eigener erzieherischer Auftrag zu.	Zu Satz 2NEU: Ein aktives Angebot formulieren!	
	Berufliche Bildung	**Berufliche Bildung**		
60 **(1)**	[1] Unser duales Bildungssystem mit Betrieb und Schule hat sich bewährt und ist eine wesentliche Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. [2] Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner müssen die Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung durch leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung stärken, um so die Gleich-	[1] Die CDU sieht im dualen Bildungssystem mit Betrieb und Schule eine bewährte Grundlage für internationale Wettbewerbsfähigkeit. [2] Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner müssen die Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung stärken. [3] Erforderlich für eine Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Ausbil-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	wertigkeit der beruflichen mit der akademischen Ausbildung zu verwirklichen.	dung sind leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung.		
60 (2)	[1] Die berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule stärkerer Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. [2] Wir wollen die Berufsschule durch die Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihres Ansehens stärken. [3] Für besonders begabte Absolventen einer praktischen Berufsausbildung muß besser als bisher auch der Hochschulzugang eröffnet werden.	[1] Berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule einer deutlichen Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. [2] Die CDU will die Berufsschule durch die Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihres Ansehens stärken. [3] Besonders begabten Absolventen einer praktischen Berufsausbildung muß der Hochschulzugang angeboten werden.		
60 (3)	[1] Frauen und Männer in handwerklichen und sozialen Berufen leisten einen unersetzlichen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft sowie für das Ansehen Deutschlands in der Welt. [2] Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, daß neben der gesellschaftlichen Anerkennung auch die Verdienstmöglichkeiten, insbesondere in den sozialen Berufen, deutlich verbessert werden. [3] Wir wollen, daß der Dienst am Menschen nicht schlechter bezahlt wird als die Arbeit an der Maschine.	[1] Die CDU sieht in der Leistung von Menschen in handwerklichen und sozialen Berufen einen unersetzlichen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft sowie für das Ansehen Deutschlands in der Welt. [2] Die CDU setzt sich nachdrücklich für die gesellschaftliche Anerkennung der handwerklichen und sozialen Berufe, bei diesen insbesondere auch für attraktive und leistungsgerechte Verdienstmöglichkeiten ein.		
	Hochschulbildung	**Hochschulbildung**		
61 (1)	[1] Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre bleiben eine notwendige Voraussetzung für die hohe Qualität akademischer	[1] Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre müssen eine notwendige Voraussetzung für eine hohe Qualität akademi-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Ausbildung und für die wissenschaftliche Leistung. [2] Der Ausbau der Hochschulen ist hinter den stetig steigenden Studentenzahlen zurückgeblieben; die damit verbundene Überlastung gefährdet die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen. [3] Dieser Entwicklung müssen die Länder und der Bund durch den weiteren Ausbau, insbesondere der Fachhochschulen, Rechnung tragen und zugleich durch neue Ausbildungsformen überzeugende Alternativen zum Studium schaffen. [4] Deshalb müssen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien weiterentwickelt werden.	scher Ausbildung und wissenschaftlicher Leistung bleiben. [2] Die Bereitstellung von Studienplätzen und Forschungskapazitäten an Hochschulen sind an einer qualifizierten Nachfrage nach Studienplätzen zu orientieren. [3] Hierbei sind berufspraktische Aspekte besonders zu berücksichtigen. [4] Zugleich ist ein breites innovatives Angebot überzeugende Alternativen zum Studium sicherzustellen. [5] Deshalb muß ein entsprechendes Angebot an Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien im akademischen Bildungssektor quantitativ und qualitativ gewährleistet sein.		
	Autonomie der Hochschulen	**Autonomie der Hochschulen**		
61 (2)	[1] Die Autonomie der Hochschulen muß sich ebenso bei der notwendigen Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten und der erforderlichen Neuordnung der Studiengänge und Studienabschlüsse bewähren wie bei der Beteiligung an der Auswahl der Studienbewerber, insbesondere in solchen Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die der vorhandenen Studienplätze übersteigt. [2] Wir wollen am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsvoraussetzung festhalten. [3] Das Abitur muß aber wieder eine verläßliche Aussage über die Studierfähigkeit machen.	[1] Die Autonomie der Hochschulen muß sich bei der Bewältigung aller anstehenden Entscheidungsbereiche bewähren. [2] Die CDU sieht in allen anderen Varianten die Gefahr einer Ideologisierung von Hochschulautonomie durch deren Beschränkung auf politisch wenig umstreitbare und damit weniger verantwortungsbelastete Bereiche. [3] Für die CDU gibt es keine politisch vertretbare Hochschulautonomie ohne Verantwortungsübernahme der im Rahmen der Autonomie Handelnden. [4] Die CDU will, daß die Hochschulen weitestmöglich vermehrt selbstverant-	Zu Satz 2NEU: Hochschulautonomie darf sich nicht auf die „Laberbereiche“ beschränken und unbequeme Felder sowie die damit verbundene Prügel Dritten überlassen. Zu Satz 3NEU: Bei aller seither praktizierter Autonomie-Bequemlichkeit (die mehr ist, als die klassische Freiheit von Forschung und Lehre!) wird oft vergessen, daß nach derzeitigen Selbstverwaltungsmodellen gerade hinsichtlich der studentischen Mitbestimmungskomponente nur ein Teil der Mitbestimmungsberechtigten später auch persönliche Verantwortung für die daraus resultierenden Handlungen tragen. Zu Satz 4ALT: In welcher Relation gilt das „vermehrt“? Satz 2ALT und 3ALT: Was hat das Abi im gegebenen Kontext (!) mit Hochschulautonomie zu tun. Neu lfd. Nr. 61 (3)NEU	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Wir wollen, daß die Hochschulen vermehrt selbstverantwortlich über ihren Haushalt verfügen können, um ihnen so einen wirtschaftlichen Einsatz der stärker nach Leistungskriterien zu vergebenden Finanzmittel zu ermöglichen. [5] Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit, insbesondere bei Erstberufungen, stärker als bisher in Anspruch genommen werden.	wortlich über ihren Haushalt verfügen können, um ihnen so einen wirtschaftlichen Einsatz der stärker nach Leistungskriterien zu vergebenden Finanzmittel zu ermöglichen. [5] Im Interesse von Autonomie, Wettbewerb zwischen den Hochschulen und deren Leistungsfähigkeit darf eine Besetzung von Hochschulen insbesondere bei erstberufungen nicht automatisch auf eine Beamtung der Betroffenen abzielen.		
61 (3)	@	**Abitur** [2] Die CDU sieht im Abitur die regelmäßig sinnvolle allgemeiner Hochschulzugangsvoraussetzungn. [3] Das Abitur muß eine verläßliche Aussage über die Studierfähigkeit machen.	Aus lfd. Nr.61 (2) Satz 2ALT u. 3ALT	
62	**Zukunftsorientierte Weiterbildung** [1] Die dauernden und tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt bedingen in allen Berufen sich wandelnde und neue Qualifikationen. [2] Die Anforderungen, denen sich der einzelne sowohl im privaten und persönlichen als auch im öffentlichen und beruflichen Leben gegenübersieht, machen umfassende	**Zukunftsorientierte Fort- und Weiterbildung** [1] Angebote zu einer effektiven und kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung müssen mit gleichem Rang und Gewicht als Regelbildungsbereich neben die Schul-, Berufs- und Hochschulausbildung treten [2] Sie sollen vor allem [2a] - sich wandelnden und neuen Quali-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Angebote zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung notwendig. [3] Weiterbildung muß mit gleichem Rang und Gewicht als vierter Bildungsbereich neben die Schul-, Berufs- und Hochschulausbildung treten. [4] Sie stellt ein noch unausgeschöpftes Aufgabenfeld sowohl der Bildungs- als auch der Tarifpolitik dar. [5] Arbeitsmarkt und Bildungssystem können dadurch wieder stärker miteinander verbunden und auch die Rückkehr ins Berufsleben nach der Familienphase erleichtert werden. [6] Die Hochschulen sollen zukünftig auf diesem Feld mit berufsbegleitenden Aufbaustudien zusätzliche Aufgaben übernehmen. [7] Wir wollen ihre Angebote und das der freien Träger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen fördern. [8] Die schulische wie außerschulische politische Bildung hat für uns einen besonderen Stellenwert. [9] Wir treten für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen ein.	fikationsansprüchen genügen, [2b] - zu einer eigenständigen Beurteilung des sozialen Arbeitsfeldes befähigen [2c] - politische Informationen vermitteln [2d] - Arbeitsmarkt und Bildungssystem eng verkoppeln [2e] - die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern [2f] - auch für ältere Menschen offenstehen. [3] Die Hochschulen sollen Aufgaben auf diesem Feld mit berufsbegleitenden Aufbaustudien übernehmen. [4] Die CDU fördert Angebote, der freien Träger, der Wirtschaft und öffentlicher Bildungseinrichtungen. [5] Sie tritt für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen ein.		
	Kirchen und Religionsgemeinschaften			
	Bedeutung der christlichen Kirchen	**Bedeutung der christlichen Kirchen**		
63 (1)	[1] Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland gehört einer der christlichen Kirchen in Deutschland an. [2] Indem diese von Gott künden, weisen sie über die Endlichkeit unserer Existenz hin-	[1] Kirchen sollen für viele Menschen zur Sinngebung ihres Lebens beitragen, indem sie von Gott künden und auf die Endlichkeit menschlicher Existenz hinweisen. [2] Kirchen und Religionsgemeinschaften		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	aus und tragen für viele Menschen zur Sinngebung ihres Lebens bei. [3] Den Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt eine besondere Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft zu. [4] Darüber hinaus leisten sie auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich vorbildliche Dienste.	kommt eine stabilisierende Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft zu. [3] Ihre vorbildlichen Leistungen auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich verdienen ideelle und materielle öffentliche Anerklennung.		
	Mitverantwortung und Mitgestaltung	**Mitverantwortung und Mitgestaltung**		
63 (2)	[1] Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso gewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen. [2] Um diese Selbständigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, treten wir dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten. [3] Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl. [4] Wir sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde der Person, das gemeinsame Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen.	[1] Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso gewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen. [2] Um diese Selbständigkeit und die Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, tritt die CDU dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten. [3] Die CDU sieht in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde der Person, ein gemeinsames Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen.	Zu Satz 3ALT: Erledigt durch lfd. Nr.63(1) Satz 3	
	Religionsfreiheit	**Religionsfreiheit**		
63 (3)	[1] Wir sind dankbar, daß sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Deutschland gegründet haben.	[1] Die CDU würdigt die wertvollen kulturelle und andere gesellschaftliche Beiträge jüdischer Gemeinden, die als prägende Bestandteile der Gesellschaft auch das Anse-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeiten an Werten und Traditionen miteinander verbunden. [3] Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. [4] Sie tragen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei. [5] Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeit. [6] Wir achten ihre religiöse Überzeugung. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das unveräußerliche Recht auf freie Religionsausübung. [7] Wir erwarten von den Staaten und Regierungen in aller Welt, daß sie in ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren.	hen Deutschlands.fördern [2] Religiöse Überzeugungen Anderer ist zu achten und durch eine freiheitliche Rechtsordnung das unveräußerliche Recht auf freie Religionsausübung zu sichern. [3] Die CDU erwartet von den Staaten und Regierungen in aller Welt, daß sie in ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren.		
	Medien - Freiheit in Verantwortung wahrnehmen	**Medien - Freiheit in Verantwortung wahrnehmen**		
	Freiheit der Medien	**Freiheit der Medien**		
64 (1)	[1] Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. [2] Freie Medien ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und tragen durch einen verantwortlichen Gebrauch der Pressefreiheit zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht bei. [3] Sie wirken mehr denn je zuvor auf die Meinungsbildung ein. [4] Die Medien sind selbst ein politischer Faktor und tragen angesichts ihrer vielfältigen Einflußmöglichkeiten ein hohes Maß an	[1] Die CDU tritt für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. [2] Freie Medien müssen die Bildung einer öffentlichen Meinung ermöglichen und durch einen verantwortlichen Gebrauch der Pressefreiheit zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht beitragen. [3] Die Medien müssen der Verantwortung gerecht werden, die ihnen, weil selbst ein politischer Faktor und Träger vielfältiger Einflußmöglichkeiten, für das Gemeinwesen obliegt.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Verantwortung für unser Gemeinwesen. [5] Dieser Bedeutung müssen sie im Umgang mit Informationen und in der Art ihrer Vermittlung gerecht werden.	[4] Dies betrifft vor allem den Umgang mit Informationen und die Art ihrer Vermittlung unter Wahrung . der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Persönlichkeitsschutzes, sowie der Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen.		
	Unabhängigkeit der Medien	**Unabhängigkeit der Medien**		
64 **(2)**	[1] Freiheit und Unabhängigkeit gelten gleichermaßen für die gedruckten wie für die elektronischen Medien. [2] Das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit ist ein konstituierendes Element der Demokratie. [3] Zu dieser Freiheit gehört die Verantwortung; der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Persönlichkeitsschutzes, sowie der Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. [4] Unser Land hat die Pflicht, sich dem weltweit gewachsenen Interesse an Deutschland, seiner Sprache und Kultur zu stellen. [5] Deshalb treten wir dafür ein, die Informationen über Deutschland zu verstärken.	[1] Das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit ist als konstituierendes Element der Demokratie zu wahren.		
64 **(3)**	[1] Freiheit und Unabhängigkeit bestimmen die privatwirtschaftliche Organisationsform der gedruckten Medien wie Zeitung, Zeitschrift und Buch. [2] Wir lehnen Aushöhlungen des Tendenzschutzes ebenso ab wie die Beeinträchti-	[1] Freiheit und Unabhängigkeit müssen die privatwirtschaftliche Organisationsform der gedruckten Medien prägen können. [2] Die CDU lehnt Aushöhlungen des Tendenzschutzes ebenso ab wie die Beeinträchtigung der bestehenden publizistischen		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	gung der bestehenden publizistischen Freiheit.	Freiheit.		
	Medienerziehung	**Medienerziehung**		
64 (3) (-1)	[1] Wir setzen uns für die Einführung medienkundlicher Unterrichtsinhalte an den Schulen ein.	[1] Die CDU setzt sich für die Einführung medienkundlicher Unterrichtsinhalte an den Schulen ein.		
	[2] Zu einem wirksamen Jugendschutz gehört eine qualifizierte Medienerziehung bereits vom Kindergartenalter an.	[2] Ein wirksamer Jugendschutz ist ebenso durch qualifizierte Medienerziehung bereits vom Kindergartenalter an zu fördern.		
	[3] Ziel ist, daß der einzelne den eigenverantwortlichen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann.	[3] Ziel der CDU ist, daß der Einzelne den eigenverantwortlichen unabhängigen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann.		
		[4] Informationen über Deutschland und seine demokratisch freiheitlichen Grundlagen sollen durch die Medien verstärkt nach innen und außen wirksam verbreitet werden.		
	Selbstkontrolle und Aufsicht der Medien	**Selbstkontrolle und Aufsicht der Medien**		
64 (3) (-2)	[1] Wir wenden uns gegen eine verharmlosende und immer hemmungslosere Darstellung von Gewalt in Massenmedien, in Videofilmen und Computerspielen, gegen Pornographie sowie entwürdigende Darstellungen in der Werbung.	[1] Für die CDU haben verharmlosende und hemmungslose Darstellungen von Gewalt in Massenmedien, in Videofilmen und Computerspielen, gegen Pornographie sowie entwürdigenden Darstellungen in der Werbung keinen Platz in der Gesellschaft.	Zu Satz 2ALT: Warum nur Kindersendungen. Generell ist hier auch die Aufgabe der Eltern gefordert, Kinder vor Gewaltdarstellungen wo auch immer zu schützen.	
	[2] Vor allem bei Kindersendungen muß auf Gewaltdarstellungen verzichtet werden.	[2] Vor allem gegenüber Kindern muß auf Gewaltdarstellungen verzichtet werden.		
	[3] Wir fordern die Verantwortlichen im Bereich der Medien auf, sich einer wirksamen freiwilligen Selbstkontrolle, die bestehende Aufsichtsgremien ergänzt, zu unterziehen.	[3] Die CDU fordern von den Verantwortlichen im Bereich der Medien, sich einer wirksamen freiwilligen Selbstkontrolle, die bestehende Aufsichtsgremien ergänzt, zu unterziehen.		
	[4] Darüber hinaus sind alle Aufsichtsmög-			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	lichkeiten auszuschöpfen, die sowohl für den öffentlich-rechtlichen als auch für den privaten Rundfunk vorhanden sind.	[4] Darüber hinaus sind alle möglichen oder zulässigen Aufsichtsmöglichkeiten auszuschöpfen.		
	[5] Entsprechend ihrer Verantwortung muß die Ausbildung in journalistischen und anderen Medienberufen hochwertig sein.	[5] Entsprechend der Verantwortung der Medien muß die Ausbildung in journalistischen und anderen Medienberufen hochwertig sein.		
	[6] Einer auf den Dienst am Menschen bezogenen Medienethik ist in der Aus- und Fortbildung ein erhöhter Stellenwert beizumessen.	[6] Einer auf den Dienst am Menschen bezogenen Medienethik ist in der Aus- und Fortbildung ein hoher Stellenwert beizumessen.		
	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**		
64 (4)	[1] Wir treten für die Beibehaltung des dualen Systems von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ein.	[1] Die CDU tritt für ein duales Systems von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ein.		
	[2] Unverzichtbare Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es, seiner besonderen kulturellen, föderalen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dadurch einen Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur zu leisten.	[2] Unverzichtbare Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muß es sein, seiner besonderen kulturellen, föderalen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dadurch einen Beitrag für die Qualität einer Medienkultur zu leisten.		
	[3] Zur Erfüllung dieses Auftrages ist nicht die Beibehaltung der Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen notwendig, sondern mehr Wirtschaftlichkeit und die Bereitschaft zur Reform durch effiziente und kostengünstige Organisationsformen.	[3] Zur Erfüllung dieses Auftrages hält die CDU nicht eine Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen für notwendig, sondern Wirtschaftlichkeit und fortwährende Bereitschaft zur Reform durch effizienteste und kostengünstigste Organisationsformen.		
	Privater Rundfunk	**Privater Rundfunk**		
64 (5)	[1] Private Sender stehen ebenso in der Verantwortung für die Demokratie.	[1] Private Sender müssen ebenso in der Verantwortung für die Demokratie genom-	Zu Satz 3NEU: Verschärfung („können"), das Kind darf nicht schon in den Brunnen (die Gefährdung) gefallen sein und damit kurz vor dem Ertrinken.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Wir sind für ein plurales Angebot und lehnen deshalb jede Form von Übermacht in Druck- und elektronischen Medien ab.	men werden wie öffentlich rechtliche Anstalten. [2] Die CDU befürwortet ein plurales Angebot und lehnt deshalb jede Form von Übermacht in Druck- und elektronischen Medien ab.		
	[3] Wir wenden uns gegen Medienkonzentrationen im nationalen und internationalen Bereich, welche die Pluralität der Meinungen und den Erhalt des Wettbewerbs gefährden.	[3] Sie wendet sich gegen Medienkonzentrationen im nationalen und internationalen Bereich, die zu einer Gefährdung der Pluralität von Meinungen und des Wettbewerbs führen können.		
	Europäischer Medienmarkt	**Europäischer Medienmarkt**		
64 (5.1) INT	[1] Neue technische Entwicklungen werden bei den elektronischen Medien die Programmangebote in Zukunft noch vergrößern.	[1] Der gemeinsame europäische Markt für Rundfunk-, Fernseh- und neue Informationssysteme muß durch das Prinzip des freien Informationsflusses und der wechselseitigen Anerkennung von Sende- und Einspeisungsgenehmigungen gestaltet werden.	Zu Satz 1ALT bis 3ALT: Kein Programm	
	[2] Der Satellitenrundfunk überwindet Ländergrenzen, läßt die Welt enger zusammenkommen und führt zu einem erhöhten Wettbewerb auf internationaler wie europäischer Ebene.	[2] Dabei sind der Schutz der Menschenwürde, der Jugend und des fairen Wettbewerbs sicherzustellen.		
	[3] Diese Entwicklung enthält Chancen, aber auch Gefahren.			
	[4] Der gemeinsame europäische Markt für Rundfunk-, Fernseh- und neue Informationssysteme muß durch das Prinzip des freien Informationsflusses und der wechselseitigen Anerkennung von Sende- und Einspeisungsgenehmigungen gestaltet werden.			
	[5] Dabei sind der Schutz der Menschenwürde, der Jugend und des fairen Wettbewerbs der Programme sicherzustellen.			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Medienethik	**Medienethik**		
64 (6)	[1] Wir fordern und unterstützen eine gesellschaftliche Verständigung über eine Medienethik.	[1] Die CDU fordert und unterstützt eine gesellschaftliche Verständigung über eine Medienethik.		
	[2] In ihrem Mittelpunkt muß die Ehrfurcht vor dem Leben, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog stehen.	[2] In ihrem Mittelpunkt muß die Ehrfurcht vor dem Leben, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog stehen.		
	[3] Eine so verstandene Medienethik fordert Unparteilichkeit, Offenheit, Selbstkritik, Fairneß und Wahrhaftigkeit.	[3] Eine so verstandene Medienethik fordert Unparteilichkeit, Offenheit, Selbstkritik, Fairneß und Wahrhaftigkeit.		
	[4] Sie machen den Kern publizistischer Verantwortung bei der Wahrnehmung der Dienstleistungsaufgabe Information aus.	[4] Sie muß den Kern publizistischer Verantwortung bei der Wahrnehmung der Dienstleistungsaufgabe Information ausmachen.		
	Wahrung des Persönlichkeitsschutzes	**Wahrung des Persönlichkeitsschutzes**		
64 (7)	[1] Zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes setzen wir uns ein:	[1] Zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes setzt sich die CDU insbesondere wie folgt ein:		
	[1aa]- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Auskunftsanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen über die ihn betreffenden gesammelten Informationen erhalten.	[1aa]- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Auskunftsanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen über die ihn betreffenden gesammelten Informationen erhalten.		
	[1ab] Bei nachgewiesener Unrichtigkeit muß er einen Berichtigungsanspruch haben, der im Extremfall in einen Löschungsanspruch übergehen kann.	[1ab] Bei nachgewiesener Unrichtigkeit muß er einen Berichtigungsanspruch haben, der im Extremfall in einen Löschungsanspruch übergehen kann.		
	[1ba]- Das Gegendarstellungsrecht der Betroffenen ist zu erweitern.	[1ba]- Das Gegendarstellungsrecht der Betroffenen ist zu erweitern.		
	[1bb] Kommentierende, glossierende oder inhaltliche Anmerkungen der Redaktion sind gesetzlich zu verbieten.	[1bb] Kommentierende, glossierende oder inhaltliche Anmerkungen der Redakti-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[1ca]- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Schadensersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten, daß über ihn eine Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, daß die behauptete Tatsache erweislich wahr ist.	on sind gesetzlich zu verbieten. [1ca]- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Schadensersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten, daß über ihn eine Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, daß die behauptete Tatsache erweislich wahr ist.		
	Freizeit und Sport **Verbände und Vereine unterstützen**			
65 **(1)**	[1] Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit braucht der Mensch Muße und Entspannung. [2] Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb des Arbeitslebens schöpferische Fähigkeiten zu entfalten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren oder künstlerischen und sportlichen Neigungen nachzugehen. [3] Wir treten dafür ein, die Freizeit und den Sport nicht in erster Linie der Freizeitindustrie zu überlassen. [4] Wir unterstützen ausdrücklich die ehrenamtliche Tätigkeit in Verbänden, Vereinen, in der Nachbarschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die zu mehr menschlichem Miteinander beitragen. [5] Unser Bildungswesen muß zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung befähigen.	[1] Die CDU unterstützt vor allem selbstbestimmte, nicht fremdarrangierte Freizeitgestaltungen, weil Muße und Entspannung dem Einzelnen zur freien Entfaltung der eigenen Persönlichkeit dienen sollen. [2] Die ehrenamtliche Tätigkeit in Verbänden, Vereinen, in der Nachbarschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist zu fördern. [3] Der Beitrag ehrenamtlichen Engagements zu einem gedeihlichen Miteinander im Gemeinwesen verdient nicht nur gesellschaftlich ideelle, sondern auch finanzielle Anerkennung. [4] Ergänzend muß ein Bildungswesen Anreize zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung vermitteln.	Zu Satz 2ALT: Wer hätte das gedacht!? Zu Satz 3ALT: Wozu das Schlagwort „Freizeitindustrie“ in einem Grundsatzprogramm? Zu Satz 4NEU: So wichtig das Bildungssystem ist, so deutlich muß durch das Wort „Ergänzend““ das Subsidiaritätsprinzip betont werden.	83 69 -14
65	[1] Sport, insbesondere der Breitensport in	[1] Sport ist als bewußt und individuell er-	Zu Satz 1ALT: Dieser Satz ist komplett überflüssig und im übrigen unbeholfen formuliert. Sport dient	75

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(2)	den Vereinen, dient der Gesundheitserhaltung und Leistungsförderung in jedem Lebensabschnitt und ist wichtig für Erziehung und Freizeit. [2] Er verbindet spielerisch die Freude an der eigenen Leistung mit der Begegnung und dem Einsatz in einer Gruppe. [3] Der Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung und trägt zur Integration in die Gemeinschaft bei. [4] Die Förderung des Breiten- und Spitzensports bleibt verpflichtende Aufgabe der öffentlichen Hand. [5] Der Spitzensport muß seiner Vorbildfunktion gerecht werden.	lebbare Körperlichkeit und als Gesundheit, Eigendisziplin und Leistungsbewußtsein förderndes Element des Gemeinwesens zu fördern. [2] Das persönlichkeitsbildendes und integratives Potential der Sportausübung gerade in Vereinen ist verstärkt zu nutzen. [3] Die Förderung des Breitensports bleibt verpflichtende Aufgabe der öffentlichen Hand. [4] Eine gleichartige Förderung des Spitzensports ist davon abhängig zu machen, inwieweit dieser seiner unabdingbaren Vorbildfunktion gerecht wird.	nicht nur der Gesunderhaltung, sondern auch der Gesundung. Daß das in jedem Lebensabschnitt so ist, sollte allgemeines Wissen sein. Inwieweit Sport „wichtig für..... Freizeit" ist, ist nicht weiter ausgeführt.	61 -14
	Freiheit der Kunst **Öffentliche Kulturförderung**	**Freiheit der Kultur** **Kulturförderung**	Den Oberbegriff voranstellen	
66 (1)	[1] Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zum Grundsatz öffentlicher Kulturförderung. [2] Kunst ist eine eigene Weise der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. [3] Sie hat Bedeutung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen und damit für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft; in der Begegnung mit ihr gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben. [4] Das kulturelle Leben unserer Demokratie reicht von der Vergegenwärtigung unseres kulturellen Erbes über die traditionelle Volkskunst bis hin zu neuen Formen des künstlerischen Schaffens und ist Grad-	[1] Die Freiheit der Kunst und der Grundsatz öffentlicher Kulturförderung ist als essentielles Gut menschlicher Ausdrucksfähigkeit zu gewährleisten. [2] Die CDU fördert Kunst als Reichtum und Gewinn von Wegen sowie Ausdrucks-, Darstellungs- und Kommunikationsebenen, auf denen vertieft geistige und materielle Lebensinhalte vermittelt werden können und sollen. [3] Darüber hinaus ist Kultur als Raum für die Bewahrung und Weiterentwicklung von ideellen Gütern im weitesten Sinne offenzuhalten. ⇒⇒⇒ *Rest als 66 (1a)* ⇒⇒	Zu Satz 5ALT: Was ist „passive Teilhabe" in Sachen Kultur? Auch „Kulturkonsum" ist eine durchaus aktive Sache. Satz streichen, weil voller Schlagworte!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	messer für den geistigen Reichtum unseres Gemeinwesens. [5] Wir wollen allen die aktive und passive Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen und unsere vielfarbige Kulturgesellschaft fortentwickeln. [6] Förderung von Spitzenbegabungen und qualifizierte Breitenförderung ergänzen sich.			
66 **(1a)**	@	[1] Eine demokratische Staatsordnung muß sich insbesondere daran messen lassen, wie intensiv sie vielfältig kulturelles Leben als Kraftquelle geistiger und sittlicher Wertschöpfung eines freiheitlichen Gemeinwesens befördert und damit dem Einzelnen breite Mitwirkungsfelder eröffnet. [2] Dies muß sich gleichermaßen auf die Vergegenwärtigung kulturellen Erbes wie auf die traditionelle Volkskunst bis hin zu neuen Formen des künstlerischen Schaffens auswirken. [3] Die CDU will allen die aktive und passive Teilnahme und Mitwirkung am kulturellen Leben ermöglichen und eine vielfältige Kulturgesellschaft fortentwickeln.		
	Subsidäre Förderung stärken	**Nichtstaatliche kulturelle Initiative stärken**		
66 **(2)**	[1] Kulturförderung ist nicht allein staatliche Aufgabe. [2] Die Grundsubstanz institutioneller Kultur	[1] Kulturförderung darf nicht allein staatliche Aufgabe sein. [2] Kulturelle Pflichten der öffentlichen	Programmatisch formulieren! Zu Satz 3ALT: Die Verstärkung wird sich wohl kaum auf die Vergangenheit erstrecken können..... „Kunst derGegenwart“ kann als Fachbegriff akzep-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	zu gewährleisten und die Kunst unserer Gegenwart zu unterstützen ist Pflicht der öffentlichen Hand. [3] Die subsidiäre Förderung von einzelnen Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern muß in Zukunft verstärkt werden. [4] Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Fördervereine, Künstlerinitiativen, Mäzene und Sponsoren verbessern.	Hand müssen sich im wesentlichen auf [2a] - die Gewährleistung der Grundlagen institutioneller Kultur und [2b] - die Unterstützung der „Kunst der Gegenwart" beschränken. [3] Unter dieser Voraussetzung sind [3a] - die Förderung von einzelnen Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern [3b] - die Rahmenbedingungen für private Fördervereine, Künstlerinitiativen, Mäzene und Sponsoren [3c] - sich Spitzenbegabungsförderung und qualifizierte Breitenförderung als sich ergänzende kulturelle Potenzen gezielt zu intensivieren.	tiert werden. Zu Satz 3NEU: „Verbessern" hat den Anklang von Flickwerk (auch ausbessern). Es geht hier aber um inhaltlich und finanziell gezielte Politik, wobei „Intensivierung" nicht unbedingt quantitative Ausweitungen von Etatpositionen bedeuten muß. Im übrigen darf „subsidiär" nicht regelmäßig mit „nichtstaatlich" gleichgesetzt werden. Zu Satz 3CNEU: Ansatz aus 66 (1) Satz 6ALT.	
	Kulturnation			
66 **(3)**	[1] Kommunen und Länder haben nach den Prinzipien von Föderalismus und Subsidiarität die Hauptzuständigkeit der öffentlichen Kulturförderung und können mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ihr eigenes kulturelles Profil prägen. [2] Die Kulturförderung des Bundes muß angesichts der Wiedervereinigung den Erfordernissen der Kulturnation Rechnung tragen. [3] Mit der auswärtigen Kulturpolitik tragen wir zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.	[1] Kommunen und Länder sollen nach den Prinzipien von Föderalismus und Subsidiarität durch öffentliche Kulturförderung ihr eigenes kulturelles Profil prägen. [2] Hierfür ist Ihnen eine Hauptzuständigkeit zu sichern, damit sie deutlich eigene Akzente setzen können. [3] Die Kulturförderung des Bundes muß vor allem bestrebt sein, den Erfordernissen einer mit vielfältigen kulturellen Facetten ausgestatteten Nation so Rechnung zu tragen, daß Deutschland sich	Programmatisch formulieren, entscheidend ist nicht, wer was macht, sondern wer nach Meinung der CDU was machen soll oder muß!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		auch außenpolitisch als prägnante Kulturnation erkennbar ist.		
	KAPITEL III **FÜR EINE ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** **1. PRINZIPIEN DER ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT** **Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft**	KAPITEL III **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ÖKOLOGISCH STÄRKEN** **1. GRUNDLAGEN VERMITTELN** **Nachhaltigkeit ökonomisch und ökologisch sichern**		
67 (1)	[1] Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. [2] Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum christlichen Verständnis des Menschen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit und steht im Gegensatz zu sozialistischer Planwirtschaft und unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. [3] Wir treten für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein, weil sie wie keine andere Wirtschaftsordnung unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht. [4] Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung. [5] Sie verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft und schafft die Voraussetzungen für die Bewahrung der Schöpfung.	[1] Die CDU sieht im Umweltschutz eine besondere und stetige Herausforderung an die Soziale Marktwirtschaft. [2] Eine wesentliche Leitidee einer ökonomisch und ökologisch stabilen Sozialen Marktwirtschaft muß das Nachhaltigkeitsprinzip sein. [3] So sind gegebene ökonomische und ökologische Instrumente für eine langfristige Sicherung der Dynamik einer gleichermaßen ökologisch und ökonomisch stabilen Umwelt weiterzuführen; neue Instrumente sind zu entwickeln.	Zu „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft" siehe Details zu lfd. Nr. 88(2). Vgl. auch ZIESCHANG 1994 Zu Satz 1NEU vgl. Art.86 Satz 1 u. 2 GP 1978 Zu Satz 2NEU: Leitimpuls = „Schöpfung bewahren und gestalten"	
	Freiheit und Verantwortung in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
67 (2)	[1] Wir vertrauen auf die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, sich in Freiheit und Verantwortung zu entfalten. [2] Wir wissen, daß der Mensch seine Fähigkeiten mißbrauchen und ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange wirtschaften kann. [3] Deshalb muß unser Staat Rahmenbedingungen setzen, um die Kräfte der Selbstregulierung in der Wirtschaft zu stärken und alle am Wirtschaftsleben Beteiligten auf die Beachtung sozialer und ökologischer Erfordernisse zu verpflichten. [4] Dabei sind die Prinzipien des Wettbewerbs und der sozialen sowie ökologischen Ordnung miteinander verbunden und bedingen sich wechselseitig. [5] Wir wollen die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt, immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht und die Umwelt wirksam geschützt wird.	X	Satz 1ALT: PARALLELE Nr.1 (2) Satz 3ALT Satz 2ALT: PARALLELE Nr.1 (2)ALT Satz 2 Satz3ALT: PARALLELE Nr.153ALT Zu Satz 4ALT: PARALLELE vgl. u.a. Nr.70 (3)ALT/NEU Zu Satz 5ALT: PARALLELE vgl. Nr.70 (3) Satz 1NEU Abs. streichen, weil er im Ganzen bereits abgearbeitet ist.	121 0 -121
	Markt und Wettbewerb **Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig**			
68 (1)	[1] Markt und Wettbewerb sind zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung und ermöglichen Freiheit durch Dezentralisation von Macht. [2] Der freiheitlichen Demokratie entspricht der Markt als Organisationsform der Wirtschaft. [3] Wettbewerb fördert den Leistungswillen des einzelnen und dient damit zugleich dem Wohl	[1] Markt und Wettbewerb sind als zentrale Elemente der deutschen Wirtschaftsordnung zu fördern. [2] Die CDU sieht im fairen Wettbewerb eine Grundlage zur Förderung individuellen Leistungswillens im Dienste des Gemeinwohls. [3] Markt und Wettbewerb müssen eine effizi-	Zu Satz 1NEU: Programmatisch formulieren Zu Satz 4NEU: ....als ob es nur einen nachfrageorientierten Markt gäbe... Zu Satz 4NEU: Wenn auch nicht eine „ökologische Dimension", so ist doch eine sachlich nüchterne ökologische Ordnung von Markt und Wettbewerb geboten. Das Subsidiaritätsprinzip ist im übrigen an anderer Stelle bereits ausführlich angsprochen.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	des Ganzen. [4] Markt und Wettbewerb ermöglichen eine effiziente und preisgünstige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sorgen für eine auf die Wünsche der Konsumenten ausgerichtete Produktion, fördern Innovationen und zwingen zur ständigen Rationalisierung. [5] Mehr Staat und weniger Markt führen demgegenüber vielfach zur Verminderung der Leistungsbereitschaft der Leistungsfähigen und damit zu weniger Wohlfahrt und weniger Freiheit für alle. [6] Allerdings kann der Markt nicht allein aus sich soziale Gerechtigkeit bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. [7] Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft fügt deshalb Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen. [8] Dabei muß der Grundsatz gelten: Soviel Markt wie möglich, um Eigeninitiative und Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken, und soviel Staat wie nötig, um Wettbewerb und die soziale und ökologische Ordnung des Marktes zu gewährleisten.	ente, und preisgünstige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ermöglichen. [4] Sie müssen sowohl auf die Wünsche der Konsumenten eingehen als auch neue Angebote und Verfahren Produktvielfalt sichern. [5] Mit dem Ziel, Solidarität mit den Schwachen zu üben und die ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen sicherzustellen, ist ein Ordnungsrahmen zu unterhalten, der Freiräume für die Eigeninitiative und Selbstverantwortung des einzelnen offenhält und dabei nur soviel staatliche Intervention zuläßt, daß Wettbewerb und die soziale und ökonomische und ökologische Ordnung des Marktes gewährleistet bleibt.		
	Sozial verpflichtetes Privateigentum	**Sozial verpflichtendes Privateigentum**	In aller Regel hat das Eigentum selbst keine Pflichten, es verpflichtet aber den Eigentümer, ist also verpflichtend.	
68 (2)	[1] Zu einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung gehört das sozial verpflichtete Privateigentum. [2] Privateigentum an Produktionsmitteln ist Bedingung für die wirtschaftliche und sorgsame Nutzung knapper Güter sowie für die Leis-	[1] Das sozial verpflichtende Eigentum ist als essentielles Element einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung zu gewährleisten. [2] Gleichermaßen unterstützt die CDU die Bildung von Privateigentum an Produktions-	Zu Satz 3NEU: Eigenverantwortliche freie wirtschaftliche Betätigung bringt Chancen und Risiken mit sich, sonst wäre die Betätigung nicht frei. ergo kann die Passage betr. Chancen und Risiken aus Satz 3ALT entfallen. Siehe im übrigen lfd. Nr.68(1) Satz 5NEU.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	tungsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft. [3] Die Vertrags-, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit sowie die Freiheit der Berufswahl sind ebenso grundlegende Voraussetzungen für freie wirtschaftliche Betätigung wie die Chance des Gewinns und das Risiko des Verlustes.	mitteln als Bedingung für die wirtschaftliche und sorgsame Nutzung knapper Güter sowie für die Leistungsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft. [3] Die CDU erachtet ebenso die Vertrags-, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit sowie die Freiheit der Berufswahl als grundlegende Voraussetzungen für eigenverantwortliche freie wirtschaftliche Betätigung.		
	Soziale Ordnung **Soziale Gerechtigkeit**	**Soziale Ordnung** **Soziale Gerechtigkeit**		
69 **(1)**	[1] Wirtschafts- und Sozialordnung sind untrennbar miteinander verbunden. [2] Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. [3] Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt zugleich zu volkswirtschaftlichen Verlusten und gesellschaftlicher Instabilität. [4] Unsere soziale Ordnungspolitik verbindet die Prinzipien der Humanität und Wirtschaftlichkeit sowie der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. [5] Sie zielt auf die Stärkung der Eigenverantwortung, auf persönliche Hilfe und aktive Solidarität.	[1] Wirtschafts- und Sozialordnung sind untrennbar miteinander verbunden. [2] Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. [3] Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt zugleich zu volkswirtschaftlichen Verlusten und gesellschaftlicher Instabilität. [4] Eine soziale Ordnungspolitik in Verantwortung der CDU verbindet die Prinzipien der Humanität und Wirtschaftlichkeit sowie der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. [5] Sie zielt auf die Stärkung der Eigenverantwortung, auf persönliche Hilfe und aktive Solidarität.	Satz 4NEU: Programmatisch formulieren, auf CDU-beziehen.	
	Solidarität und Subsidiarität	**Solidarität und Subsidiarität**		
69	[1] Wir gestalten unsere soziale Ordnungs-	[1] Eine soziale Ordnungspolitik in Verant-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(2)	politik nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. [2] Wir wollen gemeinschaftlich die Risiken absichern, die der einzelne nicht allein und aus eigener Kraft tragen kann. [3] Grundlegende Elemente unserer sozialen Ordnung bleiben Versicherungspflicht und Leistungsgerechtigkeit sowie Dezentralisierung und Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen.	wortung der CDU erfolgt nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. [2] Risiken sind gemeinschaftlich abzusichern, die der einzelne nicht allein und aus eigener Kraft tragen kann. [3] Grundlegende Elemente dieser sozialen Ordnung bleiben Versicherungspflicht und Leistungsgerechtigkeit sowie Dezentralisierung und Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen.		
	Solidarität der Generationen	**Solidarität der Generationen**		
69 (3)	[1] Unsere Sozialordnung beruht zu einem erheblichen Teil auf der Solidarität zwischen den Generationen. [2] Angesichts der tiefgreifenden demographischen Veränderungen dürfen wir diesen Generationenvertrag nicht überlasten. [3] Es entspricht unserem Verständnis von Solidarität und Subsidiarität, angesichts des gewachsenen Wohlstandes die Absicherung von zumutbaren Risiken in die Eigenverantwortung des einzelnen zu übertragen.	[1] Eine soziale Ordnungspolitik in Verantwortung der CDU beruht zu einem erheblichen Teil auf der Solidarität zwischen den Generationen. [2] Ein solcher „Generationenvertrag" darf nicht überlastet werden. [3] Die Absicherung von zumutbaren Risiken ist in die Eigenverantwortung des einzelnen zu übertragen.	Zu Satz 2NEU: Nicht nur Ökosysteme dürfen zwar belastet, aber nicht überlastet werden.	
	Soziale Partnerschaft	**Soziale Partnerschaft**		
69 (4)	[1] Von besonderem Wert für unsere soziale Ordnung und für den Erfolg unserer Wirtschaft ist die soziale Partnerschaft. [2] Ein Vergleich mit vielen anderen Industrieländern zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist. [3] Zur sozialen Partnerschaft in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gehö-	[1] Von besonderem Wert für eine funktionierende soziale Ordnung und eine leistungsfähiges Wirtschaftssystem ist die soziale Partnerschaft vor allem zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. [2] Zu einer soliden sozialen Partnerschaft gehören vor allem Mitbestimmung, Selbstverwaltung in der Sozialversiche-	Zu Satz 1ALT: „Unsere Wirtschaft" kann neben den Etats der Partei höchstens die CDU-Stammkneipe um die Ecke sein. Zu Satz 2ALT: Welch eine Anmaßung, die „vielen anderen Industrieländer" im Dunkeln stehen zu lassen, wenn es darum geht, Roß und Reiter zu nennen!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ren vor allem Mitbestimmung, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie.	rung, Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie, ebenfalls ein wirksamer Arbeitnehmerschutz wie auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann.		
	Tarifpartner und Tarifautonomie	**Tarifpartner und Tarifautonomie**		
69 (5)	[1] Die Tarifautonomie ist ein wichtiger Faktor unseres sozialen Friedens. [2] Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. [3] Die Tarifpartner tragen besondere Verantwortung für Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wachstum und damit für das Gemeinwohl. [4] Zu den grundlegenden Elementen unserer sozialen Ordnung gehören ferner ein wirksamer Arbeitnehmerschutz, die Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer und die soziale Partnerschaft ebenso wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann.	[1] Eine von der CDU unterstützte Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist gleichzeitig Grundlage für eine funktionsfähige Tarifpartnerschaft. [2] Dies erfordert handlungsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. [3] Die Tarifpartner tragen besondere Verantwortung für Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wachstum und damit für das Gemeinwohl.	Zu Satz 4: Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung hatten wir schon in lfd. Nr.69 (4) Satz 3ALT bzw. Satz 2NEU Was hat die Gleichberechtigung von Mann und Frau unter „Tarifpartnerschaft" zu suchen? Siehe jetzt in lfd. Nr.69 (4) Satz 2NEU.	
	Ökologische Ordnung			
70 (1)	[1] Wir Christliche Demokraten erweitern die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension. [2] Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. [3] Ziel der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist es, eine Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie zu	[1] Der Einsatz von Kräften und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft zur Sicherung eines schonenden Umganges mit Umwelt ist zu optimieren. [2] Ziel Sozialer Marktwirtschaft muß es sein, eine nachhaltig humane Synthese von ökonomischer und ökologischer Praxis sowie sozialer Gerechtigkeit zu sichern.	WENN ES DANN SEIN MUSS; DANN SO! Aber im Grunde wiederholen sich die Aussagen aus dieser lfd. Nr. z.B. in lfd. Nr.67 u.a. PARALLELE (Ö&S-MW) lfd. Nr.67 (2) Satz 4ALT Das versieht das Programm mit einem gewissen „gebetsmühlenartigen Charakter". Man mag sich ja in der CDU ja einiges zutrauen, aber die Welt muß sie trotzdem nicht zum zweiten Mal erfinden. Marktwirtschaft um die „ökologische Dimension" erweitert haben z.T. schon vor Jahrhunderten jene, die in Fürsorge für ihre Untertanen historische Formen von	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schaffen.		Marktwirtschaft praktizierten oder zuließen, die soziale Komponenten beinhalteten. Nachweislich wurden dabei auch ökologische Belange berücksichtigt (Stichwort „Hochzeitsbäume").	
			Nur weil es seinerzeit den Terminus „Soziale Marktwirtschaft" nicht gab, ist das noch lange kein Grund zu der Anmaßung, die sogenannte „ökologische Dimension" wäre für die CDU auf dem politischen Markt noch dingfest zu machen gewesen. Das würde im übrigen die Unetrstellung erlauben, daß die CDU-Wirtschaftspolitik von bis 1994 versagt hat, denn die CDU schon lange vor 1994 in der Regierungsverantwortung gewesen.	
			Im übrigen gibt es - wie an anderer Stelle bereits ausgeführt - auch deshalb keinen Grund, sich mit der Erweiterung von Sozialer Marktwirtschaft um eine „ökologische Dimension" zu befassen, weil diese Dimension für Soziale Marktwirtschaft systemimmanent ist.	
			Beinhaltet eine Marktwirtschaft besagte Dimension - oder besser Komponente - nicht, trägt also gewissermaßen „Ökologie zu Markte", ist diese Marktwirtschaft sicher nicht sozialer, als wenn sie den Menschen zu Markte trüge.	
			Als Beispiel mag auch ein Tetraeder herhalten: Beraubt man den Tetraeder eines Eck's, also einer Dimension (so wie in der politischen Praxis oft die Soziale Marktwirtschaft der Komponente „Ökologie"), so ist der Tetraeder kein Tetraeder (und die Soziale Marktwirtschaft keine Soziale Marktwirtschaft) mehr. Und so, wie es nach Maßgabe des limitierenden Wertes „Eck'" kein „ein bißchen Tetraeder" gibt, so gibt es im grundsätzlichen nach Maßgabe des Wertes „Ökologie" auch nicht „ein bißchen Soziale Marktwirtschaft"	
			Zu Satz 2NEU: Man muß schon sagen, was für eine Synthese man erzielen will, es gibt bei der Vielfalt der Kombinationen auch miserable Synthesen.	
	Vernetzung von Mensch, Natur und Umwelt		Überschrift = tautologische Gemengelage	
70 (2)	[1] Unsere Verantwortung für die Schöpfung muß auch unser wirtschaftliches Handeln leiten.	[1] Das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip ist als essentielle Grundlage nachhaltig stabiler ökologischer und ökonomischer Ordnung konsequent	Zu Satz 2ALT: Klischeehafte Vorstellungen; wie will man Dinge miteinander vernetzen, die bereits, weil Teile voneinander, vernetzt sind. Der Mensch ist Umwelt und Natur (was jene schon gar nicht bestreiten dürften, die der Bewahrung der Schöpfung das Wort reden, denn sonst	
	[2] Wir müssen die Vernetzung von Mensch,			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Natur und Umwelt zum Prinzip unseres Handelns machen. [3] Grundlage der ökologischen Ordnung sind das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip. [4] Wir wollen, daß in Zukunft jeder die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt tragen muß, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument entstehen. [5] Das ist nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. [6] Damit setzen wir Signale und schaffen Anreize zu umweltschonendem Verhalten.	anzuwenden.	gäbe es ja eine "natürliche Schöpfung" (Natur) und eine "unnatürliche Schöpfung" (Mensch)), Umwelt ist Natur und Mensch, Natur ist Mensch und Umwelt, wobei man sich über die Komplettheit des Komplexes streiten mag. Nicht das Prinzip, sondern seine Anwendung ist entscheidend! Nicht umsonst ist der Begriff "Prinzipientreue" etabliert. Zu Satz 3 ff. ALT PARALLELE (VU-Prinzip; ökol. ehrliche Preise) in lfd. Nr. 152	
	Marktwirtschaftliche Anreize für Umweltschonung			
70 **(3)**	[1] Marktwirtschaftliche Anreize und das gesetzliche Ordnungsrecht sind die Instrumente zur Verwirklichung dieser Ziele. [2] Über beide Instrumente kann die Knappheit der Naturgüter erfaßt werden. [3] Ausgehend von der Verantwortung des einzelnen in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft treten wir dafür ein, zunächst alle Chancen zur Kooperation zu nutzen, bevor staatliche Regelungen eingesetzt werden müssen. [4] Wir werden auch künftig das ökologische Ordnungsrecht mit gesetzlichen Ge- und Verboten, Grenzwerten, Auflagen und Genehmigungserfordernissen zur wirkungsvollen Abwehr von unmittelbaren Gefahren für Mensch und Umwelt benötigen. [5] Um die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt zu stellen, wollen wir	[1] Die CDU räumt der Wahrnehmung persönlicher Verantwortung und dem freien Zusammenwirken ökologischer und ökonomischer Kräfte Vorrang vor staatlicher Intervention ein. [2] Sie schließt diese aber als streng kontrollierten bedingten Regelungsfaktor nicht aus. [3] Ordnungsrecht muß die wirkungsvolle Abwehr von Gefahren für Menschen und ihre Umwelt gewährleisten können. [4] Die Attraktivität von Aufgabenbereichen für die wirtschaftliche Unternehmen, in Eigeninitiative innovativ und leistungsfähig für die Sicherung und Wertsteigerung von Umwelt zu wirken, muß der gesellschaftlichen Bedeutung von Umweltschutz entsprechend hervorgehoben werden.	Darunter kann auch funktionelle Wertsteigerung (und dadurch mehr Belastbarkeit/ Puffervermögen) verstanden werden. Zu Satz 5NEU: Hierdurch wird der subsidiäre Charakter von derlei Regulativen betont. PARALLELE (Ordnungsrecht unersetzbar) lfd. Nr. 153 Zu Satz 5ALT: Unter "Kompensationsmöglichkeiten" wird kaum jemand etwas verstehen. Gemeint sind vermutlich die Verteilungsmodelle für Emissionen etc. (H.BONUS, Bubble-Policy.... Zu Satz 6NEU: Es ist eine Grundsatzfrage, ob vermeidbare Emissionen dadurch besser werden, daß man sie gänzlich durch Preissysteme zu eliminieren versucht, was jedoch, und deshalb ist weiter vorne auch das Planungsrecht miteinbezogen, in spezifischen Situationen (immissionstechnisch unverträgliche Zielpunkte, z.B. Wohnhaus am Rande eines Verteilungsgebietes) zu rein theoretischem Nutzen degenerieren kann.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	aber mehr als bisher ökologische Ordnungselemente im Steuerrecht, Umweltabgaben, Kompensationsmöglichkeiten und Haftungsregelungen einsetzen. [6] Indem wir durch solche marktwirtschaftlichen Anreize die Umweltschonung belohnen und die Inanspruchnahme von Umwelt mit Kosten belegen, verfolgen wir den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen und stärken die Eigeninitiative zu mehr Umweltschutz.	[5] Die entsprechenden Marktmechanismen sind durch ökologische Ordnungselemente insbesondere im Planungs-, Steuer-, Abgaben- und Haftungsrecht zu ergänzen. [6] Marktwirtschaftliche Mechanismen müssen als Instrument der umweltschonende Ansiedlung und Verteilung von Unternehmen sowie hiermit verbundenen unvermeidliche Emissionen in limitierten geographischen Räumen und somit nur begrenzt belastbaren Umwelten gefördert werden.		
	Neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum			
70 **(4)**	[1] Wir Christliche Demokraten werben für ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. [2] Wesentlicher Bestandteil des Wohlstandes ist eine gesunde und lebenswerte Umwelt. [3] Wachstum bedeutet weitaus mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. [4] Unser neues Verständnis von Wachstum schließt die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Einsatz modernster Produktionsmethoden und den Weg ökologisch ehrlicher Preise für die Inanspruchnahme von Umwelt ein.	[1] Für die CDU ist eine gesunde und lebenswerte Umwelt eine essentielle Grundlage für Wohlstand und die Bildung neuen Wohlstandes. [2] Das Ziel ökonomischen und ökologischen Wachstums muß daher gleichermaßen wie die Mehrung von Gütern und unmittelbar für den Menschen erbrachte Dienstleistung ein Wachstum von Umweltqualität beinhalten, deren Inanspruchnahme nur unter marktwirtschaftlich objektiven Konditionen vertretbar ist.	Sollte gemäß Leitantrag dieses Verständnis wirklich neu sein, fragt sich das geneigte Parteimitglied, welches vernichtende Zeugnis der Leitantragsteller damit doch der Politik der CDU zumindest für die letzten 15 Jahre ausstellt, denn was neu ist, galt vorher wohl offensichtlich nicht und war als politisches - und wenn ggf. auch nur moralisches und weniger juristisches oder strategisch technisches - Instrumentarium demnach nicht bekann Zu Satz 4ALT: Entfällt hier. PARALLELE (Wachstum) lfd.Nr.160	
	2. DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES DEUTSCHLAND VERBESSERN **Wohlstand für alle**			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
71	[1] Wir Christliche Demokraten haben die Soziale Marktwirtschaft politisch entwickelt und gegen heftige Widerstände durchgesetzt und in Jahrzehnten der Regierungsverantwortung ausgestaltet. [2] Weltweit gilt dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. [3] Auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie ist in der Bundesrepublik eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung und der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit gelungen. [4] Wir halten an dem Ziel fest, Wohlstand für alle in ganz Deutschland zu schaffen und den sozialen Ausgleich zwischen Schwachen und Starken zu verwirklichen.	[1] Die CDU wird die Soziale Marktwirtschaft als weltweit beispielhaftes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem politisch ausbauen.	Zu Satz 2ALT: Ein „Modell“ ist das ganze eben gerade nicht, sondern längst Praxis. In einem Wahlkampf hatte im übrigen einmal unser politischer Gegner das „Modell Deutschland” gerühmt, und wir sind genau in Sachen Modell über ihn einhergefallen; bis heute meinen wir, mit Recht! Zu Satz 1ALT: ...und dennoch kein Programm, sondern erfolgreiche Vergangenheit!	
	Neue Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland			
72	[1] Unser Wirtschaftsstandort steht durch die Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt in wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Hinsicht vor neuen Herausforderungen. [2] Angesichts des Europäischen Wirtschaftsraumes und des zunehmenden Austauschs mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, der Internationalität von Märkten und des wachsenden internationalen Standortwettbewerbs und vor allem angesichts der grundlegend veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands müssen wir unsere wirtschaftliche Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit verbessern, für die soziale Sicherheit und die Lebensgrundlagen	X	Zu Satz 1ALT: Welche Veränderungen sind denn mit „den“ Veränderungen gemeint? Veränderungen gibt es täglich und wenn es dann immer noch nicht für ausreichend Programm-Pathos ausreicht, nicht nur auf der Erde, sondern im ganzen Weltraum. Der restliche Text ist im übrigen Programm wiederholt enthalten und verbreitet Allgemeinheiten. Zu Satz 2ALT: Verbesern reicht nicht!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	künftiger Generationen nachhaltig sorgen.			
	Veränderte gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit	**Veränderungen gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit**		
73 (1)	[1] Die sozialistische Planwirtschaft hat in den neuen Ländern in Deutschland große ökologische und ökonomische Zerstörungen hinterlassen und den Menschen schweren Schaden zugefügt. [2] Im wiedervereinigten Deutschland ist es daher eine Aufgabe aller Verantwortlichen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Neuaufbau in den neuen Bundesländern voranzutreiben. [3] Mit dem Aufbau einer hochmodernen Infrastruktur, durch Investitionen in Arbeitsplätze und innovative Produkte, durch die Verbesserung des Bildungs - und Ausbildungswesens und durch die Stärkung von Forschung und Entwicklung schaffen wir die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft. [4] Mit der Wiedervereinigung sind wir gemeinsam auch wirtschaftlich an Zukunftschancen reicher geworden. [5] Bei unseren Ansprüchen müssen wir aber unsere veränderte gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. [6] Wir müssen aufhören, das bisherige Wachstum des Wohlstandes im Westen einfach fortschreiben zu wollen.	[1] Nach Eintritt grundlegend neuer gesamtwirtschaftlicher Konstellationen sind Konsolidierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der spezifischen Eigenschaften neuer Beteiligter und Einflußfaktoren einzuleiten. [2] Insbesondere ist der Nutzung von Synergien zwischen allen Beteiligten Vorrang einzuräumen, wobei als Maßstab der gestiegene Reichtum an Chancenvielfalt durch die deutsche Wiedervereinigung anzusetzen ist.	Es ist eine Zumutung, dauernd von „neuen Bundesländern" zu hören und zu lesen und andererseits dem Anspruch genügen zu sollen, gesamtdeutsch zu denken. So neu sind diese Bundesländer wirklich schon jetzt nicht mehr, sie werden aber bestimmt nicht zum Normalfall werden, wenn andauernd Programm-Macher diesem Normalfall widersteuernde Schlagworte wie „neue" Bundesländer wohlmöglich grundsatzprogrammatisch kultivieren. Wenn der Neuaufbau im „Groben" erledigt ist, muß abgesichert werden; sonst bekommt hier auch das GP einen „Bruch". Was heißt konkret „hochmodern" außer, daß es gut klingt Zu Satz 1ALT: Historie, kein Programm Zu Satz 3ALT: Verbessern reicht nicht, der Umfang der Aufzählung auch nicht! Satz überflüssig Zu Satz 2NEU: Tagespolitik eliminiert, Programm formuliert Zu Satz 4ALT: Meint jemand im Ernst, man müsse den Vektor von Chancen durch den Begriff „Zukunftschancen" definieren (als Abgrenzung von „Vergangenheitschancen")? Zu Satz 4ALT: Richtig, aber Tatsachenfeststellung, kein Programm Zu Satz 5ALT: Ein derartiges Sinnieren ist nicht Programm. Programm kann das Ergebnis solchen Sinnierens sein. Zu Satz 5ALT und 6ALT: Siehe z.B. lfd. Nr. 75 (1) Satz 1NEU Zu Satz 6ALT: Wieder einmal eine Selbstbezichtigung, die in eine Präambel gehört, nicht aber in die Reihe programmatischer Aussagen.	
	Wirtschafts- und Sozialordnung in ganz			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Deutschland erneuern			
73 (2)	[1] Die Wiedervereinigung bietet uns die Chance, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung in ganz Deutschland zu erneuern und Fehlentwicklungen in den alten Bundesländern zu korrigieren. [2] Wir wollen die Leistung und die Risikobereitschaft des einzelnen fördern, bürokratische Hemmnisse abbauen, wo immer möglich deregulieren, privatisieren und Subventionen abbauen sowie die Beteiligung breiter Volksschichten am Produktivkapital fördern. [3] Wir wollen ökologische Erfordernisse stärker als bisher durch marktwirtschaftliche Mittel berücksichtigen. [4] Wir wollen unseren Sozialstaat umbauen, um die Folgen der demographischen Veränderungen zu bewältigen und auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit verwirklichen zu können.	[2] Als Grundlage einer Stärkung des deutschen Wirtschafgtssystems fördert die CDU die Leistungs- und die Risikobereitschaft des einzelnen, eliminiert bürokratische Hemmnisse und legt Grundlagen für die Beteiligung der Allgemeinheit am Produktivkapital.	Zu Satz 1ALT: Zum Grundsätzlichen siehe z.B. lfd. Nr. 75 (1) Satz 1NEU Zu Satz 2ALT: Im Sinne der Subsidiarität soll <u>politisch</u> nur Leistungsbereitschaft, nicht aber Leistung gefördert werden. Letzteres ist Aufgabe der Teilnehmer an Markt und Wettbewerb. Deregulierung bedeutet Eliminierung und nicht nur Abbau von Bürokratie. „Paragraphen der Paragraphen wegen" ist kenesfalls vertretbar und erlaubt keine halbherzige Programmatik. Siehe auch lfd. Nr.[83 (1), 75 (2), 74 (2), 89 (5)]ALT Wg. „Schichten" siehe Komm. zu lfd. Nr.1 (1) Satz 2ALT Zu Satz 3ALT: Siehe alle Ausführungen zu „Die Schöpfung bewahren"	
	Spitzenleistungen durch Innovationen			
74 (1)	[1] Als rohstoffarmes Land mit hohen Lohnkosten ist Deutschland besonders auf die Leistungsfähigkeit seiner Menschen und die Innovationsfähigkeit seiner Wirtschaft angewiesen. [2] Wir müssen uns mit unserer Fähigkeit zu Spitzenleistungen auf Produkte und Produktionstechniken mit Spitzenqualität konzentrieren. [3] Technologischer Fortschritt vollzieht sich in immer kürzeren Zyklen und erfordert eine Beschleunigung von Innovationen.	[1] Standortsicherungsfaktoren sind vor allem vor dem Hintergrund zu beurteilen, daß Deutschland ein rohstoffarmes Land ist. [2] Die CDU verläßt sich auf die Fähigkeit und eigene Verpflichtung deutschen wirtschaftlicher Unternehmungen, Spitzenleistungen in Produktqualitäten und Produktionsverfahren als Standortsicherungsfaktoren einzubringen. [3] Sie setzt im übrigen besonders auf die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Menschen und ihrer Teamfähigkeiten in	Zu Satz 1ALT: Kein parteipolitischer Grundsatz! Auch im übrigen sehr viele Status-Elemente! Zu Satz 4NEU: ....mit allen Risiken, denn etwas, was ökologisch ist, ist bekanntermaßen nicht zwingend etwas gutes! Zu Satz 5ALT: Haben wir solche „Sprüche" nötig. Man mag es ja bedauern, aber die Zukunft gehört jedem und damit auch jedem Übel. Es wird im übrigen schon keiner auf die Idee kommen, wir würden unsere Politik auf die Vergangenheit ausrichten, auch wenn böse Zungen das behaupten (auch Satz 6ALT)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes hängt deshalb wesentlich von einem hohen Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Anwendung neuer Technologien wie Bio-, Gen-, Informations- und Umwelttechnologien ab. [5] Umweltfreundlichen Produkten und Technologien gehört die Zukunft. [6] Mit der Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft können wir nicht nur unsere führende Rolle im Bereich der Umwelttechnologien ausbauen, sondern auch einen wesentlichen Standortvorteil für die Zukunft sichern.	Deutschland. [4] Eine Stärkung des Ökologischen in der Sozialen Marktwirtschaft soll nicht nur zum Ausbau führender Rollen im Bereich der Umwelttechnologien beitragen, sondern auch einen wesentlichen und nachhaltigen Standortvorteil Deutschlands sichern.		
	Wirtschaftsstandort Deutschland stärken			
74 **(2)**	[1] Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland treten wir ein für: - [1a] die Rückführung des Staatsanteils und die Senkung von Steuern und Abgaben, - [1b] die Verbesserung von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung und deren Infrastruktur, - [1c] die Förderung von Zukunftstechnologien und des Umweltschutzes, - [1d] Privatisierung und Abbau von Subventionen, - [1e] Deregulierung und Veringerung bürokratischer Vorschriften und Auflagen sowie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, - [1f] flexiblere Arbeits- und längere Maschinenlaufzeiten sowie deren Entkopplung,	[1] Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland tritt die CDU ein für die: - [1a] Rückführung des Staatsanteils am Wirtschaftsgeschehen und geringstmögliche Steuern und Abgaben, - [1b] Effektivierung von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung und deren Infrastruktur, - [1c] Förderung von Technologien mit einer nachhaltig positiven Zukunftsperspektive und dabei besonders solche des Umweltschutzes, - [1d] Minimierung von Subventionen, - [1e] Minimierung von Regelwerken und Straffung staatlicher Genehmigungsverfahren, - [1f] Flexibilisierung von Arbeitszeiten	Zu Satz 1aALT/NEU: Staatsanteil an was? Zu Satz 1gALT/1bNEU: Verbessern ist nicht genug und so schlecht war es bisher ja auch nicht Zu Satz 1cALT: Was sind schon Zukunftstechnologien außer, daß es Technologien sind, die in der Zukunft existieren werden Zu Satz 1dNEU: Besser, als der auf heute relativierte Begriff Abbau Zu Satz 1dALT: Privatisierung von was??? Zu Satz 1gNEU: Nicht immer sind längere Maschinenlaufzeiten sinnvoll (wenn das z.B. *bei bereits optimierter Maschinenlaufzeit* auf Kosten der Wartungszeiten ginge)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	- [1g] die Verbesserung der Informations- und Verkehrsinfrastruktur - [1h] und insbesondere die Sicherung unseres sozialen Friedens und der sozialen Partnerschaft.	- [1g] Optimierung der Maschinenlaufzeiten - [1h] Effektivierung der Verkehrsinfrastruktur - [1j] Sicherung des sozialen Friedens		
	Freier Welthandel			
74 **(3)**	[1] Als exportorientierte Industrienation ist Deutschland auf einen freien Welthandel angewiesen. [2] Protektionismus blockiert die Dynamik der Wirtschaft und verhindert Innovationen. [3] Mit dem Europäischen Wirtschaftsraum entsteht in Europa ein großer integrierter Markt, der sich auch den mittel- und osteuropäischen Staaten öffnen muß. [4] Um den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa zu sichern und zu verbessern, streben wir eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion an und treten für offene Märkte nach innen und außen ein.	[1] Die CDU tritt für einen wirksamen Schutz der Dynamik wirtschaftlicher Unternehmen in Deutschland - einer auf einen freien Welthandel angewiesene Industrienation - vor Protektionismus ein.	Siehe im übrigen lfd. Nr. 77(2)NEU	
	Finanz- und Steuerpolitik			
	Abbau der Staatsquote			
75 **(1)**	[1] Die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik haben sich durch den Aufbau der neuen Bundesländer für eine längere Übergangszeit stark verändert. [2] Damit das Zusammenwachsen Deutschlands zügig vorangebracht wird, haben wir vorübergehend eine höhere Staatsverschuldung, ein Ansteigen des Staatsanteils, der Steuerbelastung und der Staatsausgaben in Kauf nehmen müssen. [3] Im Anschluß daran muß jedoch die Verschuldung konsequent rückgeführt, alle öf-	[1] Die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik sind in engen Intervallen zu analysieren, zu bestimmen und als Haushaltsgrundlagen aufzuarbeiten. [2] Gleichzeitig sind längerfristige Ziele zu setzen und allgemeinverständlich zu begründen. [3] Eine nach vernünftigem Volksempfinden zu hohe Staatsverschuldung, ein Ansteigen des Staatsanteils, der Steuerbelastung und der Staatsausgaben dürfen nur erkennbar zielgerichtet und kurz-	Zu Satz 1ALT: Historie, kein Grundsatz! Wieder einmal der unsinnige Begriff „neue Bundesländer“ Zu Satz 3NEU: Programmatische Formulierung, Abkopplung v. Tagespolitik. Es muß in einer Politik, die auf dem „mündigen Bürger“ ausgeht, davon auszugehen sein, daß Bürger zur Vernunft fähig sind. Da Vernunft nicht eingleisig ist, ist dadurch das Primat der Politik nicht etwa entbehrlich. Zu Satz 3ALT: Geht in Satz 2NEU auf. Zu Satz 5ALT: Siehe Satz 2NEU Zu Satz 6ALT: Siehe Satz 2NEU; wozu die abschließende Aufzählung?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	fentlichen Haushalte konsolidiert, der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt vermindert und mittelfristig die Steuerbelastung gesenkt werden. [4] Der Abbau der Staatsquote bei konsolidierten Staatshaushalten ist die Meßlatte aller finanzpolitischen Entscheidungen. [5] Die Voraussetzungen zur Senkung der Verschuldung schaffen wir, indem wir die Aufgaben des Staates neu bestimmen. [6] Wir müssen neu festlegen, welche öffentlichen Leistungen Vorrang haben, was der Staat und die Sozialversicherungssysteme leisten können, welche öffentlichen Dienstleistungen über Marktbeziehungen geregelt werden können und auf welche Leistungen wir verzichten müssen.	fristig erfolgen. [4] Die Staatsquote ist bei konsolidierten Staatshaushalten grundsätzlich zu minimieren.		
	Deregulierung, Entbürokratisierung, Privatisierung			
75 **(2)**	[1] Erforderlich sind Strukturveränderungen und Umschichtungen, Ausgabenverminderungen und Effizienzsteigerungen. [2] Indem wir deregulieren, entbürokratisieren und privatisieren, wollen wir erreichen, daß öffentliche Aufgaben effizienter und kostengünstiger wahrgenommen werden. [3] Wir wollen mehr als bisher einen Teil der öffentlichen Aufgaben durch besondere Entgelte wie Preise und Gebühren und durch Selbstbeteiligungsanteile finanzieren. [4] Dies erhöht die Kostentransparenz öffentlicher Angebote, begünstigt den Wettbewerb und führt zu einem kostengünstigeren und sparsameren Umgang mit öffentlichen Leistungen.	[1] Zur Effektivierung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben will die CDU - [1a] einen vertretbaren Teil der - insbesondere freiwilligen - öffentlichen Leistungen durch besondere Entgelte wie Preise und Gebühren und durch Selbstbeteiligungsanteile finanzieren - [1b] die Kostentransparenz öffentlicher Angebote fördern und gewährleisten und dadurch den Wettbewerb begünstigen - [1c] zu einem kostengünstigen und sparsamer Umgang mit öffentlichen Leistungen anregen.	Komplexe Sätze entkoppeln!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Subventionsabbau			
75 (3)	[1] Um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, ist ein nachhaltiger Subventionsabbau notwendig. [2] Dauerhafte Subventionen lähmen die Marktkräfte, verzerren den Wettbewerb, behindern den Strukturwandel und die Wirtschaftsdynamik. [3] Wir wollen Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und sonstige subventionsähnliche Ausgaben weiter reduzieren. [4] Subventionen sollten grundsätzlich befristet und degressiv gestaltet werden. [5] Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung müssen mit aller Konsequenz bekämpft werden.	[1] Subventionen dürfen nicht Regelbestandteil eines öffentlichen Haushaltes sein. [2] Dies gilt insbesondere dann, wenn dadurch Haushaltsautonomien öffentlich rechtlicher Träger in Abhängigkeiten von einzelnen Dritten geführt würden. [3] Daher ist im Interesse vor allem eines dynamischen Marktes auf der Grundlage unverzerrten Wettbewerbs das Ziel zu verfolgen, Subventionsanteile gegen Null zu führen. [4] Subventionen sollen grundsätzlich befristet und degressiv gestaltet werden. [5] Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung müssen nachhaltig bekämpft werden.		
	Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit	**Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit**		
76 (1)	[1] Der Grundgedanke der sozialen Gerechtigkeit ist nicht nur bei den Empfängern staatlicher Leistungen, insbesondere bei Sozialleistungen, zu berücksichtigen, sondern auch bei der Belastung der Steuer- und Beitragszahler. [2] Es geht nicht nur um Verteilungs-, sondern gleichermaßen auch um Leistungsgerechtigkeit. [3] Steuern und Abgaben dürfen weder die private Initiative noch die Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmern lähmen.	[1] Der Grundgedanke der sozialen Gerechtigkeit ist nicht nur bei den Empfängern staatlicher Leistungen, insbesondere bei Sozialleistungen, zu berücksichtigen, sondern auch bei der Belastung der Steuer- und Beitragszahler. [2] Es geht nicht nur um Verteilungs-, sondern gleichermaßen auch um Leistungsgerechtigkeit. [3] Steuern und Abgaben dürfen weder private Initiative noch die Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmern lähmen. [4] Erfordernisse im internationalen Wettbewerb der Unternehmensbesteuerung,	Zu Satz 4NEU: Aus Nr.76(3) Satz 6ALT	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		insbesondere relativ niedrige Steuersätze in andren Staaten, sind entsprechend zu berücksichtigen.		
76 (2)	[1] Zur Erhöhung der Transparenz und der Gerechtigkeit sowie zur Verwaltungsvereinfachung streben wir an, das Steuersystem und die nicht auf Beiträgen beruhenden Sozialleistungen so weit wie möglich zu integrieren.	[1] Zur Erhöhung von Transparenz, Leistungsgerechtigkeit und Verwaltungsvereinfachung des Steuersystems strebt die CDU an, die nicht auf Beiträgen beruhenden Sozialleistungen so weit wie möglich in dieses System zu integrieren.	Integration wohin, wo hinein?	
76 (3)	**Neustrukturierung des Steuersystems** [1] Wir wollen deshalb mittelfristig sowohl die Steuerbelastung insgesamt reduzieren als auch unser Steuersystem neu strukturieren. [2] Die Belastung der produktiven Faktoren Kapital und Arbeit durch die direkten Steuern ist zu hoch. [3] Wir wollen niedrigere direkte Steuersätze, aber eine breitere Steuerbemessungsgrundlage mit weniger steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmetatbeständen. [4] Das dient zugleich der Vereinfachung und damit der Steuergerechtigkeit. [4a] Zugleich werden wir den Konsum, insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen, steuerlich stärker belasten müssen. [5] Indem wir das Steuersystem ökonomisch und ökologisch neu orientieren, stellen wir wichtige Weichen zur Fortentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirt-	**Neustrukturierung des Steuersystems** [1] Sowohl die Steuerbelastung insgesamt ist zu minimieren als auch das Steuersystem strukturell zu optimieren. [2] Die CDU befürwortet niedrige direkte Steuersätze auf einer möglichst breiten Steuerbemessungsgrundlage, dabei nur möglichst wenige steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmetatbestände. [3] Sie strebt damit zugleich mehr Steuergerechtigkeit an. [4] Der Gebrauch öffentlicher Güter wie die Belastung von Umwelt sowie die Inanspruchnahme von Energie sind steuerlich stärker zu belasten. [5] Das Sachkapital darf steuerlich gegenüber dem Finanzkapital nicht benachteiligt sein. [6] Ertragsunabhängige Steuern sind klein zu halten und die EG-Steuerharmonisierung voranzutreiben.	Grundsatzprogrammatik statt tagespolitische Relationen! Zu Satz 2ALT: Ein klassisch grundsatz-unprogrammatischer Ansatz! Zu Satz 4ALT: Vereinfachung von was? Zu Satz 7ALT: In der Vergangenheit wohl kaum.....	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schaft. [6] Dies entspricht auch den Erfordernissen im internationalen Wettbewerb der Unternehmensbesteuerung, da in vielen Staaten die direkten Steuersätze niedriger sind als in Deutschland. [7] Das Sachkapital darf künftig steuerlich gegenüber dem Finanzkapital nicht benachteiligt sein. [8] Ertragsunabhängige Steuern wollen wir vermindern und die EG-Steuerharmonisierung weiter vorantreiben.			
	Währungspolitik **Geldwertstabilität**			
77 **(1)**	[1] Geldwertstabilität ist für eine solide wirtschaftliche Entwicklung und als Grundlage sozialer Gerechtigkeit von entscheidender Bedeutung. [2] Stabilität dient den Sparern und Verbrauchern. [3] Voraussetzung für den Erfolg der Geld- und Währungspolitik ist, daß alle Beteiligten im Wirtschaftsleben einschließlich der Tarifpartner und der öffentlichen Gebietskörperschaften ihren Stabilitätsbeitrag leisten.	[1] Geldwertstabilität ist als Grundlage für eine solide wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Gerechtigkeit unbedingt zu gewährleisten. [2] Hiermit soll auch Sparern und Verbrauchern Sicherheit geboten werden. [3] Als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Geld- und Währungspolitik sieht es die CDU, daß alle Beteiligten im Wirtschaftsleben einschließlich der Tarifpartner und der öffentlichen Gebietskörperschaften eigene konsequente Stabilitätsbeiträge leisten.	Zu Satz 3NEU: Zunächst ,mal geht es um unser Grundsatzprogramm und *unsere* Politik! Im übrigen geht es nicht um einen Stabilitätsbeitrag, sondern um Stabilitätsbeiträge. Solidarität darf auch verbal nicht zum Kollektivismus verkommen.	
	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion			
77 **(2)**	[1] In Europa ist es unser gemeinsames Anliegen, die Geldwertstabilität zu sichern. [2] Einzelne Währungen und nationale Notenbanken allein können in zusammenwachsenden Märkten auf Dauer nicht für	[1] Die CDU sieht die Sicherung der Geldwertstabilität als gemeinsames Anliegen aller europäischen Staaten. [2] Zur gleichzeitigen Sicherung der Wirtschaftsstandorte Deutschland und Europa	Zu Satz 4NEU: Warum keine positiven Veränderungen?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Währungsstabilität sorgen. [3] Gerade das exportorientierte Deutschland benötigt die stabile Kaufkraft des europäischen Marktes. [4] Wir streben eine Wirtschafts- und Währungsunion an, deren Voraussetzung die strikte Einhaltung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien ist. [5] Beim Eintritt in die Währungsunion werden hohe Maßstäbe an die wirtschaftlichen Voraussetzungen der teilnehmenden Länder, vor allem hinsichtlich niedriger Inflationsraten und ihrer Haushaltsdisziplin angelegt. [6] Diese Maßstäbe dürfen nicht verändert werden.	strebt sie eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und offene Märkte nach innen und außen an, auch weil sie in einzelnen Währungen und nationalen Notenbanken in komplexen Märkten allein auf Dauer keine Grundlage hierfür erkennt. [3] Die CDU legt hohe Maßstäbe an die wirtschaftlichen Voraussetzungen der an einer Währungsunion teilnehmenden Länder, vor allem hinsichtlich niedriger Inflationsraten und ihrer Haushaltsdisziplin an. [4] Diese Maßstäbe, orientiert an den Verträgen von Maastricht, dürfen nicht negativ verändert werden.		
77 **(3)**	[1] Die geldpolitische Verantwortung soll in der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Europäische Zentralbank übertragen werden, die- wie die Deutsche Bundesbank- unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet ist. [2] Wir wollen mit der Europäischen Währungsunion die notwendigen Voraussetzungen für eine konsequent am Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtete gemeinsame europäische Währung schaffen, die ebenso stabil sein muß, wie die D-Mark.	[1] Die geldpolitische Verantwortung soll für die Wirtschafts- und Währungsunion von einer Europäischen Zentralbank wahrgenommen werden, die - wie die Deutsche Bundesbank - unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet ist.	Zu Satz 1NEU: Das Wahrnehmen ist das programmatische Ziel, das Übertragen das - vermutlich einzige - Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Ins Programm gehört das Ziel und ggf. eine Ausschließlichkeitsformulierung für mögliche perverse Wege zu diesem Ziel, während die positiven Wege im Sinne von ökonomischer Vielfalt sich grundsatzprogrammatischer Enthaltsamheit auch der CDU erfreuen können sollten. Zu Satz 2ALT: Erledigt durch lfd.Nr.77(2) Satz 4ALT/2NEU	
	Wettbewerbspolitik **Wettbewerb schafft Chancenvielfalt**	**Wettbewerbspolitik** **Wettbewerb schafft Chancenvielfalt**		
78 **(1)**	[1] Die Freiheit des einzelnen und die Offenheit der Gesellschaft sind Voraussetzungen für Wettbewerb. [2] Der Wettbewerb ist seinerseits Grundlage	[1] Die CDU sieht in der Freiheit des Einzelnen und in der Offenheit der Gesellschaft wesentliche Voraussetzungen für Wettbewerb.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	für Chancenvielfalt. [3] Wir wollen individuelle Chancengerechtigkeit sichern, Märkte offen halten und unlauteren Wettbewerb unterbinden. [4] Wo die Konzentration wirtschaftlicher Macht das Prinzip des Wettbewerbs verletzt, ist die Wahlvielfalt der Bürger und die Wirkung des Marktes beeinträchtigt. [5] Der Staat muß deshalb der Konzentration wirtschaftlicher Macht entgegenwirken.	[2] Genauso ist Wettbewerb seinerseits als Grundlage für Chancenvielfalt anzusehen. [3] Die CDU will individuelle Chancengerechtigkeit sichern, Märkte offen halten und unlauteren Wettbewerb unterbinden. [4] Weil die Konzentration wirtschaftlicher Macht das Prinzip des Wettbewerbs und damit die Wahlvielfalt der Bürger und die Wirkung des Marktes verletzt, muß der Staat der Konzentration wirtschaftlicher Macht vorausschauend entgegenwirken.		
78 (2)	[1] Wir treten dafür ein, wettbewerbsrechtliche Sonderregelungen für die Bereiche Verkehr, Versicherung, Banken, Energie- und Versorgungswirtschaft, Arbeitsvermittlung und freie Berufe grundsätzlich den allgemeinen Wettbewerbsregelungen anzupassen.	[1] Die CDU tritt dafür ein, wettbewerbsrechtliche Sonderregelungen für die Bereiche Verkehr, Versicherung, Banken, Energie- und Versorgungswirtschaft, Arbeitsvermittlung und freie Berufe grundsätzlich den allgemeinen Wettbewerbsregelungen anzupassen.		
78 (3)	**Wettbewerb in der Europäischen Union** [1] Die Aufgaben der Wettbewerbspolitik verlagern sich zunehmend auf die europäische Ebene. [2] Dabei dürfen die wettbewerbsorientierten Grundsätze des deutschen Kartellrechts nicht in Frage gestellt werden. [3] Wir wollen, daß die EU-Fusionskontrolle institutionell abgesichert und ein unabhängiges europäisches Kartellamt geschaffen wird. [4] Neben der Fusionskontrolle verstehen wir es als weitere Elemente unserer Wettbewerbspolitik, staatliche Subventionen zu begrenzen und abzubauen, Wirtschaftsbe-	**Wettbewerb in der Europäischen Union** [1] Bei der Verlagerung von Aufgaben der Wettbewerbspolitik auf die europäische Ebene dürfen die wettbewerbsorientierten Grundsätze des deutschen Kartellrechts nicht in Frage gestellt werden. [3] Die CDU will, daß die EU-Fusionskontrolle institutionell abgesichert und ein unabhängiges europäisches Kartellamt geschaffen wird. [4] Neben der Fusionskontrolle versteht es die CDU als weitere Elemente fairer Wettbewerbspolitik, staatliche Subventionen zu begrenzen und abzubauen, Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung zu privatisieren und eine offensive Verbraucherpolitik		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	triebe mit staatlicher Beteiligung zu privatisieren und eine offensive Verbraucherpolitik zu vertreten, durch die der Verbraucherschutz gewährleistet ist.	zu vertreten, durch die der Verbraucherschutz gewährleistet ist.		
	Strukturpolitik			
	Aktive Strukturpolitik in den neuen Bundesländern		„neue Bundesländer"?	
79 (1)	[1] Beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern gibt es zu einem marktwirtschaftlichen Kurs und einer weiteren Privatisierung keine Alternative. [2] Die besondere Situation in den neuen Bundesländern erfordert für eine längere Übergangszeit im Interesse der Menschen eine aktive Strukturpolitik. [3] Dabei hat die Errichtung einer neuen und modernen Infrastruktur Priorität. [4] Im gesamten Bereich der Wirtschaft streben wir eine möglichst weitgehende Privatisierung an. [5] Nur durch den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen können, sind gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu erreichen. [6] Um diesen Wandel und eine industrielle Zukunft zu sichern, ist eine weitgehende- im Zeitablauf abnehmende- Flankierung durch staatliche Hilfen erforderlich. [7] Um industrielle Kerne zu erneuern und industriell leistungsfähige Regionen als Wachstums- und Entwicklungspole zu gewinnen, wollen wir sanierungsfähige, aber noch nicht privatisierte Unternehmen an die Wettbewerbs- und damit Privatisierungsfähigkeit heranführen.	[1] Die CDU setzt sich für die intensive Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur in ganz Deutschland ein. [2] Sie strebt im gesamten Bereich der Wirtschaft eine möglichst weitgehenden Privatanteil des Produktivvermögens an. [3] Um dies umzusetzen, hält sie auch sektoral oder regionale staatliche finanzielle Unterstützung für vertretbar. [4] Diese Unterstützung muß zeitlich limitiert und mit klaren Perspektiven versehen erfolgen. [5] Aus Sicht der CDU sind gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland nur durch wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen können, zu erreichen. [6] Ziel dieser aktiven Strukturpolitik ist es, gerade in den wirtschaftlich schwachen Bundesländern eine breit strukturierte Wirtschaft mit positiver Betriebsperspektive zu entwickeln.	Zu Satz 1ALT: Das ist kein Grundsatz, sondern eine Relation, weil es sonst heißen müßte „.....für die CDU keine Alternative". Warum sagen es die Verf. nicht einfach, daß sie etwas so wollen, wie sie es wollen. Sonst risse es wohl noch ein, zu jedem befürworteten Standpunkt platzfüllend klarzustellen, daß es dazu auch keine Alternative gäbe. Das „neue" ist das „alte" der Zukunft! Zu Satz 1NEU: Zu ganz Deutschland gehören auch die östlichen Bundesländer. Zu Satz 3ALT: Was ist modern außer daß es der Zeitgeist ist? Zu Satz 2NEU: Privatanteil von was? Zu Satz 4NEU sinngem. aus lfd. Nr. 79(4). Zu Satz 6ALT: .....eine industrielle Vergangenheit sicher nicht. Es handelt sich im übrigen um eine politische Handlungsanweisung, also eine untergrundsatzprogrammatische Aussage.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[8] Ziel dieser aktiven Strukturpolitik ist es, in den neuen Bundesländern eine zukunftsfähige, breit strukturierte Wirtschaft zu entwickeln.			
79 (2)	[1] Mit einer engeren Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir den Zeitraum zwischen dem Wegbrechen alter, unrentabler und dem Entstehen neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze überbrücken und verkürzen sowie soziale Härten vermeiden und abschwächen.	[1] Mit einer engeren Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik will die CDU den Zeitraum zwischen dem Wegbrechen alter, unrentabler und dem Entstehen neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze überbrücken und verkürzen sowie soziale Härten vermeiden und abschwächen.		
	[2] Zugleich soll erreicht werden, daß die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte nicht abwandern, ihre Qualifikation verbessert wird und sie in ihrer Heimat eine tragfähige Beschäftigungsperspektive erhalten.	[2] Zugleich soll damit erreicht werden, daß die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte nicht abwandern, ihre Qualifikation verbessert wird und sie in ihrer Heimat eine tragfähige Beschäftigungsperspektive erhalten.		
	Privatisierung auch in den alten Bundesländern	**Privatisierung auch in den alten Bundesländern**		
79 (3)	[1] In den alten Bundesländern sind industrielle Beteiligungen und sonstige privatwirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand konsequent zu privatisieren.	[1] Industrielle Beteiligungen und sonstige privatwirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sind konsequent zu privatisieren.		
	[2] Außerdem können die Einrichtung und der Betrieb von Infrastrukturen im Bereich Verkehr, öffentlichen Planungsleistungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie in der Energie- und Abfallwirtschaft soweit wie möglich privatisiert werden.	[2] Außerdem sollen die Einrichtung und der Betrieb von Infrastrukturen wie im Bereich Verkehr, öffentlichen Planungsleistungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie in der Energie- und Abfallwirtschaft weitmöglichst privatisiert werden.		
	[3] Privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit gewährleistet am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse.	[3] Privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit soll wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse gewährleisten.		
	[4] Soziale Flankierungen erfolgen durch die	[4] Soziale Flankierungen müssen durch die		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Ausgleichs- und Förderinstrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, grundsätzlich dagegen nicht durch die unternehmerische Betätigung des Staates.	Ausgleichs- und Förderinstrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, grundsätzlich dagegen nicht durch die unternehmerische Betätigung des Staates erfolgen.		
79 (4)	**Förderung des Strukturwandels** [1] Ein kontinuierlicher Strukturwandel ist unverzichtbar, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. [2] Dieser Strukturwandel muß grundsätzlich der wettbewerblich geordneten Marktsteuerung überlassen werden. [3] Staatliche Wirtschaftslenkung ist dazu nicht in der Lage. [4] Aufgabe der Strukturpolitik kann es nur sein, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten nach Kräften zu fördern und den Strukturwandel sozial abzusichern. [5] Wo sektorale oder regionale Hilfen dazu notwendig sind, müssen sie zeitlich befristet, degressiv gestaltet und mit anpassungsorientierten Auflagen verbunden sein.	✕	Zu Satz 5ALT: Siehe lfd. Nr. 79 (1) Satz 4NEU	
80 (1)	**Mittelstandspolitik** **Mittelstand - unverzichtbare Grundlage für die Leistungsfähigkeit** [1] Die Leistungsfähigkeit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft beruht auf einer ausgewogenen Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. [2] Wir brauchen die Wirtschaftskraft eines breiten Mittelstandes und den Ideenreichtum und Erfolgswillen mittelständischer Unternehmer mit ihrer großen Innovations- und Entwicklungsdynamik.	**Mittelstandspolitik** **Mittelstand - unverzichtbare Grundlage für die Leistungsfähigkeit** [1] In einer konsequenten Mittelstandspolitik sieht die CDU die beste Voraussetzung, eine marktwirtschaftliche Ordnung und marktwirtschaftliches Wachstum zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. [2] Eine Säule der Leistungsfähigkeit Sozialer Marktwirtschaft muß eine ausgewogene Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit des Unternehmertums bleiben.	Zu Satz 4NEU: ....und nur <u>solchen</u> mittelständigen Unternehmen	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Die mittelständische Wirtschaft ist von großer Bedeutung, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten und schaffen zu können. [4] Der Mittelstand ist unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. [5] Er gibt die ständige Chance des Wechsels von der abhängigen Beschäftigung in die Selbständigkeit und ist Voraussetzung für die Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht. [6] Für den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern kommt dem Mittelstand eine Schlüsselfunktion zu.	[3] Soziale Marktwirtschaft muß ihre Impulse im wesentlichen auch von dem Ideenreichtum mittelständiger Unternehmer und ihrem entschiedenen Streben nach Erfolg erfahren können. [4] Die CDU sieht daher in mittelständigen Unternehmen mit Innovations- und Entwicklungsdynamik einen wesentlichen Faktor für die Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen [5] Gleiches gilt für die Entwicklung von Wirtschaftsstabilität und die Aufarbeitung von Defiziten in wirtschaftlich benachteiligten Regionen.		
	Erleichterungen für den Mittelstand			
80 **(2)**	[1] Mittelständische Unternehmen haben besondere Vorteile, weil sie vielfach flexibler sind, schneller entscheiden können und weniger bürokratisch sind. [2] Sie sind aber im Wettbewerb teilweise gegenüber Großunternehmen benachteiligt. [3] Für mittelständische Unternehmen sind deshalb Erleichterungen, inbesondere im Steuerrecht und bei der Bildung von Eigenkapital erforderlich. [4] Um die im internationalen Vergleich beispielhafte mittelständische Struktur unserer Wirtschaft zu erhalten, treten wir dafür ein, den Generationenwechsel von Familienunternehmen durch entsprechende steuerliche Regelungen zu erleichtern.	[1] Die CDU sieht Vorteile für mittelständige Unternehmen, weil sie die Vorzüge der Flexibilität kleinerer Betriebe und dort schnell umsetzbarer Entscheidungen mit den Vorzügen des produktions-, und verwaltungstechnischen und sozialen Unterbaues von Großunternehmen miteinander verbinden können.	Zu Satz 1ALT: Flexibler als wer? Weniger bürokratisch als was? Zu Satz 1 NEU: Es geht nicht um Bürokratie (jeder Anteil an Bürokratie in einem Unternehmen ist verlorenes Kapital!), sondern es geht um die Relation innerbetrieblicher Verwaltungsaufwand ./. gesamter Arbeitsund Investitonsaufwand eines Unternehmens.	
	Förderung zur Selbständigkeit			
80	[1] Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer und wollen deshalb den Schritt	[1] Es muß attraktiv sein, in einem freiheitlich demokratischen Staat etwas zu unter-	TextALT unlogisch, weil ein Unternehmer als solcher in aller Regel selbständig ist und ihm somit, ob leistungsbereit	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(3)	in die berufliche Selbständigkeit erleichtern. [2] Unsere Wirtschaft muß leistungsbewußten und risikobereiten Unternehmern die Chance zur Selbständigkeit bieten. [3] Deshalb halten wir daran fest, in den neuen Bundesländern den Mittelstand verstärkt zu fördern. [4] Eine konsequente Mittelstandspolitik ist die beste Voraussetzung, um unsere marktwirtschaftliche Ordnung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.	nehmen, was diesen Staat vorantreibt. [2] Schritte in die berufliche Selbständigkeit als Unternehmer müssen für Menschen, die qualifiziert, leistungsbewußt und risikobereit sind, erleichtert werden. [3] Erleichterungen sind insbesondere im Steuerrecht, bei der Bildung von Eigenkapital und im Zuge von Generationenwechseln in Familienunternehmen erforderlich.	und risikofreudig oder nicht, nicht mehr die Chance zu eben dieser Selbständigkeit geboten werden muß. Ab Satz 3NEU sinngem. aus lfd. Nr. 80 (2)ALT	
	Eigentums- und Vermögenspolitik **Sozial verpflichtetes Privateigentum**	**Eigentums- und Vermögenspolitik** **Sozial verpflichtetes Privateigentum**		
81 (1)	[1] Privates und sozial verpflichtetes Eigentum, einschließlich des Erbrechts, ist ein Grundpfeiler der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. [2] Es gibt dem einzelnen mehr Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. [3] Auch für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern ist ein möglichst breit gestreutes Privateigentum an Unternehmen und Grundstücken von zentraler Bedeutung. [4] Privatisierung und Reprivatisierung müssen vorangetrieben werden, auch im Bereich des Wohneigentums. [5] Privateigentum ist eine entscheidende Bedingung dafür, daß Investitionen getätigt und damit die Grundlage für rentable Arbeitsplätze und selbsterwirtschaftete Arbeitseinkommen und Gewinne geschaffen werden.	[1] Privates und sozial verpflichtetes Eigentum, einschließlich des Erbrechts, muß ein Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft sein und dem Einzelnen mehr Entscheidungsmöglichkeiten und damit seine größere persönliche Freiheit geben. [2] Breit gestreutes Privateigentum an Unternehmen und Grundstücken ist auch im Interesse des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaues von und in sich entwickelnden Bundesländern zu fördern. [3] Das gilt gleichermaßen für Privateigentum in seiner entscheidenden Bedingung dafür, daß Investitionen getätigt und damit die Grundlage für rentable Arbeitsplätze und selbsterwirtschaftete Arbeitseinkommen und Gewinne geschaffen werden. [4] Privatisierung und Reprivatisierung müssen vorangetrieben werden und sind durch den Staat zu schützen.	Zu Satz 4NEU: Wohneigentum ist unter „Wohnraum“ geregelt.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[6] Der Staat hat die Pflicht, privates Eigentum zu schützen. [7] Unter den Bedingungen des Sozialismus konnte nur wenig Kapital gebildet werden; es fand vielmehr ein gewaltiger Kapitalverzehr statt. [8] Deshalb sind die Chancen zu neuer privater, breiter Kapitalbildung für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern wirksam zu fördern.			
	Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand	**Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand**		
81 (2)	[1] Die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine soziale Notwendigkeit und ein Weg, um den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern. [2] Wir werden eine breite Vermögensbildung am Produktivkapital nur dann erreichen, wenn der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.	[1] Die CDU setzt sich für die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand als soziale Notwendigkeit und Weg zu Mitverantwortung des von Arbeitnehmern ein. [2] Sie will damit gleichzeitig eine gerechte Einkommensverteilung fördern. [3] Die CDU hält eine breite Vermögensbildung am Produktivkapital nur dann für möglich, wenn der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.		
81 (3)	[1] Die Eigenkapitalbildung kann verbessert werden, indem die Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen beteiligt und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar gemacht werden. [2] Nicht nur in den alten, sondern gerade auch in den neuen Bundesländern sollten die Tarifpartner die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen. [3] Wir wollen die rechtlichen und finanziellen	[1] Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung sind zu optimieren, indem Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen beteiligt und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar gemacht werden. [2] Die CDU will die rechtlichen und finanziellen Bedingungen dafür verbessern.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Bedingungen dafür verbessern.			
	Wissenschaft, Forschung und Technik	**Wissenschaft, Forschung und Technik**		
	Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit	**Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit**		
82 (1)	[1] Wissenschaft, Forschung und Technik sind für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes von entscheidender Bedeutung. [2] Die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft werden zu einem erheblichen Teil mit technologieintensiven Gütern erzielt. [3] Die industrielle Beschäftigung wird von den technologieintensiven Branchen getragen. [4] Wir wollen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, damit ganz Deutschland ein international führendes Land für Forschung und Technik bleibt.	[1] Wissenschaft, Forschung und Technik können und müssen für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland künftig entscheidende Beiträge leisten. [2] Die CDU will deshalb alle Anstrengungen unternehmen, damit ganz Deutschland ein international führendes Land für Forschung und Technik bleibt.		
	Grundlagenforschung ausbauen	**Grundlagenforschung ausbauen**		
82 (2)	[1] Der Stellenwert von Forschung und Technologie muß stärker in das Bewußtsein der Gesellschaft gerückt und damit ein forschungs- und technikfreundliches Klima geschaffen werden. [2] Eine hohe Qualität der Grundlagenforschung ist die Ausgangsbasis für die Entwicklung des Forschungs- und Technologiestandortes Deutschland. [3] Bei der erkenntnisorientierten Grundlagenforschung hat Deutschland im internationalen Vergleich auf vielen Gebieten eine Spitzenposition, die es auszubauen gilt.	[1] Der Stellenwert von Forschung und Technologie muß stärker in das Bewußtsein der Gesellschaft gerückt werden. [2] Dies hat auf durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit gekennzeichneten Vermittlungswegen zu erfolgen, und damit ein forschungs- und technikfreundliches Klima auf der Grundlage individueller Überzeugung des Einzelnen geschaffen wird. [3] Die CDU sieht in der hohen Qualität der Grundlagenforschung eine zu sichernde und zu fördernde Ausgangsbasis für die Entwicklung des Forschungs- und Technologiestandortes Deutschland.	Zu Satz 2NEU: Es geht nicht darum, daß die Betroffenen die Darstellungen als wohlwollend wahr hinnehmen sondern es gaht darum, daß die Betroffenen die Darstellungen verstehen. Nicht nur behördliche oder anderweitig organisierte Offensive, sodnern auch auch Akzeptanz- oder Ablehnungsreaktionen hierauf können durch Wankelmut und Willkür geprägt sein.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Grundlagenforschung bildet die Basis für neue Technologien und ist unverzichtbarer Teil staatlicher Forschungsförderung. [5] Die Grundlagenforschung in Hochschulen und Instituten hat vorrangigen Anspruch auf staatliche Hilfe, zumal sie durch die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Träger von Wissen und Können eine wichtige Zukunftsinvestition darstellen.	[4] Grundlagenforschung in Hochschulen und Instituten hat vorrangigen Anspruch auf staatliche Hilfe, zumal sie durch die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Träger von Wissen und Können eine wichtige Zukunftsinvestition darstellen.		
82 (3)	[1] Die anwendungsorientierte Grundlagenforschung gewinnt immer größere Bedeutung, weil sie uns neue Erkenntnisse, neue Materialien und Verfahren für künftige und innovative Produkte und ein besseres Verständnis komplexer Systeme wie Verkehr, Klima und Ökosysteme ermöglicht.	[1] Die CDU mißt der anwendungsorientierten Grundlagenforschung eine wesentliche Bedeutung im Interesse des Gewinns neuer Erkenntnisse, neuer Materialien und Verfahren für künftige und innovative Produkte und eines besseren Verständnisses komplexer Systeme wie Verkehr, Klima und Ökosystememen bei.		
82 (4)	[1] Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft in Deutschland ist insbesondere durch eine stärkere Umsetzung von Grundlagenerkenntnissen in konkrete Anwendungen, insbesondere marktfähige Produkte und Dienstleistungen, zu verbessern. [2] Die Wirtschaft ist aufgerufen, sich neben der produktorientierten Forschung verstärkt der Grundlagenforschung zuzuwenden. [3] Nur so können die deutschen Spitzenleistungen in der Grundlagenforschung mehr als bisher zu einem technologischen Vorsprung führen, der in Wettbewerbsvorteile auf Märkten umzusetzen ist.	[1] Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft in Deutschland ist insbesondere durch eine stärkere Umsetzung von Grundlagenerkenntnissen in konkrete Anwendungen, insbesondere marktfähige Produkte und Dienstleistungen, zu optimieren. [2] Die Wirtschaft ist gefordert, sich neben der produktorientierten Forschung verstärkt der Grundlagenforschung zuzuwenden. [3] Nur so können die deutschen Spitzenleistungen aus Sicht der CDU in der Grundlagenforschung mehr als bisher zu einem technologischen Vorsprung führen, der in Wettbewerbsvorteile auf Märkten umzu-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Dabei hat die Informationstechnologie eine besondere strategische Bedeutung für Wirtschaft und Wissenschaft. [5] Schnelle und leistungsfähige Datennetze sind eine wichtige Infrastrukturinvestition für unseren Standort.	setzen ist. [4] Dabei ist der Informationstechnologie eine besondere strategische Bedeutung für Wirtschaft und Wissenschaft zuzuordenn, um schnelle und leistungsfähige Datennetze als wichtige Infrastrukturinvestition für den Standort Deutschland zu sichern.		
	Forschungstransfer			
82 (5)	[1] Notwendig ist ein kontinuierlicher, langfristig angelegter Zieldialog zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft über Forschungsschwerpunkte und die Einschätzung längerfristiger technologischer Entwicklungslinien mit dem Ziel, Kräfte zu bündeln, längerfristige Perspektiven zu erarbeiten und arbeitsteilig umzusetzen.	[1] Kräfte müssen gebündelt werden, um längerfristige Perspektiven und Ziele von Forschung zu erarbeiten und arbeitsteilig umzusetzen.	Zu Satz 1ALT: Kann man denn Staat, Wirtschaft und Wissenschaft so trennen? Das ist doch angesichts der Praxis Unfug, denn Universitäten sind nach wie vor oft genug staatlich, auch ein Staat betreibt Wirtschaft,....	32 16 -16
	Unternehmerische Innovationen fördern			
83 (1)	[1] Der Staat kann und soll technologische Innovationen nicht verordnen. [2] Unternehmen können den Forschungsbedarf zur Entwicklung neuer Techniken und Produkte aufgrund der Marktentwicklung selbst am besten beurteilen. [3] Deshalb sind anwendungsbezogene Forschungen und Innovationen originäre Aufgaben der Wirtschaft. [4] Sie kann durch ein langfristiges technologisches Engagement die Voraussetzungen für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolg sichern. [5] Dabei ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen häufig wirkungsvoller als der Einsatz öffentlicher Fördermittel. [6] Entbürokratisierung und Deregulierung sind	[1] Der Staat kann und soll technische, ökologische und logistische Innovationen nicht verordnen. [2] Anwendungsbezogene Forschungen und Innovationen sind als originäre Aufgaben der Wirtschaft zu wahren. [3] Die CDU erwartet von den wirtschaftlichen Unternehmen ein nachhaltig angelegtes langfristiges technologisches Engagement für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolg. [5] Dabei räumt sie der Konsolidierung der Rahmenbedingungen, so auch der Eliminierung von Bürokratie und Überregulierung, für Innovationen Vorrang vor dem Einsatz öffentlicher Fördermittel ein.	Vgl. auch HILGER 1992 Vor allem programmatische Überarbeitung und Fülltext-Entfernung. Zu Satz 1ALT: Auch Ökologie kann Gegenstand von Innovationen sein, sie findet nicht abseits menschlichen Handelns statt. Satz 2ALT gehört in einen Begründungstext, nicht ins Grundsatzprogramm, zumal es Unternehmen gibt, die auch das Gegenteil beweisen. Zu Satz 3NEU: Es geht um die Nachhaltigkeit, nicht um die Langfristigkeit als Sekundäreffekt.	84 68 -16

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	daher von besonderer Bedeutung, damit sich Wissenschaft, Forschung und Technik entfalten.			
	Europäische Kooperation			
83 (2)	[1] Wissenschaft und Wirtschaft wachsen international immer weiter zusammen. [2] Staatliche Grenzen werden durch transnationale Forschungskooperationen und Unternehmen aufgehoben. [3] Wir müssen die Kräfte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bündeln, damit wir in der Lage sind, die weltweiten Herausforderungen zu bestehen. [4] Wir brauchen auch in der Forschungs- und Technologiepolitik die europäische Kooperation.	[1] In der Forschungs- und Technologiepolitik ist eine intensive europäische Kooperation zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.	Satz 1NEU reicht, der RestALT ist Pathos Zu Satz 2ALT: Daß staatliche Grenzen durch transnationale Forschungskooperationen aufgehoben werden, ist politisch, juristisch und materiell schlichtweg Unsinn und kann kaum ein Grundsatz der CDU sein.	50 14 -36
	Ethische Grenzen			
84	[1] Forschungs- und Technologiepolitik geht weit über die Fragen des Wirtschaftsstandortes Deutschland hinaus. [2] Wissenschaft und Technik prägen unsere Gesellschaft als Ganzes und sind ein wichtiges Gestaltungspotential für die Zukunft. [3] Auftrag und ethische Grenzen ergeben sich aus unserer Verantwortung für die Würde des Menschen und die Bewahrung der Schöpfung.	[1] Für die CDU ergeben sich die ethischen Grenzen gerade auch von Forschungs- und Technologiepolitik aus der Verantwortung des Menschen, seiner Würde und seiner vornehmsten Aufgabe, Schöpfung zu bewahren und verantwortlich zu gestalten.	Zu Satz 1ALT, 2ALT: Allgemeinplätze! Im übrigen, obwohl auch andernorts statuiert, unschädlich.	47 32 -15
	Energie und Rohstoffe			
	Optimierung der Rohstoff- und Energienutzung			
85 (1)	[1] Eine sichere und umweltfreundliche Energie- und Rohstoffversorgung ist Grundlage	[1] Die CDU tritt dafür ein, daß zur Sicherung der Energie- und Rohstoffver-	PARALLELE (Industriestaaten/Ressourcen) lfd. Nr. 159ALT	96 100

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	unserer Wirtschaftsentwicklung und von erheblicher Bedeutung für unsere Standortqualität. [2] Die Industriestaaten tragen aufgrund ihres hohen Energie- und Rohstoffverbrauches auch international eine besondere Verantwortung. [3] Deutschland ist ein rohstoff- und energiearmes Industrieland und deshalb auch aus diesen Gründen besonders auf eine funktionierende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung im Rahmen offener Märkte angewiesen. [4] Wir treten dafür ein, daß in Deutschland mit modernsten Produktions-, Steuerungs- und Kommunikationstechniken der Rohstoff- und Primärenergieverbrauch optimiert und die verschiedenen Primärenergien in einem vernünftigen Energiemix eingesetzt werden. [5] Dabei spielt der Klimaschutz und die Verminderung von CO_2-Belastungen eine besondere Rolle.	sorgung Deutschlands effizienteste Techniken mit einem minimierten Rohstoff- und Primärenergieanspruch eingesetzt werden. [2] Dies gilt - auch angesichts einer relativen Rohstoff- und Energiearmut in Deutschland - im gleichen Sinne für leistungsoptimierte Energiebereitstellungssysteme. [3] Beides hält die CDU im Interesse einer soliden Wirtschaftsentwicklung und der Festigung oder Entwicklung hochwertiger Produktionsstandorte für unumgänglich. [4] Angesichts weltweit knapper Energieressourcen ist sich die CDU der besonderen internationalen Verantwortung jener Staaten bewußt, deren Industrialisierung einen verhältnismäßig hohen Energie- und Rohstoffbedarf aufweisen. [5] Bei dem gezielten Einsatz spezifischer Energieträger ist auch der Klimaschutz, insbesondere die Verminderung von CO_2-Emissionen, einzubeziehen.	Energiemix ist eine richtige Sache, gehört aber nicht in ein Grundsatzprogramm zumal unter „vernünftig" viel verstanden werden kann. Im Grundsatzbereich sollten wir auf den physikalisch falschen (wenn auch möglicherweise kaufmännisch richtigen) „Energieverbrauch" verzichten können. Auch auf das Schlagwort „Industriestaaten" wird (zumal angesichts zahlreicher wirtschaftlicher Wandel) verzichtet. Zu Satz 4NEU: Knappheit ist hier keine quantitative Größe. Denn insbesondere die nichtregenativen Ressourcen sind solange per se knapp, solange die Versorgung nicht langfristig gesichert ist. Und das ist derzeit und im Geltungszeitraum des GP nicht der Fall.	+4
	Energieeinsparung			
85 **(2)**	[1] Wir wollen ein Höchstmaß an Effizienz erreichen, damit der Primärenergieeinsatz gesenkt werden kann. [2] Wir wollen die Energiesparmöglichkeiten in Industrie, Verkehr und privaten Haushalten konsequent nutzen. [3] Das ist der beste Weg, um Energieressourcen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermeiden. [4] Wir setzen uns ferner dafür ein, die Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger zu vermindern.	[1] Die CDU wird, um bei einem verminderten Einsatz fossiler Primärenergieträger gleichzeitig einen höchstmöglichen Energienutzungsgrad zu erreichen, die Preispolitik als wesentliches Instrumentarium einsetzen. [2] Sie wird bei der Verfolgung dieses Ziels gleichzeitig den Wert nachvollziehbarer Argumente nutzen.	Alles andere steht bereits in lfd. Nr.85 (1) ALT/ NEU. Und daß „wir" die Energiesparmöglichkeiten in privaten Haushalten nutzen wollen, ist sicher gut gemeint. Nur ob uns auch jeder betroffene Bürger ins Haus läßt, ist eine ganz andere Frage.	72 33 -39

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[5] Wir brauchen mehr Nutzenergie bei vermindertem Einsatz von fossilen Primärenergieträgern. [6] Der Preis muß auch hier entscheidender Regelungsfaktor sein.			
	Klimaschonende Energien	**Klimaschonende Energienutzung**	Energien sind per se weder klimabelastend noch -schonend	
86 (1)	[1] Wir fördern die Erforschung, Entwicklung, Erprobung, Nutzung und Markteinführung neuer regenerativer sowie umweltfreundlicher Energieträger und Energiesysteme. [2] Sie sollen einen möglichst hohen Anteil an der Energiegewinnung erreichen. [3] Wir setzen uns für die verantwortliche Nutzung der Kernenergie ein. [4] Wir können aus der Nutzung und Erforschung der Kernenergie nicht aussteigen, weil es auf absehbare Zeit keine Energiequellen gibt, die effektiver und klimaschonender arbeiten. [5] Im Rahmen internationaler Umweltpartnerschaft wollen wir das technische Wissen einsetzen, um Kernkraftwerke zu sanieren und ihre Sicherheit zu erhöhen sowie die Abfallstoffe umweltverträglich und sicher zu entsorgen.	[1] Die CDU setzt sich für die Erforschung, Entwicklung, Erprobung, Nutzung und Markteinführung regenerativer sowie umweltfreundlich anwendbarer Energieträger und Energiesysteme ein. [2] Sie sollen einen möglichst hohen Anteil in der Energiegewinnung erreichen. [3] Die CDU engagiert sich für die verantwortliche Nutzung von Kernenergie. [4] Technisches Wissen muß international eingesetzt werden, um die Sicherheit von Kernkraftwerke einschließlich Folgelasten, insbesondere Verwertung gebrauchter Energieträger und Abriß ausgedienter Anlagen, zu optimieren.	Zu Satz 3ALT/NEU und Satz 4ALT: Satz 3 reicht aus, Satz 4 spezifiziert und reagiert (denn nicht die CDU verlangt im wesentlichen den Ausstieg) unnötig	87 63 -24
	Europäische Rohstoff- und Energiepolitik			
86 (2)	[1] Unsere nationale Rohstoff- und Energiepolitik muß in den Europäischen Binnenmarkt integriert und die Energieversorgung in den neuen Bundesländern an den europäischen Standard herangeführt	[1] Deutschlands nationale Rohstoff- und Energiepolitik muß in den Europäischen Binnenmarkt integriert werden. [2] Durch internationale Verträge abgesichert muß Deutschland benachbarten	Zu Satz 1ALT, 2ALT: Wer ist „wir"? Das kann doch die CDU alles nicht alleine, sondern das kann höchstens Deutschland (möglichst) unter CDU-Regierungsverantwortung. Zu Satz 1, 2. TeilsatzALT: Soweit der „europäische Standard" nicht definiert ist, ist die Zielsetzung nicht konkret, zumal nicht jeder solche Standard zwingend cdu-grundsatzprogrammatisch „gut" sein muß.	73 54 -19

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	werden. [2] Durch internationale Verträge abgesichert, müssen wir den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas ebenso wie den Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Modernisierung und Entsorgung ihrer energietechnischen Anlagen helfen. [3] Der Technologietransfer in diese Länder ist im Interesse des Umweltschutzes und der internationalen Sicherheit, der Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Entwicklung besonders notwendig.	und energietechnisch rückständigen Ländern bei der Modernisierung und Entsorgung ihrer energietechnischen Anlagen helfen. [3] Entsprechender Technologietransfer in diese Länder ist im Interesse des Umweltschutzes und der internationalen Sicherheit, der Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Entwicklung besonders notwendig.	Zu Satz 2ALT/3ALT, Vgl. *EA BADEN 2000:* *1 Der Richtungsimpuls „Schöpfung bewahren" heißt auch Schöpfung weiterentwickeln („....den Garten Eden bauen und bewahren").* *{Soll der Mensch etwas machen, was Gott nicht will?}* *Schöpfung aktiv weiterzuentwickeln heißt auch, daß den Handelnden dabei hierfür Wahrnehmung eigener Verantwortung abzufordern ist.* *2 Es kann dabei nicht alles, was denn als Schöpfung angesehen werden kann oder individuell angesehen wird, nach jedwedem Belieben Anwendung finden.* *Die primäre Ansprache der im wahrsten Sinne des Wortes naheliegende Biosphäre der Erde als Gegenstand von Schöpfungsverantwortung schließt den „Import externer Schöpfungselemente" nicht aus.* *Doch so, wie es Kenntnis kleiner Umwelten erfordert, um die „richtige" Energiebereitstellungsform für eine Umwelt {z.B. KWK oder Heizkessel - welchen Typs - oder Solarenergie für einen Industriestandort oder ein Wohnhaus} zu finden, erfordert es umso breitere Kenntnis von größeren Umwelten (globales Denken), um die Eigenschaften „externer Schöpfungselemente" zu erkennen und zu bewerten.* *Eine solche Bewertung könnte auch dazu führen, daß eine materielle oder methodische Integration eines solchen „externen Schöpfungselementes" aller Voraussicht nach und vorherigen Erwartungen entgegen für eine hierfür vorgesehene Umwelt überdimensioniert und damit sogar unbeherrschbar sein könnte, sei es an Volumen eines Gegenstandes oder Auswirkungen einer Technik.* *Daß Kernspaltung oder -fusion auch Ergebnis von Schöpfung sind, begründet keinerlei Anspruch auf einen Umgang mit diesen Schöpfungselementen eben nur, weil sie Schöpfungselemente sind.* *3 Schöpfung beinhaltet Vernetzung (bereits während der Schöpfung wurden Relationen festgelegt).* *Verantwortung des Einzelnen für Schöpfung setzt vernetztes Wirken in der Gemeinschaft, vor allem auch in Form von Transparenz der Information zwischen den Beteiligten, voraus.* *{Denn so wie ein Vorstand eines Großkonzerns möglicher-*	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			weise seine Verantwortung alleine gegenüber den Aktionären sehen wird, so ist die Menschheit als „Vorstand" des Konzerns „Schöpfung" gegenüber dem Hauptaktionär Gott verantwortlich. Und bekanntermaßen läuft so eine Firma schlecht, wenn im Vorstand das eine Mitglied nicht weiß, was das andere tut und warum.} *4 Schöpfung weiterentwickeln heißt daher auch, daß sie konsensmäßig von allen weiterentwickelt wird (aber von einem jeden auf seine Art).* *Operative Hektik anstatt im genannten Sinne „guter" Gespräche dient nicht der Schöpfung, sei es nun ihrer Bewahrung oder ihrer Weiterentwicklung.* *5 Die schöpfungsimmanente Fehlbarkeit des Menschen erlaubt es ihm, Fehler zu machen, aus denen er lernen kann; sie erlaubt es ihm aber nicht, Fehler zu machen, aus denen er nicht mehr lernen kann.* *Der Anspruch, diese Rückkopplung des Geschehenen zum neuen Handeln als eigenes Handlungsprinzip einzusetzen, setzt überschaubare Handlungsräume voraus, innerhalb derer eine Rückkopplung möglich geworden sein muß. Erst hieraus lassen sich greifbare Zielperspektiven entwickeln.* *{Ein Negativbeispiel stellen die technischen und sozialen Folgen der KKW-Politik der ehemaligen Sowjetunion dar. Neben der technischen Vermeidbarkeit der Defizite wird die nunmehr unumgängliche „Rückkopplung" einen unverantwortbar langen - unübersehbaren und global geltenden - Zeitraum beanspruchen}.* *6 Verantwortbare Weiterentwicklung von Schöpfung setzt ergo ex ante keine „flächen- und zeitdeckenden" allgemeingültigen Zielformulierungen voraus, wohl aber die Überschaubarkeit eigenen Handelns.* *Kernenergie ist (noch?) nicht so weit „zuende gedacht", daß alle Beteiligten die Kernenergieinanspruchnahme - sei es als unmittelbarer Nutzer (Kraftwerkbetreiber,....) oder mittelbarer Anwender („Stromverbraucher",...) - ethisch verantworten könnten. Die Erörterung ist auf der Basis solider Grundlagenforschung fortzuführen.* *Diese Forschung ist in einer Weise unvoreingenommen vorzunehmen, daß Ergebnisse nicht durch die Aufgabenstellung vorprogrammiert sind.* *7 Umgang mit Schöpfung verlangt Wahrhaftigkeit.* *Es ist in diesem Sinne nicht verantwortete Weiterentwicklung von Schöpfung, daß viele Einzelne dann, wenn per-*	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			sönliche Betroffenheiten gegeben sind, eine erklärtermaßen im Interesse der Allgemeinheit verantwortete Haltung zu einer Energiebereitstellungsform, also auch und gerade zur Kernenergie, im rein privaten Interesse, z.B. aus Kostengründen, revidieren {wenn es zum Schwur kommt, sind viele Ideale vergessen}. *Umgekehrt muß von der Seite der unmittelbaren Nutzer (s.o.) erwartet werden, daß sie die ökonomischen Aspekte ihres Handelns auf der Grundlage umfassend kalkulierter Kosten, also auch einschließlich langfristig kalkulierter Folgekosten (z.B. für Endlagerung von RadWaste), präsentieren. Hierzu gehört auch der Versicherungskosten- bzw. Versicherbarkeitsaspekt.* *Es ist auch eine allgemeine sozial begründete Aufgabe, durch Information und Perspektivbildung unter Respektierung des Andersdenkenden (der nicht immer gleichzeitig ein „Gegner" ist) dazu beitragen, daß solche Konflikte zwischen Gesagtem und Getanem frühzeitig abgebaut werden.* *8 Die Diskussion um Kernenergie darf nicht als Minderungsgrund für die Verantwortung des Einzelnen zum Schutze der Energieressourcen oder limitiert belastbarer Umweltgüter (Atmosphäre) angeführt werden.* *Ziele wie Kreislaufwirtschaften als Verkettungen zeitlich überschaubarer Relationen sollen (z.B. hinsichtlich Folgekostenabschätzungen etc.) allgemein nachvollziehbar in Verhältnisse zu teilweise „eingleisigen" Linien (Entsorgungsfrage Kernenergie) gebracht werden.* *9 Verantwortbares Handeln mit Kernenergie setzt auch eine praxisorientierte Fortbildung - vor allem -der Fachingenieure vor Ort, also im eigenen Lande voraus.* *{Zur Folge solchen Ausbildungs- und Fortbildungshandelns gehört auch der bessere Export solchen Know How's, das für eine unabdingbare Sicherheitssteigerung externer Kernkraftwerke erforderlich ist.* *Das muß nicht deren Existenzberechtigung manifestieren, kann jedoch die Verantwortbarkeit der Hinnahme von größeren Zeiträumen begründen, innerhalb deren sich die Rückkopplung aus bisher Geschehenem in neuen Erkenntnissen und Konsequenzen niederschlägt}.* *10 Hinweis: Angedacht, aber nicht abgearbeitet wurde die Frage des „Sortierens" der eingebrachten ethischen Maßstäbe. Denn Knappheit herrscht nicht nur bei bestimmten Ressourcen, sondern auch bei Zeiträumen.*	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			Daher bleibt es dem weiterdenkenden Leser vorbehalten, möglicherweise zusätzliche, anders gewichtete oder in eine andere Reihe gebrachte Schwerpunkte zu setzen, eigenverantwortlich und für die Vielfalt der Schöpfung. *Thesen Ende* Zu Satz 3ALT: „Der Technologietransfer" muß nicht zwingend sachdienlich sein. Es kann nur um den „entsprechenden Technologietransfer" gehen, der die in Satz 2 genannten Ziele befördert. Im übrigen: „Technologietransfer" ist korrekt, es bleibt zu hoffen, daß nicht fälschlicherweise „Techniktransfer" gemeint war.	
	Verkehrspolitik **Leistungsfähiges vernetztes Verkehrssystem**			
87 **(1)**	[1] Die Verkehrspolitik hat entscheidenden Einfluß auf die Lebensqualität der Menschen und ihre Mobilität, auf die Belastungen von Natur und Umwelt, auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. [2] Steigendes Verkehrsaufkommen in den neuen Bundesländern, die Überlastung in den alten Bundesländern, der Europäische Wirtschaftsraum und die Öffnung Mittel- und Osteuropas stellen steigende Anforderungen an die Verkehrswege in Deutschland. [3] Ein leistungsfähiges und vernetztes Verkehrssystem von Schiene, Straße, Wasserstraße und Luftfahrt ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Mobilität. [4] Eine effiziente Verkehrsinfrastruktur ist deshalb für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland von	[1] Verkehrspolitik muß die Mobilität von Mensch und Material so fördern und kontrollieren, daß sie sich entscheidend positiv - [1a] auf die Lebensqualität der Menschen im Ganzen, - [1b] auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und - [1c] auf die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt insbesondere, [1d] jedoch verantwortungsbewußt im Umgang mit Natur und Umwelt allgemein auswirkt. [2] Unter diesen Voraussetzungen muß eine ausgleichende und ausgeglichene Verkehrspolitik auch jeweils neue Verkehrsverflechtungen schaffen sowie dem Austausch zwischen Wirtschaftsschwerpunkten und weniger	Programmatisch formulieren, denn es kommt ganz auf die Qualität der Politik an es gibt auch Verkehrspolitik, die zwar einen entscheidenden Einfluß im Sinne des GP-Entwurfes haben soll, aber tatsächlich nicht hat, weil sie nichts taugt..... Ansonsten ist die Formulierung so überflüssig, wie wenn man in lfd. Nr. 101 schriebe „Die Medizin hat einen entscheidenden Einfluß auf die Gesundung von Menschen" (hätten Sie's gewußt?). Zu Satz 1ALT: Warum nur Lebendtransporte? Zu Satz 1NEU: Gerade, weil es um Verkehrspolitik geht, sollte im Sinne von "so wenig Staat wie möglich" auf den Begriff "steuern", der sich hier anbieten würde, verzichtet werden. Eine Aussage über die Bedeutung von individueller Mobilität für gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt fehlte schon im GP Fj1993. Diese Bedeutung ist jedoch gegeben, und wenn es sich nur um miserable ÖPNV-Spätverbindungen für Besucher von Opernaufführungen handeln würde, wenn diese Besucher vom "flachen Land" kommen (z.B. Wohnung in Bad Soden/Ts., Oper in der Hoechster Jahrhunderthalle; Wohnung in Bederkesa, Oper in Bremerhaven...).	87 82 -5

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	größter Bedeutung.	entwickelten Zonen im Interesse einer effizienten Verkehrsinfrastruktur Rechnung tragen.	Zu Satz 1dNEU: Auch, wenn es nicht populär klingt; Belastungen von Natur und Umwelt sind nun einmal per se nichts Schlechtes. Vielmehr können nach dem Grundprinzip Actio -> Reactio (und die Naturwissenschaften wollen wir bitte programmatisch nicht umkrempeln) bestimmte Umweltbelastungen im Sinne eines Anstoßeffektes sowohl ökologisch wie ökonomisch positive Folgen zeitigen. Natur ist Umwelt, aber unter "Umwelt allgemein" kann auch das Ereignis Verkehrsunfall eingeordnet werden; wer einen solchen verursacht, geht in der Regel nicht sehr verantwortungsvoll mit der Umwelt seines Verkehrsunfallgegners um. Zu Satz 3ALT: Allgemeinplatz.	
87 (2)	**Umweltverträgliche Verkehrsmittel ausbauen** [1] Wir wollen die umweltverträglichen Verkehrsmittel Bahn, Schiffahrt und öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und stärker als bisher am wachsenden Verkehrsaufkommen beteiligen; zugleich wollen wir die Umweltverträglichkeit des Individualverkehrs fördern. [2a] Wir streben auch im Verkehrsbereich ökologisch ehrliche Preise an: [2b] Jedes Verkehrsmittel muß so weit wie möglich die Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten der von ihm verursachten Umweltbelastungen tragen. [3] Wir wollen die Anreize und Vorgaben für die Verminderung des Energieverbrauches und der Emissionen stufenweise verschärfen. [4] Wir wollen die vorhandene Verkehrsinfrastruktur durch Vernetzung der Verkehrsträger und Systeme intelligenter Verkehrssteuerung besser nutzen.	[1] Hierbei ist eine leistungsfähige Gesamtvernetzung verschiedenster Verkehrsarten unter Einbeziehung Intelligenter Verkehrssteuerung erforderlich, nicht zuletzt auch, um überflüssige Verkehrsbewegungen zu vermeiden. [2] Die CDU will wollen Verkehrsmittel wie Bahn, Schiffahrt und Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und so intensiv, wie möglich am Gesamtverkehrsaufkommen beteiligen. [3] Im Bereich Verkehr muß eine Preis- und Tarifgestaltung gefördert werden, die ökonomische und ökologische Lasten tatsächlich berücksichtigt.	Zu Satz 1ALT/NEU .....als ob die angeführten Verkehrsarten die einzigen umweltfreundlichen wären; wo bleibt das Fahrrad, das oft im 5km Radius sogar zugleich das schnellste innerstädtische Verkehrsmittel ist??? Zu Satz 2NEU: Woher weiß der GP-Verf., daß das Verkehrsaufkommen auch noch in 10 Jahren ein wachsendes ist ? Die Intensivierung des Anteils der umweltfreundlichen Verkehrsmittel am Gesamtverkehrsaufkommen gilt auch für eine materiell (also auf Personen- und Materialeinheiten-Kilometer bezogen) insgesamt stagnierende Situation, soweit hierbei dennoch ein qualitatives Wachstum zu verzeichnen ist. Wozu nur die Umweltverträglichkeit des Individualverkehrs fördern, wo es doch auch andere umweltüberlastende Verkehrskategorien gibt!? Im übrigen gehört der Individualverkehr zum Verkehrsaufkommen bzw. Gesamtverkehrsaufkommen und ist somit in Satz 1 enthalten. Zu Satz 2bALT/3NEU: Ein Verkehrsmittel trägt keine Kosten, sondern seine Benutzer! Im übrigen müssen Preise, wenn schon mit Attribut versehen, *sozial ehrlich* sein, denn dann sind sie auch "ökologisch ehrlich" und gehen nicht "versteckt" zu Lasten von Allgemeingütern - hier des Gemeingutes Umwelt - und somit der Allgemeinheit,	124 55 - 69

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[5] Diese Maßnahmen dienen auch dem Ziel, verstärkt Verkehr zu vermeiden. [6] Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen und fördern. [7] Die Regionalisierung der Planungs- und Finanzverantwortung des öffentlichen Personennahverkehrs verbessert die Voraussetzungen für ein attraktives, bürgernahes Angebot.		was zweifellos nicht sozial wäre.	
	Private Finanzierungen nutzen			
87 **(3)**	[1] Der hohe Investitionsbedarf, insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Wasserwege, kann nicht allein durch den öffentlichen Haushalt abgedeckt werden. [2] Daher müssen Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und der Refinanzierung über Nutzungsentgelte genutzt werden. [3] Wir setzen uns für eine europäische Regelung der Verkehrswegekosten ein.	[1] Jeder Verkehrsteilnehmer muß so weit wie möglich an den tatsächlichen Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten tragen, die durch von ihm hervorgerufene Umweltbelastungen entstehen. [2] Eine entsprechende Regelung soll europaweit wirksam sein.		45 32 -13
	Landwirtschaftspolitik **Eigenverantwortlicher unternehmerischer Landwirt**			
88 **(1)**	[1] Land- Forst und Ernährungswirtschaft, Wein und Gartenbau sowie Fischerei sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren. [2] Sie sind auch Teil der kulturellen Tradition im ländlichen Raum. [3] Wir wollen eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition. [4] Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht	[1] Agrarpolitisches Leitbild der CDU ist der eigenverantwortliche unternehmerische Landwirt. [2] Nur er garantiert eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft. [3] Sie soll auf einem breit gestreuten Eigentum an Grund und Boden stattfinden können. [4] Der deutschen Landwirtschaft muß auf internationalen Märkten eine wett-	Zu Satz 1ALT: Was heißt hier „bedeutend"? „Bedeutend" ≠ „Gut", hier kommt ein auch in Sachen „ökologisch" verbreiteter positivierender Irrtum zu Geltung. „Bedeutend" ist für einen kriegslüsternden Staat auch die eigene Waffenindustrie! Zu Satz 2ALT: (lt. Antrag C394, CDU B-W): Wenn schon, dann muß es „Traditionen" (Plural) heißen, denn von *der* kulturellen Tradition (etwa der des ländlichen Raumes im oberen Rheintal oder die des ländlichen Raumes westlich der Oder) kann angesichts der Vielfalt originärer Kulturen und ländlicher Räume in unserem Staat kaum die Rede sein.	107 104 -3

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	werden. [5] Der sich vollziehende Strukturwandel muß sozial abgefedert und zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden. [6] Unser Leitbild ist der eigenverantwortliche unternehmerische Landwirt. [7] Land- und Forstwirtschaft ist im Familienbetrieb, aber auch in anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Formen möglich. [8] Dabei wollen wir ein breit gestreutes Eigentum an Grund und Boden sichern.	bewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. [5] Strukturwandel müssen sozial abgefedert und zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden. [6] Landwirten und ihre Familien sind auf dieser leistungsorientierten Grundlage sozial abzusichern. [7] Hierbei sind Leistungen aller Betriebsangehörigen einschließlich mitarbeitender Familien-Arbeitskräfte sicherungssteigernd anzurechnen.	Beispiel, wie Beschlüsse durch von persönlichen Befangenheiten beeinflußten Antragskommissionsmitgliedern (im folgenden Zit. R. Göhner betr. Antrag C394 zum GP wg. Landwirtschaft) belastete werden.: „Mein Herz schlägt für die Landwirtschaft, ich komme aus der Landwirtschaft und möchte deshalb diesen Antrag des Landesverbandes Baden Württemberg unterstützen und namens der Antragskommission zur Annahme empfehlen." (CDU 1994b S.307). Was wäre nun gewesen, wenn R. Göhners Herz *nicht* für die Landwirtschaft geschlagen hätte....? Zu Satz 3ALT: Die bäuerliche Tradition müßte für ein Grundsatzprogramm definiert werden! „Wollen" ohne Objekt muß als sprachlich eher infantil unbedarfte Komponente in einem Grundsatzprogramm nicht sein. Zu Satz 5ALT: In einem Grundsatzprogramm haben tagespolitische Komponenten nichts zu suchen, hier „der sich vollziehende...".	
88 (2)	**Europäische Agrarpolitik** [1] Die Reform der EU-Agrarpoltik ist darauf ausgerichtet, die Märkte nachhaltig zu entlasten und das Einkommen des Landwirte zu stabilisieren. [2] Die künftige Agrarpolitik soll sich stärker an den Prinzipien einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. [3] Wir setzen auch hier auf das Leistungsprinzip und lehnen Bürokratisierung und übermäßige Einschränkungen der unternehmerischen Freiräume ab.	[1] Agrarpolitik soll sich zunehmend an den Prinzipien einer ökologiebewußten und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. [2] Die CDU setzt auch hier auf das Leistungsprinzip. [3] Sie lehnt Bürokratie und übermäßige Einschränkungen der unternehmerischen Freiräume als leistungshemmend ab.	Zu Satz 1ALT: Diese IST-Beschreibung gehört nicht in ein Grundsatzprogramm; wer weiß, welche Agrarpolitik in späteren Jahren betrieben wird. „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft" ist und bleibt ein manifestierter Unsinn! Deshalb besser bzw. sinngem. „....treten für eine Stabilisierung der Sozialen Marktwirtschaft durch Stärkung ihrer ökologischen Grundlagen ein." Es geht ebenfalls darum, daß jeder sein mit dem Instrument Sozialer Marktwirtschaft (die kein Selbstläufer ist, sondern von Menschen gemacht wird) zu erreichende Ziel ökologisch zu stabilisieren. Das setzt Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge voraus, z.B. um als Landwirt eine ökologische, aber mißratene Fruchtfolge (s.o.) ex ante zu vermeiden. Im Einzelnen: Soziale Marktwirtschaft beinhaltet in dem Wort „Sozial" bereits das mit dem Wort „Ökologische" Gemeinte. Dieses Gemeinte, nämlich der verantwortungsvolle Umgang mit „Umweltgütern" und „Umweltressourcen" als gemeinsame Werte, ist sicher nicht im Sinne	56 33 -23

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			früherer programmatischer Aussagen von welcher Partei auch immer praktiziert worden. Dennoch ist die Zielsetzung also nicht so neu, wie es oft unterstellt wird. Dem Übel kann jedoch am wenigsten durch die Kreation eines neuen Begriffs abgeholfen werden. Soziale Marktwirtschaft ist nicht sozial (und verdient damit dann auch ihren Namen nicht), wenn nicht sozial - nicht zu verwechseln mit sozialistisch - mit „Umweltgütern" und „Umweltressourcen" umgegangen wird. So wie „sozial" hier das mit „Ökologisch" Gemeinte beinhaltet, so beinhaltet „Marktwirtschaft" das mit „ökonomisch" Gemeinte. So wie in Sachen „Ökologisch" - wird jedoch in der Praxis auch oft genug alles andere, als das mit „ökonomisch" Gemeinte zustandegebracht. Daher müßte konsequenterweise, wenn Sie tatsächlich durch eine Begriffs-Neuschöpfung Defizite kurieren wollten, dieser neue Begriff „Ökologische, Soziale und *Ökonomische* Marktwirtschaft" heissen. Im Hintergrund der gesamten Argumentation bewegt sich der sprachlich - und sachlich ohnehin - verkehrte und gar nicht natürliche Konflikt „Ökonomie vs. Ökologie". Wenn es einen solchen Konflikt gibt, dann den zwischen ökologischer *Praxis* und ökonomischer *Praxis*. In einem Programm darf man dort nicht von vermeintlich zwingend naturgegebenen, bestückt mit deshalb umsomehr versöhnungsbedürftigen Komponenten ausgestatteten, wenn auch noch so wohlklingenden Konflikten ausgehen, wenn tatsächlich menschverantwortete Praxis und menschliche Fehlerhaftigkeit die Grundlage des Übels sind. Es ist unbestritten, daß die Auswirkungen menschlichen Handelns auf ökologische Prozesse und in ökologischen Prozessen in volkswirtschaftliche Kalkulationen oft zu wenig einbezogen werden. Insoweit wäre es auch gleichermaßen einengend, wollte man die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit auf die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen reduzieren. Alleine die Motivation, derlei zu verhindern rechtfertigt noch keine sprachlichen Nachlässigkeiten.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			Ebenso ist bekannt, daß bereits vor Jahrhunderten ökologische Mechanismen eingesetzt und ökologische Potentiale stabilisiert wurden, um die Existenz des Menschen sicherzustellen (Mehrfelderwirtschaft, ...), ohne daß hier ein erklärtermaßen ökologisches Primat gepflegt worden wäre (vgl. z.B. HESSEN - CASSEL 1724). Schließlich ist es unbestritten, daß die *Freie Markt-wirtschaft* im klassischen Sinne nicht geeignet war, nach Maßgabe mechanistisch ökonomischer Kriterien „unlogische" menschliche Existenzbedürfnisse („logisch" = Lemming–Effekt?) zu berücksichtigen, so daß als Antagonist zu dieser „Schere" das Attribut *Sozial* eingeführt wurde. Diese *Soziale Marktwirtschaft* beinhaltet insbesondere die Eigenschaft, vor allem unbillige Härten abzupuffern und durch regelnde Eingriffe in das Marktgeschehen (Kartellrecht,...) derartigen unbilligen Härten vorzu-beugen. Auch der Mensch ist Umwelt; Menschen sind Teile der Umwelt(en) anderer Menschen (s.u.)! Gleichermaßen hat Soziale Marktwirtschaft aber die Aufgabe, zu verhindern, daß allgemeinverfügbare Gü-ter der Solidargemeinschaft durch einzelne Nutzer ent-zogen oder vorenthalten werden (sinngem, wenn auch im Umwelten–Komplex fachlich falsch „Umwelt-verbrauch"). Soziale Marktwirtschaft ist nicht sozial, wenn nicht auch ökologische Ressourcen als Gemeingut gesichert wer-den. So ist der sparsame Umgang mit Wasser Grundlage für Leben schlechthin, aber auch speziell für Volkswirt-schaftsgeschehen und Tier- und Pflanzenwelt ist er in etablierten Gesetzen seit langem fixiert, die sich als Komplex bewähren können. Noch so gute Gesetze jedoch garantieren noch keine ebenso gute Umsetzung ihrer Ziele durch die Verwal-tung. Sie gehen eher und oft einmal in bürokratischer Unflexibilität unter. Hier ist grundsätzlich glaubwürdige Politik gefordert, die eine *Soziale Marktwirtschaft* umsetzt, bei der nicht nur der Name sozial ist. Eine solche Politik muß allerdings Eingriffe in das Wirtschaftshandeln des Einzelnen und die damit verbundene Handhabung ökonomischer und ökologischer Mechanismen durch den Wirtschafts-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			handelnden auf ein Minimum reduzieren. Also „verdient immer der verhältnismäßig geringste Eingriff den Vorzug" (Art.86 GP CDU 1978). Aufgabe der CDU muß es sein, diese Politik einer Sozialen Marktwirtschaft anzubieten und nicht stattdessen an deren Namen zu kurieren, der seit langem als Zielsetzung zutreffender nicht sein kann und eine eindeutige Aufgabenstellung formuliert. Traditionellen Vorwürfen, der „unendliche Verwertungstrieb des Kapitals" werde „seine Grenze in der Endlichkeit all dessen, was er selbst nicht ist: in der Natur" finden (vgl. HASSENPFLUG 1975), muß und kann nicht durch verbale Schließung vermeintlicher Definitionslücken, sondern durch die reine Praxis des durch Soziale Marktwirtschaft Gemeinten entgegengetreten werden. *Sozial* beinhaltet in Sachen Marktwirtschaft den Funktionskomplex Ökologie. *Ökologische und Soziale Marktwirtschaft* verhält sich zu *Soziale Marktwirtschaft* wie *Sauerstoffhaltiges Wassermolekül* zu *Wassermolekül*. Zeit zu investieren, um den Begriff der „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft" zu etablieren entspräche der Bemühung, Zeit darin zu investieren, das „Viereckige Quadrat" als neuen Meilenstein der Geometrie etablieren zu wollen. *Ökologisch* bedeutet zudem nicht immer *Gut*, sondern kann auch ein Synonym zu einem einzelfallbezogenen *Schlecht* sein, das es nach Maßgabe des Vorsorgeprinzips abzupuffern gilt. Auch eine Synthese (z.B. lfd. Nr.191ALT (ERSTENTWURF)) von Ökonomie und Ökologie muß nicht immer etwas gutes sein! Eine gegenteilige Auffassung könnte etwa unter „Ökologismus" eingeordnet werden.	
	GATT	**Außenschutz des Agrarmarktes**		
88 **(3)**	[1] Die Verankerung der tragenden Elemente der Agrarreform im GATT ist die Voraussetzung für die Zukunftssicherung einer multifunktionalen Landwirtschaft in Europa. [2] Als zentrales Instrument globaler Steuerung kann Europa auch in Zukunft nicht auf einen wirksamen Außenschutz seines Ag-	[1] Europa kann nicht auf einen wirksamen Außenschutz seines Agrarmarktes als zentrales Instrument globaler Steuerung verzichten.	Zu Satz 1ALT: Tagespolitik! Satz 2ALT dto., aber die Passage „auch in Zukunft" erledigt sich durch das Wort „verzichten", denn in der Regel verzichtet man auf etwas (bisher) Gegebenes.	38 15 -23

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	rarmarktes verzichten.			
	Soziale Sicherung			
88 (4)	[1] Die soziale Absicherung der Landwirte und ihrer Familien hat für uns einen hohen Stellenwert. [2] Dabei muß die individuelle Leistungsfähigkeit, eine größere Eigenverantwortung sowie die Mitarbeit der Bäuerin berücksichtigt werden.	X	Daß die soziale Absicherung der Landwirte und ihrer Familien für uns einen hohen Stellenwert hat, ist unbestritten. Nur muß dabei nicht nur die individuelle Leistungsfähigkeit, eine größere Eigenverantwortung (vgl. auch lfd. Nr.27) sowie die Mitarbeit der Bäuerin berücksichtigt werden, denn hieraus läßt sich kaum etwas brauchbares als grundsatzpolitisch bedingtes Handlungsprinzip der CDU herauslesen, wohl aber deren angebliche Einschätzung der Situation, daß es wohl nur mithelfende Bäuerinnen, aber keine mithelfenden Bauern gibt. Ist besagter Bäuerin als Maßstab zur Bemessung ihrer Alterssicherung (B. ist Teil der Familie, vgl. Satz 1) ein Einkommensansatz zuzuordnen oder soll sie hier als kostensenkender Teil der Absicherung berücksichtigt werden? Im übrigen wird hier in Sachen „Bäuerin" eine Einseitigkeit aufgebaut, die es in lfd. Nr. 4 ALT/NEU ff. richtigerweise nicht gibt). Thematik ist berücksichtigt in lfd. Nr.88 (1)NEU, Satz 5-7	31 0 -31
	Neue Chancen und Märkte			
88 (5)	[1] Die Landwirtschaft hat auch in die primäre Aufgabe, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel umweltverträglich zu erzeugen. [2] Neue Chancen und Märkte können für die Land- und Forstwirtschaft bei nachwachsenden Rohstoffen, Freizeitangeboten, Direktvermarktungen oder anderen Marktnischen eröffnet werden. [3] Eine unverzichtbare Aufgabe erfüllt die Land- und Forstwirtschaft bei der Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft. [4] Besondere Leistungen für einen intensiven Natur- und Landschaftsschutz müssen	[1] Die Landwirtschaft ist primär bei der umweltverträglichen Produktion gesunder und hochwertiger Nahrungsmittel, insbesondere durch ein intensives Beratungssystem, zu unterstützen. [2] Neue Marktnischen und damit verbundene neue Wege (nachwachsende Rohstoffe, Freizeitangebote, Direktvermarktungsmöglichkeiten) müssen unbürokratisch offengehalten werden.. [3] Der Einsatz der Land- und Forstwirtschaft bei der Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft bleibt unverzichtbar.	Zu Satz 1ALT: „Für die Vergangenheit" wird der Grundsatz wohl kaum gelten..... Zu Satz 4ALT: Grundsätzlicher muß schlichtweg der Vorrang des nicht-staatlichen Naturschutzes formuliert werden (Subsidiaritätsprinzip, (vgl. auch lfd. Nr. 154 Satz 4NEU) Eine eingehende unabhängige Beratung ist wesentliches Element der Agrarförderung vor dem im GP-Text gemeinten fachlichen Hintergrund. Es darf jedoch nicht Aufgabe des Staates oder einer ihn regierend tragenden Partei sein, Kontrollmechanismen Dritter aufzunehmen, wenn ihre Einhaltung nicht zwingend erforderlich ist, um einen vom Staat angestrebten Zweck im Sinne v. lfd. Nr.88 (5)NEU zu verfolgen.	81 90 +9

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	honoriert und sollten vorrangig über vertragliche Vereinbarungen gestaltet werden.	[4] Die CDU räumt dabei privat getragener und verantworteter landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Produktion und Landschaftspflege Vorrang vor staatlichem Engagement ein.	Negativbeispiel: Einen von der CDU verantworteten oder getragenen Zweck, Richtlinien „kontrolliert ökologischen Landbaus“ als Positivkriterium hervorzuheben, darf es nicht wieder geben. Denn es bleibt unstrittig, daß die „Richtlinien zur Förderung von Produktinnovationen und Vermarktungsalternativen“ (HMLWLFN 1988) in der politischen Verantwortung der CDU lagen (und seit der Regierungsübernahme 1999 wieder liegen). Als Förderungsvoraussetzungen werden unter lfd. Nr.2.1 Abs.2 auch die „Erzeugung nach den Richtlinien des integrierten oder des kontrolliert ökologischen Landbaus....“ genannt. Daß dabei die Quellen besagter Richtlinien nicht erwähnt sind und somit die Nachvollziehbarkeit (vgl. lfd. Nr.108) des Textes gar nicht gegeben ist, rundet das schlechte Bild ab, das die CDU hier von sich zeichnete, nur umsomehr ab! Es muß hingegen ein stetes Bemühen der CDU sein, Landwirte in die Lage zu versetzen, ihre individuell eigenverantwortlich praktizierten Methoden so nachvollziehbar darzustellen, daß die eine nachhaltigen Nutzung des Garten Eden entspräche. Niemand hat dabei dem Garten uneffektive Produktion aufoktroyiert! Hierauf sollen Verbraucher ein Vertrauen in real existierende Landwirte aufbauen können, nicht aber in anonyme, wenn auch nominell und „ökologisch wohlklingende“ Methoden gründen müssen. Dieser Grundsatz gilt unabhängig davon, ob betroffene Landwirte eine von anderen (ggf. samt verpflichtendem „Öko-Label“) übernommene Methode praktizieren oder eine von ihnen selbst entwickelte Methode anwenden. Hierbei entspricht die Zahl der verantwortbaren Methoden mindestens der Zahl der Betriebe in Verbindung mit der Verschiedenheit der bewirtschafteten Standorte. Es ist entschieden anzuzweifeln, daß auch nur ein zahlenmäßig nennenswerter Anteil derer, die ihre Kaufentscheidung z.B. in einer Produktbezeichnung „biologisch dynamisch“ begründen, tatsächlich wissen, was das von dem Anthroposophen Rudolf Steiner (u.a., vgl. N. Remer et al.) entwickelte „biologisch dynamisch“ eigentlich be-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			deutet. In der Regel wird die Bezeichnung eher pauschal mit Kriterien wie „ohne chemische Spritzmittel“ oder „ohne Kunstdünger“ gleichgestellt, wobei ohnehin hier offenbleiben muß, inwieweit diese Kriterien oder andere, die tatsächlich mit „biologisch dynamisch“ in Zusammenhang zu bringen sind (esoterische Elemente etc.), Eignungen aufweisen, als absolute Meßgröße für Umweltverträglichkeit dienen zu können.	
88 (5) F			Vgl. hierzu auch lfd. Nr.154 Satz 3NEU ff.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
88 (5) F				
	Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen			
88 **(6)**	[1] Wir setzen uns dafür ein, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Tier-, Natur- und Umweltschutz wie andere Wettbewerbsbedingungen auch im gemeinsa-	[1] Die verpflichtende Teilnahme deutscher Landwirte an internationalen Märkten kann nur auf der Grundlage	Warum nur der EU-Markt? Auf die Aufzählung der Fachgebiete kann verzichtet werden.	27 42 +15

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	men europäischen Markt harmonisiert werden.	von Chancengerechtigkeit nachhaltig funktionieren. [2] Die CDU setzt sich daher für eine Harmonisierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der betroffenen Staaten, insbesondere der EU-Mitgliedsstaaten, ein.		
	Wohnen und Städtebau			
	Von der Objekt- zur Subjektförderung	**Von der Objekt- zur Subjektförderung**		
89 (1)	[1] Ein angemessener Wohnraum für alle ist eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden. [2] Bei gestiegenen Wohnansprüchen werden die privaten Haushalte einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum aufwenden müssen. [3] Öffentliche Hilfe ist dort nötig, wo der Markt für einkommensschwache Haushalte zu wenig oder zu teuren Wohnraum bereithält. [4] Wir wollen durch das einkommensabhängige Wohngeld denen helfen, die marktgerechte Mieten für einen angemessenen Wohnraum nicht aus eigenem Einkommen zahlen können. [5] Die Kommunen müssen die Wohnungsbestände nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, und im übrigen durch Ankauf oder Anmietung von Belegungsrechten an sonstigen Wohnungen ihrer sozialpolitischen Pflicht nachkommen. [6] Die soziale Gerechtigkeit verlangt, daß die Fehlbelegung von Sozialwohnungen abgebaut und abgeschöpft wird.	[1] Angemessener Wohnraum für alle ist für die CDU eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden. [2] Öffentliche Hilfe ist hierfür dort nötig, wo der Markt für einkommensschwache Haushalte zu wenig oder zu teuren Wohnraum bereithält. [3] Die CDU will dies durch Gewährung einkommensabhängigen Wohngeldes erreichen. [4] Die Kommunen müssen ihren sozialpolitischen Pflicht nachkommen, ihnen verfügbare Wohnungsbestände nutzen und im übrigen sonstigen Wohnunge durch Ankauf oder Anmietung von Belegungsrechten verfügbar machen. [5] Fehlbelegungen von Sozialwohnungen sind abzubauen, daraus resultierende Ersparnisse der Nutzer sind abzuschöpfen.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
89 (2)	[1] Der private Wohnungsbau muß als Kapitalanlage wieder interessant werden. [2] Wir streben an, die Objektförderung im Wohnungsbau zu vermindern und schrittweise zur Subjektförderung überzugehen bei einer grundlegenden Überprüfung und Umstrukturierung des staatlichen Förderinstrumentariums.	[1] Der private Wohnungsbau muß als Kapitalanlage interessant sein. [2] Die CDU will Objektförderung im Wohnungsbau vermindern und schrittweise zur Subjektförderung übergehen. [3] Das staatlichen Förderinstrumentarium ist daraufhin grundlegend zu prüfen und entsprechend geeignet zu strukturieren.		
89 (3)	[1] Dabei wollen wir insbesondere für Familien mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum weiterhin fördern und sozial gerecht gestalten.	[1] Dabei will die CDU die Schaffung von Wohneigentum insbesondere für Familien mit Kindern fördern und sozial gerecht gestalten.		
	Förderung von Wohneigentum	**Förderung von Wohneigentum**		
89 (4)	[1] Wir verkennen nicht die Probleme, die bei der marktwirtschaftlichen Neuorientierung der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern entstanden sind. [2] Die notwendige Anpassung der Mieten an die tatsächlichen Wohnkosten muß schrittweise geschehen und wo nötig sozial wirksam unterstützt werden. [3] Daneben darf der Wohnungsneubau nicht vernachlässigt werden. In den neuen Bundesländern besteht bei der Wohneigentumsbildung großer Nachholbedarf.	[1] Anpassungen von der Mieten an die tatsächlichen Wohnkosten müssen in sozialverträglichen Intervallen geschehen und wo nötig sozial wirksam unterstützt werden. [2] Neben der Schaffung neuer Eigenheime muß die Privatisierung vorhandener in öffentlicher Hand befindlicher Mietwohnungen vorangetrieben werden.	Zu Satz 2NEU: Das gilt auch für den „Westen“	
	Deregulierung im Baurecht	**Deregulierung im Baurecht**		
89	[1] Wir brauchen für den Wohnungsbau mehr	[1] Die CDU setzt sich dafür ein, daß zur Be-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(5)	Bauland, abgesenkte Baustandards und Bauvorschriften, verkürzte Fristen und Genehmigungserleichterungen. [2] Wir treten der Spekulation mit Grund und Boden entschieden entgegen; [2a] besonders in Ballungsräumen und innerstädtischen Gebieten erfordert die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Maßnahmen, vorhandenes Bauland verfügbar zu machen. [3] Für den Bau neuer Wohnungen ist ein marktwirtschaftliches Konzept notwendig, das durch eine hinreichende Wirtschaftlichkeit für Investitionen und verfassungsrechtlich abgesicherte Verfügbarkeit über das Eigentum gekennzeichnet sein muß.	reitstellung ausreichenden Baulandes Baustandards und Bauvorschriften rationalsiert und Genehmigungsverfahren effektiviert oder abgeschafft werden. [2] Sie tritt der Spekulation mit Grund und Boden entschieden entgegen; [2a] besonders in Ballungsräumen und innerstädtischen Gebieten erfordert die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Maßnahmen, vorhandenes Bauland verfügbar zu machen. [3] Dem Bau neuer Wohnungen muß ein marktwirtschaftliches Konzept zugrundeliegen, das durch eine hinreichende Wirtschaftlichkeit für Investitionen und verfassungsrechtlich abgesicherte Verfügbarkeit des Eigentums gekennzeichnet sein muß.		
	Ländlicher Raum und Städtebau	**Ländlicher Raum und Städtebau**		
90 (1)	[1] Deutschland weist eine große Vielfalt an städtischen und ländlichen Lebensräumen auf. [2] Wie sich unser Wirtschaftsstandort behaupten wird, hängt auch davon ab, ob unsere Städte und Regionen attraktive Angebote für Unternehmen, ihre Mitarbeiterschaft und deren Familien machen können. [3] Wir wollen die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raumes fördern. [4] Die großen Städte und die Ballungszentren stehen vor erheblichen Belastungen. [5] Unsere Städtebaupolitik will die Lebensqualität für die Menschen verbessern, mit	[1] Aus Sicht der CDU hängt die Durchsetzungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland auch davon ab, ob Städte und Regionen attraktive Angebote für Unternehmen, ihre Mitarbeiterschaft und deren Familien machen können. [2] Die CDU will die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raumes fördern. [3] Städtebaupolitik der CDU will die Lebensqualität für die Menschen verbessern, mit überschaubaren Lebensräumen der Anonymität entgegenwirken und das Zusammenleben der Generationen erleichtern. [4] Dazu gehören auch familien- und altersgerechter Wohnraum sowie eine kinder-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	überschaubaren Lebensräumen der Anonymität entgegenwirken und das Zusammenleben der Generationen erleichtern. [6] Dazu gehören auch familien- und altersgerechter Wohnraum sowie eine kinderfreundliche Umfeld-Gestaltung.	freundliche Umfeld-Gestaltung.		
	Soziale und ökologische Ausgewogenheit	**Soziale und ökologische Ausgewogenheit**		
90 **(2)**	[1] Für den Ausgleich zwischen sozialen und ökologischen Belangen ist die Ausgewogenheit von bebauten Flächen und Grünanlagen, Wohngebieten und Einkaufsbereichen, Durchgangsverkehr und verkehrsberuhigten Zonen, Arbeits- und Freizeitangeboten notwendig. [2] Denkmalschutz und Denkmalpflege sind selbstverständliche Teile unserer Städtebau- und Kulturpolitik. [3] Die Instandsetzung und Modernisierung der Infrastruktur sowie die Sanierung der Städte in den neuen Bundesländern muß Vorrang haben, damit dort die städtischen Lebensbedingungen verbessert und gleichzeitig der wirtschaftliche Aufbau unterstützt werden.	[1] Eine Synthese aus sozialen und ökologischen Belangen muß aus einer qualifizierte Abwägung verschiedener Nutzungsinteressen resultieren, [2] Zu berücksichtigen sind insbesondere Wohngebiete, anderweitig bebaute Flächen, Grünanlagen, Einkaufsbereiche, Durchgangsverkehr und verkehrsberuhigte Zonen, Arbeits- und Freizeitangebote. [3] Denkmalschutz und Denkmalpflege sind selbstverständliche Teile der Städtebau- und Kulturpolitik der CDU. [4] Die Instandsetzung und Modernisierung der Infrastruktur sowie die Sanierung der Städte in weniger entwickelten Bundesländern muß Vorrang haben, damit dort die städtischen Lebensbedingungen verbessert und gleichzeitig der wirtschaftliche Aufbau unterstützt werden.		
	3. SOZIALE GERECHTIGKEIT SICHERN - DEN SOZIALSTAAT UMBAUEN			
	Aufgaben und Prinzipien einer erfolgreichen Sozialpolitik	**Aufgaben und Prinzipien einer erfolgreichen Sozialpolitik**		
	Sozialpolitik im Wandel	**Sozialpolitik im Wandel**		
91 **(1)**	[1] Die Sozialpolitik hat seit dem 19. Jahrhundert beeindruckende Erfolge erzielt.	[1] Die Lösung sozialer Probleme ist und bleibt für die CDU zentrale Verpflichtung.	Zu Satz 2ALT bis Satz 5ALT: Keine programmatische Aussage!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Sie stand zunächst im Banne des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit. [3] Durch sozialpolitische Maßnahmen wurde dieser entschärft und die Lage der Arbeitnehmer wesentlich verbessert. [4] Wir Christliche Demokraten haben die soziale Ordnung unseres Landes maßgeblich mitgestaltet und geprägt. [5] Die Lösung sozialer Probleme ist und bleibt für uns zentrale Verpflichtung.			
91 **(2)**	[1] Wir haben uns mit der Neuen Sozialen Frage als erste politische Kraft der Herausforderungen angenommen, die sich in unserer Gesellschaft aus dem Konflikt zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden ergeben. [2] Die nichtorganisierten - alte Menschen, Eltern, Kinder, Alleinerziehende, Behinderte, Pflegebedürftige, Arbeitslose, nicht mehr Arbeitsfähige und andere - unterliegen häufig im Verteilungskampf den organisierten Interessen. [3] Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in mächtigen Verbänden organisiert. [4] Sie haben wesentlich zum sozialen Frieden und zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung beigetragen. [5] Sie treten aber nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ihre spezifischen Interessen auch gegen andere, schwächere Bevölkerungsgruppen und die Gemeinschaft. [6] Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat die Aufgabe, die Machtlosen und Min-	[1] Hierzu gehört das stetige Engagement, Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden friedlich zu lösen. [2] Dieses Engagement gilt vor allem nichtorganisierten Menschen, seien es unter anderen Alte, Eltern, Kinder, Alleinerziehende, Behinderte, Pflegebedürftige, Arbeitslose oder nicht mehr Arbeitsfähige, deren Position im Verteilungskampf gegenüber organisierten Interessen zu stärken ist. [3] Darüber hinaus hat der Staat als Anwalt des Gemeinwohls die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen und ihre Rechte zu vertreten.	Zu Satz 3ALT bis Satz 5ALT: Keine Programmaussage!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	derheiten im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen und ihre Rechte wahrzunehmen.			
	Aufgaben der Sozialpolitik	**Aufgaben der Sozialpolitik**		
92 (1)	[1] Zu den wichtigsten Aufgaben unserer Sozialpolitik gehören:	[1] Zu den wichtigsten Aufgaben schristlich demokratischer Sozialpolitik zählt:		
•	2a der Schutz vor Armut und Not, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern;	2a der Schutz vor Armut und Not, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern;		
•	2b eine durch Solidargemeinschaften gesicherte Vorsorge und Absicherung von existentiellen Risiken, die der einzelne nicht tragen kann;	2b eine durch Solidargemeinschaften gesicherte Vorsorge und Absicherung von existentiellen Risiken, die der einzelne nicht tragen kann;		
•	2c die Stärkung der Eigenverantwortung und die Hilfe zur Selbsthilfe;	2c die Stärkung der Eigenverantwortung und die Hilfe zur Selbsthilfe;		
•	2d die Bewahrung des sozialen Friedens und die Förderung von Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich.	2d die Bewahrung des sozialen Friedens und die Förderung von Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich.		
92 (2)	[1] Ziel unserer Sozialpolitik ist es, nach den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität den einzelnen in den Stand zu setzen, aus eigener Kraft sein Leben in die Hand zu nehmen und über seinen Lebensweg in Freiheit und eigener Verantwortung zu bestimmen.	[1] Ziel der Sozialpolitik der CDU ist es, nach den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität den einzelnen in den Stand zu setzen, aus eigener Kraft sein Leben in die Hand zu nehmen und über seinen Lebensweg in Freiheit und eigener Verantwortung zu bestimmen.		
	Umbau des Sozialstaates	**Umbau des Sozialstaates**		
92 (3)	[1] Zukunftsorientierte Sozialpolitik will vorbeugen, will Wirtschaftlichkeit und Humanität verbinden. [2] In den vergangenen Jahrzehnten sind der Gemeinschaft viele Leistungen aufgebür-	[1] Zukunftsorientierte Sozialpolitik muß vorbeugen, muß Wirtschaftlichkeit und Humanität verbinden. [2] Staatliche Sozialleistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert wer-	Zu Satz 4ALT: Wegen Eigenbeteiligung siege an anderer Stelle (lfd. Nr.99ff.) Zu Satz 6ALT und 7ALT: Kleines Einmaleins! Zu Satz 9ALT:„Umbau" ist ein zielloses Wort, zumal, wenn stellenweise im Text voller Pathos „der Umbau....." oder „des Umbaues....." steht und man nur nach langem	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	det worden, die der einzelne heute selbst erbringen kann. [3] Staatliche Sozialleistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden. [4] Deshalb treten wir dafür ein, soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig grundsätzlich nur noch einkommens- und vermögensabhängig zu gewähren und im gesamten Bereich der Sozialpolitik stärker Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu verwirklichen. [5] Durch eigene Leistungen oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz. [6] Wie in allen Bereichen der Politik muß auch in der Sozialpolitik die Frage nach den Prioritäten immer wieder neu gestellt werden. [7] Wer neuen Aufgaben nachkommen will, muß Altleistungen auf den Prüfstein stellen. [8] Um neue Aufgaben erfüllen und die Folgen der demographischen Entwicklung bewältigen zu können, brauchen wir neuen Handlungsspielraum, den wir nicht durch Beitrags- oder Steuererhöhungen, sondern durch Umschichtungen gewinnen wollen. [9] In diesem Sinne ist nicht der Ausbau, sondern der Umbau des Sozialstaates unsere Aufgabe.	den. [3] Deshalb tritt die CDU dafür ein, soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig grundsätzlich nur noch einkommens- und vermögensabhängig zu gewähren. [4] Durch eigene Leistungen oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz. [5] Zur flexiblen Reaktion auf demographische Entwicklungen sind erweiterte Handlungsspielräume der Versorger zu schaffen, die die CDU nicht durch Beitrags- oder Steuererhöhungen, sondern durch Umschichtungen gewinnen will.	Suche im GP findet, *um was für einen* Umbau es sich handeln könnte. Der Wandel der Zeiten wird „den Umbau des Sozialstaates" nie zulassen, einzelne Umbauten schon eher. Eine Sicherung oder Konsolidierung kann auch einen Umbau von Strukturen, jedoch gleichermaßen in einzelnen Bereichen lediglich eine neue Gewichtung *bestehender* Wirkungskomponenten beinhalten, beispielsweise die Stärkung des Ökologischen *in* der Sozialen Marktwirtschaft. Die Axt im Hause ersetzt zwar den Zimmermann, aber nicht bei der CDU! Insoweit war auch die These „Wer Abbau verhindern will, muß Umbau betreiben" (lfd. Nr.5193,5293) falsch, weil nicht jeder Aufbau (auf Bewährtem) auch Umbau ist.	
	Europäische Sozialunion	**Europäische Sozialunion**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
92 (4)	[1] Mit der Vollendung der Europäischen Union wird nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch die europäische Sozialunion verwirklicht. [2] Das bedeutet, daß in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik einheitliche Mindeststandards europaweit verankert werden müssen. [3] Dies bietet allen Mitgliedsstaaten die Chance, im Wettbewerb untereinander darüber hinausgehende Verbesserungen und differenzierte Lösungen zu entwickeln. [4] Wir streben dabei an, unseren hohen Standard sozialer Sicherung auch innerhalb der Europäischen Union zu bewahren.	[1] in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik müssen einheitliche Mindeststandards europaweit verankert werden. [3] Dies soll allen Mitgliedsstaaten die Chance bieten, im Wettbewerb untereinander darüber hinausgehende Verbesserungen und differenzierte Lösungen zu entwickeln. [3] Die CDU strebt dabei an, bestehende annehmbare Standards sozialer Sicherung auch innerhalb der Europäischen Union zu bewahren.		
	Selbsthilfe und Ehrenamt			
93 (1)	[1] Viele wichtige Leistungen werden in unserer Gesellschaft ehrenamtlich erbracht. [2] Ehrenamtliche Leistungen und Selbsthilfeinitiativen tauchen zwar nicht im Bruttosozialprodukt auf, sie sind aber dennoch von wichtiger Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Land. [3] Auch die beste staatliche Sozialordnung kann auf die Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch, auf praktizierte Nächstenliebe nicht verzichten. [4] Verbände, Vereine und Initiativen können in der Tradition der deutschen Wohlfahrtspflege soziale Aufgaben besser und bürgernäher erledigen.	[2] Ehrenamtlich organisierte Menschen und Selbsthilfeinitiativen, vor allem in der gemeindenahen Sozialpolitik engagiert, müssen als essentielle Faktoren einer funktionierenden Sozialordnung Anerkennung erfahren. [2] Denn sie können aus Sicht der CDU am ehesten Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch und praktizierte Nächstenliebe in die Tat umsetzen [3] Die Allgemeinheit muß zur Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt motivieren und die Voraussetzungen hierfür schaffen. [4] Selbsthilfe und Ehrenamt dürfen nicht als Anlaß für einen Abbau von Leistungen eines sozialen Systems heran-	Zu Satz 4ALT: „besser und bürgernäher" als was? Zu Satz 2NEU: Das schließt auch finanzielle Anerkennung nicht aus! „Gemeindenahe Sozialpolitik" aus lfd. Nr.93 (3)ALT Zu Satz 3NEU und 4NEU: Aus lfd. Nr.93 (2)ALT	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		gezogen werden.		
	Kultur des Helfens			
93 (2)	[1] Deshalb werden wir Christliche Demokraten eine neue Kultur des Helfens fördern. [2] Die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt kann der Staat nicht „produzieren". [3] Allerdings kann und muß der Staat die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt wecken und unterstützen. [4] Dazu muß klar sein, daß Selbsthilfe und Ehrenamt der qualitativen Verbesserung des Sozialstaates und nicht einem Abbau von Leistungen dienen. [5] Zur Unterstützung des Ehrenamtes sind alle politischen Ebenen gefordert.	X	Zuviel Pathos, wesentliche Bestandteile in lfd. Nr. 93 (1)NEU	
	Gemeindenahe Sozialpolitik			
93 (3)	[1] Ein besonderes, weites Feld öffnet sich hier für eine gemeindenahe Sozialpolitik. [2] Durch Unterstützung von Selbsthilfegruppen sowie durch Treffpunkte der Hilfsbereitschaft, Sozialstationen und andere Einrichtungen kann sie dafür sorgen, daß Hilfsbedürftige und Hilfsbereite leichter zueinander finden. [3] Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, um die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zur solidarischen Unterstützung des Nächsten zu fördern. [4] Hierzu gehört auch eine bessere Anerkennung ehrenamtlich geleisteter Dienste.	X	So gut das klingt, so ist das bereits an anderer Stelle (lfd. Nr. 93 (1)) ausgeführt. Der Text stellt keine neuen Grundsätze auf.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Arbeitsmarktpolitik **Vollbeschäftigung**	**Arbeitsmarktpolitik** **Vollbeschäftigung**		
94 **(1)**	[1] Der untrennbare Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sozialordnung erweist sich vor allem bei dem Bestreben, möglichst vielen Menschen Arbeit zu ermöglichen. [2] Arbeit ist die Grundlage individueller und gesellschaftlicher Existenz, damit ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens und Möglichkeit der personalen Entfaltung. [3] Deshalb streben wir Vollbeschäftigung an. [4] Sie ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel, dem der Staat durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und die Tarifpartner in besonderer Verantwortung verpflichtet sind.	[1] Die CDU sieht in Arbeit eine Grundlage individueller und gesellschaftlicher Existenz und damit einen wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens und eine Möglichkeit der personalen Entfaltung. [2] Deshalb strebt die CDU Vollbeschäftigung an. [3] Sie ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel, dem der Staat durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und die Tarifpartner in besonderer Verantwortung verpflichtet sein müssen.	Zu Satz 3NEU: Es muß bekannt sein, daß Vollbeschäftigung nicht etwa 100%-Beschäftigung bedeutet!	
	Differenzierte Tarifpolitik und Teilzeitarbeit	**Differenzierte Tarifpolitik und Teilzeitarbeit**		
94 **(2)**	[1] Arbeitslosigkeit bedeutet für viele Betroffene nicht nur Verlust beim Einkommen, sondern häufig soziale Isolierung und Verlust an Perspektiven. [2] Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für viele Menschen einen Verlust an Selbstwertgefühl, Lebensstandard und Lebensqualität. [3] Die beste Politik für den Arbeitsmarkt ist die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch Investitionen. [4] Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Entwicklung der Löhne und Gehäl-	[1] Arbeitslosigkeit ist alleine schon deshalb zu bekämpfen, weil sie für viele Betroffene nicht nur Einkommensverlust, sondern häufig soziale Isolierung und Verlust an Perspektiven bedeutet. [2] Insbesondere setzt sich die CDU gegen Langzeitarbeitslosigkeit ein, weil diese für viele Menschen einen Verlust an Selbstwertgefühl, Lebensstandard und Lebensqualität nach sich zieht. [3] Als beste Politik für den Arbeitsmarkt beurteilt die CDU die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch Investitionen.	Zu Satz 4ALTff.: Neu in lfd. Nr.95(3)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ter an der Entwicklung der Produktivität orientieren. [5] Wir brauchen eine differenzierte Tarifpolitik in Branchen und Regionen sowie Möglichkeiten, im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen stärker den betrieblichen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. [6] Wir treten für die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in privaten Haushalten ein. [7] Wir brauchen mehr Teilzeitarbeit. [8] Hierbei müssen betriebliche Erfordernisse und familiäre Bedürfnisse berücksichtigt werden.			
	Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente	**Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente**		
95 **(1)**	[1] Die grundlegende Umstellung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach den Jahrzehnten sozialistischer Mißwirtschaft, verschleppter Strukturwandel, Starrheiten im Beschäftigungssystem und unzureichende Innovationen haben zum dauerhaften Verlust vieler Arbeitsplätze, insbesondere für Frauen, geführt. [2] Um den Strukturumbruch zu begleiten, müssen arbeitsmarktpolitische Instrumente verstärkt eingesetzt werden. [3] Dabei ist Maßnahmen, die zu volkswirtschaftlicher Wertschöpfung führen, gegenüber rein konsumtiven Transferleistungen der Vorzug zu geben. [4] Besonderes Augenmerk muß die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen gelten.	[1] Um Probleme im Zuge von Strukturumbrüche zu begleiten und zu lösen, müssen arbeitsmarktpolitische Instrumente verstärkt eingesetzt werden. [2] Dabei ist Maßnahmen, die zu volkswirtschaftlicher Wertschöpfung führen, gegenüber rein konsumtiven Transferleistungen der Vorzug zu geben. [3] Besonderes Augenmerk muß die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen gelten.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
95 (2)	[1] Strukturwandel und Arbeitsmarktpolitik gehen Hand in Hand. [2] Eine erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik ist dezentral und flexibel. [3] Sie verlangt eine ständige Koordination der eingesetzten Instrumente.	[1] Eine erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik muß dezentral und flexibel erfolgen, weil Strukturwandel und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.	Zu Satz 3ALT: Kleines Einmaleins!	
95 (3)	**Verantwortung der Tarifpartner** [1] Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß das Ziel verfolgt werden, einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben und die Anreize für einen Wechsel in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu stärken. [2] Eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels kommt den Unternehmern zu. [3] Die Tarifpartner sind aufgefordert, dem besonderen Charakter von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Rechnung zu tragen und spezielle niedrigere Tarife dafür zu vereinbaren. [4] Das gilt auch zur Verbesserung der Chancen von Langzeitarbeitslosen; dazu sind Einstiegstarife erforderlich, die eine Bezahlung unterhalb der regulären Tarife ermöglichen. [5] Wir treten ferner dafür ein, Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis zu eröffnen, wobei Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe fortgezahlt und ein angemessener Zuschlag für Mehraufwendungen gewährt wird.	**Verantwortung der Tarifpartner** [1] Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß das Ziel verfolgt werden, einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben und die Anreize für einen Wechsel in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu stärken. [2] Eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels kommt den Unternehmern zu. [3] Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Entwicklung der Löhne und Gehälter an der Entwicklung der Produktivität orientieren. [4] Die Tarifpartner müssen dem besonderen Charakter von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Rechnung tragen und spezielle niedrigere Tarife dafür zu vereinbaren. [5] Das gilt auch zur Verbesserung der Chancen von Langzeitarbeitslosen; dazu sind Einstiegstarife erforderlich, die eine Bezahlung unterhalb der regulären Tarife ermöglichen. [6] Die CDU tritt ferner dafür ein, Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis zu eröffnen, wobei Arbeitslosengeld		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		bzw. Arbeitslosenhilfe fortgezahlt und ein angemessener Zuschlag für Mehraufwendungen gewährt wird. [7] Im übrigen befürwortet sie die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in privaten Haushalten. [8] Darüberhinaus sind mehr Teilzeitarbeit unter Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse und familiärer Bedürfnisse zu schaffen.		
	Mitbestimmung **Mitverantwortung in Unternehmen und Betrieb**	**Mitverantwortung der Arbeitnehmer**		
96	[1] Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind für uns eine unverzichtbare Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung und Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts. [2] Die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. [3] Die Mitverantwortung der Beschäftigten hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft sowie zu Stabilität und sozialem Frieden beigetragen. [4] Die in Deutschland bewährte Mitbestimmung soll in der Europäischen Union beibehalten werden. [5] Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft erfordert, daß in den europaweit tätigen Unternehmen im Aus-	[1] Die Würde arbeitender Menschen verlangt ihre Mitwirkung an Entscheidungen, die ihre Arbeitswelt wesentlich beeinflussen setzen. [2] Dies ist unverzichtbare Grundlage der Wirtschafts- und Sozialordnung der CDU, es auch grenzüberschreitend, vor allem in Europa, durchzusetzen ist christlich-soziale Verpflichtung.	Zu Satz 1ALT: Es geht um Arbeitnehmer generell, nicht nur um Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen (zu was darf man den Öffentlichen Dienst zählen?) Zu Satz 3ALT und 5ALT: Spezielle Ausführungen gehören nicht in ein Grundsatzprogramm sondern in eine fachpolitische Arbeitsplattform.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	land grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretungen mit Unterrichtungs- und Beratungsrechten gebildet werden.			
	Humanität und Flexibilität im Arbeitsleben			
	Voraussetzungen für Unternehmenserfolg			
97 (1)	[1] Im Mittelpunkt des Arbeitsprozesses steht der Mensch. [2] Deshalb müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie der Arbeits- und Umweltschutz ständig weiterentwickelt werden. [3] Technischer Fortschritt bietet neue Möglichkeiten für die Humanisierung der Arbeitsbedingungen. [4] Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine. [5] Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte und eröffnen neue Mitwirkungschancen. [6] Humane Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Mitwirkungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz müssen verstärkt als wichtige Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg begriffen werden.	[1] Im Mittelpunkt des Arbeitsprozesses steht der Mensch. [2] Das verlangt ständig zu optimierende menschenwürdige Arbeitsbedingungen. [3] Vor allem technischer Fortschritt, Kooperationsfähigkeiten und –willen sowie Flexibilisierungen der Arbeitszeiten sind zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen einzusetzen.. [4] Humane Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Mitwirkungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz müssen verstärkt als wichtige Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg begriffen werden.	Zu Satz 3ALT: Das ist Fakt, kein Programm!! Zu Satz 4ALT: Was soll diese polemische Beteuerung? Wer behauptet denn das Gegenteil? Zu Satz 5ALT: Das ist Fakt, kein Programm!!	
	Flexibilisierung der Arbeitszeiten			
97 (2)	[1] Wir erwarten von den Tarifpartnern eine neue Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeiten. [2] Hierbei müssen betriebliche Erfordernisse	[1] Arbeitszeit muß zur Förderung individueller Arbeits- und Freizeitaufteilung, so auch eines Engagements von Arbeitnehmern in ihren Familien, möglichst flexibel gestaltet werden können.	Zu Satz 1ALT: Auch in lfd. Nr. 97(1) Satz 3NEU Zu Satz 3ALT: In Satz 3NEU Zu Satz 2NEU: Hier kann die CDU selber Vorbild sein, der Ruf nach Dritten (zumal - Vorbild hin oder her - nach dem Staat) wird damit subsidiär.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ebenso berücksichtigt werden wie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. [3] Wir wollen mehr Flexibilität bei der Bestimmung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ermöglichen und die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und –phasen fließender gestalten. [4] Der öffentliche Dienst muß seine Vorbildfunktion im Angebot und der Gestaltung flexibler Arbeitszeiten wahrnehmen. [5] Sonn- und Feiertage sind grundsätzlich arbeitsfrei zu halten.	[2] Die CDU als Arbeitgeber sowie der öffentliche Dienst müssen hierbei eine Vorbildfunktion übernehmen. [3] Dies soll sich auch an längeren Bezugszeiträumen (z.B. Tages-, Wochen-, Jahresarbeitszeit) orientieren können. [4] Die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen, die in denen eine flexible Arbeitszeitgestaltung erfolgt, muß dabei gesichert bleiben. [5] Sonn- und Feiertage sind grundsätzlich arbeitsfrei zu halten.		
	Soziale Sicherungssysteme **Beitragsbezogenheit der Sozialversicherung**	**Soziale Sicherungssysteme** **Beitragsbezogenheit der Sozialversicherung**		
98 (1)	[1] Unser Sozialversicherungssystem hat großen Anteil am sozialen Frieden und an der Verwirklichung der sozialen Einheit in unserem Land. [2] Wir treten dafür ein, grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen. [3] Wir lehnen eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ab. [4] Sie widerspricht dem Grundprinzip der eigenen Vorsorge durch Beiträge und macht den einzelnen unzumutbar von den Entscheidungen des Staates abhängig. [5] Grundlage der Beitragsbemessung bleibt das Arbeitseinkommen.	[1] Die CDU sieht in einem leistungsfähigen Sozialversicherungssystem eine wesentliche Grundlage für den sozialen Frieden. [2] Auf dieser Basis müssen auch Verwirklichung und Sicherung der sozialen Einheit in Deutschland erfolgen. [2] Grundsätzlich sind alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen. [3] Die CDU lehnt eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ab, weil das dem Grundprinzip der eigenen Vorsorge durch Beiträge widerspricht. [4] Weder auf diesem noch auf anderem Wege dürfen Bürger unzumutbar von den Entscheidungen des Staates ab-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		hängig gemacht werden. [5] Grundlage der Beitragsbemessung muß das Arbeitseinkommen sein.		
98 (2)	**Sozialhilfe** [1] Wir werden auch in Zukunft die Versorgung derer sichern, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt und Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben. [2] Dieses gilt auch für deren Hinterbliebene und Angehörige. [3] Auch die Sozialhilfe ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung. [4] Sie tritt dort ein, wo andere Institutionen unserer sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können. [5] Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.	**Sozialhilfe** [1] Die CDU wird daran festhalten, die Versorgung derer zu sichern, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt und Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben. [2] Dieses gilt auch für deren Hinterbliebene und Angehörige. [3] Die Sozialhilfe muß als unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung dort eintreten, wo andere Institutionen der sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können. [4] Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.		
98 (3)	**Mehr Möglichkeiten für Eigenverantwortung** [1] Wir halten an der gegliederten sozialen Sicherung fest. [2] Sie verbindet Solidarität und Subsidiarität. [3] Neben der Sozialversicherungspflicht muß künftig mehr Raum für eigenverantwortliche Sicherungen, insbesondere privater und betrieblicher Art, geschaffen werden. [4] Deshalb darf die Fähigkeit zur Eigenvorsorge nicht durch übermäßige Belastung der Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben beeinträchtigt werden.	**Mehr Möglichkeiten für Eigenverantwortung** [1] Die CDU hält an der gegliederten sozialen Sicherung fest.	Satz 2ALT bis 5ALT: Erledigt durch lfd. Nr.99 und lfd. Nr. 100ff. u.a.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[5] Wir wollen alles tun, um die Beitragsbelastung für die Sozialversicherungen unter Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeitsreserven und Einsparmöglichkeiten zu begrenzen.			
	Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Selbstbeteiligung	**Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Selbstbeteiligung**		
99	[1] Um die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Leistungssysteme langfristig zu erhalten und die soziale Sicherung des einzelnen gewährleisten zu können, müssen wir grundlegende Korrekturen vornehmen. [2] Nicht jedes Lebensrisiko kann gemeinschaftlich abgesichert werden. [3] Nicht der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, sondern der Umbau muß daher unser Ziel sein. [4] Neben der stärkeren Förderung und Forderung von Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung wollen wir das Versicherungsprinzip stärken; 4a unsere Sozialversicherung muß schrittweise von den Aufgaben finanziell befreit werden, die gesamtstaatlicher Natur sind und über Steuermittel finanziert werden müssen.	[1] Zur Konsolidierung des sozialen Leistungssysteme will die CDU neben der stärkeren Förderung und Forderung von Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung das Versicherungsprinzip stärken. [2] Deshalb darf die Fähigkeit zur Eigenvorsorge nicht durch übermäßige Belastung der Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben beeinträchtigt werden [3] Die CDU tut alles, um die Beitragsbelastung für die Sozialversicherungen unter Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeitsreserven und Einsparmöglichkeiten zu begrenzen.. [4] Die Sozialversicherung soll keine Aufgaben wahrnehmen dürfen, die gesamtstaatlicher Natur sind und über Steuermittel finanziert werden müssen.	Zu Satz 1ALT: Siehe im Detail lfd. Nr.38 Satz 2NEU und Satz 3NEU aus lfd. Nr.98(3)	
	Rente - Solidarität zwischen den Generationen	**Rente - Solidarität zwischen den Generationen**		
100 (1)	1 Unser Rentenversicherungssystem beruht auf der Solidarität zwischen den Generationen. 2 Um den Mehrgenerationenvertrag zu sichern, treten wir für eine familienfreundli-	1 Ein nachhaltig wirksames Rentenversicherungssystem muß auf der Solidarität zwischen den Generationen beruhen.	Satz 2ALT und 3ALT in lfd. Nr.46(1)NEU ausgeführt	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	che Gesellschaft und familienfreundliche Maßnahmen, insbesondere im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, ein; 2a wir wollen die durch die Kindererziehung entstehenden Mehrfachbelastungen von Eltern ausgleichen und Zeiten der Kindererziehung als Beitragsleistung im Rentensystem stärker als bisher anerkennen.			
100 (2)	**Lohnbezogene, dynamische Rente** 1 Die Rentenversicherung muß beitrags- und damit leistungsbezogen bleiben. 2 Sie schafft Rechtspositionen und damit ein Stück Freiheit für jeden. 3 Die Rentenbezüge sind gebunden an die Leistungskraft der im Erwerbsleben stehenden Generation. 4 Wir halten an der Kopplung der Renten an die Entwicklung des verfügbaren Lohnes der Arbeitnehmer und damit des Wohlstandes in unserem Lande fest. 5 Voraussetzung für eine verläßliche Altersversorgung sind eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, ein hoher Beschäftigungsstand und eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung.	**Lohnbezogene, dynamische Rente** 1 Die Rentenversicherung muß beitrags- und damit leistungsbezogen und an die Entwicklung des verfügbaren Lohnes der Arbeitnehmer und damit des Wohlstandes in Deutschland gekoppelt sein. 2 Voraussetzung für eine verläßliche Altersversorgung sind aus Sicht der CDU eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, ein hoher Beschäftigungsstand und eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung.		
100 (3)	**Anpassungen im Rentenrecht** [1] Aufgrund der demographischen Entwicklungen werden weitere Anpassungen im Rentenrecht notwendig sein. [2] Die erworbenen Rentenansprüche bleiben gesichert; die wirtschaftliche Entwicklung	**Anpassungen im Rentenrecht** [1] Erworbene Rentenansprüche sind zu sichern. [2] Die CDU will private Altersvorsorge einschließlich betrieblicher Vorsorge fördern. [3] Sie steht einer schrittweisen Verlängerung	Zu Satz 2ALT: Rest erledigt durch lfd. Nr. 100(2) Zu Satz 3NEU: Programmatisch formulieren.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	und die Zahl der Erwerbstätigen sind entscheidend dafür, welchen Beitrag das bisherige Rentensystem für die nächste Generation zur Alterssicherung leistet. [3] Wachsende Bedeutung kommt der privaten Altersvorsorge zu, darunter der betrieblichen Vorsorge; wir wollen sie fördern. [4] Auch die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist ein Element, um der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Lebenserwartung der Bevölkerung Rechnung zu tragen.	der Lebensarbeitszeit als Schritt, demographischen Entwicklungen und zunehmender Lebenserwartung der Bevölkerung Rechnung zu tragen, offen gegenüber.		
	Gesundheit und Pflege **Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte**		Zur ÜberschriftALT: Was soll denn *die* Überschrift zu *dem* Untertext?	
101 **(1)**	[1] Die Gesundheit ist ein hohes Lebensgut. [2] Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle und soziale Situation. [3] Staatlicher Regelungsbedarf bezieht sich vorrangig auf die Rahmenbedingungen. [4] Die Krankenversorgung selbst kann grundsätzlich von privaten Trägern übernommen werden. [5] Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.	[1] Die Gesundheit ist ein essentielles Lebensgut. [2] Jeder muß ohne Rücksicht auf seine finanzielle und soziale Situation die Erhaltung oder Wiederherstellung seiner Gesundheit betreiben können. [3] Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.	Zu Satz 1ALT: Was heißt „hoch"? Zu Satz 2ALT: Unsinn, wer eine „unheilbare" Krankheit hat, hat nun einmal geringere Gesundungschancen als jemand, der sich erkältet hat. *„Falsche Machbarkeitsvorstellungen entsprechen einem verzerrten Bild vom Menschen."* Vgl. CDU 1994b lfd.Nr.102(1) Satz 3 Zu Satz 3ALT: Subsidiarität staatlichen Handelns ist grundsätzlich andernorts erledigt (vgl. Nr.105, 111). Zu Satz 4ALT: Inhaltlich nach lfd. Nr. 102 (1)	
	Gesundheitsvorsorge und -erziehung	**Gesundheitsvorsorge und -erziehung**		
101 **(2)**	[1] Gesundheitspolitik soll dazu beitragen, Krankheiten zu verhüten.	[1] Gesundheitspolitik muß dazu beitragen, Krankheiten zu verhüten.	Zu Satz 1ALT: Was soll das „soll"? War das „unsere" Politik vor 1994? Doch wohl hoffentlich nicht!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Wir setzen daher auch auf die Weiterentwicklung der Vorsorge und der Gesundheitserziehung, denn die Erhaltung der Gesundheit liegt vorrangig in der Verantwortung des einzelnen. [3] Durch Information und Anreize im Versicherungssystem wollen wir zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung, zur frühzeitigen Nutzung von Vorsorgemaßnahmen und zur aktiven Beteiligung an Therapie und Genesung beitragen. [4] Große Bedeutung kommt der Rehabilitation zu, die der Wiederherstellung der Gesundheit und Selbständigkeit des Patienten dient und Vorrang vor der Pflege hat. [5] Suchtprävention ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesundheits-, Sozial-, Familien- und Schulpolitik, der wir neben dem Ausbau von Therapieangeboten hohe Bedeutung zumessen.	[2] Die Erhaltung der Gesundheit liegt vorrangig in der Verantwortung des einzelnen. [3] Wiederherstellung der Gesundheit und Selbständigkeit von Patienten hat Vorrang vor der Pflege. [4] Aufgabe des Staates muß es sein, durch Information und Anreize eine gesundheitsförderliche Lebensführung attraktiv zu machen.	Zu Satz 5ALT: Zu Sucht siehe lfd. Nr. 113 (1)	
101 (3)	**Förderung neuer medizinischer Verfahren** [1] Neue medizinische Möglichkeiten der Diagnose und Therapie eröffnen bessere Hilfe und mehr Lebensqualität für viele Menschen. [2] Wir setzen auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten und Leiden. [3] Wir müssen die Entwicklung wirksamer Verfahren, Instrumente und Heilmittel fördern und für den breiten Zugang zu den medizinisch-technischen Möglichkeiten sorgen.	**Förderung neuer medizinischer Verfahren** [1] Die CDU setzt auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung jeweils noch unheilbarer Krankheiten und Leiden. [2] Die Entwicklung wirksamer Verfahren, Instrumente und Heilmittel ist zu fördern; [2a] und für den breiten und kostenmäßig tragbaren Zugang zu diesen medizinisch-technischen Möglichkeiten sorgen. [3] Die CDU tritt für die Anerkennung und Förderung wirksamer Naturheilverfahren und Naturheilmittel ein.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Wir treten auch für die Anerkennung und Förderung von Naturheilverfahren und Naturheilmitteln ein, die das herkömmliche ärztliche Fachwissen sinnvoll ergänzen.			
	Humaner Umgang mit Krankheit, Leiden und Sterben	**Humaner Umgang mit Krankheit, Leiden und Sterben**		
102 (1)	[1] Wir dürfen nicht vergessen, mit Krankheit, Leiden und Sterben in unserer Gesellschaft human umzugehen. [2] Sie gehören zum menschlichen Leben in seiner Endlichkeit und Unvollkommenheit, die wir nicht verdrängen dürfen. [3] Falsche Machbarkeitsvorstellungen entsprechen einem verzerrten Bild vom Menschen. [4] Für uns gilt die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens auch an seinem Beginn und seinem Ende. Wir begrüßen und unterstützen die Hospiz-Bewegung und die sozialen Dienste, die durch ihre Begleitung Menschen ein Sterben in Würde ermöglichen.	[1] Die CDU setzt sich für einen humanen Umgang mit Krankheit, Leiden und Sterben in einer humanen Gesellschaft als Teil menschlichen Leben in seiner Endlichkeit und Unvollkommenheit. [3] Sie wendet sich gegen falsche Machbarkeitsvorstellungen und gegen ein dadurch hervorgerufenes verzerrten Bild vom Menschen. [4] Für die CDU gilt die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens auch an seinem Beginn und seinem Ende. [5] Sie unterstützt Hospiz-Bewegungen und soziale Dienste, die durch ihre Begleitung Menschen ein Sterben in Würde ermöglichen.		
	Medizinische und pflegerische Berufe	**Medizinische und pflegerische Berufe**		
102 (2)	[1] Unser Gesundheitssystem lebt von den Menschen, die in den medizinischen und pflegerischen Berufen ihren Dienst am Nächsten und für die Gemeinschaft leisten. [2] Die Ausübung dieser Berufe erfordert eine hohe Qualifikation, Verantwortungsbewußtsein und Zuwendungsbereitschaft. [3] Wir setzen uns für eine Ausbildung ein, die auch die ethische Dimension verstärkt einbezieht.	[1] In Menschen, die in medizinischen und pflegerischen Berufen ihren Dienst am Nächsten und für die Gemeinschaft leisten, sieht die CDU eine Voraussetzung für ein humanes und effektives Gesundheitssystem. [2] Sie setzt sich für eine Ausbildung ein, die neben einer hohen fachlichen Qualifikation, Verantwortungsbewußtsein und Zuwendungsbereitschaft auch ethische Dimensio-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		nen prägnant einbezieht.		
	Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Versicherungsschutzes	**Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Versicherungsschutzes**		
103	[1] Die gesetzliche Krankenversicherung gehört zu den unverzichtbaren Institutionen der sozialen Sicherung. [2] Die zunehmende Lebenserwartung sowie der demographische Wandel, aber auch noch bestehende Fehlsteuerungen erfordern weitere Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Ausgaben. [3] Dabei muß die gewachsene Fähigkeit der Versicherten zur Selbstverantwortung stärker in Anspruch genommen werden. [4] Eine Neuordnung des Leistungskataloges wird stärker differenzieren müssen, welche Leistungen weiterhin aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht durch die gesetzliche Krankenversicherung und welche vom einzelnen übernommen werden und in welchem Umfang Selbstbeteiligungen notwendig sind. [5] Zugleich wollen wir mehr Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Versicherungsschutzes schaffen und die Strukturen des Gesundheitssystems so gestalten, daß alle Beteiligten ein Eigeninteresse an einer humanen, effizienten und kostengünstigen Gesundheitsversorgung haben. [6] Der Wettbewerb sowohl zwischen den Krankenversicherungen als auch zwischen den Leistungsanbietern muß gestärkt werden.	[1] Die gesetzliche Krankenversicherung ist für die CDU eine unverzichtbaren Institutionen der sozialen Sicherung. [2] Für die Absicherung der Krankenversicherung gelten die gleichen Grundsätze wie für die soziale Sicherung allgemein. [3] Der Wettbewerb sowohl zwischen den Krankenversicherungen als auch zwischen den Leistungsanbietern muß gestärkt werden.	Zu Satz 2NEU: Siehe u.a. lfd. Nr.23(1) u. lfd. Nr.99	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Pflegeversicherung	**Pflegeversicherung**		
104	[1] Wir Christliche Demokraten setzen im Rahmen des Umbaus des Sozialstaates mit der Pflegeversicherung einen weiteren Meilenstein in der Sozialpolitik.	[1] Die CDU unterstützt die Absicherung von Pflegebedürftigkeit als Risiko, das jeden betreffen kann, ohne daß jeder in der Lage wäre, die entsprechende individuelle Vorsorge leisten zu können.		
	[2] Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko, das jeden betreffen kann, ohne daß jeder in der Lage wäre, die entsprechende Vorsorge leisten zu können.	[2] Deshalb ist die solidarische Absicherung dieses Risikos durch eine allgemeine Pflegeversicherung erforderlich.		
	[3] Deshalb ist die solidarische Absicherung dieses Risikos durch eine allgemeine Pflegeversicherung erforderlich.	[3] Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen insbesondere die häusliche Pflege fördern.		
	[4] Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen insbesondere die häusliche Pflege fördern.	[4] Ergänzende private Vorsorgeleistungen auf freiwilliger Basis sind als notwendige Maßnahmen staatlich zu begünstigen.		
	[5] Ergänzende private Vorsorgeleistungen auf freiwilliger Basis sind notwendig und staatlich zu begünstigen.	[5] Bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ist die Wahrung der Würde des Menschen oberstes Gebot.		
	[6] Bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ist die Wahrung der Würde des Menschen oberstes Gebot.			
	K A P I T E L IV	K A P I T E L IV		
	FÜR EINEN FREIHEITLICHEN STAAT	**FÜR EINEN FREIHEITLICHEN STAAT**		
	1. DIE DEMOKRATIE FESTIGEN	1. DIE DEMOKRATIE FESTIGEN		
	Die Handlungsfähigkeit des Staates sichern	Die Handlungsfähigkeit des Staates sichern		
	Aufgaben des Staates	**Aufgaben des Staates**		
105 (1)	[1] Der Staat dient der Freiheit und Würde des Menschen.	[1] Der Staat muß der Freiheit und Würde des Menschen dienen.		
	[2] Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger.	[2] Er darf seine Autorität nur aus seiner Bindung an die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger herleiten.		
	[3] Unser freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat bildet die Grundlage	[3] Er muß als freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat die Grundlage für		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	für die Sicherung der Freiheitsrechte aller Deutschen. [4] Damit unser Staat seine eigentlichen Aufgaben erfüllen kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch Aufgaben behalten oder an sich ziehen, die andere gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ebensogut erfüllen können. [5] Seine Aufgaben sind vor allem: [5a]- die Grundrechte des Bürgers zu schützen und Mißbrauch von Macht zu verhindern; [5b]- den Bürger vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen und der internationalen Verantwortung für Freiheit und Frieden nachzukommen; [5c]- die Schwachen zu schützen und für die solidarische Absicherung von Risiken zu sorgen, die der einzelne nicht tragen kann; [5d]- die für das menschliche Zusammenleben unerläßliche Ordnung zu erhalten und fortzuentwickeln; [5e]- die freiheitliche Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu wahren und Minderheiten zu schützen; [5f]- die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und zukünftige Generationen zu erhalten und zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen.	die Sicherung der Freiheitsrechte aller Bürger bilden. [4] Damit ein Staat seine eigentlichen Aufgaben erfüllen kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch Aufgaben behalten oder an sich ziehen, die andere gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ebensogut erfüllen können. [5] Als wesentliche Aufgaben eines Staates sieht die CDU vor allem: [5a]- die Grundrechte der Bürger zu schützen und Mißbrauch von Macht zu verhindern; [5b]- Bürger vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen und der internationalen Verantwortung für Freiheit und Frieden nachzukommen; [5c]- Schwache zu schützen und für die solidarische Absicherung von Risiken zu sorgen, die einzelne nicht tragen können; [5d]- die für das menschliche Zusammenleben unerläßliche Ordnung zu erhalten und fortzuentwickeln; [5e]- die freiheitliche Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu wahren und Minderheiten zu schützen; [5f]- die natürlichen Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu erhalten.		
	Privatisierung öffentlicher Aufgaben	**Privatisierung öffentlicher Aufgaben**		
105 (2)	[1] Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden.	[1] Wo immer möglich, sollen öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden.	Zu Satz 1NEU: „Sollen“, nicht „sollten“	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[2] Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität wieder stärker zur Geltung bringen. [3] Nur so können wir die Handlungsfähigkeit des Staates stärken und zugleich mehr Freiräume der Selbstverantwortung und Mitverantwortung von einzelnen und Gruppen ermöglichen.	[2] Vor allem durch diese Stärkung des Subsidiaritätsprinzips will die CDU die Handlungsfähigkeit des Staates stärken und zugleich mehr Freiräume der Selbstverantwortung und Mitverantwortung von Einzelnen und Gruppen ermöglichen.		
	Abbau von Überregulierung und Unflexibilität	**Für eine bürgernahe und flexible Verwaltung**		
105 (3)	[1] Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen reglementiert. [2] Wir wenden uns gegen die Überbürokratisierung der Verwaltung und die Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen. [3] Ein funktionierender bürgernaher Staat ist ohne loyalen öffentlichen Dienst nicht denkbar. [4] Das Miteinander von Beamten und Arbeitnehmern hat sich bewährt. [5] Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. [6] Das öffentliche Dienstrecht muß aber flexibler und leistungsorientierter gestaltet werden.	[1] Sie setzt sich für eine leistungsfähige bürgernahe Verwaltung ein und wendet sich gegen Bürokratie und eine Überfrachtung der Gemeinschaft durch rechtliche Bestimmungen. [2] Ein funktionierender bürgernaher Staat ist ohne loyalen öffentlichen Dienst, getragen von Beamten und Angestellten, nicht denkbar. [5] Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung bestimmter hoheitlicher Aufgaben erforderlich. [6] Das öffentliche Dienstrecht muß flexibel und leistungsorientiert gestaltet sein.	Zu Satz 4ALT: Was soll der Blödsinn, zwischen „Beamten und Arbeitnehmern“ zu unterscheiden?	
106 (0)	Staatsbürgerbewußtsein im demokratischen Gemeinwesen			
	Pflichten des Staatsbürgers	**Staatsbürgerpflichten**		
106 (1)	[1] Unser freiheitlicher Staat kann nur durch das Engagement seiner Bürger bestehen. [2] Aus Rechten, die nur der Staat garantie-	[1] Ein beständiger freiheitlicher Staat ist auf die freie Mitwirkung loyaler, mündiger und urteilskräftiger Bürger angewiesen.	Vgl. hierzu auch BIEDENKOPF 1993; REISS-MÜLLER 1993 Formale Änderung, Integration des Ehrenamtes (Satz 3NEU) und dessen materielle Absicherung (vgl. Nr.106(2)Satz 5ALT) als allgemeine	42 47 + 5

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	ren kann, folgen Pflichten des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen. [3] Loyalität, Rechtsgehorsam und friedliches Miteinander zeichnen den Staatsbürger ebenso aus wie Mündigkeit, Urteilskraft und freie Mitwirkung.	[2] Aus Rechten, die nur der Staat garantieren kann, folgen individuelle Pflichten und Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwesen. [3] Ein solches Gemeinwesen soll dieses friedliche, vor allem ehrenamtliche, Engagement von Bürgern ideell und materiell unterstützen.	Komponente.	
106 (2)	**Ehrenamt** [1] Jeder einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl. [2] Bürgersinn und Verantwortungsbewußtsein erweisen sich am Arbeitsplatz, in der Familie und Nachbarschaft, im Dienst am Nächsten, im Einsatz auf politischer, karitativer und sozialer Ebene sowie in gemeinnützigen Vereinen. [3] Ehrenamtliche Tätigkeiten sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Gemeinwohl. [4] Solches Engagement darf nicht zu unzumutbaren finanziellen Belastungen führen. [5] Wir wollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zum verantwortungsbewußten Engagement für unser demokratisches Gemeinwesen ermutigen.	**Ehrenamt** [1] Die Politik der CDU zielt darauf ab, daß möglichst viele Menschen zum ehrenamtlichen Engagement für ein demokratisches Gemeinwesen ermutigt werden.	Zu Satz 1ALT: Wiederholung lfd. Nr.106(1)ALT in Kurzform Zu Satz 2ALT: Kein Programm! lfd. Nr.106(1) Satz 3NEU Zu Satz 1NEU: Ehrenamt im besonderen. Zu Satz 3ALT: Still! Vgl. Satz 1ALT.	67 21 -46
106 (3)	**Grundgesetz** [1] Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in unserem Staat ist das Grundgesetz, das sich bewährt hat. [2] Auf diesem Fundament hat sich die staatlich geteilte Nation in einem freiheitlichen,		neu als lfd. Nr.110a	77 0 - 77

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	demokratischen und sozialen Rechtsstaat vereint. [3] Das Grundgesetz beruht auf gemeinsamen Wertüberzeugungen, die christlichen Ursprungs sind. [4] Sie im Bewußtsein zu halten und zu schützen, verstehen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgergemeinschaft. [5] Der Staat hat die Pflicht, Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden abzuwehren.	✕		
107 (-1)	Unsere parlamentarische Demokratie braucht Volksparteien	✕		
107 (0)	**Repräsentatives System** @	**Repräsentatives System** Eine parlamentarische Demokratie braucht Volksparteien		
107 (1)	1 Wir verstehen unsere Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die aus der Mitwirkung der Bürger erwächst und ihre Freiheit durch die Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. 2 Die parlamentarische Demokratie ist ein System des Interessenausgleichs, der friedlichen Konfliktregelung und des Ausbalancierens politischer Kräfte. 3 Sie verbindet politische Führung mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk, das in den Wahlen Vertrauen ausspricht oder entzieht. 4 Die repräsentative Demokratie hat sich	1 Die CDU verstehet Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die aus der Mitwirkung der Bürger erwächst und ihre Freiheit durch die Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. 2 Die parlamentarische Demokratie hat als System des Interessenausgleichs, der friedlichen Konfliktregelung und des Ausbalancierens politischer Kräfte zu wirken. 3 Sie muß politische Führung mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem wahlberechtigten Volk verbinden. 5 Die CDU schließt Elemente unmittelbarer Demokratie als Teil repräsentativer Demokratie nicht nicht aus, lehnt jedoch Volksent-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	bewährt und wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beigetragen. 5 Sie schließt Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. 6 Diese können das repräsentative System vor allem auf den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen. Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir dagegen ab.	scheide auf Bundesebene ab.		
	Auftrag der Parteien	**Auftrag der Parteien**		
107 (2)	1 Die politischen Parteien tragen eine besondere Verantwortung für Gesellschaft und Staat. 2 Sie sind unersetzbare Elemente jeder parlamentarischen Demokratie: 2a Sie greifen gesellschaftliche Anliegen und politische Fragen auf, tragen zur politischen Willensbildung bei und bringen die Ergebnisse in die Parlamente ein; 2b sie stellen Kandidaten für Parlament und Regierung. 3 Politische Parteien erfüllen ihren Auftrag in einer pluralen Gesellschaft, wenn sie im Wettbewerb um die Regierungsverantwortung klare sachliche und personelle Alternativen zur Entscheidung stellen. 4 Parteien und Politiker haben für den erfolgreichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. 5 Wer sich in einer demokratischen Partei für unser Gemeinwesen engagiert, verdient Anerkennung. 6 Ohne dieses Engagement kann unsere	1 Die CDU sieht bei den politischen Parteien eine besondere Verantwortung für Gesellschaft und Staat. 2 Parteien müssen als unersetzbare Elemente jeder parlamentarischen Demokratie 2a gesellschaftliche Anliegen und politische Fragen aufgreifen, zur politischen Willensbildung beitragen und die Ergebnisse in die Parlamente einbringen; 2b Kandidaten für Parlament und Regierung aufstellen. 3 Die CDU sieht Aufträge politische Parteien dann als erfüllt an, wenn sie im Wettbewerb um die Regierungsverantwortung klare sachliche und personelle Alternativen zur Entscheidung stellen. 4 Parteien und Politiker haben für den erfolgreichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. 5 Wer sich in einer demokratischen Partei für ein Gemeinwesen engagiert, verdient Anerkennung, denn ohne dieses Engagement ist Demokratie nicht lebensfähig.	Zu Satz 2bNEU: Die Formulierung als Aufgabe ist eine politische Forderung, zumal z.B. die GRÜNEN in aller Öffentlichkeit nach Kandidaten suchen. Zu Satz 5NEU: Causal formulieren!	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Demokratie nicht verwirklicht werden.			
	Volkspartei CDU	**Volksparteien**		
107 (3)	[1] In der Volkspartei CDU finden sich Frauen und Männer aus verschiedenen Landesteilen, Berufen und Altersgruppen mit unterschiedlichen Belangen und Perspektiven aufgrund gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen und Ziele zusammen. [2] Als Volkspartei sind wir in der Lage, die unterschiedlichen Interessen aus allen Schichten unseres Volkes zu bündeln und auf das Wohl aller hin auszurichten. [3] Der Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Volkspartei, der sich nach den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie vollzieht, erleichtert den demokratischen Prozeß insgesamt und entschärft drohende Konflikte in der offenen Gesellschaft. [4] Parteien, die sich als bloße Interessenvertretung bestimmter Schichten oder Gruppen verstehen, sind dazu nicht in der Lage.	[1] Die CDU sieht in Volksparteien eine demokratische Organisationsform, die unterschiedliche Interessen aus allen Schichten eines Volkes zu bündeln und auf das Wohl aller hin auszurichten in der Lage ist. [2] Die CDU lehnt hingegen Parteiorganisationsformen ab, die auf eine bloße Interessenvertretung bestimmter Schichten oder Gruppen zu verstehen sind.	Zu Satz 1ALT: Zur CDU reicht lfd. Nr.3 aus. Sonst gibt es den „Herr Lehrer, ich weiß noch 'was"-Effekt. Wg. „Schichten" siehe Komm. zu lfd. Nr.1 (1) Satz 2ALT	98 47 -51
	Gefahr von Verkrustung und Entfremdung			
108 (1)	[1] Wie alle gesellschaftlichen Organisationen tendieren auch Parteien zur Verfestigung ihrer Strukturen und zur Ritualisierung ihrer Entscheidungsvorgänge. [2] Wir sehen die Gefahr, daß sich Parteien und Bürger entfremden, wenn politische Fragen nur noch unter dem Gesichtspunkt des Machterhalts oder Machtgewinns beur-	[1] Für die CDU ist die sachlich und ethisch verantwortete Entscheidung wichtiger als der Gewinn von Machtpositionen. [2] Die politische Willensbildung muß von Fairneß und Toleranz, von Kompromißfähigkeit und Transparenz, aber auch von Grundsatztreue getragen sein.	Zu Satz 1NEU (Satz 3ALT): Was zu beweisen wäre.....! Wenn wir gremienmehrheiten als Grundlage für Verantwortungsmehrheiten ansehen, setzen sich ethisch verantwortete Entscheidung und Gremienmehrheit z.T. gegenseitig voraus. Zu Satz 4ALT: Wenn ein Programm Transparenz gegenüber Bürgern verkündet, darf es nicht andererseits nach der Devise „Der Leser wird schon wissen, was wir meinen" ungenau formuliert sein. „Wegen Eures ekelhaften Reichtums und Geizes	84 62 -22

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	teilt werden. [3] Für uns ist die sachlich und ethisch verantwortete Entscheidung wichtiger als der Gewinn von Gremienmehrheiten und Machtpositionen. [4] Die politische Willensbildung muß von Fairneß und Toleranz, von Kompromißfähigkeit und Transparenz, aber auch von Grundsatztreue getragen sein. [5] Politische Glaubwürdigkeit beruht letztlich auf Verläßlichkeit und Offenheit.	[3] Politische Glaubwürdigkeit beruht letztlich auf Verläßlichkeit und Offenheit. [4] Auf dieser Grundlage tritt die CDU für aktive Partnerschaft zwischen Parteien und Bürgern ein, die nicht in Parteien organisiert sind.	sowie anderer Eitelkeiten unterweist Ihr Eure Untergebenen nicht. Mit Eurem leeren Getue verscheucht Ihr bestenfalls im Sommer einige Fliegen.“ (v. BINGEN 2000)	
108 (2)	**Parteireform als ständige Aufgabe** [1] Wir in der CDU verstehen es als eine ständige Aufgabe, unsere Partei so zu gestalten, daß unsere Mitglieder und alle interessierten Bürger gute Mitwirkungschancen haben. [2] Wir wollen neue Wege der innerparteilichen Demokratie beschreiten. [3] Insbesondere soll angestrebt werden, daß sich alle Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung direkt beteiligen können. [4] Wir werben auch um die Mitarbeit von Persönlichkeiten, die nicht Parteimitglied sind und die wegen ihrer Integrität, ihrer Kompetenz und Einsatzbereitschaft anerkannt sind. [5] Wir wollen die Bürger auch für projektbezogene, zeitlich und thematisch begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der CDU gewinnen. [6] Wir erwarten von unseren Amts- und Mandatsträgern eine eigenständige Positi-	**Parteireform als ständige Aufgabe** [1] Die CDU versteht es als eine ständige Aufgabe, diese Partei so zu gestalten, daß ihre Mitglieder und alle interessierten Bürger taugliche Mitwirkungschancen haben. [2] Insbesondere sollen sich alle Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung direkt beteiligen können. [3] Die CDU wirbt um die Mitarbeit von Persönlichkeiten, die nicht Parteimitglied sind und die wegen ihrer Integrität, ihrer Kompetenz und Einsatzbereitschaft anerkannt sind. [4] Sie will Bürger auch für projektbezogene, zeitlich und thematisch begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der CDU gewinnen. [5] Sier erwartet von Amts- und Mandatsträgern aus der CDU eine eigenständige Position und Unabhängigkeit von Interessengruppen, geistige Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit und Widerstandskraft gegen jeden Opportunismus ebenso wie Ehrlichkeit und		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	on und Unabhängigkeit von Interessengruppen, geistige Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit und Widerstandskraft gegen jeden Opportunismus ebenso wie Ehrlichkeit und Integrität. [7] Um eine politische Mitwirkung möglichst vielen zu gewährleisten, muß eine sachlich ungerechtfertigte Anhäufung von Ämtern und Mandaten ausgeschlossen werden.	Integrität. [6] Um eine politische Mitwirkung möglichst vieler zu gewährleisten, muß eine sachlich ungerechtfertigte Anhäufung von Ämtern und Mandaten ausgeschlossen werden.		
108 (3)	[1] Wir treten für eine bürgernahe Politik ein und wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. [2] Wir anerkennen und unterstützen das ehrenamtliche politische Engagement vieler Frauen und Männer in Städten, Gemeinden und Kreisen, die ihre Freizeit opfern. [3] Kommunalpolitische Entscheidungen sollen - soweit wie möglich - das Votum der Bürger einbeziehen. [4] Wir suchen das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlich bedeutenden Kräften wie Vereinen, Verbänden und Kirchen. [5] Wir wollen verstärkt mit freien Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten, die sachkundig und verantwortungsbewußt das öffentliche Leben mitprägen, und sie ermuntern, Mandate und Ämter in Verantwortung für die CDU zu übernehmen.	[1] Die CDU tritt für eine bürgernahe Politik ein und will die kommunale Selbstverwaltung stärken. [2] Sie anerkennt und unterstützen das ehrenamtliche politische Engagement vieler Mneschen in Städten, Gemeinden und Kreisen. [3] Kommunalpolitische Entscheidungen sollen - soweit wie möglich - das Votum der Bürger einbeziehen. [4] Die CDU sucht das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlich bedeutenden Kräften wie Vereinen, Verbänden und Kirchen. [5] Sie will mit freien Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten, die sachkundig und verantwortungsbewußt das öffentliche Leben mitprägen, und sie ermuntern, Mandate und Ämter in Verantwortung für die CDU zu übernehmen.		
108 (4)	[1] Wir wollen, daß sich die politischen Parteien aus Institutionen und Gremien zurückziehen, für die ihnen kein politisches Mandat und kein Auftrag zur demokratischen	[1] Die CDU will, daß sich die politischen Parteien aus Institutionen und Gremien zurückziehen, in denen die Wahrnehmung politischer Mandate zur Aufgabenwahrneh-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Legitimation zukommen. [2] Zu unserem Verständnis von Politik gehört es, auch ihre Grenzen anzuerkennen. [3] Wir wollen unsere Kraft auf die Aufgaben konzentrieren, bei denen wir als politische Partei gefordert sind.	mung nicht zwingend erforderlich ist. [2] Zum Verständnis der CDU von Politik gehört es, auch Grenzen von Politik zu achten. [3] Die CDU will ihre Kraft auf die Aufgaben konzentrieren, bei denen sie als politische Partei gefordert ist.		
	Politik für das Gemeinwohl **Pluralismus**	**Politik für das Gemeinwohl** **Pluralismus**		
109 (1)	[1] Unsere plurale Gesellschaft ist durch eine Vielfalt von Meinungen und Interessen geprägt. [2] Wir bejahen und fördern den Pluralismus, der Freiheit und Vielfalt bedeutet und eine Grundbedingung für unsere lebendige Demokratie ist. [3] Wir verstehen es als Aufgabe der Politik, die berechtigten Belange von einzelnen und Gruppen gegeneinander abzuwägen, die Leistungsfähigkeit des Ganzen zu berücksichtigen und die politischen Interessen und Ziele des Gemeinwesens zu bestimmen.	[1] Für die CDU sind die Vielfalt von Meinungen und Interessen prägende Eigenschaften einer pluralen Gesellschaft. [2] Sie sieht hierin eine Grundbedingung für eine lebendige Demokratie, für Freiheit und Vielfalt gesellschaftlicher Erscheinungen. [3] Aufgabe von Politik muß es sein, die politischen Interessen und Ziele des Gemeinwesens zu bestimmen. [4] Dies muß auf der Grundlage der Abwägung der berechtigten Belange von Einzelnen und Gruppen und der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Ganzen erfolgen.	Zu Satz 1NEU: Programmatisch formulieren Zu Satz 2ALT: Vielfalt von was?	65 69 +4
109 (1a)	@	**Gemeinwohlverpflichtung** [1] Die CDU ist dem Gemeinwohl verpflichtet. [2] Das Gemeinwohl als leitende Idee ist für sie keine von vornherein feststehende Größe, sondern es muß im gerechten Ausgleich der Interessen aller immer wieder neu ermittelt werden.	Das Grundsätzliche vorab nennen. „Was verstehen wir unter Gemeinwohl?“ Dann unter lfd. Nr.109(2) das „Wie“.	0 30 +10

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Gemeinwohlverpflichtung			
109 (2)	[1] Politisches Handeln darf nicht bestimmt sein von der kurzfristigen Befriedigung von Einzel- und Gruppeninteressen, deren Summe nicht schon das Gemeinwohl ergibt, sondern muß geleitet werden von der dauerhaften Gesamtverantwortung für unser Volk. [2] Nur so kann es auch den Belangen von nichtorganisierten Gruppen und der zukünftigen Generationen gerecht werden. [3] Eine verantwortungsbewußte Politik muß notwendige Entscheidungen auch gegen Widerstände in der öffentlichen Meinung zu treffen bereit sein.	[1] Politisches Handeln darf nicht von der kurzfristigen Befriedigung von Einzel- und Gruppeninteressen bestimmt sein. [2] Die Politik der CDU gründet sich in der dauerhaften Gesamtverantwortung für das ganze Volk, nicht in der abstrakten Summe singulärer Interessen. [3] Nur so kann und will sie auch den Belangen von nichtorganisierten Gruppen und künftiger Generationen gerecht werden. [4] Eine verantwortungsbewußte Politik muß notwendige Entscheidungen auch gegen Widerstände in der öffentlichen Meinung treffen.	Zu Satz 3ALT: „Bereit sein" reicht nicht, Taten zählen. Willigkeit ist noch nicht Begabung.	70 69 - 1
109 (3)	1 Wir Christliche Demokraten sind dem Gemeinwohl verpflichtet. 2 Das Gemeinwohl ist keine von vornherein feststehende Größe, sondern muß im gerechten Ausgleich der Interessen aller immer wieder neu ermittelt werden. 3 Die Rückkoppelung von Meinungen und Interessen an die leitende Idee des Gemeinwohls ermöglicht es, die verschiedenen Bedürfnisse zu prüfen, in politisches Handeln umzusetzen oder auch zurückzustellen.	X	neu als lfd. Nr. 109(1a)	
	Verbände	**Verbände**		
110	[1] Verbände gehören zu einer freien Gesellschaft. [2] Sie bestimmen ihre Aufgaben im Rahmen der Verfassung selbständig.	[1] Zu einer freien Gesellschaft gehören Verbände frei organisierter Bürger. [2] Sie müssen ihre Aufgaben und ihr Handeln im Rahmen der Verfassung selbständig be-	Zu Satz 1ALT: Falsch! Verbände gehören auch zu einer unfreien Gesellschaft (FDJ, es sei denn, wie anerkennen die SED als Partei (was aber lfd. Nr.107 widerspräche); wohl aber gehören zu einer freien Gesellschaft immer auch Verbände.	75 77 + 2

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Die Prinzipien der Demokratie müssen auch für die innerverbandliche Verfassung gelten. [4] Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. [5] Verbandsmacht findet aber am Gemeinwohl ihre Grenze. [6] Für die Sozialpflichtigkeit aller Formen von gesellschaftlichen Machtpositionen Sorge zu tragen, verstehen wir als Aufgabe des demokratischen Staates.	stimmen können. [3] Die Prinzipien der Demokratie müssen auch für die innerverbandliche Verfassung gelten. [4] Die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände ist auch dann zu sichern, wenn sie tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. [5] Die CDU versteht es als Aufgabe eines demokratischen Staates, für die Sozialpflichtigkeit aller Formen von gesellschaftlichen Machtpositionen Sorge zu tragen.	Zu Satz 5ALT: Durch Satz 2NEU („Handeln“) erledigt. Zu Satz 6ALT: Verquere Wortfolge; vermeintliche „Lyrik“	
	2. DEN FÖDERALEN RECHTS- UND SOZIALSTAAT SICHERN **Der inneren Sicherheit im Rechtsstaat Priorität geben**	**2. DEN FÖDERALEN RECHTS- UND SOZIALSTAAT SICHERN** **Der inneren Sicherheit im Rechtsstaat Priorität geben**		
110 a	@	**Grundgesetz** [1] Vorrangige Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muß das Grundgesetz sein. [2] Die CDU sieht hierin und als Entstehungsgrundlage des Grundgesetzes gemeinsame Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs. [3] Sie sind im Bewußtsein zu halten, zu bewahren und zu beleben. [4] Die CDU versteht dies als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgergemeinschaft. [5] Der Staat hat zudem die Pflicht, Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden abzuwehren.	von lfd. Nr.106(3)	0 66 +66

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Rechtsstaatsverständnis	**Rechtsstaatsverständnis**		
111 (1)	[1] Der demokratische Rechtsstaat schützt jeden Bürger vor Willkür. [2] Im Rechtsstaat kann sich auch der Schwächere behaupten, weil Konflikte nicht nach dem Willen des Stärkeren, sondern nach Gesetz und Recht entschieden werden. [3] Freiheitlichkeit und Autorität unseres Staates sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. [4] Leib, Leben, Eigentum und die natürlichen Lebensgrundlagen müssen als zentrale Rechtsgüter wirkungsvoll geschützt werden.	[1] In einem demokratischer Rechtsstaat müssen sich Freiheitlichkeit und Autorität auf der Grundlage demokratisch entwickelter und fortschreibbarer rechtlicher Festsetzungen bedingen. [2] Die CDU enagagiert sich für die Stärkung des Rechtsstaates und dabei vor allem, jeden Bürger vor staatlicher Willkür zu schützen und Konflikte nach rechtlichen Maßstäben zu lösen. [3] Leib, Leben, Eigentum, die natürlichen Lebensgrundlagen und die innere Sicherheit sind als zentrale Schutzgüter des Rechtsstaates nachhaltig zu sichern.	Programmatisch formulieren, das Wesentliche voranstellen, die Aufgabe der CDU hervorheben. Zu Satz 3NEU: Innere Sicherheit übernommen aus lfd. Nr.111(2) Satz 1ALT.	60 71 +11
	Schutz des Bürgers	**Schutz der Bürger**		
111 (2)	[1] Die Wahrung der inneren Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben und Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates. [2] Die CDU tritt deshalb für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. [3] Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und sicher fühlen können. [4] Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschieden zu bekämpfen.	[1] Die CDU tritt für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. [2] Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und sicher fühlen können. [3] Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zügig und entschieden zu bekämpfen, die Belange der Opfer stärker zu berücksichtigen.	Zu Satz 3NEU: Incl. lfd. Nr.111(8) Satz 2	53 43 - 10
111 (2a)	@	**Datenschutz** [1] Die CDU steht dazu, daß Bürger vor einem Mißbrauch ihrer persönlichen Daten geschützt werden. [2] Datenschutz darf umgekehrt nicht zum Tä-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		terschutz werden.		
111 (3)	**Wehrhafte Demokratie** [1] Wir stehen ein für die wehrhafte Demokratie. [2] Die Wahrung des inneren Friedens ist Grundlage menschlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger. [3] Das staatliche Gewaltmonopol gehört zu den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates. [4] Es bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit des Bürgers.		neu als lfd. Nr.20(2)	55 0 - 55
111 (4)	**Moderne Verbrechensbekämpfung** 1 Der Staat hat die Pflicht, das Recht wirksam durchzusetzen. 2 Die Rechtsordnung ist für alle gleichermaßen verbindlich. 3 Davon darf es keine Ausnahme geben. 4 Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfaßte Staatsgewalt und die sie ausübenden staatlichen Organe dürfen weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden. 5 Die Verbrechensbekämpfung muß den veränderten aktuellen Herausforderungen gerecht werden. 6 Ausmaß, Anstieg und neue Formen von Kriminalität fordern neue gesetzliche Grundlagen und Ermittlungsmöglichkeiten.	**Moderne Verbrechensbekämpfung** 1 Der Staat hat die Pflicht, das Recht wirksam durchzusetzen. 2 Die Rechtsordnung ist ausnahmslos für alle gleichermaßen verbindlich. 3 Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfaßte Staatsgewalt und die sie ausübenden staatlichen Organe dürfen weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden. 4 Die Verbrechensbekämpfung muß auf veränderte Entwicklungen flexibel und vorausschauend reagieren können. *⇒⇒ Rest als 111 (2a) ⇒⇒*	Zu Satz 4NEU: Vgl. auch lfd. Nr.111(5a)	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	7 Dabei halten wir daran fest, daß der Bürger vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten geschützt wird. 8 Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.			
	Polizei, Verfassungsschutz	**Polizei**		
111 (5)	[1] Wir unterstützen Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen nachhaltig. [2] Unsere Polizisten müssen gut ausgebildet und ausgerüstet, angemessen bezahlt und öffentlich anerkannt werden. [3] Der Verfassungsschutz ist wichtiger Bestandteil der inneren Sicherheit. [4] Er behält seine unverzichtbare Aufgabe im Kampf gegen den politischen Extremismus in seinen verschiedenen Formen und Organisationen. [5] Neuen Herausforderungen muß er wirksam begegnen können.	[1] Die CDU unterstützt Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen. [2] Hierzu zählt insbesondere eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Polizei, eine moderne technische Logistik und eine auch im übrigen den Aufgaben gerechte Ausrüstung. [3] Die Arbeit der Polizei und ihre loyal uneingeschränkte Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen ist der Öffentlichkeit wirksam aufzuzeigen. ⇒⇒ *Rest als 111 (5a)* ⇒⇒	Zu Satz 1ALT: Es war zweifellos in der Debatte um das Grundsatzprogramm 1993/94 aufgrund erster Vorlagen erforderlich, die Autoren auf die Bedeutung des Nachhaltigkeitsprinzips hinzuweisen. Das heiß aber nicht, daß es an jeder passenden *und unpassenden* Stelle anzuführen wäre. Zu Satz 2NEU: Angemessene Bezahlung gilt allgemein als Ziel, nicht nur in Sachen Polizei.XXXXX Zu Satz 3ALT: Allgemeinplatz Kat. A Zu Satz 4ALT: Das liest sich ja gerade so, als ob der VS diese Aufgaben verlieren sollte... Zu Satz 5ALT: Wer hätte das gedacht! Zu Satz 2NEU: In Sachen Logistik ist es peinlich, daß auch in CDU-regierten Ländern noch immer stellenweise Polizisten statt auf moderne Textverarbeitung auf Schreibmaschinen mit X+1 Durchschlägen angewiesen sind. Zu Satz 3NEU: Loyalität ist eine bilaterale Sache, denn *sowohl* Polizist *als auch* politisch Vorgesetzter haben entsprechende Eide auf doe Verfassung geleistet.	61 54 - 7
		Verfassungsschutz		
111 (5a)	@	[1] Der Verfassungsschutz ist bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, gegen den politischen Extremismus in seinen verschiedenen Formen vorzugehen, neuen Herausforderungen wirksam zu begegnen und staatsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, zu unterstützen.	Die Früerkennung von entwicklungen ist auch erforderlich, damit die Verbrechensbekämpfung nicht nur auf Vergangenes re-agieren muß.	0 37 + 37
		Justiz		
111 (5b)		[1] Die Unabhängigkeit der Justiz ist als elementarer Bestandteil des Rechtsstaats zu	aus lfd. Nr.111(8)	0 55

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		sichern. [2] Ihr Handeln muß jederzeit gegenüber der Allgemeinheit transparent und nachvollziehbar erfolgen. [3] Deshalb befürwortet die die CDU eine Vereinfachung der Prozeßordnungen und eine Straffung der Rechtswege, um vor allem zügige Entscheidungen der Justiz zu ermöglichen und dadurch die Rechtssicherheit zu stärken.		+ 58
	@			
	Mitwirkungspflicht der Bürger	**Mitwirkungspflicht der Bürger**		
111 **(6)**	[1] Polizei und Justiz sind bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. [2] Die Bürger können und sollen ihrer Eigenverantwortung und Mitwirkungspflicht bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Vorbeugung, Wachsamkeit und Gemeinsinn verstärkt nachkommen.	[1] Bürger sollen aktiv bei bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit mitwirken, vor allem, weil Polizei und Justiz bei der Bewältigung ihrer Aufgaben auf die Unterstützung der Bürger angewiesen ist. [2] Darüber hinaus begründet sich diese Mitwirkung in individueller Eigenverantwortung durch Vorbeugung, Wachsamkeit und Gemeinsinn im Subsidiaritätsprinzip.	Grundwerte (Subsidiaritätsprinzip, lfd. Nr.69(2), vgl. auch lfd. Nr.105) vor Einzelargumenten (Angewiesensein von Polizei und Justiz...) anwenden.	42 50 + 8
	International organisierte Kriminalität	**International organisierte Kriminalität**		
111 **(7)**	[1] Internationale Verbrecherorganisationen im Menschen-, Drogen- und Waffenhandel können nur in engster übernationaler Zusammenarbeit bekämpft werden. [2] Wir wollen mit der Europäischen Union auch die innere Sicherheit in Europa verbessern und eine europäische Polizei einrichten.	[1] Engste übernationale Zusammenarbeit als Grundlage der Bekämpfung internationaler organisierten Verbrechertuns insbesondere im Menschen-, Drogen- und Waffenhandel ist zu stärken. [2] In Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist die innere Sicherheit in Europa zu konsolidieren und hierfür eine europäische Polizei einzurichten und aufrechtzuerhalten.	Zu Satz 1: Analogie zu lfd. Nr.112(2) Satz 2ALT 1NEU	38 49 + 11
	Justiz			

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
111 (8)	[1] Die Unabhängigkeit der Justiz ist elementarer Bestandteil des Rechtsstaats. [2] Wir setzen uns dafür ein, daß Rechtsbrüche rasch und konsequent geahndet und die Belange der Opfer von Straftaten stärker berücksichtigt werden. [3] Jahrelange Prozeßdauer untergräbt die Rechtssicherheit. [4] Deshalb wollen wir die Prozeßordnungen vereinfachen und die Rechtswege straffen.	⇒⇒ *Rest als 111 (5b)* ⇒⇒	Zu Satz2ALT: Warum nur die Opfer von Straftaten und nicht auch von Ordnungswidrigkeiten?	49 0 - 49
	Verbrechen vorbeugen und Rechtsbewußtsein fördern	**Verbrechen vorbeugen und Rechtsbewußtsein fördern**		
112 (1)	[1] Prävention geht alle an. [2] Gewalt und Verbrechen zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. [3] Gefordert sind nicht nur Polizei und Justiz, sondern insbesondere auch Familien, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verbände, Medien und Öffentlichkeit.	[1] Gewalt und Verbrechen zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. [2] Gefordert sind nicht nur Polizei und Justiz, sondern insbesondere auch Familien, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verbände und Medien.		36 31 - 5
112 (2)	[1] Das Rechtsbewußtsein zu fördern, jede Form von Gewalt zu ächten und das Bekenntnis zu Freiheit und Menschenwürde zu verdeutlichen muß Ziel der Erziehung und Wertevermittlung in unserer politischen Kultur sein. [2] Für die Wertgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates müssen alle gemeinsam eintreten.	[1] Für die grundlegenden Werte des demokratischen Verfassungsstaates müssen jeder einzelne und alle gemeinsam eintreten. [2] Die CDU setzt sich für eine politische Kultur ein, die diese Werte vermittelt, das individuelle wie allgemeine Rechtsbewußtsein sowie das Bekenntnis zu Freiheit und Menschenwürde fördert und jede Form von Gewalt ächtet.	Zu Satz 1NEU: Auch, wenn die Sache komplex ist, muß doch die Verpflichtung des Einzelnen vor dem gemeinsamen Eintreten stehen.	42 47 + 5
	Drogen	**Drogen**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
113 (1)	[1] Das Drogenproblem hat sich im letzten Jahrzehnt weltweit verschärft. [2] Um die Rauschgiftsucht wirksam bekämpfen zu können, benötigen wir die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte. [3] Prävention, Therapieangebote und repressive Maßnahmen müssen einander sinnvoll ergänzen. [4] Wir Christliche Demokraten setzen uns dafür ein, die vorbeugenden Maßnahmen erheblich zu intensivieren und den Drogenabhängigen die Rückkehr in ein drogenfreies Leben zu ermöglichen. [5] Dazu bedarf es eines ausreichenden und differenzierten Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebotes.	[1] Die CDU setzt sich für eine Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte zur Bekämpfung einer unkontrollierte Verbreitung und Konsumption von Drogen ein. [2] Vorbeugende Maßnahmen sind dabei erheblich zu intensivieren. [3] Um Drogenabhängigen die Rückkehr in ein drogenfreies Leben zu ermöglichen, bedarf es eines ausreichenden und differenzierten Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebotes. [4] Prävention, Therapieangebote und repressive Maßnahmen müssen einander sinnvoll ergänzen.	Zu Satz 1ALT: Kein Grundsatz Zu Satz 1NEU: Es geht um den unkontrollierten Markt und Verbrauch. Drogen könne auch *kontrolliert* als Medikamente wirken.	77 66 - 11
	Keine Freigabe	**Keine Freigabe**		
113 (2)	[1] Die Freigabe von weichen und harten Drogen lehnen wir entschieden ab. [2] Eine Legalisierung verharmlost den Drogenkonsum und setzt die Hemmschwelle zum Einstieg in den Rauschgiftgebrauch besonders bei jungen Menschen erheblich herab. [3] Ein Anstieg der Abhängigenzahl wäre die Folge. [4] Die CDU tritt deshalb dafür ein, nicht die resignative Flucht in die ‚Legalisierung' anzutreten, sondern den Kampf gegen die Drogen, gegen die Drogenbosse und –kartelle noch konsequenter und systematischer zu führen. [5] Gegen Drogendealer muß härter vorge-	[1] Die CDU lehnt die Freigabe von weichen und harten Drogen ab. [2] Sie ist überzeugt, daß eine Legalisierung einen Anstieg der Abhängigenzahl zur Folge hätte, weil vor allem - der Drogenkonsum verharmlost würde - die Hemmschwelle zum Einstieg in den Rauschgiftgebrauch besonders bei jungen Menschen erheblich herabgesetzt würde. [3] Die CDU tritt deshalb stattdessen für den optimierten konsequenten und systematischen Kampf gegen die Drogen,	Zu Satz 4ALT: Der unrelativierte Komparativ hat programmatisch nur eine eingeschränkte Tauglichkeit Zu Satz 4ALT3NEU: Die „Lyrik" („Drogenbosse") kann hingenommen werden.	76 68 - 8

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	gangen werden	gegen die Drogenbosse, -kartelle und -dealer ein.		
	Grenzen des Strafrechts			
114	[1] Die Opfer des kommunistischen Regimes zu rehabilitieren und die Straftaten seiner Handlanger zu verfolgen ist eine Herausforderung für den Rechtsstaat. [2] Dabei wissen wir um die Grenzen des Strafrechts. [3] Unsere Auseinandersetzung mit dem Unrechtsstaat muß umfassender sein und vor allem seine politische Ächtung einschließen.	X	siehe 30a NEU Die Anordnung der Thematik zwischen „Drogen" und „Sozialstaat" ist zusammenhanglos.	47 0 -47
	Freiheitlicher Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich **Sozialstaatsgebot**			
115	[1] Unser Sozialsystem garantiert dem einzelnen in den Grundrisiken des Lebens die Sicherung der Grundbedürfnisse und damit die Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Daseins. [2] Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf weder in Entmündigung durch den Staat ausarten noch die eigene Leistungsfähigkeit des einzelnen und das solidarische Engagement hemmen. [3] Der Sinn des Sozialstaatsgebots besteht darin, subsidiär die Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Lebensführung zu sichern. [4] Soziale Gerechtigkeit hat sich insbesondere gegenüber den Schwachen zu bewähren. [5] Sie verpflichtet den Staat zum sozialen Aus-	[1] Ein Sozialsystem muß dem Einzelnen in den existentiellen Risiken des Lebens die Sicherung der Grundbedürfnisse und damit die Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Lebens garantieren. [2] Sozialstaatliche Lebensvorsorge darf dabei weder in Entmündigung durch den Staat ausarten noch die Leistungsfähigkeit des Einzelnen und das solidarische Engagement hemmen. [3] Das Prinzip der Selbstvorsorge mit dem Ziel, nicht von der Solidarität anderer bzw. des Staates abhängig zu werden, ist mit Priorität zu verfolgen. [4] Der Staat muß Menschen nach dem Subsidiaritätsprinzip zu solidarischer und persönlicher Lebensvorsorge ermutigen.	Zu Satz 1NEU/2NEU: Betr. Dasein/Daseinsvorsorge: Menschen sind nicht nur da, sie vegetieren auch nicht nur. Sie haben ein ICH, sie leben. Sie sind Teil einer lebendigen Gesellschaft, die als Solidargemeinschaft jedem Menschen auf geeigneten Wegen mitteilen muß „Wir brauchen Dich als Menschen!". Im sozialpolitischen Bereich muß daher intensiv von menschlichem Leben ausgegangen werden. Auch die Situation biologisch funktionalen Vegetierens genügt christlich demokratischen Ansprüchen - den Menschen betreffend - nicht. Nicht die Solidargemeinschaft darf in der Regel von *Dasein* ihrer Mitglieder sprechen, sondern es kann Sache dieser Mitglieder sein, sich selber für ein Dasein zu entscheiden. Ob ein solches Dasein immer von Dritten akzeptiert werden muß, sei dahingestellt, da auch das GP davon augeht, daß Bürgerengagement essentiell für eine lebendige Demokratie ist. Ausnahmen von der v.g. Regel sind dann gegeben, wenn Menschen zeitweise besonderen Restriktionen unterworfen werden müssen, die sich auf die allgemein als selbst-	83 90 +7

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	gleich. [6] Das Sozialstaatsgebot ist ein permanenter Konkretisierungsauftrag für den Gesetzgeber.		verständlichen Elemente von menschlichem Leben (Kommunikation, freie Bewegung...) auswirken, wie es bei der Verbüßung einer Freiheitsstrafe der Fall ist. Hierbei ist umsomehr strikt von dem Ziel der Solidargemeinschaft auszugehen, daß eine solche Situation menschliche Existenz nicht zum Dasein degradieren, sondern zum Leben qualifizieren können muß. Der Daseins-Begriff kann zu sehr die Gefahr heraufbeschwören, daß das Lebendige im sogenannten Mitmenschen übersehen wird. Auch in der Diskussion um den Schutz des ungeborenen Lebens muß deutlich von menschlichem Leben ausgegangen werden, das mehr ist, als eine gesellschaftlich disponible biologische Funktion. Der Lebens-Begriff im Gegensatz zum Daseins-Begriff begründet die Pflicht einer Solidargemeinschaft über ihre staatspolitischen Grenzen hinaus, für Mitmenschen Lebensvorsorge zu tragen. Gerade in der „Asylantendebatte" muß sich auch unter diesem Aspekt immer wieder die Frage stellen, wie es zu bewerkstelligen ist, Menschen in ihrer Heimat ein Leben zu ermöglichen, das mehr ist, als ein Dasein in politischer Unterdrückung in dieser Heimat oder mehr ist, als eine Existenz im Asyl abseits jeder heimatlichen Bindung.	
	Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung prägen unseren Bundesstaat	**Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung**		
	Subsidiarität	**Subsidiarität**		
116 (1)	[1] Die deutsche Einheit hat den Föderalismus neu belebt. [2] Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung verteilen die staatliche Macht und schaffen zusätzliche Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. [3] Die Vielfalt ermöglicht den Wettbewerb und die Berücksichtigung regionaler Eigenarten. [4] Das Prinzip der Subsidiarität muß auch im	[1] Die aus Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung resultierende Vielfalt muß einem dynamischen Wettbewerb und die Berücksichtigung regionaler Eigenarten zugute kommen. [2] Subsidiarität muß auch im Verhältnis der Europäischen Union zu den Regionen und lokalen Gebietskörperschaften gelten. [3] Die CDU will Aufgaben, Zuständigkeiten und Kompetenzen, die nur gemeinsam ef-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Verhältnis der Europäischen Union zu den Regionen und lokalen Gebietskörperschaften zur Geltung gebracht werden. [5] Wir wollen Zuständigkeiten und Kompetenzen für die Aufgaben auf die Europäische Union übertragen, die nur gemeinsam effektiv wahrgenommen werden können.	fektiv wahrgenommen oder genutzt werden können, auf die Europäische Union übertragen.		
	Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden	**Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden**		
116 (2)	[1] Bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben der Union, des Bundes und der Länder soll die Zuständigkeit soweit wie möglich bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. [2] Die Fähigkeit von Gemeinden und Ländern zur Erfüllung ihrer Aufgaben muß gesichert sein. [3] Zugleich muß die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verbessert und ein ausgewogenes Kräfteverhältnis hergestellt werden. [4] Die Finanzverfassung muß den Ländern und Kommunen Spielraum lassen, damit sie handlungsfähig bleiben und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Ländern hergestellt werden können. [5] Wie der Bund und die Länder müssen auch die Kommunen sparsamer haushalten. [6] Länderegoismen und Solidaritätsverweigerung zwischen Bund und Ländern sowie der Bundesländer untereinander widersprechen unserem Verständnis der	[1] Bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben der Union, des Bundes und der Länder soll die Zuständigkeit soweit wie möglich bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. [2] Die Fähigkeit von Gemeinden und Ländern zur Erfüllung ihrer Aufgaben muß gesichert sein. [3] Die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muß auf einem ausgewogenen Kräfteverhältnis beruhen. [4] Die Finanzverfassung muß den Ländern und Kommunen Spielraum lassen, damit sie handlungsfähig bleiben und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Ländern hergestellt werden können. [5] Hierbei muß das Sparsamkeitsprinzip deutliche Rahmen setzen. [6] Länderegoismen und Solidaritätsverweigerung zwischen Bund und Ländern sowie der Bundesländer untereinander widersprechen dem Verständnis der CDU von bundesstaatlicher Ordnung.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands.			
	3. MIT MENSCHEN ANDERER NATIONALITÄT ZUSAMMENLEBEN			
	Zuzug regeln und begrenzen, Integration fördern	**Zuzug regeln und begrenzen, Integration fördern**		
117 (1)	[1] Mit dem Prozess der europäischen Einigung und mit der internationalen Verflechtung Deutschlands werden mehr Deutsche in anderen Ländern und mehr Menschen aus anderen Ländern in Deutschland leben. [2] Wir setzen und für das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. [3] Wir wollen den Zuzug von Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union begrenzen und regeln sowie die Integration der ausländischen Mitbürger fördern, die bei und längerfristig leben. [4] Integration heißt für uns, daß Menschen anderer Herkunft die Erfordernisse des Zusammenlebens, -wohnens und -arbeitens in unserer Gesellschaft erfüllen, und daß der Wunsch, die eigene Identität in Kultur, Sprache und Lebensform zu bewahren, als ein menschliches Grundanliegen geachtet wird. [5] Alle müssen zu Integration und Toleranz bereit sein.	[1] Die CDU setzt sich für das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. [2] Sie will den Zuzug von Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union begrenzen und regeln. [3] Für ausländischer Bürger, die längerfristig in Deutschland leben, sind Integrationsmaßnahmen einzuleiten. [4] Integration heißt für die CDU, daß Menschen ausländischer Herkunft die Erfordernisse des Zusammenlebens, -wohnens und -arbeitens in der aufnehmenden Gesellschaft erfüllen und daß der Wunsch, eigene Identität in Kultur, Sprache und Lebensform zu bewahren, als ein menschliches Grundanliegen geachtet wird. [5] Die Bereitschaft zu Integration und Toleranz ist als allgemeine Erfordernis anzusehen..	Zu Satz 1ALT: Kein Programm!	
	Europäische Regelung			
117 (2)	[1] Wir bekennen und zum verfassungsmäßig garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte; der Mißbrauch dieses Rechts muß aber verhindert werden. [2] Wir wollen eine gemeinsame europäische	[1] Die CDU bekennt sich zum verfassungsmäßig garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und tritt aktiv für dessen Umsetzung ein. [2] Der Mißbrauch dieses Rechts ist mit allen	Zu Satz 1ALT: Was heiß hier „aber"? Nicht nur bekennen, machen! Zu Satz 3ALT: Mitgliedsstaaten von was/wem? Der EU!	67 90 +23

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Politik, die Fluchtursachen bekämpft und Asyl sowie Zuwanderung wirksam regelt. [3] Die europäische Regelung einer begrenzten Zuwanderung muß sich an den Interessen, besonderen Situationen und der Integrationsfähigkeit der Mitgliedsstaaten orientieren. [4] Die Freizügigkeit der EU-Bürger und die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Aussiedler müssen Vorrang haben.	zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden. [3] Eine wirkungsvolle Asylpolitik ist nur auf der Ebene einer demokratisch gegründeten Europäischen Staatenunion (EU) möglich. [4] Der europäische Rahmen für eine Zuwanderung muß sich an den besonderen regionalen Situationen, etwa der Lage auf dem Arbeitsmarkt der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, orientieren. [5] Die Freizügigkeit der Bürger einer Europäischen Union, die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Aussiedler und anerkannter Asylanten müssen Vorrang haben.		
	Einbürgerung			
117 **(3)**	[1] Wir wollen die Möglichkeit zur Einbürgerung ausländischer Mitbürger erleichtern, soweit sie sich zu den Wertgrundlagen unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung bekennen, den Willen und die Möglichkeiten zu einer dauernden Existenz in der Bundesrepublik Deutschland haben und gute Sprachkenntnisse vorweisen. [2] Mehrfach-Staatsangehörigkeiten müssen Ausnahme bleiben.	[1] Ausländern soll die Möglichkeit zur Einbürgerung gegeben und erleichtert werden, soweit sie die Voraussetzungen dauerhafter Integration erfüllen. [2] Unabdingbare Kriterien für ihre Einbürgerung sind neben dem Willen, deutscher Staatsbürger sein zu wollen, daß sie erklärtermaßen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beachten werden, der Wille zu einer dauerhaften Existenz in diesem Staat sowie gute deutsche Sprachkenntnisse.	Zu Satz 1ALT: Diese Aussage ist wenig transparent (vgl. hingegen lfd. Nr.198) und wohlmöglich falsche Hoffnungen erweckend. Denn man meint wohl „gute deutsche Sprachkenntnisse". Diese Diskrepanz hat bereits zu konkreten und nicht nur programmtheoretischen Verwirrungen geführt. Denn: "....if the names of things are not properly defined, words will not correspond to facts. When words do not correspond to facts, it is impossible, to perfect ansthing. Where it is impossible, to perfect anything, the rites and music can not flourish. When the rites and music can not flourish, law and justice can not attain their ends. When law and justice can not attain their ends, the People will be at a loss to know what to do." (KONFUZIUS, Analects XIII3) Zu Satz 2ALT: „Ausnahme" von was? Der ganze Abs. gibt hierfür keine Grundlage, z.B. eine Forderung nach nur jeweils einer Staatsangehörigkeit pro Person.	42 54 +12
	Hilfe in den Heimatländern			
117	[1] Viele Menschen aus armen, unterentwickel-	[1] Die CDU will durch eine wirkungsvolle	Zu Satz 1ALT: „Neue Chance" worauf? Es ist zum Schlagwort verkommen, oft einfach „neue Chan-	68

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(4)	ten Ländern verlassen ihre Heimat, um für sich und ihre Kinder sorgen zu können, und hoffen auf eine neue Chance in den westlichen Industriestaaten. [2] Deutschland und die Europäische Union können aber nicht allen Zuwanderungswilligen eine Heimat geben. [3] Wir wollen vielmehr durch wirkungsvolle Hilfe zur Selbsthilfe und Kooperation im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, daß die Menschen in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Dasein führen können.	Politik der Hilfe zur Selbsthilfe und Kooperation dazu beitragen, daß Menschen in und aus wirtschaftlich oder sozial schwachen Staaten vorrangig in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Leben führen können. [2] So ist darauf hinzuwirken, daß wirtschaftliche Gründe für eine Zuwanderung aus diesen Ländern in die Bundesrepublik und eine Europäische Union abgebaut werden.	cen" zu fordern ohne zu sagen, wofür. In einem *Grundsatzprogramm* müssen wir es uns leisten können, Begriffe zu vermeiden, die auf der Devise „wie man sagt" basieren, wenn diese Vermeidung nicht aus zwingender Not heraus unvertretbar ist. Zu solchen Begriffen zählt der Begriff „Westliche Industriestaaten". Das Blockdenken ist auch aus sachlichen, - also nicht etwa nur aus politisch taktischen - Gründen „out" und insbesondere auch deshalb unsinnig, weil z.B. Deutschland zumindest im Verhältnis zu afrikanischen „Entwicklungsländern" nicht westlich, sondern nördlich angesiedelt ist.... Zu Satz 3ALT, Satz 1NEU: Menschen führen kein „Dasein" welcher Art auch immer, Menschen *leben*	56 -12
	Toleranz zwischen Deutschen und Ausländern			
118	[1] Ausländische Mitbürger bereichern mit ihren Beiträgen unser Leben. [2] Die Gemeinschaft mit Menschen aus anderen Kulturkreisen bringt aber auch Probleme und Ängste mit sich, die zu Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß führen können. [3] Wir müssen die Ursachen der Gewalt zwischen Ausländern und Deutschen bekämpfen. [4] Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Ausländer und stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben. [5] Das Hineintragen gewaltsamer Konflikte aus den Heimatländern in die Bundesrepublik kann jedoch nicht toleriert werden. [6] Deutsche und Ausländer können voneinander lernen, wenn sie sich im gegenseitigen Respekt und mit Achtung vor dem jeweils Fremden begegnen.	[1] Die CDU setzt sich dafür ein, daß ausländische Mitbürger zur Bereicherung des Lebens in Deutschland beitragen können. [2] Dies muß in einer ausschließlich friedlichen Gemeinschaft Deutscher mit Menschen aus anderen Kulturkreisen erfolgen. [3] Diese Gemeinschaft darf weder durch Gewalt, z.B. durch Hineintragen gewaltsamer Konflikte externen Ursprunges, noch durch Vorurteile oder Diskriminierungen gestört werden. [4] Sie ist dahingehend zu stärken, daß sie die Ursachen von Fremdenfeindlichkeit oder Ausländerhaß erkennen und mit Mitteln des demokratischen Rechtsstaates bekämpfen kann [5] Die CDU trägt dazu bei, daß Deutsche und Ausländer in Deutschland in gegenseitigem persönlichen Respekt voneinander lernen.	Zu Satz 5ALT: Was heißt „aus *den* Heimatländern"?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[7] Dafür sind der persönliche Kontakt und Austausch notwendig. [8] Wir wollen dazu beitragen, ein Klima wechselseitiger Partnerschaft und Toleranz zu schaffen, in dem sich das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern positiv entwickeln kann.			
	KAPITEL V **FÜR EINE FREIE UND FRIEDLICHE WELT**	KAPITEL V **FÜR EINE FREIE UND FRIEDLICHE WELT**		
	1. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT	**1. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT**		
	Deutschlands gewachsene Verantwortung	**Deutschlands gewachsene Verantwortung**		
119 (1)	[1] Die staatliche Einheit und die volle Souveränität haben für Deutschland eine gewachsene Verantwortung in Europa und der Welt mit sich gebracht. [2] Wir wollen die Bundesrepublik Deutschland in die sich entwickelnde Europäische Union integrieren.	[1] Die CDU will die Bundesrepublik Deutschland in eine sich entwickelnde Europäische Union integrieren.		
119 (2)	[1] Wir sind bereit, unsere Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrzunehmen. [2] Angesichts der Globalität und Vernetzung vieler Aufgaben und Herausforderungen über Erdteile hinweg können wir nur noch in internationaler Zusammenarbeit Freiheit, Frieden, Entwicklung und Wohlstand sichern sowie die Schöpfung bewahren.	[1] Eine von der CDU verantwortete Politik schließt die Bereitschaft ein, Rechte und Pflichten Deutschlands in vollem Umfang wahrzunehmen. [2] Nur in internationaler Zusammenarbeit sieht die CDU die Möglichkeit, Freiheit, Frieden, Entwicklung und Wohlstand sowie die Schöpfung zu bewahren und weiterzuentwickeln.		
	Außenpolitische Ziele	**Außenpolitische Ziele**		
120	[1] Wir arbeiten im Rahmen unserer Möglichkeiten am Aufbau einer stabilen internatio-	[1] Die CDU wirkt am Aufbau einer stabilen internationalen Ordnung mit, die allen Men-	Zu Satz 2ALT: Bewahrung und Weiterentwicklung von Schöpfung ist in den ethischen Normen ent-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(1)	nalen Ordnung, die allen Menschen die Chance eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit und Frieden ermöglicht. [2] Unsere Ziele sind die weltweite Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und grundlegender ethischer Normen, die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie, die Verbesserung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsmöglichkeiten, die Sicherung von Frieden und Recht sowie die Bewahrung der Schöpfung.	schen die Chance eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit und Frieden ermöglicht. [2] Die Ziele der CDU sind die weltweite Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie, die Verbesserung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsmöglichkeiten, die Sicherung von Frieden und Recht. [3] Sie sieht die Einhaltung grundlegender ethischer Normen sowie essentieller nationaler Belange Deutschlands als unverzichtbar und als nicht verhandlungsfähig an.	halten. Zu Satz 3NEU: z.B. Kartellrecht (vgl. auch lfd. Nr.78)	
	Deutsche Interessen	**Deutsche Interessen**		
120 (2)	[1] Dabei müssen wir, ausgehend von unseren Grundwerten, die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands benennen und sie in Abstimmung mit unseren Partnern und Nachbarn verfolgen:	X	Wie will man Inhalte auch sonst „'rüberbringen, wenn man sie nicht benennen würde.....	
	Politische Einigung Europas	**Politische Einigung Europas**		
120 • (2) (-1) •	[1] Wir haben ein besonderes Interesse • an der politischen Einigung Europas. [2] Wir verstehen es als Lehre und Auftrag • der Geschichte, Deutschland in eine Gemeinschaft europäischer Staaten zu integrieren, die sich zu den Werten der freiheitlichen Demokratien bekennt und die an die Stelle des Gegeneinanders das Miteinander setzt.	[1] Die CDU hat ein besonderes Interesse an der politischen Einigung Europas. [2] Sie versteht es als Lehre und Auftrag der Geschichte, Deutschland in eine Gemeinschaft europäischer Staaten zu integrieren, die sich in ihrer Politik zu den Werten der freiheitlichen Demokratien bekennt und die an die Stelle des Gegeneinanders das friedliche Miteinander in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit setzt.		
•	[3] Wir brauchen eine gemeinsame Politik der Europäischen Union, um dauerhaft • Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern.	[4] Die deutsch-französische Freundschaft ist für die CDU ein Maßstab für andere zu entwickelnder Partnerschaften mit europäischen Staaten.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
•	[4] Im Bewußtsein, daß die deutsch-französische Freundschaft eine wesent-liche Grundlage der europäischen Einigung ist, wollen wir die Partnerschaft mit den europäischen Staaten ausbauen und festigen.			
	Partnerschaft mit den USA	**Partnerschaft mit den USA**		
120 • (2) (-2)	[1] Wir haben ein besonderes Interesse • an der engen Zusammenarbeit zwischen den USA, Kanada und Europa.	[1] Die CDU sieht gemeinsame demokratische Werte und Interessen als Grundlage für eine engen Zusammenarbeit zwischen den USA, Kanada und europäischen Staaten.		
•	[2] Wir sind durch gemeinsame demokratische Werte und Interessen miteinander verbunden. •	[2] Zusammen muß diese Gemeinschaft ihrer für die internationale Entwicklung und die Sicherung von Frieden und Freiheit bedeutsamen Position gerecht werden.		
•	[3] Zusammen kommt uns eine entscheidende Bedeutung für die internationale Entwicklung und die Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt zu. •	[3] Es muß deutsches Interesse sein, gewachsene freundschaftlichenBeziehungen zu Partnern und Freunden Deutschlands, insbesondere zu den USA, zu sichern und weiter zu vertiefen.		
•	[4] Die politischen und strategischen Aufgaben der NATO haben sich durch die Veränderungen in Europa erweitert.			
•	[5] Es ist unser deutsches Interesse, die gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Partnern und Freunden, insbesondere zu den USA, zu sichern und weiter zu vertiefen.			
	Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa	**Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa**		
120 • (2) (-3)	[1] Wir haben ein besonderes Interesse • an einer dauerhaften demokratischen und friedlichen Entwicklung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.	[1] Aufgrund der Mittellage Deutschlands muß es im politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands liegen, daß seine östlichen Nachbarn zu vergleichbarer Stabilität finden.		
•	[2] Aufgrund der Mittellage Deutschlands liegt es in unserem politischen, ökonomi- •	[2] Die CDU will dazu beitragen, iden de-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schen und sicherheitspolitischen Interesse, daß unsere östlichen Nachbarn zu vergleichbarer Stabilität finden wie das westliche Europa.	mokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologi-schen Aufbau dieser Nachbarländer zu sichern.		
	[3] Wir wollen dazu beitragen, ihren demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologi-schen Aufbau zu sichern.	[3] Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist deshalb ein Schwerpunkt der Außenpolitik der CDU.		
	[4] Anderenfalls sind schwerwiegende Rückwirkungen für Deutsch-land und ganz Europa möglich.			
	[5] Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik.			
	Entwicklung der armen Länder	**Entwicklung der armen Länder**		
120 (2) (-4)	[1] Wir haben ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung der armen Länder.	[2] Idie CDU will dazu beitragen, eine lebendige Partnerschaft zwischen allen Staaten und Völkern der Erde zu schaffen.		
	[2] Im Bewußtsein der Einen Welt wollen wir dazu beitragen, eine Partnerschaft zwischen den Staaten und Völkern der Erde zu schaffen und im Rahmen unserer Möglichkeiten bestehende Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich abzubauen, die Massenarmut zu vermindern und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern.	Hierbei will sie helfen, bestehende Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich abzubauen, Massenarmut zu vermindern und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern.		
	[3] Dies ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität, sondern dient auch unseren Interessen, weil so Konfliktpotentiale, Fluchtursachen und globale Umweltbelastungen verringert werden können.	[3] Dies sieht sie nicht nur nur als ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität an. [4] Vielmehr will sie so Konfliktpotentiale, Fluchtursachen und globale Umweltüberlastungen verringern.		
	2. EUROPA - EINHEIT SCHAFFEN, VIEL-	**2. EUROPA - EINHEIT SCHAFFEN,**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	FALT BEWAHREN Die europäische Idee verwirklichen	**VIELFALT BEWAHREN** ✕	Unnötiges Pathos!	
	Europa als Wertegemeinschaft	**Europa als Wertegemeinschaft**		
121 **(1)**	[1] Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben Freiheit und Demokratie in den Staaten des ehemaligen Ostblockes eine Chance bekommen. [2] Der Aufbau einer europäischen Friedensordnung, der Ausgleich der nationalen Interessen, die Entwicklung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen und sozialer Absicherungen sowie effektive Maßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Zukunft Europas in Freiheit und Frieden.	[1] Die CDU sieht im Aufbau einer europäischen Friedensordnung, im Ausgleich der nationalen Interessen, in der Entwicklung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie sozialer Absicherungen grundlegende Voraussetzungen für die Zukunft Europas in Freiheit und Frieden. [2] Effektive Maßnahmen ökologischer Sicherung von Umwelt sind hierfür eine essentielle Bedingung.	Zu Satz 1ALT: Entfällt, Allgemeinplatz; „eine Chance" für was???? Lfd. Nr.2ALT = Satz 1NEU (var.)	56 44 -12
121 **(2)**	[1] Das Verständnis der geschichtlich gewachsenen kulturellen Besonderheiten der Völker und Staaten und die Besinnung auf die tragenden Gemeinsamkeiten Europas sind von besonderer Bedeutung. [2] Europa ist durch Einheit in Vielfalt geprägt. [3] Die gemeinsamen Traditionen und ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente unseres Kontinents verbinden seine Völker über nationale und regionale, politische und wirtschaftliche Unterschiede hinweg. [4] Wir verstehen Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft mit einem gemeinsa-	[1] DIE CDU versteht Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft mit einem gemeinsamen geschichtlichen Erbe, einer gemeinsam erlebten Gegenwart und einer vereint zu gestaltenden Zukunft. [2] Das hierfür besonders bedeutsame Verständnis der geschichtlich gewachsenen kulturellen Besonderheiten der Völker und Staaten und die Besinnung auf die tragenden Gemeinsamkeiten Europas sind den Menschen intensiv zu vermitteln.	Zu Satz 2,3ALT: Feststellungen, kein Programm	74 51 -23

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	men geschichtlichen Erbe, einer gemeinsam erlebten Gegenwart und einer vereint zu gestaltenden Zukunft.			
	Leitbild europäische Einigung	**Leitbild europäische Einigung**		
122	[1] Europäische Gemeinschaft und Europäische Union haben sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung hervorragend bewährt. [2] Für Deutschland gibt es keine Alternative zur europäischen Integration. [3] Die europäische Einigung ist die Grundlage dafür, daß die Nationen und Völker in Europa ihre Zukunft gemeinsam gestalten und nicht in kriegerischen Nationalismus zurückfallen. [4] Die Europäische Gemeinschaft ist für viele Menschen im östlichen Teil des Kontinents zum Leitbild eines solchen friedlichen Miteinanders der Völker geworden. [5] Sie muß ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den souveränen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas gerecht werden. [6] Die Gemeinschaft muß offen sein für neue europäische Mitglieder, welche die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen. [7] Dabei wird ein Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt angestrebt. [8] Wir wollen, daß der Weg in die Europäische Union diesen Ländern zugleich Zugang zu den westlichen Sicherheitsstrukturen, zur Westeuropäischen Union und zur NATO eröffnet.	[1] Für die CDU gibt es keine sinnvolle Alternative zur europäischen Integration als bewährte Grundlage und Leitbild einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung. [2] Die Bewahrung und Förderung dieser Grundlagen muß für die Mitglieder der Gemeinschaft dauernde Pflicht sein. [3] Die Gemeinschaft muß neuen Mitgliedern zum alsbaldigen Beitritt offen stehen.	Zu Satz 2NEU: Grundsatz für die Mitglieder, erübrigt wirtere Ausführungen. Zu Satz.3ALT: Das Problem „national“ muß nicht andauernd repetiert werden. Rest siehe Satz 1NEU. Zu Satz 9ALT: Programmatisch überflüssig, weil einen Instrumentarienkomplex von vielen nennend. Zu lfd. Nr.8ALT: Neu in lfd. Nr. 123a	150 46 -104

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[9] Auf dem Weg zur vollen Integration sind Assoziierungsverträge und der Europäische Wirtschaftsraum sinnvolle Zwischenschritte.			
123a	@	[1] Der Weg in die Europäische Union soll beitretenden Mitgliedern den Zugang zu den Organisationen, die die Sicherheit der Gemeinschaft gewährleisten, ermöglichen.	Wer weiß denn, ob die Sicherheitsstrukturen in wenigen Jahren noch dieselben sind, und wenn es nur um die Namen geht?	0 21 +21
	Die Europäische Union vollenden **Unser Ziel: die Vollendung der Europäischen Union**			
123	[1] Unser Ziel ist die Vollendung der Europäischen Union. [2] Wir Deutschen sind auf die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses angewiesen. [3] Wir wollen die Politische Union, um: - [3a] Freiheit und Frieden in ganz Europa zu sichern, - [3b] die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung zu fördern, - [3c] die europäischen Interessen auf internationaler Ebene zu behaupten, - [3d] unseren Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte und zur friedlichen Lösung von Konflikten in der Welt zu leisten.	[1] Ziel der CDU ist es, eine einige, kulturell und national vielfältige Europäische Union zu schaffen. [2] Die CDU sieht in einem fortschreitenden europäischen Einigungsprozess auch eine Grundbedingung für eine sichere Existenz Deutschlands. [3] Eine starke europäische politische Union soll dazu beitragen, vor allem: - [3a] Freiheit und Frieden in ganz Europa zu erzielen und zu sichern, - [3b] die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung zu fördern und zu stabilisieren, - [3d] die Interessen der Menschen in Europa auf internationaler Ebene zu wahren - [3e] Menschenrechte und friedliche Lösungen von Konflikten in der Welt durchzusetzen.	Zu Satz 2ALT: Welch eine Anmaßung, hier von „Wir Deutschen" zu sprechen, als ob wir das für alle Deutschen so einfach *dürften.* Zu Satz 3NEU: Man sollte schon sagen, was für eine politische Union, da gibt es viele Möglichkeiten, wenn auch naheliegende und weniger naheliegende, so doch klarstellungsbedürftige. Zu Satz 3aNEU: Erst einmal müssen wir den Frieden haben, den es dann zu sichern gibt. Zu Satz 3bNEU: Diese Stabilisierung ist genau der Vernetzungseffekt, der das ganze Programm durchzieht. Also muß man hier auch die programmatische Konsequenz daraus ziehen. Zu Satz 3cNEU: Es geht nicht um das „Behaupten", es geht um eine treuhänderische Wahrung von Interessen von Menschen in Europa durch Europa.	69 88 +21
	Europa als Zukunft der Nationen	**Europa als Zukunft der Nationen**		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
124a	@	[1] Die CDU arbeitet für ein geeintes Europa, das demokratisch, föderal und bürgernah organisiert ist.	Der umfassende Grundsatz gehört an die Spitze des Kapitels.	0 14 +14
124 (1)	[1] Wir wollen ein starkes Europa, das die Zukunft der Nationen sichert. [2] Europa muß dort handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, die existentiellen Probleme ihrer Völker zu lösen. [3] Daher wollen wir die zur Bewältigung dieser wachsenden Aufgaben erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und politischen Souveränitätsrechte auf die Europäische Union übertragen. [4] Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden. [5] Der Nationalstaat wird sich im Zuge dieser Entwicklung wandeln, aber nicht auflösen.	[1] Die CDU setzt sich für ein starkes Europa, das die Zukunft der Nationen sichert, ein. [2] Europa muß dort handeln und handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, existentielle politische Probleme zu lösen. [3] Unter dieser Voraussetzung sind die dann erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und politischen Souveränitätsrechte auf die Europäische Union zu übertragen.	Zu Satz 3NEU: Europa muß nicht nur handeln *können* sondern auch tatsächlich handeln. Zu Satz 4ALT: Erledigt durch lfd. Nr. 124a Zu Satz 5ALT: Kein Grundsatz!	77 55 -22
	Nationale und europäische Identität	**Nationale und europäische Identität**		
124 (2)	1 Weil Europa die Zukunft der Nationen sichert, sichert es auch ihre Identität. 2 Mit der Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns wächst auch die europäische Identität. 3 Sie ist in der Gemeinsamkeit der kulturellen Wurzeln der Völker und in der Schicksalhaftigkeit ihrer Interessen zugrunde gelegt. 4 Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich.	[1] Die CDU sieht als Resultat einer europäischen Sicherung der Zukunft der Nationen auch eine Sicherung nationaler Identitäten und mit der Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns eine gedeihliche europäische Identität. [2] Diese Identität ist der Gemeinsamkeit der kulturellen Wurzeln der Völker und in der Schicksalhaftigkeit ihrer Interessen zugrundezulegen.. [3] Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit müs-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		sen sich ergänzen und bedingen.		
125 (1)	[1] Wir Christliche Demokraten arbeiten für ein geeintes Europa, das demokratisch, föderal und bürgernah organisiert ist:		Neu als Satz 124a	15 0 -15
	Demokratisches Europa	**Demokratisches Europa**		
125 • (1) (-1) •	[1] Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union stärken. •	[1] Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen auf Dauer den Rechten entsprechen, die den Parlamenten der europäischen Demokratien zukommt, einschließlich des vollen Budget-Rechtes.	Zu Satz 5ALT: Für ein Grundsatzprogramm zu speziell.	
	[2] Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiterentwickelt werden und auf Dauer den Rechten entsprechen, die den Parlamenten der europäischen Demokratien zukommt, einschließlich des vollen Budget-Rechtes. •	[2] Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken.		
•	[3] Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken. •	[3] Das Parlament muß das Handeln der europäischen Exekutive kontrollieren und die politisch veantwortlichen Exekutivmitglieder bestmmen können.		
•	[4] Das Parlament kontrolliert die EU-Komission als europäische Exekutive. •			
•	[5] Es wählt den Präsidenten der EU-Kommission auf Vorschlag des Rates; Rat und Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.			
	Föderales Europa	**Föderales Europa**		
125 • (1) (-2) •	[1] Wir wollen den Föderalismus in der Europäischen Union stärken. •	[1] Macht ist auf föderaler Grundlage und mit daraus resultierender Gewaltenteilung zu kontrollieren.	Zu Satz 4ALT: Bereits in lfd. Nr. 116(1) erledigt.	
	[2] Als Element der Gewaltenteilung sichert er die Kontrolle von Macht und verhindert die Bildung eines europäischen •	[2] Potentiale des Föderalismus, kulturelle Vielfalt zu fördern, die das Leben Europas		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Zentralismus.	prägen soll, sind zu nutzen.		
•	[3] Zudem sichert der Föderalismus die kulturelle Vielfalt, die auch künftig das Leben Europas prägen soll.	[3] Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die einen Grund- und Menschenrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union festlegt und die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten regelt.		
•	[4] Nach dem Prinzip der Subsidiarität soll die politische Verantwortung zunächst von lokalen, dann von regionalen und nationalen sowie schließlich von gemeinschaftlichen Organen getragen werden.	[4] Die Union muß eine Rechtsgemeinschaft mit eigener Gesetzgebung und Rechtsprechung sein.		
•	[5] Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die einen Grund- und Menschenrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union festlegt und die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip regelt.			
•	[6] Die Union muß eine Rechtsgemeinschaft mit eigener Gesetzgebung und Rechtsprechung sein.			
	Bürgernahes Europa	**Bürgernahes Europa**		
125 • **(1)**	[1] Wir wollen das Zusammenwachsen Europas für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar machen.	[1] Die CDU will europäische Entwicklungen für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar machen.		
(-3) •	[2] Da Europa an den Grenzen zusammenwächst, muß die nachbarschaftliche Zusammenarbeit an den nationalen Grenzen der Union auf allen Gebieten der kommunalen und regionalen Zuständigkeit weiter ausgebaut werden.	[2] Die nachbarschaftliche Zusammenarbeit an den nationalen Grenzen der Union muß auf allen Gebieten der kommunalen und regionalen Zuständigkeit ausgebaut werden.		
	Vertiefung der EU	**Vertiefung der EU**		
126	[1] Wir treten dafür ein, daß die Europäische	[1] Die Europäische Union soll die notwendi-		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(1)	Union die notwendigen Zuständigkeiten für die Asyl-, Zuwanderungs- und Entwicklungshilfepolitik, für die Umwelt-, Energie- und Forschungspolitik, für den Bau der internationalen Verkehrswege sowie für die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität wahrnimmt. [2] Dabei muß die Union administrativ und finanziell in den Stand versetzt werden, diese Aufgaben erfolgreich und effizient zu erfüllen.	gen Zuständigkeiten für die Asyl-, Zuwanderungs- und Entwicklungshilfepolitik, für die Umwelt-, Energie- und Forschungspolitik, für den Bau der internationalen Verkehrswege sowie für die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität wahrnehmen. [2] Dabei muß die Union administrativ und finanziell in den Stand versetzt werden, diese Aufgaben erfolgreich und effizient zu erfüllen.		
	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	**Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**		
126 (2)	[1] Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. [2] Die Westeuropäische Union (WEU) muß als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut und vollständig integriert werden.	[1] Die CDU setzt sich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein. [2] Die Westeuropäische Union (WEU) muß als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut und vollständig integriert werden.		
126 (3)	[1] Die Europäische Union muß über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. [2] Wir setzen uns daher für eine Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen ein.	[1] Die Europäische Union muß über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. [2] Die CDU setzt sich daher für eine Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen ein.		
	Wirtschafts- und Währungsunion	**Wirtschafts- und Währungsunion**		
126 (4)	[1] Ziel der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ist die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion. [2] Eine unabhängige, der Geldwertstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank trägt	[1] Eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik muß auf einer eine funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion gegründet sein. [2] Eine unabhängige, der Geldwertstabilität		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	dazu bei, die Stabilität einer künftigen europäischen Währung zu sichern. [3] Staaten, die der Währungsunion beitreten wollen, müssen die Anforderungen einer stabilitätswahrenden Wirtschafts- und Finanzpolitik erfüllen. [4] Eine gemeinsame Währung stärkt die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. [5] Mit ihr werden wir weltwirtschaftlichen Turbulenzen besser widerstehen und den Wirtschaftsstandort Europa stärken können.	verpflichtete Europäische Zentralbank muß dazu beitragen, die Stabilität einer künftigen europäischen Währung und damit des Wirtschafsstandortes Europa zu sichern. [3] Staaten, die der Währungsunion beitreten wollen, müssen die Anforderungen einer stabilitätswahrenden Wirtschafts- und Finanzpolitik erfüllen.		
	Europäische Sozialunion	**Europäische Sozialunion**		
126 (5)	[1] Mit der Vollendung der Europäischen Union wird nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch die Europäische Sozialunion verwirklicht. [2] In allen wichtigen Bereichen der Sozialpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden, die Sozialdumping verhindern und keinen Mitgliedsstaat überfordern. [3] Sie erlauben jedem Mitgliedsstaat, sein soziales Leistungsniveau beizubehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortzuentwickeln.	[1] Mit der Vollendung der Europäischen Union muß nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine Europäische Sozialunion verwirklicht und erhalten werden. [2] In allen wesentlichen Bereichen der Sozialpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden, die Ungleichgewichte verhindern und keinen Mitgliedsstaat überfordern. [3] Sie müssen jedem Mitgliedsstaat, ermöglichen sein soziales Leistungsniveau beizubehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortzuentwickeln.		
	Europa als Gemeinschaft der Bürger	**Europa als Gemeinschaft der Bürger**		
127	[1] Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen haben eine besondere Verantwortung für die Förderung des europäischen Einigungsprozesses sowie für die politische und gesellschaftliche Gestaltung	[1] Die CDU mißt Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen eine besondere Verantwortung für die Förderung des europäischen Einigungsprozesses zu.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	des gemeinsamen Europa. [2] Den europäischen Parteien und ihren nationalen und regionalen Mitgliedsparteien fällt eine entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung in Europa und der Ausgestaltung des Gemeinwohls zu.	[2] Dies gilt auch für die politische und gesellschaftliche Gestaltung des gemeinsamen Europas. [3] Die europäischen Parteien und ihre nationalen und regionalen Mitgliedsparteien müssen entscheidend zur politischen Willensbildung in Europa und der Ausgestaltung des Gemeinwohls beitragen.		
	Europäische Volkspartei	**Europäische Volkspartei**		
127 (2.1) INT	[1] Wir Christliche Demokraten erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und wollen die Zusammenarbeit mit weiteren gleichgesonnenen Parteien in Europa ausbauen. [2] Wir fördern Initiativen, die in und außerhalb der Partei für die Einigung Europas eintreten und durch ihr Engagement zur Zusammenarbeit der Völker Europas beitragen.	[1] Die CDU erfüllt diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und will die Zusammenarbeit mit weiteren gleichgesonnenen Parteien in Europa ausbauen. [2] Sie fördert Initiativen, die in und außerhalb der Partei für die Einigung Europas eintreten und durch ihr Engagement zur Zusammenarbeit der Völker Europas beitragen.		
	3. UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE EINE WELT	**3. UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE WELT**		
	Zu Frieden und Sicherheit beitragen	**Zu Frieden und Sicherheit beitragen**		
	Freiheit und Friede	**Freiheit und Friede**		
128 (1)	[1] Oberstes Ziel unserer Friedens- und Sicherheitspolitik ist es, Freiheit und Frieden als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben zu sichern und zu fördern. [2] Internationaler Dialog, Konfliktverhütung und Krisenmanagement, Ausbau der internationalen Rüstungskontrolle und weltweite Verminderung der Rüstungspotentiale sind zentrale Elemente unserer Politik.	[1] Oberstes Ziel einer Friedens- und Sicherheitspolitik der CDU ist es, Freiheit und Frieden als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben zu sichern und zu fördern. [2] Internationaler Dialog, Konfliktverhütung und Krisenmanagement, Ausbau der internationalen Rüstungskontrolle und weltweite Verminderung der Rüstungspotentiale sind zentrale Elemente dieser Politik.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Neues Sicherheitsverständnis	**Neues Sicherheitsverständnis**		
128 (2)	[1] Sicherheit bedeutet für uns mehr als militärische Sicherung. [2] Unser Verständnis von Sicherheitspolitik richtet sich auf alle politischen, wirtschaftlichen, ökologischen, militärischen und kulturellen Anstrengungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker zum Ziel haben. [3] Hierzu gehören der völkerrechtliche Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, die Beilegung religiöser und ethnischer Konflikte, die Verhinderung ökologischer Zerstörungen und die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.	[1] Sicherheit bedeutet für die CDU mehr als militärische Sicherung. [2] Ihr Verständnis von Sicherheitspolitik richtet sich auf alle politischen, wirtschaftlichen, ökologischen, militärischen und kulturellen Anstrengungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker zum Ziel haben. [3] Hierzu gehören vor allem der völkerrechtliche Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, die Beilegung religiöser und ethnischer Konflikte, die Verhinderung der Zerstörung ökologischer Systeme und die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.		
	Bedingung für den Frieden	**Bedingung für den Frieden**		
128 (3)	[1] Die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung sozialer Spannungen sind wichtige Voraussetzungen zur Lösung von Nationalitätenkonflikten. [2] Eine wesentliche Bedingung für den Frieden ist die allseitige Bereitschaft zum Gewaltverzicht und zur unbedingten Achtung der Menschen- und Bürgerrechte ebenso wie der Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten. [2] Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Rahmen dessen für ein internationales Volksgruppen- und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. [3] Völkervertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.	[1] Für die CDU sind wirtschaftliche Entwicklung und Überwindung sozialer Spannungen wichtige Voraussetzungen zur Lösung von Nationalitätenkonflikten. [2] Sie setzt sich für die allseitige Bereitschaft zum Gewaltverzicht und zur unbedingten Achtung der Menschen- und Bürgerrechte als wesentliche Bedingung für den Frieden ein, ebenso für den Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten. [2] Die CDU tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Rahmen dessen für ein internationales Volksgruppen- und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. [3] Völkervertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Außenpolitische Rolle Deutschlands	**Außenpolitische Rolle Deutschlands**		
129	[1] Wir Deutschen sind bereit und in der Lage, unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. [2] Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen können. [3] Wir wollen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann.	[1] Deutschland muß in Bündnissen, denen es angehört, wie alle anderen Partner gemeinsame Aufgaben im Rahmen sich ergänzender Bündnisse, vor allem hinsichtlich der europäischen Verteidigung, in vollem Umfang wahrnehmen können und wahrnehmen.	Zu Satz 1ALT: Ist die CDU berechtigt, für „die Deutschen" Erklärungen abgeben? Vgl. auch lfd. Nr.123 Es geht hier nicht darum, die Kenntnisse der GP-Autoren über die verschiedensten Bündnisse zu reflektieren, sondern um einen Beteiligungsgrundsatz. Es geht hier im übrigen nicht nur um das anzustrebende Beteiligungsrecht Deutschlands, sondern auch um dessen Pflicht, dieses Recht umzusetzen.	83 31 -52
	Bundeswehr	**Bundeswehr**		
130	[1] Wir sind uns des hohen Beitrages bewußt, den unsere Bundeswehr zum Erhalt des Friedens und der Freiheit leistet. [2] Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs-und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. [3] Ihr Verfassungsauftrag spiegelt die Wertgrundlage deutscher Sicherheitspolitik wider. [4] Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr; sie fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas. [5] Die Bundeswehr verteidigt Deutschland	[1] Als nationalen Beitrag zum Erhalt des Friedens und der Freiheit ist als einzig sinnvoller Weg die Beibehaltung und Förderung einer nationalen Armee erforderlich. [2] Die CDU unterstützt eine solche Entwicklung und bekennt sich politisch zu dieser Armee und ihren Mitarbeitern. [3] Sie ist mit allen erforderlichen Mitteln auszustatten, damit sie ihrem Verfassungsauftrag und dabei insbesondere national und international folgenden Aufgaben gerecht werden kann: [3a] - Erhalt der politischen Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands,	Zu Satz 3NEU: Keine abschließende Aufzählung! Zu Satz 2NEU: Unterstützen (vgl. lfd. Nr. 130 (1.1) INT)ALT reicht nicht aus.	108 92 -16

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	und seine Verbündeten, sie dient dem Frieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen; sie hilft bei Katastrophen und unterstützt humanitäre Aktionen. [6] Die Bundeswehr muß mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um ihren Auftrag erfüllen zu können.	[3b] - Förderung der militärischen Stabilität und der Integration Europas. [3c] - Selbstdarstellung als Wertgrundlage deutscher Sicherheitspolitik [3d] - Hilfe bei Katastrophen und Unterstützung humanitärer Aktionen.		
130 (1.1) INT	**Allgemeine Wehrpflicht** [1] Wir treten für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht ein. [2] Dies setzt Wehrgerechtigkeit voraus. Es ist Bürgerpflicht, für Freiheit und Sicherheit einzutreten. [3] Als Bürger in Uniform verdienen die Soldaten der Bundeswehr unsere volle Unterstützung.	**Allgemeine Wehrpflicht** [1] Die CDU tritt für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht ein. [2] Dies setzt Wehrgerechtigkeit voraus. [3] Es ist Bürgerpflicht, für Freiheit und Sicherheit einzutreten.	Zu Satz 4ALT: Das gilt für die Armee als ganzes wie für die Soldaten im enzelnen. Daher verschoben nach lfd. Nr.130 Satz 2NEU.	32 21 -11
131	**Europäische Sicherheit** [1] Wir wollen, daß die Europäische Union künftig eine größere Verantwortung im Rahmen der europäischen Friedenssicherung übernimmt. [2] Bei der Wahrung von Sicherheit und Frieden in und für Europa bleiben wir auch in Zukunft auf die Partnerschaft mit unseren nordamerikanischen Verbündeten und deren militärische Präsenz in Europa angewiesen. [3] Wir wollen mit unseren Freunden und Partnern ein Netz europäischer Sicherheit knüpfen, in dem sich NATO, WEU und	**Europäische Sicherheit** [1] Die CDU will, daß die Europäische Union eine größere Verantwortung im Rahmen der europäischen Friedenssicherung übernimmt. [2] Dabei muß die Partnerschaft mit außereuropäischen verbündeten demokratischen Staaten und deren militärische Präsenz in Europa als indisponibel gelten.	Zu Satz 1ALT: „künftig“ ist überflüssig. Oder soll die EU *in der Vergangenheit* eine gößere Verteidigungsrolle übernehmen??? Zu Satz 3ALT: Siehe lfd. Nr.129NEU	66 34 -32

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	KSZE ergänzen.			
	Rolle der NATO	**Rolle internationaler Verteidigungsbündnisse**		
132 (1)	[1] Die Verteidigung der Mitgliedsstaaten der NATO bleibt auch in Zukunft der primäre politische und militärische Zweck des Bündnisses. [2] Dazu gehört die Beibehaltung der nuklearen Schutzgarantien für die Mitgliedsstaaten. [3] Deutschland bleibt als nicht-nuklearer Staat auch weiterhin auf den Schutz durch die westlichen Nuklearstaaten, vor allem die USA, angewiesen. [4] Der Schutz vor nuklearer Erpressung ist durch die weltweite Verbreitung von Technologien, die auch anderen Staaten die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungsmittel ermöglicht, für Deutschland und Europa von großer Bedeutung.	[1] Die Verteidigung der Mitgliedsstaaten muß der primäre politische und militärische Zweck der Bündnisse bleiben. [2] Dazu gehört die Beibehaltung der nuklearen Schutzgarantien für die Mitgliedsstaaten, insbesondere für solche, die über keine Nuklearwaffen verfügen..		75 32 -43
	Neue Aufgaben der NATO	**Neue Aufgaben internationaler Verteidigungsbündnisse**		
132 (2)	[1] Die NATO ist zum Partner der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und der Staaten Mittel -, Ost- und Südosteuropas geworden. [2] Wir wollen, daß auch durch eine aktive Partnerschaft für den Frieden den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten eine Zusammenarbeit mit der NATO einschließlich der langfristigen Perspektive einer Mitgliedschaft im Einzelfall möglich und die	[1] Die CDU will, daß im Falle zunehmender Entspannung zwischen Verteidigungsbündnissen oder der Auflösung einzelner Bündnisse die verbleibenden die Verantwortung für neue friedensstrategische Partnerschaften übernehmen und diese vertiefen.		94 27 -67

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Kooperation mit Rußland zu einer strategischen Partnerschaft vertieft wird. [3] Die NATO muß durch kollektives Krisenmanagement - auch mit ihren Partnern - dazu beitragen, Krisen und Konflikte zu verhüten und zu lösen, die eine Gefahr für die europäische Sicherheit und Stabilität werden können.			
132 (3)	**WEU** [1] Wir wollen den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses stärken, indem wir die WEU ausbauen. [2] Sie wird in enger Verknüpfung mit den Institutionen des Nordatlantischen Bündnisses die Atlantische Allianz stärken und fortentwickeln. [3] Wir brauchen europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit, auch um im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen zu können.	**Verteidigungsrolle Europas** [1] Die WEU ist als „europäischer Pfeiler" eines Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zu entwickeln und zu sichern. [3] Die CDU hält europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit für erforderlich, damit Europa im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen kann.		
132 (4)	**Partnerschaft mit den USA** [1] Unsere Partnerschaft mit den USA liegt auch angesichts der stark gestiegenen Bedeutung der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik in deutschem Interesse. [2] Die Fortentwicklung der Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds und GATT erfordert die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den USA.	**Partnerschaft mit den USA** [1] Die Partnerschaft Deutschlands mit den USA ist als bewährte Tradition und vor dem Hintergrund der Bedeutung internationaler Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik und der ausführenden Institutionen zu bestärken		

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	UNO	**UNO**		
133 (1)	[1] Das geeinte Deutschland muß in den Vereinten Nationen mehr Verantwortung übernehmen. [2] Wir wollen, daß die UNO zukünftig wirksamer zur Konfliktvermeidung und -verhütung beitragen kann und daß ihre Eingreifmöglichkeiten zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens verbessert werden. [3] Deshalb müssen wir die Vereinten Nationen stärken und ihre Handlungsfähigkeit ausbauen. [4] Insbesondere müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Menschenrechte und bei schweren Umweltverbrechen weiter entwickelt werden. [5] Dazu gehört auch eine internationale, mit Sanktionen ausgestattete Gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Veränderungen international anerkannter Grenzen.	[1] Deutschland muß in den Vereinten Nationen einen deutlichen Anteil ihrer Verantwortung übernehmen. [2] Die UNO müssen wirksam zur Konfliktvermeidung und -verhütung beitragen können. [3] Ihre Eingreifmöglichkeiten zur Sicherung und Wiederherstellung von Frieden sind zu effektivieren. [4] Insbesondere müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Menschenrechte und bei schweren Verbrechen an der Umwelt weiterentwickelt werden. [5] Dazu gehört auch eine internationale, mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattete Gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Veränderungen international anerkannter Grenzen [6,] Die Aufgabe, die UNO zu stärken, muß sich auch auf ihre Wirksamkeit einschließlich ihrer Unterorganisationen bei der Katastrophenbekämpfung, der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und bei der Lösung von Flüchtlingsproblemen erstrecken. .	Zu Satz 2ALT: UNO ist ein Pluralwort und kein Kartenspiel. Zu Satz 3NEU: *Den* Frieden werden wir so schnell nicht wiederherstellen können, wenn es ihn überhaupt materiell (Paradies einmal beiseitegelassen) je gab Zu Satz 3ALT: Das ist doch schon in Satz 2ALT (2NEU, 3NEU) gesagt Zu Satz 5ALT: Es geht nicht um Sanktionen, sondern um Sanktion*smöglichkeiten*.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	UNO und KSZE	✕		
133 (2)	[1] Zugleich muß die institutionelle Stärkung zu einer größeren Wirksamkeit der UNO und ihrer Unterorganisationen bei der Katastrophenbekämpfung, der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und bei der Lösung von Flüchtlingsproblemen genutzt werden. [2] Als Regionalorganisiation der UNO hat die KSZE wichtige ergänzende Funktionen in Europa.	✕	Satz 1 nach lfd. Nr.133 (1) Hier fehlt im übrigen die Grundsätzlichkeit	
	Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Waffen			
134	[1] Zentraler Bestandteil von Friedens- und Sicherheitspolitik ist die weltweite Abrüstung, Rüstungskontrolle und wirksame europäisch koordinierte Einschränkung der Rüstungsexporte. [2] Waffenlieferungen müssen der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens dienen. [3] Die Verbreitung moderner Massenvernichtungswaffen zu verhindern ist die wichtigste Aufgabe internationaler Rüstungskontrolle. [4] Die Ächtung der biologischen und chemi-	[1] Als zentrale Bestandteil von Friedens- und Sicherheitspolitik sind weltweite Abrüstung, Rüstungskontrolle und eine wirksame europäisch koordinierte Einschränkung der Rüstungsexporte umzusetzen [2] Waffenlieferungen müssen der Erhaltung oder Wiederherstellung von Frieden dienen. [3] Internationaler Rüstungskontrolle muß sich vor allem die Verbreitung moderner Massenvernichtungswaffen verhindern. [4] Die Ächtung biologischer und chemi-	Zu Satz 1ALT: Es muß „sind“ heißen. Zu Satz 4ALT: Es geht nicht um *die* chemischen Waffen, sondern um chemische Waffen heute und morgen. „Der“ kann immer zu der Frage „Wer genau?“ führen.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schen Waffen muß durchgesetzt werden. [5] Wir treten für die unbefristete Verlängerung und weltweite Durchsetzung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ein. [6] Dieser muß auch eine Verpflichtung zur Erfassung des weltweit verfügbaren waffenfähigen Nuklearmaterials beinhalten.	scher Waffen muß durchgesetzt werden. [5] Die CDU tritt für die unbefristete Verlängerung und weltweite Durchsetzung sowie Schließung von nuklearer Nichtverbreitungsverträge ein. [6] Diese müssen auch zu einer Verpflichtung zur Erfassung des weltweit verfügbaren waffenfähigen Nuklearmaterials führen.		
	Entwicklungspartnerschaft - Hilfe zur Selbsthilfe leisten **Prinzipien unserer Entwicklungspolitik**	**Entwicklungspartnerschaft - Hilfe zur Selbsthilfe leisten** ✕		
135	[1] Entwicklungszusammenarbeit heißt für uns Entwicklungspartnerschaft. [2] Wir respektieren unterschiedliche religiöse und kulturelle Wertvorstellungen sowie politische und soziale Traditionen. [3] Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit setzt aber Eigenanstrengungen der betreffenden Länder für die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtssicherheit, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung und eine Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns voraus; ebenso fordern wir Abrüstung, soziale Reformen und Umweltschutzmaßnahmen. [4] Wo solche Eigenanstrengungen nicht erbracht werden, kann Hilfe von außen keine dauerhaften Veränderungen bewirken, sondern bestenfalls akute Notlagen mil-	[1] Entwicklungszusammenarbeit heißt für die CDU Entwicklungspartnerschaft. [2] Sie tritt ein für Hilfe zur Selbsthilfe, die dazu beiträgt, die eigenen Kräfte der Bevölkerung zu mobilisieren, dauerhafte selbsttragende Strukturen zu bilden und ausreichende Freiräume für privates Handeln und Selbsthilfeorganisationen zu schaffen. [3] Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit muß sich daher primär auf Eigenanstrengungen der zu unterstützenden Länder gründen können. [4] Das gilt vor allem für die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtssicherheit, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung und eine Entwicklungsorientierung staatlichen Han-	Zu Satz 2ALT: Das tun wir schon in lfd. Nr. 7 Satz 3NEU, auch lfd. Nr.6 u. 63 (3). Das alles versteht sich im Grunde auch von selbst. Zu Satz 4NEU: Abrüstung kann bei militärisch schwachen Partnern nicht immer aufgefangen werden. Abrüstung kommt nur in Frage, wenn eine ausreichendes Abschreckungspotential verbleibt. „Reform“ ist ein Schlagwort. Manchmal liegt es wirklich nicht an den sozialen Strukturen, daß die übrigen Lebensumstände katastrophal sind.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	dern. [5] Wir treten ein für Hilfe zur Selbsthilfe, die dazu beiträgt, die eigenen Kräfte der Bevölkerung zu mobilisieren, dauerhafte selbsttragende Strukturen zu bilden und ausreichende Freiräume für privates Handeln und Selbsthilfeorganisationen zu schaffen.	delns. [5] Gleiches gilt für eine Absage an Aufrüstung und für eine Konsolidierung der sozialen Systeme und der Umweltschutzmaßnahmen. [6] Entwicklungshilfe muß auf dieser Grundlage dauerhaft positive Veränderungen bewirken, anstatt ansonsten bestenfalls akute Notlagen mildern zu können.		
	Umweltaußenpolitik	X	Überschrift auch in lfd. Nr. 161	
136 **(1)**	[1] Wir sehen in einer freiheitlichen und sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, die Entwicklung in den armen Ländern zu fördern. [2] Wir betrachten die Entwicklungspartnerschaft zugleich als Teil der globalen Umweltpartnerschaft und damit auch als eine Aufgabe der Umweltaußenpolitik. [3] Die reichen Industriestaaten müssen bereit sein, ihr Verhalten dort zu ändern, wo es zu Ungerechtigkeiten in der Welt beiträgt. [4] Wir werden unseren Beitrag zur Lösung der internationalen Schuldenkrise leisten und Schuldenerlaß mit Umweltschutz verbinden.	X	Durch lfd. Nr. 161 im wesentlichen erledigt Vgl. z.B. zu „Schuldenerlaß" lfd. Nr.161 (2) Satz 4ALT und lfd. Nr. 161 (2)NEU	78 0 -78

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Freies Welthandelssystem			
136 (2)	[1] Ein Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bringt Vorteile für alle. [2] Wir setzen uns deshalb für den Abbau des Protektionismus und die Öffnung der Märkte ein. [3] Die Entwicklungsländer werden aber im internationalen Wettbewerb nur dann eine Chance haben, wenn wir ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Innovationsfähigkeit fördern. [4] Ohne die Öffnung der Märkte und ohne die Chance, zu marktgerechten Preisen Produkte abzusetzen, muß Entwicklungspartnerschaft erfolglos bleiben. [5] Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Auskommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann.	[1] Ein für alle Beteiligten vorteilhaftes Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr ist voranzubringen. [2] Protektionismus ist kompromißlos zugunsten einer Öffnung der Märkte zu bekämpfen. ⇒⇒ *Rest als 137 (0)* ⇒⇒	Zu Satz 3ALT bis 5ALT: In lfd. Nr.137(0)NEU	
	Entwicklungszusammenarbeit	**Entwicklungszusammenarbeit**		
137 (0)	@	[1] Die CDU sieht für Entwicklungsländer im internationalen Wettbewerb nur dann eine nachaltige Existenzgrundlage, ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Innovationsfähigkeit gefördert wird. [4] Entwicklungspartnerschaft erfordert eine Öffnung der Märkte und Chancen für alle Beteiligten, zu marktgerechten Preisen Produkte abzusetzen. [5] Entwicklungsländer sind bei der Stär-	aus lfd. Nr.136 (2)ALT Satz 3 bis 5	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		kung ihrer Binnenmärkte als vordringliche Aufgabe zu unterstützen, damit die Bevölkerung langfristig ihr Auskommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann.		
137 (1)	[1] Wir wollen eine kontinuierliche Entwicklungshilfe, die ihre finanzielle, technische und personelle Hilfe vorrangig auf die ärmsten Länder und Bevölkerungsschichten konzentriert. [2] Eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit muß gezielt dazu beitragen, daß Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ihrer Länder teilnehmen und aus ihr Nutzen ziehen können. [3] Das Bevölkerungswachstum wird nur durch bessere Bildung und Ausbildung, höheren Lebensstandard und verantwortliche Familienplanung reduziert werden können.	[1] Die CDU setzt sich deshalb für eine nachhaltige wirksame Entwicklungshilfe ein. [2] Ihre finanzielle, technische und personelle Hilfe soll sich vorrangig auf die ärmsten Länder und Bevölkerungsschichten konzentrieren. [3] Entwicklungszusammenarbeit ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. [4] Dem Staat kommt daher zuvorderst die subsidiäre Aufgabe zu, die Entwicklungshilfearbeit privater Initiativen und Organisationen zu fördern.	Zu Satz 2NEU: Das „soll" heißt, daß es gelegentlich Sinn macht, durch Förderung stärkerer Partner einen mittelbaren Effekt zugunsten des angesprochenen Kreises „ärmste Länder und Bevölkerungsschichten" zu erzielen. Zu Satz 3NEU und 4NEU: Aus lfd. Nr.138 Zu Satz 3ALT: Was heißt „verantwortliche Lebensplanung"? Die Verantwortlichkeit ergibt sich zweifellos aus den lokalen Wertsetzungen, die nicht zwingend Wertsetzungen auf der Basis des „C" (aus „CDU") erfolgen und somit zu Ergebnissen in der Bevölkerungsentwicklung führen können, die ebenso nicht im Sinne des „C" (dto.) liegen.	
137 (2)	[1] Ein wesentliches Anliegen jeder Entwicklungszusammenarbeit müssen auch die Interessen der Kinder sein. [2] Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder nicht mehr Kinderarbeit leisten müssen, und wenden uns dagegen, daß Jugendliche unter 18 Jahren zum Kriegsdienst herangezogen werden.	[1] Eine Reduktion eines im Verhältnis zu jeweilig mittelfristig zu erwartendenden Lebensumfeldern zu hohen Bevölkerungswachstums ist auf freiwilliger Basis zu befördern. [2] Als wesentliche Faktoren, hierfür sind vor allem eine solide Bildung und Ausbildung, die Entwicklung eines hohen Lebensstandards und eine bewußte Familienplanung anzusehen.	Zu Satz 1NEU: siehe auch umfassend lfd. Nr. 147	
137 (3)		[1] Eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit muß gezielt dazu beitra-	Hier geht es um die Betroffenen Zu Satz 3NEU (lfd. Nr.137 (2) Satz 2ALT): Das	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	@	gen, daß Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ihrer Länder teilnehmen und aus ihr Nutzen ziehen können. [2] Ein wesentliches Anliegen jeder Entwicklungszusammenarbeit muß auch die Wahrung der Interessen von Kindern sein. [3] Die CDU engagiert sich dafür, daß Kinderarbeit unterbleibt und daß daß Jugendliche unter 18 Jahren nicht zum Kriegsdienst herangezogen werden.	„mehr" kann auch mißverstanden werden, etwa wie „Kinderarbeit beibehalten, aber nicht noch mehr davon".	
	Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit	✕		
138	[1] Entwicklungszusammenarbeit ist aus Verantwortung für die Eine Welt, in der wir alle leben, Aufgabe der gesamten Gesellschaft. [2] Nicht-Regierungsorganisationen, wie die der Kirchen und die politischen Stiftungen, haben in den vergangenen Jahrzehnten in hervorragender Weise bewiesen, daß sie in der Lage sind, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern unmittelbar zu helfen. [3] Ihr Engagement ist eine unverzichtbare Ergänzung staatlicher Maßnahmen und besonders unterstützenswert. [4] Dem Staat kommt die subsidiäre Aufgabe	⇒⇒ *137* ⇒⇒	Warum als Solo-Thema? Verteilt auf lfd. Nr.137NEU	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	zu, private Initiativen zu fördern. [5] Auch das private Engagement von Einzelpersonen verdient Unterstützung. [6] Die hohe Zahl freiwilliger Spenden zeigt die Bereitschaft der Menschen zum Teilen.			
	Kulturaustausch und deutsche Minderheiten im Ausland unterstützen	**Deutsche im Ausland unterstützen, Kenntnisse über Deutschland vermitteln**		
	Kulturaustausch	**Kulturaustausch**		
139	[1] Wir wollen den internationalen Kulturaustausch fördern, der für das umfassende Wissen um die Lebensumstände, Wünsche und Interessen, Mentalitäten und Sitten anderer Menschen und Völker notwendig ist. [2] Auswärtige Kulturpolitik ist ein notwendiger Beitrag zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker und integraler Bestandteil unserer Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik. [3] Eine der Aufgaben muß es sein, deutsche Sprachkenntnisse und Kultur sowie ein Bild von Deutschland im Ausland zu vermitteln. [4] Ebenso können wir durch das Erlernen fremder Sprachen, Auslandsaufenthalte und Patenschaften andere Kulturen verstehen lernen.	[1] Die CDU unterstützt internationalen Kulturaustausch zur Förderung eines umfassenden Wissen um die Lebensumstände, Wünsche und Interessen, Mentalitäten und Sitten anderer Menschen und Völker. [2] Sie trägt so zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker und zur Vermittlung von Kenntnissen über Deutschland, deutscher Sprache und Kultur im Ausland bei.		
	Deutsche Minderheiten	**Deutsche außerhalb Deutschlands, deutsche Heimatvertriebene**		
140	[1] Die Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen im Ausland erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den	[1] Die deutschen Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen im Ausland erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwi-	Zu Satz 6ALT: Was heißt hier „sofern sie dies wünschen"? Ermöglichen muß auch im gegenteiligen Falle aus freiheitlich grundsätzlichen Gesichtspunkten zulässig sein, da dadurch ja niemand zu Bleiben gezwungen	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Nationen. [2] Insbesondere die Deutschen, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, können bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfen, so wie die Heimatvertriebenen für den Wiederaufbau in Deutschland und die Versöhnung zwischen den Völkern einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben. [3] Die Deutschen, die einst dort gelebt haben, haben besondere Bedeutung in der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu diesen Völkern. [4] Wir haben gegenüber den deutschen Volksgruppen im Ausland aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung. [5] Durch Verträge mit den betreffenden Staaten und durch vielfältige direkte Hilfe tragen wir dazu bei, die Lebensbedingungen der deutschen Minderheiten, ihre Volksgruppenrechte und kulturelle Eigenständigkeit zu verbessern. [6] Unsere Politik kann dazu beitragen, ihnen ein Bleiben zu ermöglichen, sofern sie dies wünschen. [7] Wir fördern die Pflege ihrer Sprache, Lebensformen und kulturellen Traditionen und setzen uns für den Erhalt der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Kultur in diesen Regionen ein. KAPITEL VI **FÜR DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG**	schen den Nationen. [2] Im Engagement deutscher Heimatvertriebener in Deutschland für den Wiederaufbau wie auch das der Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik geblieben sind, sieht die CDU einen nachhaltigen Beitrag für die Versöhnung zwischen den Völkern. [3] Deutsche, die ihre Heimat verlassen haben, haben besondere Bedeutung in der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den dort lebenden Völkern. [4] Gegenüber den deutschen Volksgruppen im Ausland müssen Deutsche aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung wahrnehmen. [6] Christlich Demokratische Politik muß dazu beitragen, außerhalb Deutschlands lebenden Deutschen ein Bleiben zu ermöglichen. [7] Schwerpunkt ist dabei die Pflege ihrer Sprache, ihrer Lebensformen und kulturellen Traditionen und der Einsatz für den Erhalt der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Kultur in den betroffenen Regionen.	wird.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	1. UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG ANNEHMEN **Ethische Grundlagen**			
141	[1] Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschen geworden. [2] Ohne den erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine tragfähige menschliche Entwicklung nicht möglich. [3] Unsere Verantwortung für die Schöpfung erstreckt sich auch auf die Mitwelt Natur im ganzen Reichtum ihrer Erscheinungen. [4] Wir Christlichen Demokraten wenden uns gegen die These, der Mensch sei einer ethischen Steuerung des von ihnen in Gang gesetzten technischen Fortschritts nicht fähig. [5] Zwischen seiner moralischen und technischen Vernunft klafft kein unüberbrückbarer Abgrund. [6] Der Mensch hat die Kompetenz und die Pflicht, moralisch verantwortbar mit dem umzugehen, wozu er technisch in der Lage ist. [7] Dies zu leisten gehört zur Größe seiner Bestimmung als Geschöpf Gottes. [8] Diese Erkenntnis gibt uns die Kraft und Motivation, technische Fortschritte zu erzielen, die auch sozialen und umweltpolitischen Anforderungen immer besser genügen.	[1] Eine vorrangige Aufgabe der Menschen ist auf der Grundlage des Christentums die Bewahrung und Weiterentwicklung der Schöpfung. [2] Die damit einhergehende, dem Menschen von Gott übertragene Verantwortung umfaßt menschliche Umwelt in ihrem ganzen Reichtum ihrer Erscheinungen. [3] Der Mensch hat die Pflicht und die Fähigkeit, eigene Kompetenzen zu entwickeln und fortzuführen, um den damit verbundenen Verpflichtungen gerecht zu werden.	Zu Satz 1ALT: Was heißt hier „geworden“, so war es schon immer! Schöpfung umfaßt auch den Menschen, insoweit ist Satz 2ALT überflüssig. Man kann nur für eine Umwelt Verantwortung übernehmen, die man erkennt (geistig oder sogar manuell erfaßt) und das ist nun einmal nur Umwelt aus menschlicher Sicht. Zu dieser Umwelt gehören auch andere Menschen („Mitmenschen“). Der Begriff „Mitwelt“ ist eine unzulässige Distanzierung von Teilen eigener Umwelt. Das Thema „Technik“ ist nicht einleitend zu erörtern, zumal sie in Kap. VI/2 erneut auftaucht. Siehe auch lfd. Nr.150ALT/NEU. Zu Satz 3ALT: Das ist wieder einer der zahlreichen Versuche des Antragstellers, sich um die eindeutige Aussage „Mensch=Natur“ herumzudrücken. Zu Satz 4ALT: Unzulässiger Zirkelschluß. Wäre denn der nach Maßgabe des Grundsatzprogrammes gegebene Fortschritt immer noch ein Fortschritt im Sinne des GPs, wenn er nicht ethisch steuerbar wäre? Im übrigen müßte hier positiv und nicht mit „wir wenden uns gegen die These....“ (wessen These aus welcher Zeit, vor welchem sozialen, technischen und möglicherweise ideologischen Hintergrund?) formuliert werden. Hierbei könnte man angesichts dessen, was an täglich neuen sinnvollen und unsinnigen Thesen auf den „politisch programmatischen Markt“ geschüttet wird, alleine zu diesem Thema ganze Dementi-Bücher füllen. PARALLELE lfd. Nr.1 (2) Satz 2ALT Zu Satz 5ALT: Was ist „Moralische Vernunft“? Wer sagt denn, daß da überhaupt ein „Abgrund besteht (These von wem? S.o.)? Zu Satz 6ALT: Hier wird bereits durch den Begriff „Wozu“ der Umgang mit Arbeitsergebnissen beurteilt. Es geht aber doch zunächst um die Arbeit selbst. Gegenfrage: Hat der Mensch etwa nicht zumindest die Pflicht, moralisch verantwortbar auch mit dem umzugehen, wozu er wenigstens momen-	126 57 -69

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			tan nicht technisch in der Lage ist? PARALLELE lfd. Nr.142 Zu Satz 7ALT: Das gehört nicht zur Größe seiner Bestimmung als Geschöpf Gottes, sondern das ist ganz einfach eine Aufgabe, die speziell der Mensch und kein anderes Geschöpf Gottes aufgetragen bekam (vgl. 1.Mos.2$_{15}$), nämlich den Garten Eden (bzw. nach dem „Rauswurf" seine neue Umwelt) nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln. Zu Satz 8ALT: Es geht hier beim Gemeinten nicht um eine Erkenntnis (das klingt ja gerade so, als ob das die CDU erst jetzt herausgefunden hat), sondern um ein Faktum. Aber warum werden soziale und umweltpolitische Anforderungen getrennt? Sind nicht gerade umweltpolitische Anforderungen per se auch klassische sozialpolitische Anforderungen? In lfd, Nr.145 ff. werden derartige Verwobenheiten unabhängig davon, ob das dort zu schlüssigen programmatischen Folgerungen des Leitantragstellers geführt hat, ausführlich angesprochen.	
141 F				
	Verantwortlicher Umgang mit Technik			
142	[1] Technisches Können entspringt der schöpferischen Gabe des Menschen. [2] Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es sowohl eines Höchstmaßes an technischen Sicherheitsstandards als auch der moralischen Integrität der Menschen, die Technik anwenden und kontrollieren. [3] Zudem verlangt der Umgang mit Technik	[1] Schöpfung durch Technik weiterzuentwickeln setzt fortwährende Wahrhaftigkeit und selbstbewußt wahrgenommene Verantwortung im Wirken mit Technik und damit verbundenen Risiken voraus. [2] Rechtliche Regelungen zur Anwendung von Technik sind notwendig, aber gegenüber der Verpflichtung zur	Der Mensch hat nicht die Gabe zur Schöpfung, sondern zur Weiterentwicklung und Bewahrung von Schöpfung. Satz 1ALT ist unlogisch, technisches Können kann auch rein instinktiver Herkunft sein. Anders wäre das mit bewußter technischer Gestaltung. Zu Satz 1NEU: Damit sind Satz 1ALT und Satz 4ALT erledigt. Ohnehin geht es im Sinne einer harmonisierenden Synthese von Ökonomie und Ökologie nicht nur um Risiken zu Lasten menschlichen Lebens im physiologischen Sinne Was hat es im üb-	97 62 -35

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	eine Absicherung durch ein wirksames Umweltrecht, das wir weiterentwickeln wollen. [4] Wir Christliche Demokaten verdrängen nicht die Risiken, denen menschliches Leben ausgesetzt ist. [5] Wir sind bereit, unsere Entscheidungen immer wieder auf den Prüfstand moralischer Verantwortbarkeit und neuer Erkenntnisse zu stellen. [6] Wir fordern alle Verantwortlichen in Wissenschaft und Technik auf, sich dieser Prüfung zu stellen.	Verantwortlichkeit des Einzelnen subsidiär. [3] Im übrigen ist verantwortliche Arbeit mit Technik von der Fähigkeit zur Wahrnehmung neuer Erkenntnisse und eine darauf beruhende, immer aufs neue stattfindende Prüfung bisheriger Arbeitsergebnisse abhängig.	rigen in einem GP zu suchen, was wir nicht tun (wie wäre es mit „Wir ermorden nicht unsere säumigen Beitragszahler"?)? Zu Satz 2ALT: Warum nur Umweltrecht? Man kann sich bei regel- und rechtswidrigem Umgang mit Elektrizität (z.B. seitens illegaler Heimwerker-Elektriker) auch abseits jeglichen Umweltrechtes tödliche Stromschläge - deren „technischer" Charakter im Sinne dieser Programmpassage kaum anzuzweifeln ist - einhandeln. PARALLELE (SYS) lfd. Nr. 155 Satz 5ALT Zu Satz 6ALT: Eine solche Aufzählung erübrigt sich aufgrund Satz 1NEU. Die Aufzählung bliebe ansonsten klischeéhaft, weil mit Kriterien versehen, die sich im Grunde so nicht trennen lassen. Wer zu Beginn schreibt, daß technisches Können der schöpferischen Gabe des Menschen entspringe, darf, auch wenn diese Formulierung nicht richtig ist, nicht nach Dritten rufen, das zu tun, was man sich samt „C" selber aufzuerlegen hat. Anforderungen an Dritte gehören nicht in ein GP, sondern zu dessen Anwendungsbereichen, wenn mit dem „C" vereinbar. Im Ganzen erlaubt diese lfd. Nr., zu fragen, ob hiermit (sei es alte oder neue Formulierung) die derzeit geltende Haftungsregelung zum Betrieb von Kernkraftwerken vereinbar wäre.	
	Herausforderungen für die Menschheit			
143 **(1)**	[1] Die gesamte Menschheit steht vor einer einzigartigen Herausforderung: [2] Wir müssen erkennen, daß wir durch die Art unseres wirtschaftlichen Handelns, unseren Lebensstil sowie das weltweite Bevölkerungswachstum die Lebensbedingungen im Ökosystem erde so verändert haben und weiter verändern, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet sind. [3] Die immer länger werdendenroten Listen von bedrohten oder bereits ausgestorbe-	[1] Persönliche Lebensstile und die Art wirtschaftlichen Handelns dürfen das Ökosystem Erde nicht so verändern, daß dies zu dessen nachhaltiger oder erheblichen Beeinträchtigung führt. [2] In diesem Sinne sind die Lebensbedingungen im Ökosystem Erde sind so zu stabilisieren, daß menschliches Leben und Überleben nicht gefährdet sind. [3] Gleichermaßen Arten von Pflanzen und Tieren standortgerecht zu erhalten.	Zum einen steht die Menschheit immer vor dieser genannten Herausforderung und zum anderen ist das deshalb nicht in ein Grundsatzprogramm aufzunehmen. Zu Satz 2ALT: Das ist eine sinnlose Definition einer Kollektivschuld, also CDU-unwürdig. Da müssen wir es eher mit dem Slogan der CDU Brandenburg „Wir haben gemeinsam viel vor" halten. Wenn wir aber im übrigen erkennen sollten, daß wir das Ökosystem Erde <u>weiter</u> zu seinem Nachteil veränderten, also nicht nur verändert haben, dann stimmte etwas mit unserer Partei nicht. Der Text konterkariert im übrigen durch Sachaussagen das „wir müssen erkennen" und es wäre	130 99 -31

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	nen Tieren und Pflanzen, die Veränderung des Klimas auf unserer Erde sowie die Vernichtung großer Teile der Wälder sind unübersehbare Zeichen unseres Fehlverhaltens. [4] Sie machen ebenso wie ständig wachsende Müllberge, die Altlasten in unseren Böden, der ansteigende Verbrauch von Boden und Landschaft sowie die Verschmutzung von Luft und Wasser deutlich, daß wir in den vergangenen Jahrzehnten zu Lasten von Natur und Umwelt gelebt und unseren Wohlstand mit hohen ökologischen Hypotheken erkauft haben.	[4] Wasser, Boden und Atmosphäre dürfen nur so weit belastet werden, daß diese Güter die jeweiligen Belastungen verarbeiten auch können. [5] Überlastungen von Umwelt sind hingegen unzulässig, weil dadurch verfolgte Ziele mit hohen ökologischen Hypotheken erkauft würden, was dem Nachhaltigkeitsprinzip zuwiderliefe.	auch peinlich, hätten wir das Beschriebene alles, wenn auch mit weniger Pathos, erst 1994 erkannt. Zu Text lfd. Nr.143 (1)NEU: Das Lamento (s.o.) über das ökologische Unheil wurde programmatisch umgepolt.	
	Weltweiter Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur			
143 (2)	[1] Wir brauchen einen weltweiten Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur. [2] Wirksamer Umweltschutz beginnt im eigenen Land. [3] Er kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es darüber hinaus gelingt, möglichst alle Staaten der erde für die Bewahrung der Schöpfung zu gewinnen.	[1] Wirksamer Umweltschutz beginnt im eigenen Land. [2] Darüber hinaus muß das Ziel verfolgt werden, möglichst alle Menschen auf der Erde, einen jeden nach seinen Traditionen und Kulturen, auf der Grundlage gegenseitigen Lernens für die Bewahrung und Entwicklung der Schöpfung zu gewinnen. [3] Notwendig ist ein weltweiter Verständigungsprozeß zwischen Natur .und Mensch als ihrem einzigen Bestandteil, der bewußt Verantwortung wahrnehmen kann.	Zum einen ist von Bedeutung, daß andere Kulturen zu berücksichtigen sind, weil „unsere" Vorstellung von Schöpfung" zumindest nicht so universal ist, daß möglicherweise gleich gemeintes auch gleich gesagtes ist. Das widerspricht nicht der an anderer Stelle zitierten Aussage von Konfuzius, daß dann, wenn das Gesagte nicht das Gemeinte ist, das Volk nicht weiß, wohin Hände und Füße setzen. Vielmehr wird so berücksichtigt, daß jede Sprache ein Eigenleben hat (z.B. hat ein auf Deutsch beschriebener Zustand einen statischen Charakter, im Hebräischen wird dieser Zustand zu einem Tun; zweifellos in interessanter Ansatz, wie man ökologische Zusammenhänge unter Einbezug „toter" Gegenstände als ökologische Dynamik lingual zum Leben erwecken könnte). Die Formulierung, daß man eine Entspannung zwischen Mensch und Natur brauche, macht es sich zu leicht. Die Komplikation liegt darin, daß der Mensch Teil von Natur ist. Der Begriff „Verständigungsprozess" rechtfertigt sich zum einen in einer Annäherung an „hebräische Denke" und ganz praktisch darin, daß auch Natur Eindrücke und damit Informationen vermittelt, die Sache also keine Info-Einbahnstraße ist.	37 58 +21

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Das Prinzip der Gesamtvernetzung			
144	[1] Wir Christliche Demokraten wollen unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leisten. [2] Im Mittelpunkt steht für uns dabei ein Verständnis von Schöpfung, das Mensch, Natur und Umwelt als Einheit begreift. [3] Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur; sein Handeln muß dem Rechnung tragen. [4] Dafür ist es notwendig, unsere Prinzipien um ein neues zu ergänzen: [4a] das Prinzip der Gesamtvernetzung - die Rückbindung all unseren Handelns und Wirkens in das tragende Netzwerk der Natur. [5] Bewahren heißt für uns Gestalten, damit die Zusammenhänge und Wechselseitigkeiten im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden.	⇒⇒⇒⇒ *1, 11* ⇒⇒⇒⇒	Im wesentlichen in lfd. Nr.1NEU u. 11NEU abgearbeitet	
	2. WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNIK IN VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG FÖRDERN			
	Chancen und Risiken			
145	[1] Mit den ständig wachsenden Einsichten in die Konstruktionsmuster der Natur, die uns Wissenschaft und Forschung vermitteln, steigt auch unsere Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt. [2] Die Folgen der technischen Umsetzung dieser Erkenntnisse sind heute weitreichender und weniger umkehrbar als in der Vergangenheit.	[1] Mit zunehmendem Wissensstand, vor allem ver- und ermittelt durch Wissenschaft und Forschung, müssen Menschen eine daraus erwachsene wachsende Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. [2] Sie müssen befähigt werden, zunehmend längerfristige Perspektiven zu überblicken.	Diese lfd. Nr. enthält sehr viel unprogrammatisches! Zu Satz 2ALT: Das kann man so pauschal nicht sagen! Zu Satz 6ALT: „Anwendungsmöglichkeiten“ von was? XXXXX	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[3] Die Fortschritte vor allem in der Bio- und Gentechnologie, aber auch in der Medizin eröffnen uns neue Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Wirkungsweisen der Natur. [4] Sie erlauben uns, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, die früher hingenommen werden mußten. [5] Sie geben uns die Chance zu erheblicher Steigerung der Nahrungserzeugung, damit Armut und Hunger in der Welt überwunden werden können. [6] Wir müssen lernen, Kosten und Nutzen abzuschätzen, und bereit sein, auf Anwendungsmöglichkeiten zu verzichten, wenn die Risiken und Gefahren ethisch nicht vertreten werden können.	[3] Der Einzelne muß Kosten und Nutzen der Anwendung übernommenen Wissens abzuschätzen in der Lage sein. [4] Er muß bereit sein, auf Anwendungsmöglichkeiten dieses Wissens zu verzichten, wenn damit verbundene Risiken und Gefahren ethisch nicht vertreten werden können.		
	Freiheit und Freiraum für Wissenschaft und Forschung			
146	[1] Freiheit und Freiraum für Wissenschaft, Forschung und Technik zu gewährleisten gehört zum Grundverständnis unserer Politik. [2] Wir wollen der Wissenschaft und Forschung die nötigen Freiräume durch Abbau von Bürokratie und eine ausreichende Finanzierung schaffen und sie zu Leistung, Kreativität und Wettbewerb ermutigen. [3] Der Erfolg von Forschung ist dabei nicht allein eine Frage der Finanzausstattung, er hängt auch wesentlich vom Einfallsreichtum, Unternehmungsgeist und der Beharrlichkeit des einzelnen Wissenschaftlers sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz der	[1] Freiheit und Freiraum für Wissenschaft, Forschung und Technik müssen grundsätzlich gewährleist sein. [2] Hierzu gehört die Beschränkung von Reglements auch ein notwendiges Minimum, eine ausreichende Finanzierung zu schaffen, Motivation zu Leistung, Kreativität und Wettbewerb zu stärken und gesellschaftliche Akzeptanz zu befördern. [3] Die Forschungspolitik der CDU baut auf Einfallsreichtum, Unternehmungsgeist und der Beharrlichkeit des einzelnen Wissenschaftlers. [4] Forschung und ihre technische Umset-	Zu Satz 2ALT/NEU: Dann muß die CDU aber auch mutig genug sein, in kritischen Situationen - vor allem auch auf kommunaler Ebene - tatsächlich immer noch zu einer Sache zu –stehen, die sie in Sachen Forschung für richtig hält. Bei Freisetzungen gentechnisch veränderten Rapses soll auch ein CDU-Bürgermeister „den Schwanz eingekniffen“ haben, als es darum gin, der ausführenden Firma zumindest rechtlich den Rücken zu stärken.	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	Forschung ab. [4] Forschung und ihre technische Umsetzung erfordern hochqualifizierte und zugleich verantwortungsvolle Persönlichkeiten.	zung erfordern hochqualifizierte und zugleich verantwortungsvolle Persönlichkeiten.		
	Schutz der Würde des Menschen			
147	[1] Wissenschaft lebt aus der Freiheit. [2] Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung insgesamt gefährdet ist. [3] Menschliches Leben – ob geboren oder ungeboren - ist unverfügbar und schutzwürdig. [4] Wir treten für den Schutz des menschlichen Erbgutes vor Manipulationen ein. [5] Die Unverfügbarkeit des eigenen Genoms und der Schutz seiner Daten ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen. [6] Grenzen ergeben sich aus dem Prinzip der Gesamtvernetzung aber auch dort, wo Forschungsverfahren oder die Anwendung von Forschungsergebnissen mit Folgen verknüpft sind, die sich der Kontrolle des Menschen entziehen und damit zu einer Gefährdung seiner natürlichen Lebensgrundlagen führen können.	[1] Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung muß ihre Grenzen dort erfahren, wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung gefährdet ist. [2] Menschliches Leben – ob geboren oder ungeboren – ist einschließlich des menschlichen Erbgutes unverfügbar und vor Schaden zu schützen.	Zu Satz 1ALT: Wissenschaft lebt (leider) nicht derart grundsätzlich aus der Freiheit. Saonst wäre die Formulierung aus lfd. Nr.146 Satz 1ALT überflüssig. Wissenschaft in ihrer mißbräuchlichen Anwendung lebt und lebte oftmals aus der Diktatur. Zu Satz 2ALT: Eine Gefährdung der Schöpfung insgesamt kann man als irdisches Lebewesen nicht erkennen, sondern nur der Schöpfer selbst. Vgl. hierzu auch lfd. Nr.1 (2). Zu Satz 2NEU und 3ALT: Vgl. auch lfd. Nr.46 (1) und lfd. Nr.7 Zu Satz 5ALT: Der Satz repetiert im wesentlichen nur Satz 3ALT und 4ALT Zu Satz 6ALT: Umfassender durch lfd. Nr.148 erledigt.	
	Technikfolgenabschätzung			
148	[1] Verantwortung bedeutet für uns auch, für die Zukunft vorzusorgen. [2] Dies verpflichtet uns, Wissenschaft, For-	[1] Die CDU sieht in einem stetigen Dialog Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, mit Technikern und Ingenieuren, aber auch mit den Kirchen, einen wir-	Zu Satz 1ALT: Noch platter geht's ja wohl kaum! Für die *Vergangenheit* wird man wohl kaum Vorsorge oder gestaltende Verantwortung im Sinne der lfd. Nr. 148 ergreifen können.... Was soll im übrigen eine derart allgemeine Aussa-	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	schung und Technik weiter voranzutreiben, um neue Lösungen für die Bewältigung der großen Menschheitsaufgaben zu finden. [3] Hierbei gilt es, jede Form von ungerechtfertigter Reglementierung auszuschließen. [4] Nur so ist eine umfassende und zugleich präzise Erkenntnis jener grundlegenden Bedingungen erreichbar, die einen ethisch verantwortlichen Umgang mit der Natur sicherstellen. [5] Wir wollen das umfassende Gespräch mit den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, mit Technikern und Ingenieuren, aber auch mit den Kirchen fördern, um uns der Grenzen menschlichen Handelns immer wieder neu bewußt zu werden. [6] Wir brauchen verstärkt eine ethische, ökologische und soziale Technikfolgenabschätzung in Kommissionen und Gremien sowie in Einrichtungen der öffentlichen Hand.	kungsvollen Weg, um die Grenzen menschlichen Handelns immer wieder neu bewußt zu machen. [2] Hieraus und aus einer effektiven Arbeitsstruktur muß auf allen einschlägigen Handlungsfeldern eine Technikfolgenabschätzung vor allem unter ethischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten resultieren.	ge in dem speziellen Programmteil „Technik“? Zu Satz 2ALT: Schwulstige Ausführungen wie „der großen Menschheitsaufgaben“ befreien nicht von der Verpflichtung zur präzisen Aussage! Zu Satz 3ALT: In lfd. Nr.154 ausführlich dargestellt.	
	Neues Verständnis vom Wachstum			
149	[1] Eine neue Art von Wachstum wird erkennbar, das nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schont und regenerative Ressourcen nutzt. [2] Es ist gegründet auf menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, Forschung und Technik: die neuen Mikrotechnologien, die Informationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie die neuen Materialwissenschaften. [3] Angesichts der vor uns liegenden Heraus-	[1] Ein umfassendes Verständnis von Wachstum muß die Nutzung von regenerativen Ressourcen und Ressourcenschonung als aktive wirtschaftliche Leistung einbeziehen.	Zu Satz 1ALT: Was heißt: „....wird erkennbar“? Hat die CDU das bis 1994 etwa menschliche Intelligenz, Wissenschaft, Forschung und Technik, die neuen Mikrotechnologien, die Informationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie die „neuen Materialwissenschaften“ (was das auch immer sei) nicht erkannt??? Zu Satz 2ALT und 3ALT: Was ist daran neu, was soll das Pathos bzw. die politische Okkupation von Begriffen wie „neue Materialwissenschaften“?	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	forderungen zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind die ökologische Forschung und Umwelttechnik, Energie -,Gesundheits- und Verkehrsforschung von besonderer Bedeutung.			
	3. FÜR DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG SORGEN **Umweltpolitik in Deutschland fortsetzen** **Ökologischer Generationenvertrag**			
150	[1] Umweltpolitik ist Überlebenspolitik und muß verstetigt betrieben werden, unabhängig von Konjunkturschwankungen und Meinungsmoden. [2] Wir Christliche Demokraten erkennen unsere Verantwortung für unseren Planeten an und verpflichten uns zum ökologischen Generationenvertrag. [3] Eine wirkungsvolle Umweltpolitik braucht überzeugende Strategien. [4] Nur dann kann sie langfristig wirksame Anreize zur Entwicklung und zum Einsatz umweltverträglicher Techniken geben sowie Grundlage für Verhaltensänderungen des einzelnen wie in der Gesellschaft sein. [5] Dem Prinzip der Vernetzung entspricht es, Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe in den verschiedensten politischen Bereichen zu gestalten.	[1] Umweltpolitik der CDU verfolgt die Sicherung nachhaltig ökologisch und physikalisch stabiler Lebensgrundlagen. [2] Sie handelt auf der Grundlage von Überzeugung und rechtliche Bestimmungen mit dem Ziel, Rahmen und Anhaltspunkte für umweltschonendes menschliches Handeln zu setzen. [3] Das heißt, daß es dem Einzelnen in optimalem Maße ermöglicht werden muß, selbstbewußt Umweltüberlastungen zu vermeiden. [4] Nur überzeugende, also auch inhaltlich transparente Umweltpolitik kann langfristig wirksame Anreize für Investitionen zur Entwicklung und zum Einsatz umweltverträglicher Techniken bewirken.	Zu Satz 1ALT: Falsch! Es geht nicht darum, täglich drohende Gefahren zu überleben, sondern unter aktiver Minderung dieser Gefahren bewußt zu leben. Dies kann nicht ohne Beachtung von Konjunkturschwankungen erfolgen, weil ansonsten ein von komplexen Marktgeschehen abgekoppelter und - mit welchen Mitteln auch immer - zu stabilisierender Markt z.B. für Umwelttechnik existieren können müßte. „Meinungsmoden“ (wer hat dieses Wort verbrochen?) sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Eliminieren könnte sie nur eine Urzeugung kollektiv vollständiger Fähigkeit zur absoluten Rationalität. So aber bleiben „Meinungsmoden“ sie von Belang, und wenn auch nur als Grundlage für Überzeugungsstrategien. Zu Satz 1NEU: Achtung; Umweltpolitik ist auch Physik-Politik (Kernenergie). Zu Satz 2NEU: Überzeugung vor Juristerei; Subsidiaritätsprinzip; Menschen behutsam führen! Zu Satz 3ALT: Das gilt nicht nur für Umweltpolitik. Zu Satz3NEU: Zu Überbelastungen der Räume vgl. schon WESTERMANN 1958 S.67ff. Zu Satz 4ALT: „In der Gesellschaft“, ja wo denn sonst noch? Ansonsten bereits in Satz 2ALT und 3ALT erledigt, weil auch für die folgenden Aussagen zu Technik geltend. PARALLELE (SYN) lfd. Nr. 141ALT Zu Satz 4NEU: Hierzu gehört, weil das Gesetze. Machen auch Politik ist, auch die Installation plau-	81 77 -4

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			sibler Gesetze anstatt machen Unsinns (vgl. z.B. als Beispiel für solchen Unsinn §25 Abs.2 Hess. Naturschutzgesetz v. 19. 12.1994)	
	Priorität für die Sanierung in den neuen Bundesländern	**Gemeinschaftshaftung**		
151	[1] Die sozialistische Mißwirtschaft, die sich auf eine rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur stützte, hat zu schweren ökologischen Zerstörungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen geführt [2] Durch die Wiedervereinigung haben wir die Chance, diese ökologischen Schäden zu beheben, indem wir modernste Sanierungstechniken zum Einsatz bringen und zugleich funktionsfähige marktwirtschaftliche Strukturen aufbauen. [3] Da die Verursacher der Schäden oft nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, ist die Sanierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nach dem Gemeinlastprinzip von der Gemeinschaft zu finanzieren ist. [4] Die Sorge für eine lebenswerte Heimat und der Aufbau einer modernen Wirtschaft in den neuen Bundesländern sind nur möglich, wenn wir der Sanierung der schweren ökologischen Schäden Priorität einräumen.	[1] Wenn Verursacher der Schäden nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, ist die Sanierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nach dem Gemeinlastprinzip von der Gemeinschaft zu finanzieren ist.	Die ganze lfd. Nr. ist unsauber formuliert und hat keine inhaltliche Linie. Zu Satz 1ALT: Überflüssig, weil kein Grundsatz. Zu Satz 2ALT: Ausführung zu „neue Bundesländer“ siehe Details zu lfd. Nr. 35, Satz 2ALT. PARALLELE (modernste Technik) lfd. Nr. 85 (1) Satz 4ALT Daß man modernste Sanierungstechniken braucht, ist kein Grundsatz. Zu Satz 3ALT: „Die Sanierung“ von was? Das Gemeinlastprinzip gilt auch für Altlasten im „Westen“!	
	Verursacherprinzip			
152	[1] Mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wollen wir den Umweltschutz in Deutschland zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für alle machen. [2] Wir wollen, daß die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt konsequent	[1] Auf der Grundlage einer ökologieorientierten Sozialen Marktwirtschaft soll Umweltschutz in Deutschland zu einer selbstverständlichen allgemeinen Handlungsgrundlage entwickelt werden. [2] Die Kosten der Inanspruchnahme limi-	Zu Satz 1ALT: Umweltschutz ist kein Handlungsprinzip. Er kann eine Handlungsgrundlage für jene sein, die ökologiebewußt handeln. Zu Satz 2ALT: Was soll denn „Inanspruchnahme von Umwelt“ heißen? Das machen wir den ganzen Tag. Es kommt doch darauf an, wie man Umwelt in Anspruch nimmt! Zu Satz 3NEU: Zu den Folgelasten kann auch eine	70 107 +37

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	vom Verursacher getragen werden müssen. [3] Diese klare Bindung an das Verursacherprinzip wird nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. [4] Die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips stärkt die Umweltvorsorge. [5] Umweltschutz wird umso teurer, je später er einsetzt.	tierter Umweltbestandteile müssen konsequent vom Verursachern von damit verbundenen Umweltbelastungen getragen werden. [3] Urheber von Schädigungen von Umweltstabilität müssen konsequent die Verantwortung für die Folgelasten ihres zugrundeliegenden aktiven Handelns oder ihres Unterlassens tragen. [4] Zudem begründet die CDU dies darin, daß Folgekosten unterlassener Umweltsanierung oder –vorsorge einschließlich der Kosten nachzuholender Sanierungs- oder Vorsorgemaßnahmen in der Regel mit der Zeitdauer des Abwartens steigen. [5] Umweltvorsorge mit einer engen Bindung an dieses Verursacherprinzip sieht die CDU nur dann als gewährleistet an, wenn die Kosten in ökologisch und ökonomisch nachvollziehbaren Rahmen bewegen.	strafrechtliche oder ordnungsrechtliche (vgl. Details zu lfd. Nr. 153 Satz 1ALT) Komponente gehören. Zu Satz 5ALT: So einfach ist es nicht. Es kommt hier nicht auf Umwelt allgemein an, sondern auf klassische Parallelitäten des Prinzips „Was Du heute kannst besorgen,.....!“ Zur Nachvollziehbarkeit vgl. auch CEMR 2000	
	Marktwirtschaftliche Instrumente im Einsatz für den Umweltschutz			
153	[1] Das Umweltordnungsrecht ist für die Rahmenbedingungen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterhin unverzichtbar. [2] Die Statik des Ordnungsrechtes wollen wir aber durch weitere marktwirtschaftliche Instrumente ergänzen, um das Eigeninteresse an Innovation und Verhaltensänderung zu stärken. – [3.1] Wir wollen verstärkt steuerliche Anreize wie eine abgasbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsvergünstigungen für umweltentlastende Investitionen sowie Ab-	[1] Umweltordnungsrecht kann durch andere, auch marktwirtschaftliche Instrumente nicht ersetzt werden. Seine Ziele sind aber hierdurch nachhaltig unterstützungsfähig. [2] Die CDU will, um Eigeninteresse an umweltverträglichem, vor allem unternehmerischem, Verhalten zu stärken – [3.1] verstärkt steuerliche Anreize für umweltentlastende Investitionen schaffen sowie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, von Gasen, die zur Aufheizung der Atmosphäre beitragen	Zu Satz 1ALT: Wo ist Gegenteiliges geschrieben, das nun diese Beteuerung erforderlich machen würde? PARALLELE (Ordnungsrecht) lfd. Nr. 70 (3) Satz 5NEU Zu Satz 2ALT: Was heißt hier so allgemein „Verhaltensänderungen? Kaum verständlich auch der Rest des Satzes, wobei es juristisch bedenklich ist, von einer „Statik des Ordnungsrechtes“ zu sprechen, denn Ordnungsgelder werden in ihrer Höhe auch am durch die Ordnungswidrigkeit (OWi) erzielten Profit des jeweiligen Übeltäters bemessen. Das kann sogar bei einem gut kalkulierenden Menschen zu einer Dynamik führen, die eine OWi als wirtschaftlich disponibel erscheinen lassen. Also: Von Statik we-	136 106 -30

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	gaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einsetzen. – 3.2 Wir wollen vermehrt Möglichkeiten zur Kompensation schaffen. Dabei werden den Unternehmen und Betrieben Umweltziele und Umweltentlastungen vorgeschrieben, ohne festzulegen, wie und wo diese Vorgaben im einzelnen erfüllt werden. – 3.3 Wir wollen das Umwelthaftungsrecht wirkungsvoll ausgestalten, um damit zugleich einen Anreiz für mehr Umweltvorsorge zu schaffen. – 3.4a Wir wollen die Aufklärung und Information über umweltfreundliches Verhalten, umweltverträgliche Produkte und Verfahren verbessern und die national und international anerkannten Umweltzeichen weiterentwickeln. 3.4b Umweltbildung und –beratung sind für eine erfolgreiche Umweltpolitik unverzichtbar.	und anderen Schadstoffen einsetzen, – 3.2 vermehrt Unternehmen und Betrieben ermöglichen, rechts- oder finanzwirksame Umweltziele und Umweltentlastungen quantitativ zu formulieren, also ohne das Verfahren nachweisen zu müssen. – 3.3 das Umwelthaftungsrecht wirkungsvoll ausgestalten, um damit zugleich einen Anreiz für mehr Umweltvorsorge zu schaffen. – 3.4 als unverzichtbare Elemente erfolgreicher Umweltpolitik Aufklärung und Information über umweltfreundliches Verhalten intensivieren.	nig zu sehen, eher vom unrühmlichen Gegenteil! Zu Satz 3.2ALT: Was heißt hier „Kompensation“ (von was)? Zu Satz 3.4aALT: Es kann nicht ernsthaft in einem Grundsatzprogramm von einer Weiterentwicklung von Umweltzeichen die Rede sein! Es fehlt gerade noch, daß auch noch auf die Bedeutung der Weiterentwicklung der dafür anzuwendenden graphischen Systeme hingewiesen wird..... PARALLELE 88(5)	
	Umweltbewußtsein stärken			
154	1 Das Umweltbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger ist ebenso gewachsen wie ihre Bereitschaft, sich persönlich für ein umwelt- und gesundheitsbewußtes Leben zu entscheiden. 2 Ihr Einsatz in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Vereinen stellt eine wichtige Bereicherung für die Gestaltung von Umweltpolitik dar. 3 Ihre positiven Beiträge können jedoch nicht die notwendigen politischen Entscheidungen in den parlamentarischen Gremien ersetzen.	1 Eigenständiger und vielfältig gestalteter Einsatz von Bürgern zur Bewahrung und Weiterentwicklung der Schöpfung ist als elementarer Bestandteil von Umweltpolitik zu fördern. 2 Denn Umweltschutz muß aus der Bürgerschaft heraus wachsen. 3 Staatliche Umweltpolitik muß dies subsidiär unterstützen. 4 Sie ist daher unverzichtbar, soll aber in der Regel nur dort Handlungsrahmen setzen, wo der oder die Einzelne ansonsten	Zu Satz 1ALT: Gehört als Beschreibung nicht in ein Grundsatzprogramm. Zu Satz 2ALT: Was interessiert es ein Grundsatzprogramm, wie sich Bürger organisieren. Wesentlich ist, daß sie sich organisieren. Zu Satz 4ALT: Was ist „Gesellschaftliches Bewußtsein“? Wissen aufnehmen und umsetzen muß zu allererst immer noch der Einzelne, nicht das Kollektiv. Zu Satz 3ALT: Seit wann treffen nur parlamentarische Gremien umweltpolitische Entscheidungen?? Gerade auch Umweltrecht ist in Deutschland so strukturiert, daß unzählige Rechtsverordnungen durch die Exekutive, also durch	116 92 -24

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	[4] Wir setzen uns dafür ein, daß neue Möglichkeiten zur Aufklärung und Mitgestaltung geschaffen werden, damit die Bewahrung der Schöpfung fester Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins wird. [5] Wir müssen zunehmend in Kreisläufen denken und bei unseren Entscheidungen die Folgekosten einbeziehen. [6] Dies entspricht der Erkenntnis und dem Wissen um unsere Vernetzung mit dem Ganzen der Natur.	überfordert wäre, eigenständig verantwortete umweltbedeutsame Entscheidungen zu treffen. [5] Staatliche und nichtstaatliche Umweltpolitik muß deshalb zuvorderst durch ein breites Informationsangebot Fundamente zur Stärkung von individuellem Umweltbewußtsein legen.	nichtparlamentarische Gremien, z.B. eine Landesregierung oder Bundesregierung (vgl. TA Luft etc.) erlassen werden. Zu Satz 3NEU: PARALLELE (SYN) lfd. Nr. 142 Zu Satz 5ALT: Der Satz gehört in den primären Grundsatzbereich, nicht aber in das Spezifikum „Bürgerengagement". Zu Satz 6ALT: Wenn überhaupt, dann nur „Vernetzung in dem Ganzen der Natur" und nicht „Vernetzung mit dem Ganzen der Natur". „Mit" wäre eine Ausgrenzung. Im übrigen ist der Satz zu verschraubt.	
	Natur- und Kulturlandschaften			
155 (1)	[1] Unsere Natur- und Kulturlandschaften sind geprägt durch die Vielfalt der Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen. [2] Sie gilt es zu schützen und zu bewahren. [3] Unsere Verantwortung für das Mitgeschöpf Tier ist eine ethische Grundnorm, dies allgemein bewußt zu machen gilt. [4] Besondere Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft müssen honoriert werden. [5] Dies muß auch im Naturschutzrecht verankert werden. Im Bereich der Landschaftspflege entstehen neue Berufsmöglichkeiten, insbesondere auch für Landwirte, die wir fördern wollen. [6] Wir setzen uns für einen sparsamen Umgang mit Boden, Fläche und Natur in der –Siedlungs- und Landschaftsplanung ein.	[1] Natur- und Kulturlandschaften sind vor Beeinträchtigungen zu schützen, zu bewahren und weiterzuentwickeln. [2] Eine harmonische Abstimmung der ökologischen und ökonomischen Belange aller Elemente von Natur und Landschaft setzen einen sparsamen Umgang mit Boden, Fläche und Natur in der –Siedlungs- und Landschaftsplanung voraus.	Zu Satz 1ALT: In einem Grundsatzprogramm hat die Aufzählung „Menschen, Tiere, Pflanzen" genausowenig zu suchen wie die Aufzählung „Fleisch, Grünzeug, Fisch" in einem mitteleuropäisch bürgerlichen Kochbuch. Zum einen ist die Aufzählung nicht komplett. Da gibt es u.a. noch Bakterien (ohne die z.B. ein Boden kaum so lebendig und schützenswert wäre), und Pilze, die bekanntermaßen in der Regel weder Tiere noch Pflanzen sind. Bei beiden handelt es sich um solche Organismen bzw. Mikroorganismen, die für die Dynamik von Stoffkreisläufen im belebten Raum essentiell sind. Zu Satz 4ALT u.5ALT : Diese Ziele gehören zweifellos nicht in diesen Abschnitt, sondern in lfd. Nr.88, vgl. dort auch lfd. Nr. 88 (5) Satz3NEU. Und wo man was rechtlich regelt, gehört höchstens dann in ein Grundsatzprogramm, wenn es z.B. darum ginge, ob die individualverbindliche Regelung von Parlament (idR Gesetz) oder Exekutive (idR RechtsVO) erfolgen soll. Im übrigen steht es auch jetzt schon jedem offen und wird stellenweise so praktiziert, Landschaftspflegeverträge abzuschließen. Wozu braucht man für Selbstverständlichkeiten Gesetze über das hinaus, was sich seit Jahrzehnten Bewährt, hier das Vertragsrecht? „So wenig Staat wie möglich", Dabei muß es bleiben (vgl. lfd. Nr. 154 Satz 4NEU) PARALLELE (SYS) lfd. Nr. 142 Satz 3	95 45 -50

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			Zu Satz 3ALT: Wenn das eine Grundnorm ist, warum geht die dann im übrigen Text neben landschaftsschonender Siedlungsentwicklung und Verkehrsstruktur unter?	
	Umweltschonender Verkehr			
155 (2)	[1] Wir wollen eine Verkehrsstruktur fördern, die die ökologisch optimale Vernetzung aller Verkehrsträger sicherstellt. [2] Durch intelligente Steuerungskonzepte muß es uns gelingen, unnötigen Verkehr zu vermeiden und erzwungene Mobilität abzubauen. [3] Schienen- und Wasserwege sind auszubauen, weil sie weniger umweltbelastend sind. [4] Die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln.	[1] Es ist eine Verkehrsstruktur zu fördern, die eine ökologisch und ökonomisch optimale Vernetzung aller Verkehrsträger sicherstellt. [2] Durch intelligente Steuerungskonzepte müssen unnötiger Verkehr vermieden und erzwungene Mobilität abgebaut werden. [3] Die Preise der Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln.	Zu Satz 3ALT: Auch Straßenausbau kann umweltschonend sein, vor allem, wenn –man solche effektiven Planungsergebnisse erzielt, die beim Ausbau von Straßen gleichzeitig die Herabstufung (auch bautechnisch ▸ Breitenreduzierung) unnötiger Straßen oder gar deren Abbau zur Folge hat.	58 40 -18
	Prioritäten in der Abfallwirtschaft			
156	[1] Wir streben ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept an, in dem die Vermeidung von Müll Priorität vor der Wiederverwendung und Verwertung sowie der Müllverbrennung einnimmt und in dem an die Entsorgung hohe Sicherheitsanforderungen gestellt werden. [2] Produktion, Verteilung, Nutzung und Entsorgung müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen. [3] Wir brauchen abfallarme Produktionsverfahren und Produkte. [4] Wir treten dafür ein, dass sich in den Preisen für Produkte und Verpackungen auch die Kosten für Wiederverwertung und Entsorgung niederschlagen.	[1] Abfallwirtschaft muß aufgrund integrierter Konzepten praktiziert werden, deren wesentliche Komponenten die - Priorität der Vermeidung von Müll vor Wiederverwendung - Priorität der Wiederverwendung und Verwertung von Müll vor Müllverbrennung - Bewältigung von Müllanfall Verteilung, Nutzung und Entsorgung in geschlossenen sicheren Kreisläufen - abfallarme Produktionsverfahren und Produkte - Umlegung aller Kosten für Abfallwirtschaft auf alle Müllverursacher	Zu Satz 4ALT: PARALLELE (Preis/Umwelt): lfd. Nr.155 Satz4ALT/NEU	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
		sind.		
	Energiepolitik und Klimaschutz			
157	[1] Die Gefahren einer weltweiten Veränderung des Klimas verpflichten uns zu einer beispielgebenden Strategie bei- der Bekämpfung der Treibhausgase. [2] Wir werden neben dem Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen vor allem die Emissionen von Kohlendioxyd und Methan vermindern. [3] Wir müssen mit modernen Techniken die fossilen Energieträger in allen Verwendungsbereichen mit wesentlich höheren Wirkungsgraden nutzen und alle Anstrengungen zur Umsetzung energiesparender Techniken, vorantreiben. [4] Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energien mit gleichem Nachdruck betreiben, wie wir in der Vergangenheit die Kernenergie entwickelt haben. [5] Die entscheidenden Anreize zur Erhöhung der Wirkungsgrade sowie zur Einsparung von Energie werden über die Ausgestaltung der Preise erfolgen, die schrittweise auch die ökologischen Kosten umfassen müssen.	[1] Die CDU setzt sich für eine Minimierung der Risiken im Umgang mit Klima ein. [2] Die CDU verpflichtet sich zu international beispielgebendem Verhalten und übernimmt bei der Bekämpfung schädlicher Einflüsse auf Klima eine strategisch offensive Vorreiterrolle.	Es ist überflüssig, jedes Pferd einmal von vorne (lfd. Nr.85) und einmal von hinten (lfd. Nr.157) aufzuzäumen, wobei es gleich sein mag, was besser ist. Auf jeden Fall reicht eigentlich eines von beiden aus. Zu Satz 1ALT: „Treibhausgase“ sind kein wissenschaftlicher Begriff, also muß man sie in einer exakten Programmatik zunächst als solche definieren. Zu Satz 2ALT: Wie wollen wir „.....“vermindern? Was ist schon die von der CDU hervorgerufene und wohlmöglich verminderbare Treibhausgasemission in Relation zum weltweit produzierten Volumen.....? Wir können doch höchstens zur Verminderung Anreize geben oder die Verminderung rechtlich zwingend durchsetzen. Es gibt auch positive Veränderungen bzw. es sind solche positiven Veränderungen in den nächsten 15 Jahren nicht auszuschließen. Zu Satz 2NEU: Das ist nicht etwa “doppelt gemoppelt”, sondern soll nur klarstellen, daß wir nicht eine der Vorreiterrollen übernehmen, die darin bestehen, zwar vorne zu stehen, aber nur, um zu bremsen. Zu Satz 2ALT: Zu spezifisch Im übrigen soll man Substanzen nicht verbieten, wenn schon, dann ihre Anwendung in bestimmten Bereichen. Manche “verbotene” Substanz leistet als Ausgangs- oder Zwischenprodukt dennoch gute Dienste! Es ist auch lobenswert, wenn wir (unseren) Methan- und CO_2-Ausstoß vermindern (ohne jetzt humanbiologische Grundlagen, ob das überhaupt geht, weiter auszuführen), aber es wäre quantitativ hunderttausendfach besser, wenn wir politisch auch auf andere als nur auf uns Einfluß nähmen, für weniger Ausstoß dieser Gase zu sorgen.	108 35 -72
	Europäische Zusammenarbeit			
158	[1] Umweltbelastungen und Umweltschäden fallen grenz- und regionenüberschreitend	[1] Die CDU tritt dafür ein, die EU-weite Zusammenarbeit im Bereich der Um-	Es kann es sich im vorliegenden Kontext auch um Umwelt*ent*lastungen handeln, die dankenswerterweise nicht vor Grenzen halt machen, warum also nur Umwelt-	44 43

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	an; das erfordert eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ost und West. [2] Zugleich treten wir dafür ein, die EU-weite Zusammenarbeit im Bereich der Umweltpolitik zu verstärken. [3] Normen, Richtlinien und Förderprogramme sollen im gesamten EU-Raum gleichermaßen gelten.	weltpolitik zu verstärken, denn Umweltbelastungen und Umweltschäden fallen grenz- und regionenüberschreitend an. [2] Normen, Richtlinien und öffentliche Förderprogramme sollen mindestens in Europa - möglichst die Grenzen des EU-Raumes überschreitend - gleichermaßen Geltung erhalten.	schädigungen und -belastungen? Auch Umweltentlastungen müssen bewältigt werden, z.B. bei der Anwendung von Industriestandortverteilungsmodellen ("amerikanische Modelle....") in grenzübergreifenden Regionen, soweit neue Umweltbelastungspotentiale vertretbar nutzbar würden.... Zu Satz 1ALT: Es ist inkonsequent, einerseits bestehenden Frieden zwischen OST und WEST zu loben (vgl. lfd. Nr.32) und andererseits zu schreiben „Umweltbelastungen und Umweltschäden fallen grenzübergreifend an; das erfordert eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ost und West", weil die stereotype Formulierung „in Ost und West" (eine zudem dumme Redensart, als die man die Formulierung zugunsten des Antragstellers und unter Hinnahme einer Nachlässigkeit der Antragskommission ansehen mag, sonst wäre es ein politischer Fehltritt) die Verantwortlichen in Nord und Süd, namentlich z.B. in Dänemark und in der Schweiz durchaus von einer ökologisch weniger friedlichen Haltung Deutschlands ausgehen lassen könnte. Unbeschadet dessen sei der Hinweis erlaubt, daß noch in den 80er Jahren ein Prospekt des Kohlekraftwerkes Staudinger (Kahl/Main) zur Beruhigung dessen benachbarter Anwohner auf einem prächtigen Bild eine Rauchfahne aus hohem Schornstein in Richtung Finnland wehen ließ..... Zu Satz 3ALT, Satz 2NEU: Syn. lfd. Nr.88 (6) Emissionen machen auch vor EU-Grenzen nicht Halt! Zu Satz 2NEU: Wen und wie eine *private* Institution in Sachen Umwelt fördert ist und bleibt ihre Sache! siehe auch CEMR 2000	-1
	Globale Umweltpartnerschaft schaffen **Nachhaltige Entwicklung**			
159	[1] Die globale Umweltbelastung hat in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zugenommen. [2] Die Verschmutzung von Luft, und Gewäs-	[1] Die Qualität vor allem industriestaatlicher Volkswirtschaften muß sich ständig daraufhin prüfen lassen können, ob sie auf ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit angelegt ist.	PARALLELE (Industriestaaten/Ressourcen) lfd. Nr. 85 (1) Zu Satz 1ALT: Es ist kein Grundsatz, daß etwas .....hat, sondern das ist eine Feststellung! „Die globale Umweltbelastung" ist zum einen ein	99 40 -59

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	sern, die Ausdünnung der Ozonschicht, die Zerstörung der Wälder, Bodenerosion und Wüstenausbreitung sowie der steigende Energieverbrauch stellen eine Gefahr für unseren Planeten Erde dar. [3] Die in den Industriestaaten vorgelebte ressourcenaufwendige Wirtschafts- und Konsumweise kann nicht Maßstab für eine nachhaltige Entwicklung sein. [4] Wir können die Zukunft der Menschheit nur dann sichern, wenn wir in den Industrieländern unsere Lebensweise ändern und damit zum Vorbild für andere Staaten werden. [5] Zunehmend ist sichtbar geworden, daß alle Menschen bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in einer weltweiten Risikogemeinschaft leben.	[2] Nur so kann und muß nachvollziehbar glaubhaft zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in einer weltweiten Risikogemeinschaft beigetragen werden.	Schlagwort und zum anderen deshalb nicht derart pauschal kritisierbar, weil Umweltbelastungen nicht per se „schlecht" sind, sondern in gebotenen Maßen sogar Vorausetzung für ökologische Dynamik. Zu Satz 1NEU: Auch andere Volkswirtschaften müssen sich immer wieder prüfen (lassen), aller Erfahrung nach jedoch nicht unter dem „Prüfungsdruck", dem sich industriestaatliche Volkswirtschaften auszusetzen haben. Zu Satz 2ALT: Was soll das Pathos „für unseren Planeten Erde". Warum nicht gleich „für unseren ‚blauen Planeten' Erde"? Zudem ist die Erde nicht „unser" Planet, sondern ein Planet der Sonne. „Uns" ist sie höchstens geliehen..... Zu Satz 5ALT: Es ist kein Grundsatz, daß etwas .....sichtbar ist, sondern das ist eine Feststellung!	
	Wachstum, Wohlstand und Fortschritt			
160 (1)	[1] Wir Christliche Demokraten sehen die Notwendigkeit des Umdenkens und setzen uns für eine Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft ein, die den ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt:	⇒⇒ *bearbeitet und verschoben nach lfd. Nr. 25A* ⇒ ⇒ ⇒	Das ist ein klassischer Fall von Solidarität, die nicht beim Mitmenschen aufhört!	27 0 -27
160 (1) [1]	[1] Wir treten für das neue Verständnis von Wachstum ein, indem wir mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft über den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen die Kosten für die Inanspruchnahme von Umwelt und unterlassener Umweltvorsorge einbeziehen.	✕	Bereits z-B. durch lfd. Nr. 85 (1) oder 156 Satz 4ALT u.a. erledigt. PARELLELE (Wachstum) auch lfd. Nr. 70 (4)ALT	35 0 -35

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
160 (1) [2]	[1] Wir treten für das neue Verständnis von Wohlstand ein. [2] Er muß künftig auch den Erfordernissen der Natur Rechnung tragen. [3] Nur so können wir den heutigen und nachfolgenden Generationen ein menschenwürdiges Dasein sichern. [4] Wohlstand ist für uns ohne eine gesunde und lebenswerte Umwelt nicht denkbar.	X	PARALLELE (Wohlstand&Umwelt) auch lfd. Nr. 70(4)	44 0 -44
160 (1) [3]	[1] Wir treten für ein neues Verständnis von Fortschritt ein. [2] Als Fortschritt kann nur das bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird. [3] Wirtschaftliches Handeln, das die natürlichen Ressourcen unverhältnismäßig verbraucht und unser Ökosystem gefährdet, kann nicht als Fortschritt bezeichnet werden.	X	„Fortschritt" darf nicht ideologisiert werden („Fortschrittliche Kräfte" im Sozialismus). Einer solchen Ideologisierung kommt der GP-TextALT hier sehr nahe. Fortschritt per se gibt es nicht, es sei denn im Sinne des „C", wäre das „C" eine konkrete Gebrauchsanleitung und stünde nicht der fehlerhafte Mensch zwischen biblischem Richtungsimpuls (z.B. Bergpredigt) und dessen Umsetzung. Existenz von Fortschritt muß von jemandem jeweils neu im Einzelfall definiert werden oder worden sein. Der/die Definierende muß - einen Ausgangspunkt für eine Entwicklung festgelegt haben und eine Entwicklungsrichtung erkennen und diese Richtung für sich als positiv einstufen (ex ante Analyse) oder - einen früheren Ausgangspunkt einer Entwicklung kennen und einen nunmehr daraus erwachsenen neuen Zustand als positiv beurteilen (ex post Analyse).	42 0 -42
	Umweltaußenpolitik			
161 (1)	[1] Der weltweiten Zunahme der Umweltbelastung und dem gedankenlosen Umgang mit der Schöpfung stellen wir unser Konzept einer globalen Umweltpartnerschaft entgegen. [2] Globale Umweitpartnerschaft bedeutet für uns nicht, daß wir die Entwicklungsländer aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen, sondern daß arme und reiche Staaten der Erde	[1] Einer weltweiten Zunahme der Umweltbelastung durch gedankenlosen Umgang mit den Lebensgrundlagen der Menschheit kann nur weltweit koordiniert entgegengetreten werden. [2] Hierfür tragen alle Staaten der Erde unabhängig von ihrer geographischen	Zu Satz 2ALT: Was sollen die Anmerkungen, was wir unter etwas *nicht* verstehen? Zu Satz 2NEU: Den Hang zum Universellen nicht übertreiben, es wird nie nur *ein* Programm geben. Zu Satz 3NEU: Programme gibt es nicht nur eines! Zu Satz 4NEU: Es kommt oft gar nicht so darauf an, ob ein Land reich ist |5) Was für eine Medaille, machen wir hier olympische	

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	einen gemeinsamen Weg zur Bewahrung der Schöpfung gehen. [3] Mit unserer Umweltaußenpolitik wollen wir ein weitumspannendes Handlungsprogramm entwickeln, bei dem den reichen Ländern eine besondere Verantwortung zukommt. [4] Sie müssen diese auch durch die Fortentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wahrnehmen. [5] Wir müssen den inneren Zusammenhang von Armut, Bevölkerungswachstum und fortschreitender Umweltzerstörung aufbrechen. [6] Globale Umweltvorsorge und die Überwindung von Entwicklungsproblemen gehören untrennbar zusammen.	Lage und wirtschaftlichen oder sozialen Situation grundsätzliche Verantwortung. [3] Umweltaußenpolitik muß partnerschaftlich weltumspannende Handlungsprogramme entwickeln und umsetzen. [4] Hierbei mißt die CDU wirtschaftlich und sozial starken Ländern eine besondere Verantwortung - auch im eigenen Lande - zu. [5] Globale Umweltvorsorge und die spezifische Überwindung von wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen einzelner Länder gehören untrennbar zusammen.	Spiele? Zu Satz 5NEU: Vermeidet den Begriff "Entwicklungs....", wobei meistens sonst tunlicht unterschlagen wird, *was für eine* Entwicklung gemeint ist Zu Satz 6ALT: Gehört ins Ressort "Entwicklungspolitik", lfd. Nr.135/136, vgl. auch Satz 1.	
161 **(2)**	[1] Deshalb müssen wir den Entwicklungsländern beim Aufbau marktwirtschaftlicher, sozial und ökologisch verantwortbarer Wirtschaftsstrukturen helfen. [2] Durch die Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte und eine veränderte Exportpolitik erhalten sie eine Chance zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften. [3] Wir müssen ihnen die notwendigen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen. [4] Um unsere eigenen ökologischen Schulden in den Entwicklungsländern zu tilgen, müssen wir den Weg der Entschuldung dieser Länder konsequent fortsetzen. [5] Der Schuldenerlaß der Entwicklungsländer darf aber nicht zur Honorierung einer unverantwortlichen Politik führen. [6] Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen	[1] Deshalb christlich demokratische Politik Entwicklungsländern in partnerschaftlicher Weise beim Aufbau marktwirtschaftlicher, sozial und ökologisch verantwortbarer Wirtschaftsstrukturen helfen. [2] Eine Öffnung funktionierender Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern und eine hinsichtlich ihrer spezifischen Belange sensiblere Exportpolitik müssen gezielt zur Stärkung der Volkswirtschaften dieser Länder beitragen. [3] Ihnen müssen hierfür notwendige wissenschaftliche und technische Kenntnisse zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden. [4] Hierzu zählt auch die Finanzierung des Abbaues dortiger ökologischer Lasten, die vormalig durch eine unausgewogene Handelspolitik ökonomisch starker Volkswirtschaften hervorgerufen wurden.	Zu Satz 2ALT: Eine Veränderung einer Exportpolitik als solche ist noch nicht zwingend gut. es geht darum, welche Veränderung gemeint ist. Was sind „unsere" Märkte??? Zu Satz 1NEU: Übernahme „Partnerschaftlichkeit" aus lfd. Nr. 162 Abs.1 Satz 1ALT. Zu Satz 3ALT: „ihnen" = „Volkswirtschaften"? Zu Satz 4ALT: Keine Selbstbezichtigung im Programm; wenn, dann in einer Präambel! Was ist „der Weg der Entschuldung"? Den Weg kann man im IST-Zustand kaum als derart in allen Facetten weiterführenswert bezeichnen, daß man dies als per se gut annehmen könnte. Zu Satz 5ALT: Aus wessen Sicht soll die Unverantwortlichkeit einer Politik bewertet werden? Hier kann es nicht sein, daß dies z.B. nur aus der Sicht dieses GP gelten sollte, weil notwendige Beurteilungsmaßstäbe auch von regionalen Kulturen abhängen, für die dieses GP gar nicht gelten kann,	97 124 +27

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
	und Größenordnungen der Verschuldung erfordern flexible Einzellösungen für die jeweiligen Länder.	[5] Diese Schritte müssen durch Schuldenerlasse unterstützt werden. [6] All dies muß mit deren strengen Kontrollen verbunden bleiben, die eine zielgerichtete Umsetzung der Unterstützungen sicherstellen und deren ökonomischen oder politischen Mißbrauch verhindern. [7] Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen und Größenordnungen der wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern flexible Einzellösungen für die jeweiligen Länder.	ohne diese Kulturen zu schädigen. Vgl. auch BACHMANN-MEDICK 1999 Zu Satz 6ALT: Es geht kaum nur um die Strukturen (....) der Verschuldung, es geht immer ganzheitlich um die jeweiligen Volkswirtschaften.	
	Eigenverantwortliches Handeln fördern	**Eigenverantwortliches Handeln fördern**		
162 (1)	[1] Eine ökologisch tragfähige wirtschaftliche Entwicklung kann nur in internationaler Partnerschaft verwirklicht werden. [2] Unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat gleichermaßen die Armutsbekämpfung, die Bildungsförderung sowie die umweltschonende Wirtschaftsentwicklung zum Ziel. [3] Wir müssen in den Entwicklungsländern eigenverantwortliches Handeln ermöglichen und fördern.	[1] Eine wirksame Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern hat muß gleichermaßen die Armutsbekämpfung, die Bildungsförderung sowie die umweltschonende Wirtschaftsentwicklung zum Ziel haben. [2] Auf dieser breiten Grundlage ist in Entwicklungsländern eigenverantwortliches Handeln zu fördern.	Zu Satz 1ALT: Verschoben in lfd. Nr. 161 Abs.2 Satz 1NEU Zu Satz 3ALT: „Ermöglichen“ ist Teil vom „Fördern“. „Ermöglichen“ im politischen Sinne hieße politische Einmischung.	39 30 -9
162 (2)	[1] Anders leben, damit wir alle überleben - diesem Ziel dient unsere Politik der Bewahrung der Schöpfung.	X	Eine derartige Flachheit hat die CDU nicht nötig. Das hat auch nichts mit lyrischer Aufpeppung zu tun. Wir sind hier nicht im Wahlkampf, wo wohlfeile „Sprüche“ statt klarer Thesen gefragt sind (was uns nicht daran hindern sollte, möglichst bei den Thesen und Tatsachen zu bleiben)! Es ist schon grotesk, daß am Ende eines Kapitels pauschal von „anders leben“ die Rede ist (so wie sich im eher „grünpolitischen“ Raum manche Gruppen auch völlig unrelativiert als „alternativ“ bezeichnen), wo doch davor durchaus detaillierte und über die Bezeichnung „anders“ hinausge-	16 0 -16

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
			hende Beschreibungen vorliegen.	
	POLITIK DER GLAUBWÜRDIGKEIT			
END (1)	[1] Das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands beschreibt die Grundsätze und Ziele christlich demokratischer Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. [2] Wir Christliche Demokraten verpflichten uns darauf als Maßstab und Orientierung unserer Politik.	[1] Das Grundsatzprogramm der CDU soll die Grundsätze und Ziele christlich demokratischer Politik formulieren. [2] Es soll Deutschland auf der Grundlage bewährte christlich demokratischer Traditionen und Perspektiven in eine politisch kraftvolle Zukunft führen. [3] Die CDU verpflichtet sich darauf als Maßstab und Orientierung ihrer Politik.	Zu Satz 1ALT: Was soll das Schwelgen im Jahrhundertwechsel (der da zum Jahreswechsel 2000/2001 ins Haus steht)? Es macht das Programm nicht besser oder schlechter. Zu Satz 2ALT: Siehe Details zu lfd. Nr.32 Satz 3ALT.	38 45 +7
END (2)	[1] Das Programm wird in den kommenden Jahren durch die Mitglieder und Funktionsträger der CDU auf allen politischen Ebenen umzusetzen sein. [2] Dies schließt nicht aus, daß neue Entwicklungen Korrekturen erzwingen und neue Aufgaben in den Vordergrund rücken.	[1] Die CDU überprüft sich und das Grundsatzprogramm fortwährend im Umfeld einer lebendigen Demokratie.	Zu Satz 1ALT: Ist bereits durch Abs.1NEU erledigt. „Die CDU", das sind alle Mitglieder und Funktionsträger (ohnehin nur zu nennen, weil nicht alle CDU-Mitglieder sind) gleichermaßen. Sind sie das nicht gleichermaßen, stimmt etwas in der parteiinternen Entscheidungsfindung nicht, sei es aufgrund einer „snobbish attitude" von Funktionären oder das Diktat einer Parteitagsregie. Alle sollten in der CDU deshalb sein, weil sie nicht Tagespolitik, sondern eine gemeinsame Idee verbindet (vgl. Dr. Bernhard Vogel in „Christiansen", ARD 22.1.2000). Es ist in der Natur des Menschen, Ideen zu haben und es muß zur individuellen Freiheit innerhalb der CDU gehören, für diese Ideen Empfänger zu finden, ohne daß jenen vorzuschreiben wäre, wie sie die Ideen be- und verwerten. Im übrigen *gilt die chinesische Weisheit „Es gibt viele Leute, die, kaum daß sie aus dem Wagen gestiegen sind, einen Riesenwirbel zu machen beginnen, überall ihre Meinung zum besten geben, das eine kritisieren, das andere tadeln; solche Leute werden aber ausnahmslos Schiffbruch erleiden. Denn diese Meinungen und kritischen Äußerungen, die nicht auf gründlichen Untersuchungen beruhen, sind nichts als ein Geschwätz von Ignoranten."* (TSE-TUNG 1968) auch für die CDU.	36 14 -22
END	[1] Wir stellen uns der Überprüfung unserer Politik.	[1] Die CDU wird permanent Rechenschaft	Zu Satz 1ALT: Das ist ja wohl in einem demokratischen Rechtstaat das mindeste!	29 12

Nr.	Text '94	Text 2000 (Änderung v. `94)	Details	±
(3)	[2] Die Christlich Demokratische Union wird Rechenschaft über die Verwirklichung des Programmes geben und in Zwischenberichten Partei und Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren.	über die Verwirklichung des Grundsatzprogrammes geben.	Zu Satz 2ALT: Alle detaillierten Aussagen, wie die Rechenschaft zu erfolgen hat, ist eine überflüssige Knebelung der eigenen Freiheit, die Vielfalt von Kommunikationsmöglichkeiten in Deutschland zu nutzen und dies im Sinne von Abs.4ALT/NEU umzusetzen. Und wem gegenüber als gegenüber Partei und Öffentlichkeit könnte die CDU denn sonst noch Rechenschaft geben???	-17
END (4)	[1] Politische Glaubwürdigkeit beruht auf Verläßlichkeit und Offenheit. [2] Wir Christliche Demokraten rufen alle Interessierten, ob Mitglieder oder Nichtmitglieder, dazu auf, mit uns über die Zukunft unseres Landes nachzudenken. [3] Wir werben um Anregung und Kritik, um Unterstützung und Mitarbeit. [4] Wir wissen, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft Deutschland zu arbeiten.	[1] Politische Glaubwürdigkeit muß auf Verläßlichkeit und Offenheit beruhen. [2] Die CDU lädt auf dieser Grundlage alle ihre Mitglieder und alle Nichtmitglieder dazu ein, mit Gemeinsinn aktive Meinungsvielfalt in Deutschland zu gestalten. [3] Sie wirbt dabei um Anregungen und Kritik, um Mitarbeit und Solidarität, um Mitdenken und um Perspektiven all jener, die wissen oder erfahren wollen, wie es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in Deutschland zu arbeiten.	Zu Satz 2ALT: Siehe Details zu lfd. Nr.32 Satz 3ALT.	54 69 +15

Literatur

BAB (Britische u. ausländische Bibelgesellschaft), LUTHER, M., Die Bibel, Berlin 1885

BACHMANN-MEDICK, D., Andersheit in der Selbsterfahrung, FR 17.8.1999, Frankfurt/M. 1999

BIEDENKOPF, K.; Der Staat als Amme; FAZ 13.5.1993

BINGEN, HILDEGARD v. (1098-1179) an die Kölner Geistlichkeit; (Zit. Soziale Ordnung 50, 1/2000 S.22, Königswinter 2000)

BMU - Bundesumweltministerium - Nachhaltige Entwicklung in Deutschland / Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms, Bonn 1998a

CARLOWITZ, H.v. in SPEIDEL, G.; Planung im Forstbetrieb; S.53-65, Verl. Paul Parey 1972

CCEE - Consilium Conferentiarum Episcoporum Europaeae - , „Working Document“ f. 2. EÖV Graz 1997, 1. Entw. 10/96 DEU pp. 23-28; St. Gallen 30.9.1996

CDU Main Taunus, [Grundsatzkommission, KLUGE, T., Vors.], Änderungsanträge zum Leitantrag des 5. Parteitages der CDU, Hofheim/Ts. 1993

CDU, 5. Parteitag der CDU Deutschlands, PROTOKOLL, 528 pp., Bonn 1994b

CDU, Grundsatzprogramm; in CDU 1994b, Hamburg 1994a

CCRE/CEMR - Council of European Municipalities and Regions - , Entwurf eines Positionspapieres über “Governance for a sustainable Future – cooperation an partnership for the environment” CEMR European Parliament Conference Sep.14th 2000

DALE, R., Ground Shifts in Globalization Debate, Int. Herald Tribune 13.7.1999, London 1999

DEMKE, Chr., Bischof i.R. (Kirchenprovinz Sachsen), “Gehören auch Soldaten an die Seite Jesu?”, Frankfurter Rundschau 02.10.1999

EA BADEN - EVANGELISCHE AKADEMIE BADEN - , Tagung Kernenergie Bad Herrenalb 28.-30.1.2000, Protokoll Workshop 6 „Schöpfung“ [Moderation LOCHMANN, Dr. U., Ergebnisformulierung KLUGE, T.], Bad Herrenalb 2000

FRIEDMAN, Mil., Kapitalismus und Freiheit, dtv 680, (1962) Dt. Ausg. München 1976

HASSENPFLUG, D; Umwelt zu Marktpreisen?; Das Argument 17 Nr.93, S.769-793; Berlin, Karlsruhe 1975

HAVEL, V.; Die Benachrichtigung; (Schauspiel); ca. Hamburg 1970 rororo Manuskripte

HESSEN-CASSEL, Landgraf Carl zu; Baumpflanzordnung (1724); Q.: Gäste Journal 14, Juni/Juli 1993, S. 34; Touristikzentrale Waldeck-Ederbergland e.V., Korbach 1993)

HILGER, W.; „Weniger Regelementierung - mehr Chancen für Innovationen”, Vortrag vor Mitgliederversammlung VCI; „Chemie und Fortschritt” S.7-22, VCI 1992

HMLFN (Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz), „Richtlinien zur Förderung von Produktinnovationen und Vermarktungsalternativen“, StAnz. 45/1988 S.2430-2431

LÖTHER, R. [Hrsg.]; Tiersozietäten und Menschengesellschaften, Philosophische und evolutionsbiologische Aspekte der Soziogenese; VEB Gustav Fischer, Jena 1988

LORENZ, K.; Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit; München 1973

MEADOWS, D.&D.; **RANDERS**, J.; “Die neuen Grenzen des Wachstums”, S.70-71 u. 250-251; Gütersloh 1992

HITZLER, R., Ökologische Ideale - zur Typisierung ideologischer Positionen - , Z. f. angew. Umweltforschung (ZAU) 5 , S.119-124, Berlin 1992

HUG, H., Der tägliche Öko-Horror, München 1997

JACOBI, Th., Wesen und Quellen christlicher Ethik, Lernort Gemeinde 18 , 1/ 2000, S.11 ff., Rissen 2000

KEILBACH, M., Der Expositionshandel - ein neues Instrument am umweltpolitischen Horizont? - , ZAU 5 , S. 509 – 522, Berlin 1992

KLEIN, W. P., Regeln verordnen, Neue Forschungen zum Problem der Sprachnormen, FAZ 202/1999 S.N5, Frankfurt/M. 01.9.1999

KLUGE, T., Für ein landwirtschaftstaugliches Hessisches Naturschutzgesetz, HESSENBAUER, Friedrichsdorf H. 1999

KLUGE, T., Synoptischer Kommentar mit Alternativversion zu CCEE 1996, Bad Soden 1996

KLUGE, T., Die Ökologie zu Markte tragen (Ökologie im Grundsatzprogramm der CDU), Bad Soden/Ts. 12/1996

KLUGE, T., Grundsatz·programm, unveröfftl. an CDU BGschSt. (1 p.), Bad Homburg v.d.H. 4/2000

KONFUZIUS, The Analects, Kap. XIII 3, Shin Sheng Daily News, , Ch. 13.3, p.69) 1th (engl.) ed., Taipei 1984

KONRAD ADENAUER STIFTUNG – KAS - [Kommunalpol. Forum “Innovative Stadtentwicklung”], Zittauer Aktionsprogramm Neues Leben auf alten Flächen, 14.10.1999

NAKITSCH, M., Flämingsdorf, Die politische Meinung 45 , Nr.365 S.46 (1 p.), Bonn 2000

RAU, Joh., Wer hofft kann handeln / Warum man mit der Bergpredigt Politik machen kann, EVKOMM 7/97

REISSMÜLLER, J.G.; Was sich da alles selbst verwirklicht; FAZ 29.3.1993

RHEIN, M., Verbraucherinnen zwischen Heilungsversprechen und Überrumpelungsstrategien, in: Hessische Landesregierung, Zukunft der Gentechnik, Dok. Veranst. 11/12.11.1997 Frankfurt S.73, Wiesbaden 1998

ROTH, P., [Oberbürgermeisterin Frankfurt am Main], Wortbeiträge in ARD, Talk Show Christiansen, 11.10.1998 23.00 Uhr Berlin 1998

RÜHM, G., [Wortbeiträge] siehe ZDF 2000

SCHLECHT, O.; Das Ökologische: Irrwege eines Modebegriffes; FAZ 205/1993 S.12

SELLMANN, M. [Hrsg.], Umweltethik und ihre gesellschaftliche Vermittlung, Kath. Soz. Inst. Erzdiözese Köln, Bad Honnef 1997

SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Bt.-Fraktion, Lust auf Zukunft / Nachhaltige Entwicklung – die sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft, 120 pp., Bonn 1997a

THIENEMANN, A.F.; Leben und Umwelt Vom Gesamthaushalt der Natur; S.26 ff.; rowohlt Hamburg 1956

TSE-TUNG, M.; Worte des Vorsitzenden; 1. Miniatur-Ausgabe, Peking 1968

VEEN, H.-J., **NEU**, V., Politische Beteiligung in der Volkspartei, Konrad Adenauer Stiftung, Interne Studien 113/1995, St. Augustin 1995

WESTERMANN, H; Welche gesetzlichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Verbesserung des Nachbarrechts sind erforderlich?, Wiss. Abh. Arge f. Forschung des Landes NRW Bd.9, Köln 1958

ZDF, 13.4.2000 0.00 – 3.00 Uhr, Schwerpunkt: Experimentelle Literatur, Mainz 2000

ZIESCHANG, T. in CDU 1994b S.282/283

a

b

c

d

e

f

g

h

i

j

k

l

m